

*

DER FASCHISTISCHE UMSTURZ IN POLEN UND DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI POLENS

I.

Die von Pilsudski geführte Bewegung muß im Spiele der internationalen Zusammenhänge betrachtet werden.

Das derzeitige Polen bildet einen Knotenpunkt der gegenwärtigen internationalen Politik der imperialistischen Mächte. Polen ist im Ergebnis des Weltkrieges keineswegs ein wahrhaft unabhängiger Staat geworden. Diese „Unabhängigkeit“ wurde durch die Rolle bestimmt, die das Nach-Versailles-Polen als eines der Glieder in der Politik des Entente-Imperialismus im östlichen und zentralen Europa, — in erster Linie des französischen, gespielt hat. Als Barriere, die dem Fortwälzen der Revolution nach Westen den Weg verlegte, bildete Polen unter den Randstaaten die Hauptwaffe der Aggressivpolitik des europäischen Imperialismus gegen die USSR. Diese Funktion erfüllte Polen unabhängig davon, welche politische Partei oder welcher Block gerade an der Macht war. Die Aggressivität der Politik der polnischen Regierung im Osten wurde jedoch in einem gewissen Grade durch die Interessen jener Kreise der polnischen Bourgeoisie gemäßigt, die vor dem Kriege mit dem russischen Markte verknüpft und in der Nachkriegsperiode an der Aufrechterhaltung mehr oder weniger normaler Handelsbeziehungen mit dem Verbraucher polnischer Waren interessiert waren. Hieraus ergab sich, wenn auch keine „Orientierung“, so doch jedenfalls ein Hinneigen dieser Kreise der polnischen Bourgeoisie zu einem mehr oder weniger friedlichen „Zusammenleben“ mit der Republik der Arbeiter und Bauern.

Diese Richtung der polnischen Politik, die sich einerseits nach Frankreich orientierte, andererseits auf die Eroberung des umfangreichen Marktes der USSR für die polnische Industrie bedacht war, hat in der letzten Zeit in offensichtlichem Widerspruche zu den aggressiven Plänen einiger großer imperialistischer Staaten, in erster Linie Englands, gestanden, die bestrebt waren, auf Kosten Polens den Status eines offenen Kampfes gegen die USSR zu unterstützen; andererseits machte die Furcht vor der deutschen Konkurrenz auf dem inneren Markte Polens aus diesen industriellen Kreisen der polnischen Bourgeoisie erbitterte Feinde Deutschlands. Die Chiena-Piast-Regierung war denn auch der Ausdruck dieser gegensätzlichen Tendenzen der polnischen Politik.

Zwei Ereignisse internationalen Charakters haben der Außenpolitik des Blockes Chiena-Piast einen Schlag versetzt. Es ist dies einmal der Locarno-Vertrag, der das spezifische Gewicht des englischen Imperialismus in Europa steigerte und die Tendenz zeigte, Frankreich auf einen zweiten Platz zu drängen. Aus Locarno ist Polen in seiner internationalen Politik desorien-

tiert hervorgegangen. Die Chiens-Regierung ward ihres Beschützers beraubt; die innere finanzielle und politische Krise in Frankreich gab diesem keine Möglichkeit, seinem Vasallen die nötige Unterstützung angedeihen zu lassen. Andererseits hat der Dawes-Plan, der die „Stabilisierung“ Mitteleuropas und die Entrichtung der Reparationen an Frankreich durch Deutschland von den Ausmaßen des deutschen Exportes abhängig machte und eine Konkurrenzgefahr für die Industrie und den Handel Englands brachte, der Frage des polnischen Marktes sowohl für Deutschland wie für Großbritannien eine besondere Bedeutung verliehen. Um die gleiche Zeit zwangen die unerhörte Verelendung und der Niedergang der Wirtschaft in Polen die Bourgeoisie, das englisch-amerikanische Kapital um Anleihen anzufragen, — selbst um den Preis einer Bevormundung Polens durch das letztere.

Die Einbeziehung Polens in das allgemeine Dawes-System bildet jedoch kein leicht zu lösendes Problem. Als Konkurrent der Exportindustrie Deutschlands und Englands eignet sich Polen nicht für das System der Dawesierung des europäischen Kontinents. Im Gegenteil, im Rahmen dieses Planes könnte Polen als Absatzmarkt für die deutsche und englische Exportindustrie und als Lieferant von landwirtschaftlichen Produkten, Rohstoffen und Heizmaterial für die westeuropäische, insbesondere für die deutsche Industrie dienen. Für den Zweck der Eroberung des polnischen Marktes durch deutsche und englische Waren ist aber ein bedeutender Umbau des Wirtschaftssystems Polens erforderlich.

Mit dem Verlust des russischen Marktes sah sich das industrielle Leben Polens in eine Sackgasse gedrängt. Die Ursache der ständigen wirtschaftlichen Krise Polens ist darin zu suchen, daß sein den Vorkriegsbedingungen des Absatzmarktes angepaßter Produktionsapparat wie auch sein aufgeblähter Staatsapparat den zusammengeschrunpften Absatzmöglichkeiten der polnischen Industrie nicht entsprechen. Auch die Verelendung der breiten Bauernmassen hat den inneren Markt Polens außerordentlich eingengt. Dazu hat die gesamte Steuerpolitik, die sich auf der Linie der Ausplünderung der Werktätigen bewegte, durch die Inflation noch gesteigert, die Kaufkraft der Bevölkerung von Grund auf untergraben.

Einen Ausweg aus diesen Widersprüchen hätte die polnische Bourgeoisie entweder in einem Uebereinkommen mit der USSR suchen können (eine solche Lösung der Frage stieß unentwegt auf den allergrößten Widerspruch seitens des großpolnischen Nationalismus) oder in einer freiwilligen Unterwerfung unter die ausbeuterischen Pläne des englisch-amerikanischen Kapitals, in der Hinopferung der Interessen ihrer eigenen industriellen Entwicklung, in der freiwilligen Umwandlung in ein halbagrarisches Anhängsel des westeuropäischen Kapitalismus.

Auf diesen letzteren Weg wurde Polen vor allem durch die konservative Regierung Englands gedrängt, die im polnischen Faschismus, mit Pilsudski an der Spitze, das geeignete Instrument zur Verwirklichung ihrer Ziele fand. Pilsudski war eben jene Figur, mit deren Hilfe England den Plan einer Umwandlung Polens in einen britischen Vasallen verwirklichen konnte. Pilsudski war ein hervorragender Wegbereiter für die Aggressivpolitik des englischen Imperialismus gegen die USSR. Er fand sich bereit, die Dawesierung Polens durch das englische Kapital zu fördern, indem er

um dieses Zweckes willen die Interessen der industriellen Entwicklung seines eigenen Landes opferte und so den wirtschaftlichen Rückschritt Polens hinnahm.

Die ununterbrochene Verschärfung der im Herbst 1925 begonnenen industriellen und finanziellen Krise bereitete in Polen dem Siege des Faschismus in überaus günstiger Weise den Boden.

Die Industrie näherte sich allmählich dem Verfall. Die Zahl der Arbeitslosen wuchs mit jedem Tage; im März erreichte die Zahl der Vollarbeitslosen eine ungeheure Höhe. Der polnische Zloty war in unablässigem Sinken begriffen. Das Budgetdefizit erreichte die Höhe von 300 Millionen. Die Ausplünderung des Staatsvermögens durch die Spitzen der herrschenden Klassen nahm ungeheure Dimensionen an. Auf der anderen Seite wütete die Armut, und der Konsum der breiten Massen ging bis auf ein Hungerminimum zurück.

Welches war nun auf dem Hintergrunde dieser wirtschaftlichen Krise die Position der Klassenkräfte?

Das allgemeine Merkmal der Situation war eine überaus tiefgehende Unzufriedenheit der breiten Massen der Bevölkerung: die Arbeiterklasse war unzufrieden, weil es ihr an Arbeit und Brot gebrach; die Demonstrationen der Arbeitslosen in Lublin, in Kalisch, Stry und anderen Orten, die von Erschießungen begleitet waren, brachten die Arbeiter zu noch größerer Empörung. Die von den Gutsbesitzern geknebelte Bauernschaft suchte in ihrem Landhunger den Boden den Händen der nichtarbeitenden Elemente zu entreißen; die Kressen (polnische Randgebiete), die in der Hauptsache von Weißrussen und Ukrainern bevölkert sind, befanden sich im Zustande unaufhörlicher Gärung; die reaktionäre nationale Politik der Chiena-Piast-Regierung bewirkte eine allgemeine Auflehnung unter den bedrückten Nationalitäten; auch das Kleinbürgertum der Städte frondierte, da es selbst über den nächsten Tag seiner Existenz im Ungewissen war; dem gegenüber mißbrauchten die höchsten Kreise der Staatsbeamten bis hinauf zu den Ministern ihre Stellung zur eigenen schnellen Bereicherung, während die unteren und mittleren Beamenschichten ständig von der Gefahr des Abbaues bedroht waren und deshalb zur Opposition übergingen; die Armee endlich, die die Stimmungen des Landes widerspiegelte, bildete einen überaus günstigen Boden für eine regierungsfeindliche Agitation. Mit einem Worte, das Land war in einen tiefgehenden Zerfall geraten.

Dieser Zerfall bildete denn auch den am meisten geeigneten Boden für das Auftauchen des polnischen Faschismus. Der Bankrott des bürgerlichen Parlamentarismus wird vom Zerfall der bürgerlichen politischen Parteien begleitet, — besonders der Parteien des Kleinbürgertums. Das Großbürgertum benötigte zur Rettung seiner Gesellschaftsordnung der Schaffung einer „starken Gewalt“. Die Chiena-Piast-Regierung war unfähig, irgendeinen ernsthaften Versuch zur Stabilisierung des Kapitalismus oder zur Verwirklichung einer persönlichen Diktatur irgendeines beliebigen Generals zu unternehmen. Der Weg zu einer ausländischen Anleihe war der Regierung zudem durch ihre intensive antideutsche Orientierung abgeschnitten. Sie hatte so nicht nur die Volksmassen, sondern auch bedeutende Gruppen aus dem Lager, die schon vor dem Umsturze sich nach der Seite Pilsudskis

zu orientieren begonnen hatten, gegen sich aufgebracht. Dazu gehörten die Wilnaer und weißrussischen Gutsbesitzer wie die Gutsbesitzer West- und Ostgaliziens, ein erheblicher Teil des Finanz- und Handelskapitals und die großbürgerliche Intelligenz. Gleichzeitig machten sich unter der deklassierten Kleinbourgeoisie, die sich um Pilsudski gruppierte und deren militärische Einigungsform in den Legionären und in der Gesellschaft „Streletz“ ihren Ausdruck fand, die gleichen faschistischen Tendenzen geltend. In den letzten Monaten hat sich im Prozesse des wachsenden Zerfalls und der im Lande eingetretenen allgemeinen Krise in schnellem Tempo eine Auslese der typisch faschistischen Elemente in den Reihen der arbeitslosen Intelligenz und Angestellten, des Offizierkorps, des deklassierten Kleinbürgertums verschiedener Schattierungen, der Bauernjugend und selbst der Arbeiter vollzogen. All das hat sich um Pilsudski gruppiert. Gleichzeitig hat sich der Prozeß des Zerfalls der alten Parteien auch an der PPS ausgewirkt; und zwar in einer Radikalisierung der Gewerkschaftsmassen, in einer Umgruppierung unter den Bauernparteien des Sejm, in einem allgemeinen Drängen nach links. Aus den Bauernparteien zweigten sich linke Flügel ab, es bildeten sich neue selbständige Parteien, die mit der kommunistischen Partei Hand in Hand gingen.

Diese ganze Lage verstand Pilsudski, der das englisch-amerikanische Kapital hinter sich hatte, gut auszunützen. Gerade er war fähig, die Mission der Schaffung einer „starken“ Gewalt mit dem Ziele der Durchführung einer Politik der Stabilisierung auf Kosten der Werktätigen zu erfüllen. Er hatte den Ruf eines in Ungnade gefallenen Cincinnatus, der berufen war, das Vaterland vor dem Untergange zu retten. Seine „Ueberparteilichkeit“ eignete sich ganz außerordentlich für diese Situation der Zersetzung der alten Parteien. Er war eben jene Persönlichkeit, in der sich vorübergehend die Hoffnungen sowohl der Lodzer Arbeitslosen wie der weißrussischen Bauern und des durch das wirtschaftliche Chaos ruinierten städtischen Kleinbürgertums zusammenfanden. Er stützte sich deshalb in seinem Unternehmen, abgesehen von den rein legionär-faschistischen Elementen auch auf die Bevölkerungsschichten, die bei Vorhandensein einer starken kommunistischen Partei und einer Geschlossenheit und Einheit des Proletariats als Klasse die Armee einer Arbeiter- und Bauernrevolution hätten bilden können.

II.

Eine der wichtigsten Ursachen dafür, daß die Arbeiter und Bauern, die den Staatsstreich Pilsudskis unterstützten, keine Armee der Arbeiter- und Bauernrevolution geworden sind, liegt in der Schwäche der Kommunistischen Partei und darin, daß diese während des Umsturzes die schwersten opportunistischen Fehler begangen hat.

Man kann nicht sagen, daß das Auftauchen des Faschismus in Polen so unerwartet gekommen sei, daß es unmöglich gewesen sei, es vorauszusehen, und daß die Kommunistische Partei sich darauf nicht hätte vorbereiten können. Schon 5 Monate vor dem Staatsstreich Pilsudskis wies die 4. Parteikonferenz der KPP, die eine richtige Prognose sowohl der bevorstehenden Veränderung der außenpolitischen Situation wie der inneren Krise des von der Bourgeoisie und den Gutsbesitzern beherrschten Polens gab, deutlich auf die Gefahr der Entstehung des Faschismus im Lande hin (selbst die Wahr-

scheinlichkeit des Hervortretens Pilsudskis an der Spitze der faschistischen Bewegung wurde hier vorausgesagt).

Es fand sich nur ein Genosse (Gen. Domski), der damals der Partei empfahl, „für den Fall, daß es zu einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen den beiden zur Diktatur drängenden Gruppen kommen würde, nicht zu zögern, die Szulewujek-Elemente (Pilsudski-Anhänger) zu unterstützen.“

Das war eine von Grund aus falsche, grob opportunistische Linie; die Parteileitung wolte damals von einem ähnlichen Wege nichts hören und hatte dem Faschismus gegenüber die richtige Taktik beschlossen. Später aber hat sie diesen richtigen Weg voll und ganz vergessen, und als sie sich im Mai vor die Tatsache des faschistischen Vorstoßes gestellt sah, da verlor sie unter dem Eindruck der ungeheuren Begeisterung der Massen den Kopf.

Das ZK der Partei sah diesen Faschismus, erkannte ihn aber nicht. Es schien ihm, daß der Faschismus — gar kein Faschismus sei, sondern irgend etwas ganz anderes.

Die polnischen Genossen haben allen Grund, über die Ursachen eines so ungeheuerlichen Irrtums gründlich nachzudenken.

Die durch den Vorstoß des polnischen Faschismus ausgelöste ungeheure Begeisterung der Massen war wirklich ein überaus plastischer Ausdruck der eigenartigen Situation in Polen. Die Kommunistische Partei konnte und mußte diese Begeisterung ausnützen. Statt dessen ließ sie sich vom Strome des kleinbürgerlichen Rausches fortreißen und geriet in das Fahrwasser des Faschismus.

Die Parteileitung betrachtete die Sache ungefähr so: das ist eine kleinbürgerliche revolutionäre Bewegung; wir müssen sie unterstützen. Dabei entging ihr vollkommen die Rolle der Kleinbourgeoisie unter den derzeitigen Lebensverhältnissen in Polen ebenso wie die Rolle der Kommunistischen Partei gegenüber der Bewegung der kleinbürgerlichen Massen.

Die bürgerliche Revolution in Polen war eine schon lange überwundene Etappe, wenn diese Revolution konsequent auch nicht zu Ende geführt worden war. Daß in den polnischen Verhältnissen noch Elemente der bürgerlich-demokratischen Revolution wirken, geht vor allem daraus hervor, daß im Mai als aktiv handelnder Faktor eine unmittelbare Aktion der Bauern zu verzeichnen war. Diese Elemente können aber unter den Bedingungen des Kapitalismus ihre Aufgaben nicht selbständig verwirklichen, deren Lösung nur in einer siegreichen proletarischen Revolution möglich ist. Die Bewegung der Kleinbourgeoisie hat unter den derzeitigen Bedingungen keine Bedeutung eines selbständigen politischen Faktors, sondern ist gezwungen, sich unter die Führung einer anderen Klasse zu begeben, die auf der Arena des Klassenkampfes von ausschlaggebender Bedeutung ist. Es kann sich nur um die Frage handeln, wer die Bewegung der kleinbürgerlichen Massen leitet: die Großbourgeoisie oder das Proletariat. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht.

In Polen waren zwei Diktaturen möglich — aber nur zwei. Der Faschismus hatte die Aufgabe, die Diktatur des Großkapitals zu verwirklichen, und erstrebte hierzu die Unterstützung der breiten kleinbürgerlichen Massen. Die Kommunistische Partei hatte die Aufgabe, die Diktatur des

Proletariats zu verwirklichen und für diesen Zweck die kleinbürgerliche Masse unter ihre Führung zu bringen. Von der Kraft des einen oder anderen Lagers — des Faschismus und des Kommunismus — hängt es ab, welchem Lager die letztere im gegebenen Augenblick folgt. Einen selbständigen Platz zwischen den beiden Lagern gibt es für die Kleinbourgeoisie nicht. Die Diktatur Pilsudskis mußte sich so notgedrungen in eine Diktatur des Großkapitals umwandeln.

Eine selbständige Position der „revolutionären Demokratie“ existierte nur in der Phantasie der polnischen Kommunisten wie auch der kleinbürgerlichen Massen selbst. Als sie noch schwach war, da glaubte die KPP weder an ihre eigenen Kräfte noch an die des Proletariats. Das letztere war in seiner Mehrzahl politisch noch nicht genügend geschlossen und von Klassenbewußtsein durchdrungen. Dank dem Terror seitens der Bourgeoisie und der verräterischen Politik der PPS wurde die Arbeiterklasse desorganisiert. Sie glaubte der Agitation der PPS, daß Pilsudski angeblich eine gewisse „militärische Demokratie“ verteidige und den Kampf für die Demokratie überhaupt führe.

Die KPP hat diesen Betrug nicht erkannt. Sie begriff nicht, daß die Gestalt der faschistischen Bewegung in ihrem vorbereitenden Stadium oder im Augenblick des Kampfes um die Macht eine ganz andere sein könne wie nach der Ergreifung der Gewalt, wenn sie ihr wahres Wesen vollends zeigt. In der ersten Periode seiner Entwicklung mußte der polnische Faschismus die Unterstützung der Arbeiter- und Bauernmassen anstreben, und das hat er mit Hilfe der kleinbürgerlichen Parteien in sehr gewandter Weise getan, indem er sich in die Maske des kleinbürgerlichen Demokratismus hüllte. Die Anhänger Pilsudskis haben für ihre Agitation die „revolutionäre“ Phraseologie kunstvoll ausgenützt. Selbst die Losung „Kampf gegen den Faschismus“ wurde von den Pilsudski-Anhängern als Kampflosung der faschistischen Pilsudski-Leute aufgestellt; bis hinauf zu der Losung der „Arbeiter- und Bauern-Regierung“ (PPS).

Wie mußte in dieser Situation die polnische Kommunistische Partei handeln?

Der Umstand, daß Pilsudski im Augenblick seines Staatsstreiches sich auf die werktätigen Massen stützte, forderte von der KPP eine aktive Beteiligung an den Klassenkämpfen, die im Mai vor sich gingen. Die Beobachtung der Neutralität wäre eine Wiederholung des bulgarischen Fehlers gewesen und hätte in Wirklichkeit nur die übelste Passivität gedeckt. Die an diesem Kampfe teilnehmenden Arbeiter und Bauern hofften ja mit dem Sturze der Chiena-Piast-Regierung den Boden für die Bauern gewinnen und die Lage der Arbeiter verbessern zu können. Die Massen glaubten, daß sie in die Revolution hineingehen, und es war deshalb die Aufgabe unserer Partei, sich wie ein Keil in diesen Widerspruch des Maikampfes hineinzubohren. Kein Gramm Vertrauen für Pilsudski und die anderen Führer der Bewegung. Man mußte die Massen im Namen der Besitzergreifung des Grund und Bodens, der Kontrolle über die Produktion, der Befreiung der bedrückten Nationalitäten, der Arbeiter- und Bauernregierung zu selbständigem Handeln rufen, indem man für diesen Zweck den Kampf der Pilsudski-Anhänger mit der Chiena-Piast-Regierung ausschaltete. Die Partei mußte im Prozesse des Kampfes Pilsudskis um die Macht die Massen

zu eigener Organisierung außerhalb des Lagers Pilsudskis unter dem Banner der Kommunistischen Partei aufrufen, indem sie selbstherrliche Massenorgane für die Leitung der Bewegung schuf und als vollzogene Tatsache sowohl das offene Bestehen solcher Organisationen wie das offene Bestehen der Partei verwirklichte; die Partei mußte die Initiative der Befreiung der politischen Gefangenen ergreifen. Als illegale Partei hervortretend, mußte die KPP den Versuch machen, selbständige Stützpunkte für eine weitere Vorwärtsbewegung neben Pilsudski und gegen ihn zu erobern.

Die Beteiligung der Kommunistischen Partei am bewaffneten Kampf, die die Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten her darstellte, setzte keineswegs ein Aufgeben selbständiger Aktionen oder einer schonungslosen Entlarvung des Pilsudskischen Lagers voraus. Diese in den Reihen Pilsudskis schreitenden Massen vorwärts drängen, hieß nicht ihre Illusionen nähren durch Aufgabe der Entlarvung Pilsudskis. Die Rolle der Kommunistischen Partei besteht nicht darin, daß sie hinter der Bewegung der Arbeiter und Bauern herläuft, sondern darin, daß sie, ohne sich von den Massen loszulösen, diese auf eine höhere Stufe ihres Klassenbewußtseins erhebt. Anstatt hilflos zu zappeln, wie es die Kommunistische Partei tat, hätte man bestrebt sein müssen, die Bewegung der Massen zu beherrschen, hätte man ihnen eigene revolutionäre Wege zur Lösung der entstandenen Widersprüche weisen sollen. Schwankende vorwärtszudrängen, das vermag die bolschewistische Partei nicht durch Entstellung und Maskierung ihrer Physiognomie und ihrer Losungen, sondern indem sie diese allen anderen politischen Parteien und Gruppen entgegenstellt.

In der Kerenski-Zeit in Rußland, als der Kampf gegen das konterrevolutionäre Unternehmen Kornilows wogte, waren die Verhältnisse naturgemäß ganz anders als in Polen im Mai 1926, doch auch für die gegebene Situation passen die damals von Lenin ausgesprochenen Worte:

„Die Regierung Kerenskis dürfen wir selbst jetzt nicht unterstützen. Das wäre Prinzipienlosigkeit. Man wird fragen: soll man sich etwa nicht gegen Kornilow schlagen? Gewiß. Doch ist das nicht ein und dasselbe, es gibt da eine Grenze; manche Bolschewiki überschreiten diese, indem sie in „Kompromißerei“ verfallen, sich vom Strom der Ereignisse fortschwemmen lassen.“ (Band XIV. S. 95.)

Lenin forderte damals von den Bolschewiki, sie sollten Kerenski schonungslos entlarven. Die erste Pflicht der polnischen Kommunisten im Mai 1926 war ebenfalls schonungslose Entlarvung des faschistischen Charakters des Pilsudskischen Unternehmens.

Was tat aber die KPP? Wenn die PPS hinter Pilsudski herlief, so lief die KPP in Wirklichkeit sowohl hinter der PPS als auch hinter Pilsudski her. Wie soll man anders jene Rolle bezeichnen, die beispielsweise die Warschauer Organisation spielte, die mit ihren Fahnen an der Demonstration zu Ehren Pilsudskis teilnahm? Haben etwa die russischen Bolschewiki in der Zeit Kerenskis ähnlich gehandelt? Wir erinnern beispielsweise an die Demonstration vom 18. Juni 1917, die von den Bolschewiki unter dem wütenden Geheul aller um Kerenski gruppierten Parteien, die die Bolschewiki der Förderung der Reaktion beschuldigten, vor sich ging. Vergleichen wir den Ton der bolschewistischen „Prawda“ in der Zeit Kerenskis mit dem, was die „Tribuna“ über Pilsudski im Augenblick des Staatsstreiches schrieb,

indem sie ihn als „Giganten“ im Vergleich mit den Zwergen der PPS bezeichneten. Oder nehmen wir als Beispiel auch die Aufrufe der Partei, die von den lokalen Organisationen und dem ZK der KPP verbreitet wurden. Hier kann man alles Mögliche finden, nur nicht eine bolschewistische Linie gegenüber Pilsudski. In dem am 12. Mai erlassenen Aufruf findet das ZK der KPP im Augenblick der begonnenen Kämpfe keine anderen Losungen, in deren Namen die Massen in den Kampf ziehen sollten, als den unklaren Hinweis, daß „unsere Ziele weitergehen als die Ziele Pilsudskis“. In den Parteiorganen las man Artikel, die zur Unterstützung des „Lagers Pilsudskis“ aufriefen und so einen Sieg Pilsudskis mit dem „Siege der revolutionären Arbeiter und Soldaten“ identifizierten. All das zeugte davon, daß die Parteiführer, unabhängig von ihrer bisherigen fraktionellen Gruppierung sich als unfähig erwiesen, einen Unterschied zu machen zwischen dem faschistischen Lager Pilsudskis und jenen Massen, die durch ihre Illusionen noch mit Pilsudski verbunden waren. Es waren auch wohl schwerlich nur technische Gründe, die die Partei hinderten, in den Tagen der Kämpfe, als ein allgemeines Chaos herrschte, Maßnahmen zur Befreiung der verhafteten Genossen zu treffen. Die politische Linie der KPP war eine derartige, daß sie sich zu ähnlichen „Versäumnissen“ prädisponierte. Die Kommunistische Partei hatte nach den von verbrecherischen PPS-Elementen am 1. Mai organisierten Morden, nach den auf den Deputierten Sochatski abgegebenen Schüssen nichts Besseres zu tun, als sich an den PPS-Deputierten Nedsialkowski mit dem Vorschlage zu wenden, „dem brudermordenden Kampfe“ ein Ende zu machen; sie wandte sich auch da noch nicht an die Massen und entlarvte nicht die heimtückische Rolle der PPS-Führer. Es ist, als wollte die Parteileitung es nicht sehen, daß zwischen dem Parteistab der PPS und der „Kampforganisation“ der PPS die Rollen ungefähr nur so verteilt sind, wie zwischen der Diplomatie und der Armee in einem beliebigen kapitalistischen Staate. Während der „Führer“ Nedsialkowski verspricht, „den bedauernswerten Fall zu untersuchen“, knallen die Brownings der PPS-Kämpfer ohne Unterlaß in die Reihen der polnischen revolutionären Arbeiter.

Aus dieser gesamten unrichtigen politischen Einstellung resultierte auch der ungeheure Fehler, der in dem Beschluß des ZK bestand, bei den Abstimmungen für die Präsidentenkandidatur für Pilsudski zu stimmen, ein Beschluß, der, wenn er verwirklicht worden wäre, den völligen Bankerott der kommunistischen Politik bedeutet hätte.

Wer trägt nun die größte Verantwortung für all diese Fehler? Gewiß, in erster Linie das ZK. In zweiter Linie die Führer der örtlichen Organisationen, die sich der Suggestion des kleinbürgerlichen Rausches, der in diesen Tagen auf sie einwirkte, hingaben. Die Verantwortlichkeit vom ZK und den anderen Führern zu nehmen, und sie auf die ganze Partei zu übertragen, diese Fehler durch die Illusionen „der Massen“ zu erklären — hieße das Geschehene nicht in bolschewistischer Weise kritisieren. Man darf nicht außer acht lassen, daß alle hervorragenden Vertreter der verschiedenen Parteiströmungen im Bestande des gegenwärtigen ZK diese Fehler begangen haben. Die Tatsache eben, daß die Fehler vom gesamten ZK begangen wurden, spricht dafür, daß der polnischen Bruderpartei eine überaus ernste Arbeit in der Registrierung aller aus diesem historischen Fehler fließenden Lehren bevorsteht.

III.

Was ist nun zu tun? Polen durchlebt wie vor dem Staatsstreich Pilsudskis, auch jetzt noch eine tiefgehende industrielle, finanzielle und politische Krise. Um diese schwierige Lage zu überwinden, bedarf es ausländischer Anleihen. Ohne diese ausländische Hilfe ist die polnische Industrie dazu verurteilt, einem allmählichen völligen Stillstand entgegenzugehen. Die Zahl der Arbeitslosen ist ungeheuer, und ein bedeutender Teil der Betriebe arbeitet verkürzt. Ein Handelsvertrag mit Deutschland, an dessen Abschluß die Realisierung einer Anleihe für Polen geknüpft ist, würde, indem er den deutschen Erzeugnissen nach Polen und der oberschlesischen Kohle nach Deutschland den Zugang öffnete, der polnischen Maschinenbau-, Textil- und chemischen Industrie einen vernichtenden Schlag versetzen.

Die Finanzkrise Polens ist vor allem eine Valutakrise, und dann eine Krise des Staatsbudgets. Der Besuch der englisch-amerikanischen Mission Kamezers hat wohl in der letzten Zeit die Hoffnungen der polnischen Regierungskreise auf die Möglichkeit der Stabilisierung des Zloty belebt. Wenn aber diese zeitweilige Stabilisierung des Zloty erreicht würde, so wäre sie nur um den Preis eines wirtschaftlichen Rückschritts des Landes erkauft.

Das Schicksal Polens ist, wenn dieses nur von seiner jetzigen Regierungclique abhinge — das Schicksal Lettlands, Estlands und der anderen Staaten, die sich im Resultat ihres „selbständigen“ Bestehens in typische Agrarstaaten, in halbagrarische Anhängsel der kapitalistischen Großmächte verwandelt haben. Am lebenden Beispiel Polens werden mit aller Anschaulichkeit die Folgen jener Phase des Kapitalismus demonstriert, wo dieser zum Hemmnis einer weiteren Entwicklung der Produktivkräfte und zur Quelle der wirtschaftlichen Entartung ganzer Länder und Völker wird. Während die USSR zur Zeit als eine ihrer wichtigsten laufenden Aufgaben die Industrialisierung des Landes, die Verbreiterung der Grundlage der sozialistischen Industrie betrachtet, sinkt das Polen Pilsudskis unter das Niveau der Entwicklung der Produktivkräfte herab, das von ihm vorher schon erreicht worden war.

Ein solcher Versuch der Stabilisierung im Wege der Herausdrängung von Hunderttausenden polnischer Proletarier aus dem Produktionsprozeß hat natürlich überaus wenig Chancen für einen Erfolg, er muß im Gegenteil den Klassenkampf im gegenwärtigen Polen noch mehr vertiefen und verschärfen. Die gegenwärtigen Machthaber in Polen werden sich bald davon überzeugen, daß es nicht ohne weiteres geht, das Land gegen den Willen einer Million polnischer Proletarier wirtschaftlich umzubauen.

Gewiß, die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß es Pilsudski gelingen wird, für eine kurze Zeitspanne den äußeren Eindruck einer relativen Beharrlichkeit des neuen polnischen Regimes zu schaffen. Das wird aber keineswegs ein „Goldregen“ des Aufblühens des polnischen Kapitalismus oder eine „Amerikanisierung“ der polnischen Arbeiterbewegung bedeuten. Die soziale Basis für einen polnischen Reformismus fehlt in bedeutend höherem Grade als in irgendeinem beliebigen anderen, wirtschaftlich heruntergekommenen europäischen Staate, und deshalb hat die andere Perspektive, die mit der Vertiefung des revolutionären Prozesses verknüpft ist, ganz wesentlich größere Chancen.

Die Agrarisierung Polens würde auch keineswegs eine Hebung der mittleren und armen Bauernwirtschaft mit sich bringen. Im Gegenteil, die Verwandlung Polens in einen halbagrarisches Staat würde nur die Stärkung der Position des Großgrundbesitzers wie der reichen Bauern auf Kosten einer Verelendung der breiten Bauernmassen zur Folge haben.

Die kriegerisch gestimmte Außenpolitik Pilsudskis erheischt außerdem die Unterhaltung einer großen Armee. Ein bedeutender Teil der Auslandsanleihen würde zur Bestreitung der Heereslasten dienen müssen. Die Zinszahlungen würden die Einführung neuer Steuern oder die Steigerung der alten erforderlich machen. Dies aber würde seinerseits die Unzufriedenheit der unterdrückten Nationalitäten und der Bauernschaft nur noch mehr steigern. Ein kriegerisches Abenteuer würde den Kampf der unterdrückten Völkerschaften gegen die Herrschaft der polnischen Bourgeoisie entfesseln. Zudem würde der Kampf der werktätigen Massen gegen ihre systematische Ausplünderung von überaus scharfen Konflikten innerhalb der regierenden Klassen begleitet sein. Die jüngst erfolgten Aktionen der Arbeitslosen, die einsetzende Agrarbewegung, die wachsende Unzufriedenheit in den Städten, die Wachsamkeit der Reaktion in Posen — alles dieses spricht dafür, daß Pilsudski von der Geschichte kaum eine langdauernde „Atempause“ beschieden ist. Das sind die Gründe, aus denen unsere Partei ihren Kurs auf die Steigerung der revolutionären Bewegung halten muß und dementsprechend ihre Taktik auf die allernächste Periode einstellen muß.

Im Zusammenhange mit dem wirtschaftlichen Umbau sieht die Pilsudski-Clique auch eine internationale Neuorientierung Polens voraus. Friedliche Beziehungen zum Nachbar an der westlichen Grenze — zu Deutschland — braucht Polen neben Gründen wirtschaftlicher Natur auch noch deshalb, weil nur unter der Bedingung einer Normalisierung seiner Beziehungen zu Deutschland Polen eine englisch-amerikanische Anleihe erhalten kann.

Die Aktivität der polnischen Außenpolitik wird ihr Hauptziel auf die östlichen Grenzen, d. h. auf die USSR richten. Die alten Pläne Pilsudskis, Schaffung einer Föderation von Ukrainern, Weißrussen u. a. um Polen zur „Einkreisung Moskaus“, fallen zur Zeit auf einen überaus günstigen internationalen Boden. Die letzten englischen Ereignisse, die den englischen Kapitalismus in seinen Grundfesten erschüttern, haben die Beziehungen der großbritannischen Regierungskrise zur USSR überaus verschärft. Die englische Bourgeoisie begreift, welche ungeheure Gefahr für ihre Herrschaft das erwachende Klassenbewußtsein des englischen Proletariats, seine Orientierung zum Proletariat der USSR und sein Bestreben, mit diesem einen innigen Zusammenhang herzustellen, bedeutet. Daher die Vorbereitungen der konservativen englischen Regierung für einen neuen Vorstoß gegen die USSR, die ihren Ausdruck finden in der von den Konservativen und den Regierungsmitgliedern geführten Kampagne wie auch in neuen Hinterkulissenintrigen, die überall auf Anstiften Englands gegen die USSR gesponnen werden. In der Pilsudski-Clique findet der englische Imperialismus eine unersetzbare Agentur für seine Aggressivpolitik. Wenn die Pilsudski-Clique auch noch keinen unmittelbaren Krieg gegen die USSR bedeutet, so signalisiert sie für jeden Fall den werktätigen Massen beider Länder die Gefahr einer ähnlichen Abenteuerpolitik seitens Pilsudskis, die

gleichbedeutend ist mit dem Zustande eines versteckten Krieges Polens gegen die USSR.

Eine derartige Politik birgt für die polnischen werktätigen Massen die Gefahr in sich, daß sie Polen endgültig in ein einfaches Anhängsel der imperialistischen Pläne der Großmächte verwandelt, ihm selbst den Schatten einer Selbständigkeit oder der Leitung der eigenen Interessen sowohl in der Innen- wie in der Außenpolitik raubt.

Die Kommunistische Partei Polens muß den Massen zeigen, daß sie die einzige, von äußeren Einflüssen unabhängige Macht ist, die sich für eine wirkliche Unabhängigkeit Polens, gegen die Umwandlung desselben in eine Halbkolonie des englisch-amerikanischen Kapitals einsetzt. Sie muß die Pilsudski-Clique in ihrem Verrat der Interessen der polnischen Arbeitermassen an jeder konkreten Tatsache, an jedem Schritte in der Politik der neuen Regierung entlarven, und dem Bündnis Pilsudskis mit dem englisch-amerikanischen Kapital die Losung eines selbständigen und wahrhaft unabhängigen Sowjetpolens gegenüberstellen.

Unablässig gegen die Außenpolitik Pilsudskis, die in sich die Gefahr eines neuen Krieges mit der USSR birgt, ankämpfend, muß die Partei den Massen zeigen, daß die Politik Pilsudskis in einem tiefen Gegensatz zu den Interessen nicht nur des Proletariats, sondern auch der breiten Bauernmassen steht. Diese Politik bedeutet die Steigerung der militärischen Lasten, sie saugt das Land wirtschaftlich weiter aus, um es zur endgültigen Ausplünderung an das englisch-amerikanische Kapital auszuliefern.

Was hat sich im Verhältnis der Klassenkräfte, seit Pilsudski zur Macht gelangt ist, verändert? Vor allem haben sich bedeutende Teile der werktätigen Massen, mit deren Hilfe Pilsudski seinen Staatsstreich vollziehen konnte, von ihm loszulösen begonnen und werden es in Zukunft in noch gesteigertem Maße tun; an deren Stelle beginnen sich um die Pilsudski-Clique unter aktiver Förderung Pilsudskis neue Elemente zu gruppieren, Elemente des Großkapitals und der Agrarier, und neben den Wilnaer Gutsbesitzern und ihren Kollegen aus Weißrußland und der westlichen Ukraine sowie neben den schon in den ersten Tagen nach dem vollzogenen Umsturz zu ihm haltenden Verbänden der Industriellen und der reichen Bauernparteien — auch ein Teil der gestrigen Gegner, die sich um die Posener Opposition gruppiert hatten. Gleichzeitig verstärkt sich auf dem andern Pol der Druck der Massen auf solche Parteien, wie die Bauernpartei Brill, was schon aus dem krassen Widerspruche zwischen den Stimmungen der Massen dieser Partei und den von ihrer Spitze Pilsudski gespendeten begeisterten Lobgesängen hervorgeht. Es geht eine neue Abgrenzung der Klassen vor sich. Die Pilsudski-Gruppe ist entsprechend dieser neuen Umgruppierung der sozialen Kräfte in schneller Mauserung begriffen, löst sich von der billigen Demagogie los und wird zum typischen Faschismus, dem Werkzeug des Großkapitals. Gerade jetzt steht unsere Partei in Verbindung mit dieser neuen Situation einem unbeackerten Arbeitsgebiet gegenüber. Die Massen werden dank der blutigen Lehre, die ihnen von Pilsudski erteilt wird, unvermeidlich ihre Illusionen verlieren. Und es ist die Aufgabe der Partei — diesen Prozeß allseitig zu fördern.

Zu diesem Zwecke muß die Partei voll und ganz ihre Aufmerksamkeit und

Energie auf eine Reihe der nächsten politischen und wirtschaftlichen Forderungen lenken, unter denen die wichtigsten folgende sind:

Der Kampf gegen Kriegsabenteuer und Rüstungen, für eine Politik des Friedens gegenüber den Nachbarstaaten und vor allem gegenüber der USSR; gegen die Hinopferung der Unabhängigkeit Polens an die ehrgeizigen Bestrebungen des britischen Imperialismus. Verwirklichung der Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit, der Freiheit der revolutionären Organisationen der Arbeiterklasse; die Befreiung der politischen Gefangenen; Schaffung von Bauernkomitees, die sich die Enteignung des Bodens der Gutsbesitzer ohne Entschädigung zum Ziele setzen. Die Wiederherstellung des achtstündigen Arbeitstages, Beschaffung von Arbeit für die Arbeitslosen, Kontrolle der Industrie durch die Arbeiter; unverzügliche Eintreibung der noch nicht bezahlten Vermögenssteuer von den besitzenden Klassen bei vollständiger Befreiung der armen und mittleren Wirtschaften sowie der Handwerker — unter Kontrolle der Arbeiter- und Bauernkomitees; vollständiges Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationalitäten bis zum Rechte der Loslösung.

Indem sie diese Forderungen als Agitationslosungen in der Perspektive eines wahrscheinlichen Heranreifens der revolutionären Krise aufstellt, muß die Partei klar erkennen, daß alle diese überaus wichtigen Forderungen unter dem jetzigen Regime nicht verwirklicht werden können; ihre Verwirklichung ist nur möglich bei Entfesselung der proletarischen Revolution. Die Partei muß deshalb als wichtigste Losung in ihrer gesamten Propagandatätigkeit die Losung der Arbeiter- und Bauern-(Sowjet)Regierung aufstellen. Nur in dem Maße, in dem es der Partei gelingen wird, ihre nächsten Forderungen mit ihrer Grundlosung der „Arbeiter- und Bauernregierung“ zu verknüpfen, kann die Partei mit einem Erfolg ihrer Arbeit in den Massen, mit einem Erfolg in der Vorbereitung dieser Massen für die in Polen heranreifende Revolution rechnen.

Die Schwierigkeiten, denen die Partei gegenübersteht, sind unstreitig ungeheuer. Die in Polen seit Jahren wütende Reaktion, die ununterbrochenen schweren Verfolgungen unserer Partei, die von ihr durchlebten Krisen und endlich die Erbschaft der II. Internationale konnten an der polnischen kommunistischen Bewegung nicht spurlos vorübergehen. Die noch nicht überwundenen nationalen Vorurteile der rückständigen Arbeiter- und Bauernschichten, insbesondere als Reaktion gegen die Russifizierungspolitik des Zarismus einerseits, der sich der staatlichen Unterstützung erfreuende Apparat der PPS, der widerlichsten, in ihrem Hasse gegen die Kommunistische Partei zynischsten Partei der II. Internationale andererseits, und endlich die Kompliziertheit der internationalen Lage Polens, die selbst auf das Bewußtsein der werktätigen Elemente zurückwirkt — alles das stellt dem Eindringen der KPP in die Massen Hindernisse entgegen.

Diese hemmenden Bedingungen schaffen aber gleichzeitig aus den proletarischen Massen ein vorzügliches Material für eine wahrhaft bolschewistische Partei. Nur unter solchen Bedingungen reift ein wahrhaft bolschewistisches Geschlecht heran, das weder Repressalien noch Schwierigkeiten einzuschüchtern vermögen und das auch die Last begangener Fehler nicht entmutigen kann. Eine gesunde proletarische Partei kann aus Fehlern nur lernen. Daß das Bewußtsein dieser Fehler in den Reihen der Partei keinen

Unglauben und keinen Mißmut erzeugen wird, geht schon daraus hervor, daß die Partei selbst ohne Hinweis von außen den Weg einer Ueberprüfung der opportunistischen Taktik der letzten Zeit besritten hat. Dies war zunächst nur ein erster schüchterner Schritt. Es darf erwartet werden, daß die Partei in nächster Zukunft diesen Weg entschlossen weitergehen wird.

* * *

DER ENGLISCHE STREIK (ABSCHLUSS UND AUSBLICK)

I.

Es ist zwar noch zu früh, die Gesamtbilanz des englischen Streiks aufzustellen, da der Bergarbeiterstreik noch andauert; indessen sind während der letzten Wochen in England so viele neue Ereignisse vorgefallen, daß es notwendig wird, sofort, ohne das Ende des Streiks abzuwarten, mindestens das zeitweilige Fazit dieses großen Kampfes des englischen Proletariats zu ziehen.

Vor allem müssen die vom Parlament angenommenen Gesetze über die Organisierung der Kohlenindustrie und den Achtstundentag erörtert werden.

Das Gesetz über die Organisierung der Kohlenindustrie organisiert in Wirklichkeit gar nichts. Die Kohlenindustrie bleibt nach wie vor unter der Herrschaft derselben elementaren kapitalistischen Gegensätze, die sich in England bis zum äußersten zugespitzt haben. Es ist gewiß noch erinnerlich, daß die ausschließlich aus Beamten bestehende und von der gegenwärtigen konservativen Regierung eingesetzte Kommission Sir Herbert Samuels einen Bericht vorlegte, der in folgenden Vorschlägen gipfelte: 1. Ankauf der Ländereien, in denen sich die Kohlengruben befinden und die den Landlords jährlich 7 Millionen Pfund Sterling Rente einbringen, durch die Regierung; 2. Zwangssyndizierung der Gruben; 3. Verstaatlichung des Kohlenabsatzes. Dieser Bericht bedeutet einen Rückschritt im Vergleich zum Bericht der Sankey-Kommission, die 1921 von der Lloyd-George-Regierung eingesetzt worden war. Dieser Kommission gehörten auch Vertreter der Bergarbeiter an; sie hatte die Frage der Nationalisierung der gesamten Kohlenindustrie angeschnitten. Auf diese Weise läßt die konservative Baldwin-Regierung nicht nur den Sankey-Bericht, sondern auch den Samuel-Bericht unberücksichtigt.

Das neue Gesetz über die Organisierung der Kohlenindustrie überläßt alles dem guten Willen der Bergwerksbesitzer. Wenn die letzteren finden werden, daß die Zusammenschließung ihrer Unternehmungen für sie vorteilhaft ist, werden sie einen entsprechenden Vorschlag zur Begutachtung durch das Handelsministerium einbringen. Fällt diese Begutachtung günstig aus, dann wird der Vorschlag zur endgültigen Bestätigung einer speziellen Kommission, der „Eisenbahn- und Wegebaukommission“ unterbreitet. Eine einzige Andeutung auf den Zwangscharakter dieses Vorschlags findet sich nur in dem Punkte, der vorsieht, daß, falls zwei vereinigte Kohlenunternehmungen den Anschluß irgendeiner dritten Unternehmung als notwendig betrachten, sie in diesem Sinne eine Eingabe auf dem obenerwähnten Wege machen dürfen. Die endgültige Beschlußfassung liegt bei der gleichen Eisenbahn- und Wegebaukommission, d. h. bei der Regierung.

Das Gesetz über den Achtstundentag bedarf keiner eingehenden Erörterung. Man muß vor allem dessen eingedenk sein, daß es nicht wörtlich genommen werden darf, denn in Wirklichkeit handelt es sich um den Achteinhalb- und Neunstundentag: um 8 Stunden unter Tage und 1 oder 1½ Stunden, je nach den technischen Bedingungen der Unternehmung für die Einfahrt und Ausfahrt. Die erzreaktionäre Bedeutung des Gesetzes wird allein schon durch die Tatsache bestimmt, daß sie die englischen Bergleute in eine schlimmere Lage versetzt, als die der Bergleute des übrigen Europas mit Ausnahme von Oberschlesien ist. Von nun ab wird der englische Grubenarbeiter eine halbe oder gar eine ganze Stunde täglich länger arbeiten als die Grubenarbeiter der übrigen europäischen Länder.

Anfangs teilte die Regierung mit, sie beabsichtige, das neue Gesetz für die Dauer von nur drei Jahren einzuführen, in der Folge jedoch erschien ihr diese Frist als allzu kurz, und das Gesetz wird nun für die Dauer von fünf Jahren eingeführt.

Gleichzeitig mit der Abstimmung über das Achtstundengesetz verkündeten die Grubenbesitzer bereits einen neuen Lohntarif. Dieser neue Tarif sieht eine Herabsetzung der Arbeitslöhne vor, die in manchen Bezirken 10 Prozent des Grundlohnes erreicht (überhaupt sind die heutigen Arbeitslöhne um 52 Prozent niedriger als die Löhne im Jahre 1922). In anderen Bezirken ist die in Aussicht stehende Herabsetzung so groß, daß sich sogar Baldwin genötigt sah, mit der ihm eigenen Heuchelei gegen die Absichten der Besitzer in einer im Unterhause gehaltenen Rede zu protestieren. Das ist jedoch noch nicht alles. Die Konservativen drohen mit einem weiteren Vorstoß gegen die Arbeiterklasse. In einer seiner Reden sagte Birkenhead, die Regierung beabsichtige eine Ueberprüfung der Gesetzgebung über die Trade-Unions, zwecks deutlicherer Umgrenzung der Verantwortlichkeit der Verbände, der Ausnutzung ihrer Geldmittel während der Streiks, der Einschränkung des sogenannten „picketing“, d. h. des Rechts der Verbände, vor den vom Streik betroffenen Betrieben Streikposten aufzustellen. Es geht schließlich noch das Gerücht, die Regierung beabsichtige, den in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern und den Staatsbeamten das Streikrecht abzusprechen. Kurzum, die englische Bourgeoisie, die eben die Arbeiterschutzgesetzgebung verschlechtert hat, bereitet sich vor, auch die Rechtslage der englischen Arbeiterklasse durch Einschränkung des Koalitions- und Streikrechts zu verschlechtern.

Die oben angeführten Tatsachen zeugen von den Ausmaßen, die die Frechheit des englischen Kapitalismus angenommen hat. Die Niederlage des Generalstreiks hat die englische Bourgeoisie von der Feigheit der gewerkschaftlichen und politischen Führer der englischen Arbeiterbewegung überzeugt, und die Bourgeoisie ist nun bemüht, ihr Maximum-Programm durchzusetzen.

Indessen geht der Kohlenstreik weiter. Noch ist es für die englische Bourgeoisie zu früh, den Endsieg auszuposaunen. Aber wenn auch der Kohlenarbeiterstreik, der bereits drei Monate anhält, eine Niederlage erleiden sollte, so erhebt sich die Frage, wie groß der Sieg der englischen Bourgeoisie sein wird. Wird er nicht, nachdem er ihre Kräfte erschöpft und alle Gegensätze unangetastet gelassen hat, gleichzeitig die Bedingungen für einen künftigen entschiedeneren revolutionären Kampf der englischen

Arbeiterklasse schaffen? Der englische Kapitalismus fühlt es selbst, daß der Sieg, auch bei einer Niederlage der Bergarbeiter, nicht gesichert ist; er ist sich dessen bewußt. Wir werden im folgenden sehen, daß der englische Kapitalismus, wenn auch imstande, die Arbeiterklasse im offenen Kampfe mit Hilfe des gesamten Staatsapparates zu schwächen, es doch nicht vermag, die grundlegenden zugespitzten wirtschaftlichen Gegensätze aufzuheben, die den Streik hervorgerufen haben, und daß er noch weniger die Möglichkeit hat, den tiefgehenden Veränderungen vorzubeugen, die die Proklamierung des Generalstreiks, seine Niederlage und der noch heute andauernde Heldenkampf der Grubenarbeiter in der Psychologie der englischen Arbeiterklasse hervorgerufen haben.

Alles dies läuft letzten Endes darauf hinaus, was man eine Atempause nennt. Die ganze Frage besteht darin, wie lange diese Atempause dauern wird, wann und wie dieser aufgezwungene Frieden, dieser neue Versailler Vertrag gesprengt werden wird, den die englischen Konservativen der englischen Arbeiterklasse aufbürden konnten.

II.

Es muß hier darauf hingewiesen werden, und sei es auch nur in ganz allgemeinen Zügen und in vorläufigen Zahlen, was der englischen Bourgeoisie der Generalstreik und der Grubenarbeiterstreik gekostet haben.

Die uns zur Verfügung stehenden Angaben, die sich auf den Monat Mai beziehen, bezeugen sowohl Verminderung der Ausbeute in verschiedenen Zweigen der englischen Industrie als auch das Sinken ihres Außenhandels.

Es wurden im Mai 1 448 000 t Kohlen ausgeführt gegen 4 290 000 t durchschnittliche Ausfuhr in den vorhergegangenen Monaten. (In dieser Zusammensetzung ist von Interesse die mittlere monatliche Kohlenausfuhr vor dem Kriege, die im Jahre 1913 6 117 000 t betrug.)

Diese Zahlen zeigen sowohl das allgemeine Sinken der Kohलगewinnung im Vergleich mit der Vorkriegsausbeute als auch ihre Herabminderung im Zusammenhang mit dem Streik. Begrifflicher Weise ging die Ausfuhr im Mai auf Rechnung der Vorräte vor sich, die sich vor der Erklärung des Streiks aufgehäuft hatten. Noch fehlen uns die Angaben über die Kohlenausfuhr im Juni. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß die Ausfuhr noch mehr gesunken ist.

Aber auch im Falle der Beendigung des Streiks und der Aufhäufung neuer Kohlen auf den Halden ist es noch fraglich, ob es der englischen Kohlenindustrie möglich sein wird, den durchschnittlichen monatlichen Export von vor dem Streik wieder zu erreichen. Die Sache ist die, daß die Kohlenindustrie Deutschlands, insbesondere aber Amerikas bemüht ist, den Engländern die Märkte abzujagen, die früher von der englischen Kohlenindustrie versorgt wurden und heute von ihr vernachlässigt werden müssen. Die „Times“ vermerkten bereits mit Bitterkeit, daß an amerikanische Firmen Aufträge auf über 500 000 t Kohlen ergangen sind, die zu normalen Zeiten England bekommen hätte. Andererseits wird oberschlesische Kohle und Ruhrkohle überall statt englischer Kohle angeboten. Endlich ist England selbst genötigt, im Auslande täglich 30 000 t Kohlen von der Sorte einzukaufen, die für Eisenbahnen, Gaswerke, Elektrizitätswerke und manche Fabriken ge-

braucht werden. Allein im Mai verlor England an der Verminderung der Kohlenausfuhr etwa 3 000 000 Pfund Sterling.

Das Sinken der Kohलगewinnung beeinflusste die gesamte englische Industrie, den gesamten englischen Handel, seine Ausfuhr ebenso wie die Einfuhr.

Statt 147 Hochöfen, die Ende April in Betrieb waren, arbeiteten im Mai nur noch 23. Die Kohlenausbeute fiel von 539 000 t im April auf 88 000 t im Mai. Die Stahलगewinnung verminderte sich von 601 000 t im April auf 45 700 t im Mai.

Auch der Gesamthandel ist zurückgegangen. So betrug die Einfuhr im April 102 499 000 Pfund Sterling, im Mai dagegen 81 199 000 Pfund. Die Ausfuhr sank von 52 648 000 Pfund Sterling im April auf 45 763 000 Pfund im Mai. Indessen war bereits die Ausfuhr im April im Vergleich zur Ausfuhr im Mai des vergangenen Jahres um fast 10 000 000 Pfund Sterling niedriger (im Mai vorigen Jahres betrug die Ausfuhr 62 240 000 Pfund Sterling). Es handelte sich hier bisher um die Ausfuhr von Waren englischer Erzeugung. Um ein umfassendes Bild von der englischen Ausfuhr zu erhalten, müssen noch die Waren der Wiederausfuhr hinzugefügt werden, d. h. die Waren, die in englischen Kolonien oder Dominions erzeugt werden und die englischen Märkte nur passieren. Gemeint sind hauptsächlich Kautschuk, Wolle, farbige Metalle sowie verschiedene Kolonialerzeugnisse. Die Wiederausfuhr betrug im Mai d. J. 7 532 000 Pfund Sterling gegen 11 264 000 Pfund im April 1926 und 14 498 000 Pfund Sterling im Mai 1925. Auf diese Weise büßte der englische Handel an der eigentlichen Ausfuhr und an der Wiederausfuhr zusammen etwa 20 000 000 Pfund Sterling ein.

Die Daten für Juni sind zweifellos weniger günstig.

Zu den Daten des Außenhandels kommen die Verluste des Binnenhandels.

Als gewisser Hinweis auf die bisherigen allgemeinen Verluste des englischen Handels und der englischen Wirtschaft können die Zahlen dienen, die im Unterhause von dem gewesenen Finanzminister, dem Liberalen Runciman, angeführt wurden. Dieser erklärte am 22. Juli aus Anlaß der dritten Lesung der Budgetvorlage, daß die Aussperrung in der Kohlenindustrie England bereits 148 000 000 Pfund Sterling gekostet habe. Diese Zahl erhöhe sich auf 160 000 000 Pfund, wenn die von der Schifffahrt getragenen Verluste hinzugerechnet würden. Das heißt, daß England das achtfache von dem verloren habe, was die englische Regierung im Laufe eines Jahres an Subsidien für die englische Kohlenindustrie ausgab, um die Arbeitslöhne auf dem früheren Niveau zu halten.

Die englischen Grubenbesitzer im Verein mit der englischen Regierung glauben, diesen Verlust auf Rechnung der Arbeiter wieder wettzumachen. Ob ihnen dies auch gelingen wird?

Wir übergehen die Frage, ob die Produktivität der Arbeiter steigen kann, wenn die Arbeit Sklavereiformen annimmt, und wenden uns der Frage zu, ob die Gegensätze künftig aufgehoben sein werden, deren Ergebnis die Krisis in der englischen Kohlenindustrie ist.

Aus den Angaben der englischen Zeitungen folgt, daß die Grubenbesitzer

von der Einführung des Achtstundentages (d. h. des tatsächlichen Neunstundentages) eine Steigerung der Kohlegewinnung auf 20 000 000 t zu erzielen hoffen. Dieser Umstand soll eine Ermäßigung des Selbstkostenpreises der englischen Kohle herbeiführen und für die englische Kohlenindustrie verbesserte Konkurrenzbedingungen schaffen.

Diese Erscheinung kann indessen nur eine zeitweilige sein. Die deutschen Bergwerksbesitzer sehen bereits die Konkurrenz der billigeren englischen Kohlen voraus und erheben die Forderung, daß auch in Deutschland die Arbeitszeit in den Gruben auf 9 Stunden erhöht werde. Wenn ihnen dies gelingt, so wird das alte Verhältnis wieder hergestellt sein, mit dem einzigen Unterschied, daß in England sowohl wie in Deutschland die Lage der Arbeiter sich sehr verschlechtert haben wird.

Anderseits wird, wie bereits im englischen Parlament vermerkt worden ist, die Einführung des Achtstundentages eine Einschränkung der Zahl der in den englischen Kohlengruben beschäftigten Arbeiter mit sich bringen. Es wird sogar eine bestimmte Zahl angegeben: 120 000 neue Arbeitslose, deren Unterhalt dem Staate aufgebürdet werden wird. Auf diese Weise wird das neue Gesetz über den Achtstundentag die Arbeitslosigkeit verschärfen. Baldwin selbst konnte diesen Umstand nicht leugnen; er äußerte nur die unbegründete Hoffnung, daß diese Arbeiter bei den Gruben untergebracht werden können, die heute eine schwächere Produktion aufweisen.

Aber alles das wird die englische Kohlenkrise nicht beseitigen, die nicht durch eine schwache Produktivität der Arbeit, sondern durch eine **U e b e r p r o d u k t i o n** an Kohlen hervorgerufen wird. Auf diesen Umstand weist die „Nation“, das Wochenblatt des linken Flügels der englischen Liberalen, hin. Die Kohlenausbeute in England stieg von 10 Mill. t im Jahre 1800 auf 100 Mill. t im Jahre 1866, auf 200 Mill. t im Jahre 1897 und auf 287 Millionen t im Jahre 1913. Ungeachtet des nach dem Kriege einsetzenden Rückganges übersteigt die englische Kohlenerzeugung den Bedarf sowohl des englischen als auch des Weltmarktes, insbesondere, wenn die unaufhörlich zunehmende Anwendung der Elektrizität, des Erdöls und der Kohle niederer Sorten, vornehmlich der Braunkohle in Deutschland berücksichtigt wird, deren Gewinnung und Verwendung, mit den Vorkriegsdaten verglichen, riesige Ausmaße angenommen haben.

Auf diese Weise wird also die englische Industriekrise nicht behoben; sie wird sich in kurzem vor ganz England in verstärktem Maße wieder erheben. Wenn sich auch die Arbeiterklasse mit den Bedingungen der Sklavenarbeit abfinden sollte, die ihr die Grubenbesitzer und Konservativen aufzwingen, so wird eine neue Kohlenkrise doch nicht zu vermeiden sein. Die Behauptung, daß die Kohlenkrise in England die eigentliche Krise des englischen Kapitalismus ist, wird eine neue Bestätigung erfahren. Der Kampf der englischen Grubenarbeiter, in dem der Streik nur eine Episode ist, erhält seine ungeheure geschichtliche Bedeutung gerade infolge des Umstandes, daß er die gesamte englische Arbeiterklasse vor umfassende ökonomische Fragen stellt, deren Lösung nur unter der Bedingung einer radikalen Aenderung der Eigentumsverhältnisse, d. h. nur bei Nationalisierung der Kohlenindustrie möglich ist. Nur auf diese Weise kann nicht nur die Gewinnung und der Absatz der Kohle auf rationeller Grundlage aufgebaut werden, sondern es

wird auch möglich werden, zahlreiche Hilfsunternehmungen und neue Industriezweige zur Ausbeutung der Kohlenabfälle ins Leben zu rufen. Der erbitterte Widerstand, den die englische Bourgeoisie und die konservative Regierung den Forderungen der Grubenarbeiter entgegensetzten, wird deshalb verständlich. Verständlich wird deshalb auch die Zuspitzung des Klassenkampfes in England. Der Sieg des englischen Proletariats hätte die Zerrüttung der eigentlichen Grundlagen des englischen Kapitalismus bedeutet; in gewissem Sinne kann auch gesagt werden, daß der Sieg der Konservativen für die Revolutionierung des Bewußtseins der englischen Arbeiter von größerer Bedeutung sein kann als irgendeine Kompromißlösung, die zum Teil befriedigen würde, dafür aber in ihrem Bewußtsein die einzige Wahrheit verdunkeln würde, daß eine weitere Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, eine weitere Entwicklung der Produktivkräfte des Landes, eine weitere Steigerung der Arbeitslöhne und Verkürzung der Arbeitszeit nur außerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsformen Englands denkbar sind.

Schon die Ausrufung des Streiks bedeutete die Niederlage nicht nur der opportunistisch gesonnenen gewerkschaftlichen und politischen Führer der englischen Arbeiterklasse, sondern auch der Anhänger der gleichen Kompromißtaktik innerhalb der englischen Bourgeoisie selbst. Der Mißerfolg des Generalstreiks und die darauffolgenden Ereignisse vertieften den Abgrund zwischen den zwei extremen Lagern und unterstrichen nur noch die Hilf- und Kraftlosigkeit der opportunistischen Taktik. Der Kampf zeitigte die wahre politische und soziale Kräftegruppierung; es bildeten sich die beiden einzig möglichen Lösungen der gegenwärtigen englischen Krisis heraus. Die eine Lösung, von vornherein dazu verdammt, den Charakter der Zeitweiligkeit zu tragen, wird von den starrköpfigen Konservativen nachdrücklich durchgeführt und besteht darin, alle während der Stabilisierung des englischen Kapitalismus entstandenen Ausgaben auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Die andere Lösung ist die vom englischen Proletariat elementar oder halbbewußt gegen den beständigen Widerstand der opportunistischen Führer angewandte klassenkämpferische Lösung, die letzten Endes zur Ent-eignung der Produktionsmittel führen muß.

III.

Worin besteht das revolutionäre Fazit des Generalstreiks und des fort-dauernden Streiks der Grubenarbeiter?

Nach dem Zusammenbruch des Generalstreiks veröffentlichte der „Temps“, das große Pariser Blatt des französischen Großkapitals, einen Bericht aus London, in dem unter anderem ein außerordentlich wichtiger Umstand vermerkt war. Der Berichterstatter spricht von der tiefgreifenden Krisis der englischen Nachkriegsindustrie, von Englands trüben wirtschaftlichen Aussichten, und weist darauf hin, daß England es nur der „moralischen Wehr der englischen Gesellschaft“ verdanken kann, daß es gegenwärtig diese Krisis überstehen konnte.

„Wenn die zweifellos ein wenig beschädigte wirtschaftliche Wehr des Vereinigten Königreichs aufs neue nach der sozialistischen Niederlage aufgerichtet werden kann, so verdankt es England der Solidität seiner moralischen Wehr“, schreibt der Korrespondent des „Temps“. „Das erweckt den Glauben, daß in der gesellschaftlichen Evolution die psychologischen Faktoren eine wichtigere Rolle spielen als die wirt-

schaftlichen Beweggründe. Es stellt sich heraus, daß diese verschiedenen Imponderabilien, die man nicht mit Händen greifen und in irgend eine Formel hineinzwängen kann, daß all diese Gefühle, Sitten und Gewohnheiten einen viel entscheidenderen und nachhaltigeren Einfluß ausüben als Industrierwerke und Banken, daß sie der Abnutzung durch Zeit und Generationen viel stärkeren Widerstand entgegensetzen und gleichsam einen Teil der unsterblichen Macht der englischen Seele ausmachen**.

Hinter diesem metaphysischen Geschwätz verbirgt sich der sehr bestimmte materialistische Grundgedanke, daß das Bewußtsein der englischen Arbeiterklasse hinter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen Englands zurückbleibt. Die „moralische Wehr“, die den Organismus der englischen Gesellschaft vor dem Zerfall in seine verschiedenen Bestandteile bewahrt, sind nichts anderes als die noch fest verwurzelten Vorurteile und Illusionen von dem sogenannten „Konstitutionalismus“ Englands, sind nichts anderes als die schamlose, von den englischen Politikern seit Jahrhunderten eifrig verbreitete Lüge, daß die englische „konstitutionelle“ Regierung über den Klassen stehe, daß sie die Interessen der gesamten „Nation“ vertrete und daß sie die Verpflichtung habe, die Nation vor Uebergriffen einzelner Gruppen oder Klassen der englischen Staatsbürger zu schützen.

Wem die Geschichte Englands auch nur oberflächlich bekannt ist, der kennt die tiefgefühlte, fast religiöse Verehrung für die Legalität, für den Buchstaben des Gesetzes, die dem Bewußtsein der Volksmassen seit Jahrhunderten von der Bourgeoisie eingepflichtet worden ist.

Der Dekabrist Fürst Wolkowski erzählt in seinen Memoiren von dem magischen Eindruck, den ein für die Getreidegesetze eintretender Deputierter hervorbrachte, als er vom Balkon des Hauses herab, das von der demonstrierenden Volksmenge belagert wurde, erklärte, er unterstelle sich dem Schutze des englischen Gesetzes. Das war im Jahre 1815. Als 80 Jahre später in Rußland im Jahre 1896 der erste große Streik der Petersburger Arbeiter aufflammte und Wera Sassulitsch in London beschloß, bei den englischen Trade Unions eine Unterstützungsaktion zugunsten der russischen Arbeiter in die Wege zu leiten, fragt sie sich von vornherein, was davon zu erwarten sei. „Möglicherweise“, schreibt sie in einem Briefe, „werden es die englischen Arbeiter als ‚nicht verfassungsmäßig‘ ansehen.“

Am besten aber wird alles das von der Geschichte des letzten Generalstreiks illustriert. Es ist gewiß erinnerlich, daß die Regierung einen Vorfall in der Druckerei der reaktionären „Daily Mail“ zum Vorwand nahm, um die Verhandlungen mit dem Generalrat der Trade Unions abzubrechen; eben dieser Abbruch der Verhandlungen veranlaßte den Generalrat, seine Drohung wahrzumachen, er werde in der Nacht vom 3. zum 4. Mai den Generalstreik ausrufen. Der Vorfall ereignete sich in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai, vom Freitag zum Sonnabend. Die Setzer der Druckerei, in der die „Daily Mail“, die am weitesten verbreitete und starrköpfigste aller englischen konservativen Zeitungen, gedruckt wurde, weigerten sich auf Veranlassung eines Arbeitskollegen, der, wie sich nachher herausstellte, nicht einmal zur Labour Party, sondern zur Liberalen Partei gehörte, die Sonnabendnummer der Zeitung zu setzen, als Protest gegen den Leitartikel, der „Für König und Vaterland“ betitelt war und eine empörende Provo-

* „Temps“ vom 26. Mai 1926.

kation an die Adresse der Arbeiterklasse darstellte. Diese natürliche und gesetzliche Handlung der einfachen Klassennotwehr wurde von der englischen Regierung für eine „Herausforderung“ an die englische Verfassung und für ein „Attentat“ auf die Preßfreiheit erklärt. Die Regierung selbst hat auf diese Weise den Kampf von dem Boden der Wirtschaft auf den der Politik und Verfassung versetzt. Die Baldwin, Churchill, Birkenhead und Konsorten stellten sich schützend vor die englische „Verfassung“ und die „Nation“ gegen den Generalrat, der die Partei der „Uebertreter der Preß- und Redefreiheit“ ergriff und nun bemüht war, mit „Gewalt“ „seinen Willen der ganzen englischen Nation aufzuzwingen“. Die Regierung brach die Verhandlungen mit dem Generalrat ab, wobei der Abbruch unter Wahrung des ganzen Rituals einer wirklichen Kriegserklärung vor sich ging und ein feierlicher Aufruf an das ganze Volk erlassen wurde. Es ging auch nicht ohne wirkliche Tränen ab, wie immer in solchen dramatischen Momenten; Baldwin ließ sie am Montag im Unterhause reichlich fließen, als er zum Schluß seiner Erklärung über den Abbruch der Verhandlungen mit dem Generalrat sagte, seine Politik des „Wirtschaftsfriedens“, das heißt des Interessenausgleichs zwischen Arbeitern und Kapitalisten, habe Schiffbruch erlitten.

Durch dieses geschickte Manöver bemühte sich die konservative Regierung, den Mittelstand und die Kleinbourgeoisie gegen die Arbeiter aufzubringen, die bereits die gesamte Großbourgeoisie gegen sich hatte. Die Arbeiterführer selbst ließen sich von diesem schamlosen Betrug ködern und verwandten während der ganzen Dauer des Generalstreiks einen großen Teil ihrer Energie darauf, um in der einzigen damals erscheinenden Zeitung „British Worker“ und in den Flugblättern die Beschuldigung, sie hätten die Verfassung verletzt, von sich abzuwenden.

Das Manöver der Regierung wurde sowohl von den „unabhängigen“ englischen Richtern als auch von der englischen Liberalen Partei unterstützt. Am zweiten Tage nach dem Ausbruch des Streiks erklärte Asquith im Oberhause die Solidarität seiner Partei mit der Regierung. Am vierten Tage des Streiks fällt der Londoner Richter Astbury aus Anlaß eines Konflikts im Seemannsverband, dessen Zentralausschußsekretär den Generalstreik ablehnte, den Spruch, der Generalstreik sei ungesetzlich. Am darauffolgenden Tage schloß sich eines der einflußreichsten liberalen Mitglieder des Unterhauses, der bekannte Advokat John Simon, dieser Auslegung in einer ausführlichen, vor dem Unterhause gehaltenen Deklaration an. Auf diese Weise wurden die englischen Arbeiter, die sich und ihren Familien den Lebensunterhalt sichern wollten, für außerhalb der Verfassung, der Gesetze stehend erklärt. Es muß zugegeben werden, daß das Manöver geschickt und von Erfolg begleitet war. Mit der Anschuldigung, der Generalrat wolle die Revolution und den Bürgerkrieg, spekulierte die englische Regierung auf die spießbürgerliche Feigheit der Mitglieder des Generalrats selbst. Indem die Regierung sie also hinterging, verstärkte sie ihre Feigheit und ihren Konservatismus. Indessen muß zur Ehre der englischen Arbeiter gesagt werden, daß sie sich von dieser Hochstapelei viel weniger als ihre Führer beeinflussen ließen, wie es sich in der Folge erwiesen hat. Aber dieser Hochstapelei war auch sogar beim Mittelstand und Kleinbürgertum kein voller Erfolg beschieden, und dieser Umstand ist für den gegenwärtigen

Moment symptomatisch. Die Regierung selbst erweckte durch ihre schamlose Ausschächtung des konstitutionellen Arguments anfangs Mißtrauen und späterhin Widerwillen, insbesondere seit sie die Maske abwarf, und mit zynischer Offenheit die Partei der Besitzenden ergriff. Seit diesem Augenblick trat die Heuchelei der Regierung klar zutage. Baldwin, der die englische Heuchelei verkörpert und so geschickt den Kämpfer für den „Wirtschaftsfrieden“ gespielt hatte, beschwor gegen sich den Haß der mehr linksgerichteten Elemente der Arbeiterklasse herauf. Dieser Jesuit mußte am 5. Juli bei der Eröffnung der Eisenbahnerkonferenz mit anhören, wie der Vorsitzende der Konferenz ihn, den Ministerpräsidenten Englands, einen notorischen Heuchler nannte. In der Arbeiterpresse und im Unterhause nahmen einige Arbeiterführer, wie David Kirkwood, keinen Anstand, ihm die Bezeichnungen: Lügner, Heuchler, Mörder ins Gesicht zu schleudern, zum großen Schmerz des „New Leader“, insbesondere aber zur Empörung und Betrübtheit Macdonalds, der eine Rehabilitierung des Parlaments für notwendig ansah und die Ausbrüche seiner Parteigenossen rügte. Das Blatt der Independent Labour Party, der eben genannte „New Leader“, rügte zwar den Mangel an Zurückhaltung, setzte sich jedoch für mildernde Umstände ein, und zwar von folgender Erwägung ausgehend:

„Die Auflehnung der hinteren Reihen ist durch die unmittelbare Schwäche der vordersten Reihe bedingt gewesen*. Wenn diese nicht imstande ist, eine wahre sozialistische (?) Politik, und sei es auch nur in der Sprache des Parlaments, durchzuführen, wenn sie bemüht ist, ihre Sprache der konservativen Zuhörerschaft anzupassen, dann wird dies unvermeidlich bei den wenigen prominenten Abgeordneten Aufregung verursachen, die sich in stürmischen Kundgebungen äußern wird“.

Kirkwood selbst reagierte prompt auf die eilfertige Entschuldigung Macdonalds in einem im „New Leader“ veröffentlichten Briefe; er läßt sich über die Sitzung aus, in der er oft die Rede Baldwins, insbesondere jedoch den Marineminister Bridgeman, unterbrechen mußte, und sagt:

„Herr Macdonald hat gestern zu Beginn seiner Rede ohne jede Notwendigkeit uns allen für unser Verhalten gegenüber Baldwin einen Verweis erteilt. Ich glaube, Macdonald hatte dies den Tories überlassen können. Er neigt oft dazu, den Schullehrer zu spielen, der seine Schüler nach einer einzigen Schablone zurechtstutzen möchte. Mag er sein parlamentarisches Spiel im erlesensten Gesellschaftston weiterführen. Wir jedoch wollen nicht die Rolle Neros spielen, der beim Brande Roms die Leier schlug. Die Ansichten der wohlgeborenen Damen aus Westend** und die Ansichten der Bergarbeiterfrauen über die Lohnfrage sind voneinander verschieden. Die Welt-damen können es sich gestatten, Philosophinnen zu sein, die Bergarbeiterfrauen jedoch müssen darauf bedacht sein, mit ihren paar Groschen auszukommen. Wenn die Hausfrauen der Grubenarbeiter im Unterhause anwesend gewesen wären, als über den Achtstundentag beraten wurde, dann hätte es dort einen wirklichen Sturm gegeben, und ich hätte gern gesehen, wie Macdonald diesem Sturm Einhalt geboten haben würde. Während Macdonald bemüht ist, die ruhmreichen Traditionen der Mutter der Parlamente*** zu schützen, gibt es andere Mütter mit schwereren Leiden; daß sind die Mütter unseres Volkes. Sie sind uns teurer als die Mutter der Parlamente“.

Die konservative Regierung erklärte des öfteren, sie vertrete die Interessen der Nation, sie stehe über dem Klassenkampf, und spiele die Rolle des

* Die Führer der Labour Party, die früheren Minister, sitzen im Unterhause in der ersten Reihe rechts vom Vorsitzenden, wo die Opposition ihren Platz hat; die anderen Abgeordneten nehmen die hinteren Reihen ein.

** Der aristokratische Stadtteil Londons.

*** Das englische Unterhaus gilt als die „Mutter“ aller Volksvertretungen.

Friedensstifters. Ihre Taten haben indessen bewiesen, daß sie nichts anderes ist als ein Werkzeug brutaler egoistischer Interessen in den Händen der gierigsten englischen Kapitalistenkategorie — der Bergwerksbesitzer und der Landlords, dieser glücklichen Eigentümer der Kohlenbezirke, die ihnen eine jährliche Rente von 7 Millionen Pfund Sterling einbringen.

Aber die Baldwin-Regierung schreckte sogar nicht vor dem schlimmsten Betrug zurück, um die Arbeiter hinters Licht zu führen. Allgemein bekannt ist die empörende Komödie der Vermittlungsaktion, die von Sir Herbert Samuel unternommen wurde. Dieser Herr, der frühere Statthalter in Palästina und nachmalige Vorsitzende der Königlichen Kommission zur Reorganisation der Kohlenindustrie, befand sich während des Generalstreiks auf einer Vergnügensreise in Aegypten. Die Regierung berief ihn nach England zurück. Sir Samuel tauchte am vierten oder fünften Tage des Generalstreiks in London auf und ließ unverweilt die Vertreter des Generalrats zu sich bitten. In der gesamten öffentlichen Meinung spielte Samuel die Rolle des Vermittlers. Er schlug eine Kompromißlösung vor. Dieser Lösung sollte der Bericht seiner Kommission zugrunde gelegt werden, wobei vorher der Abbruch sowohl des Streiks als auch der Grubenarbeiteraussperung, die bekanntlich dem Streik vorausging, erklärt werden sollte. Auf diese Weise ergab es sich, daß Samuel die Wiederherstellung des Zustandes vorschlug, wie er vor der Aussperrung und dem Streik war, einschließlich der Regierungssubvention, deren Ausgabe so lange fort dauern sollte, bis das Parlament auf Grund des Berichts der von ihm geleiteten Kommission die Reorganisation der Kohlenindustrie durchgeführt haben werde. Hatten die Vertreter des Generalrats, die mit Samuel verhandelten, das Recht, seine Erklärungen als von der Regierung selbst ausgehend zu betrachten? Bekanntlich leugnete Baldwin nachträglich kategorisch, Samuel irgendwelche Aufträge gegeben zu haben. Auch Sir Herbert Samuel erklärte von sich aus, nur in seinem eigenen Namen verhandelt zu haben. Jetzt, nach der Veröffentlichung des Verhandlungsberichts durch Bromley, ist es klar, daß Sir Samuel keinerlei Erklärung, daß er im Namen der Regierung aufträte, abgegeben hat. Das unterstreicht natürlicherweise den Verrat des Generalrats, der den Streik auf Grund einer Erklärung abbrach, die für die Regierung durchaus unverbindlich war. Die Schuld des Generalrats ist noch größer, da er sogar keine Sicherheit von der Regierung dafür verlangte, daß den Streikenden aus anderen Produktionszweigen keinerlei Maßregelung drohe. Indessen war bei der Erklärung des Generalstreiks bestimmt worden, daß der Streik nicht abgebrochen werde, solange auch nur die geringste Bedrohung für die Verträge bestände, auf Grund deren bisher gearbeitet worden war.

Das Verbrechen des Generalrats unterliegt keinem Zweifel. Indessen enthebt diese Tatsache durchaus nicht die Regierung Baldwins der Verantwortung dafür, daß sie sich der Person Sir Herbert Samuels bediente, um die Arbeiter zu prellen. Mit ihrer darauffolgenden Tätigkeit kompromittierte sich die Baldwin-Regierung in den Augen der breiten Massen immer mehr und mehr. Sobald der Generalstreik beendet war und die Arbeiter in die Betriebe zurückzukehren begannen, wurden ihnen unerhörte Forderungen vorgelegt, von deren Erfüllung ihre Wiedereinstellung abhängig gemacht wurde. Allen erinnerlich sind beispielsweise die schamlosen Bedingungen

der Eisenbahngesellschaften. Erinnerunglich ist auch die schändliche Kapitulation auf Anraten von Thomas, der noch die Unverschämtheit hatte, sich ihrer zu rühmen. Die Eisenbahner waren gezwungen, mit ihrer Unterschrift die eigene Schande zu bestätigen und anzuerkennen, daß der eben noch mit solcher Begeisterung durchgeführte Generalstreik eine „Verletzung des Gesetzes“ sei; auch mußten sie auf die endgültige Entlassung derjenigen ihrer Arbeitskollegen eingehen, die während des Generalstreiks „Gewaltakte“ begangen hatten. Endlich mußten sich die Eisenbahner verpflichten, nie mehr diese Kampfmethod anzuwenden.

Obwohl die weiteren Handlungen der Regierung und der Grubenbesitzer nur die logische Folge dieser Kapitulation waren, hat die erbarmungslose Grausamkeit der Sieger gegenüber den Besiegten die Arbeiterklasse aufgerüttelt und sogar das Kleinbürgertum in Schrecken versetzt.

Es gibt Tatsachen, die diesen Umstand bezeugen. Noch während des Generalstreiks wurde die Aufmerksamkeit auf das Eingreifen des Erzbischofs von Canterbury gelenkt, dessen Vorschlag der nachmalig von Sir Herbert Samuel eingebrachten Formel ähnlich war, d. h.: gleichzeitiger Abbruch des Generalstreiks und der Aussperrung, Wiederherstellung des Zustandes, wie er vor dem Streik und der Aussperrung gewesen war. Bekanntlich äußerte sich die von der Regierung als Ersatz für die infolge des Streiks eingegangenen bürgerlichen Zeitungen herausgegebene „British Gazette“ mit keinem Worte zu dem Aufruf des Erzbischofs. Der Aufruf wurde nachträglich von den „Times“ als nicht der wahren Sachlage entsprechend zurückgewiesen. Einige Tage später erließ auch der Erzbischof von Westminster einen Aufruf, der indessen ganz unversöhnlich gehalten war. Dieses unterschiedliche Verhalten zweier Häupter der anglikanischen Kirche gegenüber dem Streik und den Grubenarbeitern findet seine Erklärung in der verschiedenen Stellung, die sie in der englischen Gesellschaft einnehmen. Der letztere ist Erzbischof des aristokratischsten Londoner Stadtteils, der erstere vertritt die breiten Massen nicht nur des Mittelstandes und des Kleinbürgertums, sondern auch eines Teiles der Arbeiterschaft, um dessen Beherrschung die anglikanische Kirche mit der nonkonformistischen, d. h. freien Kirche kämpft. Angesichts der wichtigen Rolle, die die Kirche im öffentlichen Leben Englands spielt, ist das religiöse Gefühl sogar in den linksgerichteten Kreisen der Labour Party stark ausgeprägt. Als vortreffliches Beispiel dafür dient der sehr weit links stehende Arbeitervertreter Wheatley, der dabei vorbildlicher Katholik ist. Ein anderes Beispiel ist Lansbury, der während des Streiks und auch in anderen Fällen eine linke Position einnahm, gleichzeitig aber persönlich am Gottesdienst teilnahm. Die anglikanische Kirche kämpft für die Wahrung ihres Einflusses auf das Volk und im besonderen auf die Arbeiterklasse. Daher auch das heute noch anhaltende Eintreten der Kirche zugunsten einer Kompromißlösung des Konfliktes zwischen Grubenarbeitern und Grubenbesitzern. Bereits bei Beendigung des Streiks war dieser Teil der öffentlichen Meinung dafür, daß die Lösung die beste sei, die weder Sieger noch Besiegte erzeuge. Diese Formel verkörpert die Kompromißtaktik der Kleinbourgeoisie, die sich vor dem Sozialismus und der Revolution ebenso fürchtet, wie vor der Allmacht des Kapitals. Die gleichen Gegensätze zeigten sich auch in der Liberalen Partei, deren einer Flügel sich auf die Großbourgeoisie stützt, während der andere von der

Kleinbourgeoisie und sogar von einem Teile der Arbeiterklasse gehalten wird. Während Asquith im Oberhause die unversöhnliche Stellung Baldwins gegenüber dem Generalstreik in Schutz nahm, verteidigte Lloyd George im Unterhause die Kompromißlinie und beschuldigte die Konservativen, den Konflikt mit den Grubenarbeitern absichtlich hervorgerufen zu haben. John Simon, der im Unterhause das juristische Gutachten abgab, die Position der Regierung verteidigte und den Richtspruch Astburys wiederholte, trat, als der Konflikt sich verzögerte, den Rückzug an und bewies im Unterhause, daß die Regierungstaktik, die den Sieg bis zur Neige auskosten möchte, bedauerliche Resultate zeitigen werde.

Sogar ein dermaßen konservativer Journalist, wie Garvin, der dem gemäßigten Flügel angehört, muß in seiner Zeitung „Observer“ zugeben, daß die öffentliche Meinung der Regierung zürne, weil diese sich mit den Kohlenmagnaten identifiziere und sich aus einer Regierung der gesamten britischen Nation in eine Regierung der Bergwerksbesitzer verwandelt habe. Er betont gleichzeitig die großen Sympathien, die den Grubenarbeitern von der öffentlichen Meinung entgegengebracht werden. Die Stimmung des Kleinbürgertums und der Beamtenschaft äußert sich auch noch in anderen Tatsachen, die von minderer Bedeutung, aber außerordentlich kennzeichnend sind, da in ihnen einige Konventionen zum Ausdruck gelangen, auf denen das politische Leben Englands aufgebaut ist. Solch ein Vorfall ereignete sich während des Generalstreiks. Ein amerikanischer Zeitungskorrespondent hörte während eines zufälligen Gesprächs mit dem Leiter einer Wechselbank in Dover folgende Bemerkung. „Das also mußten wir erleben! Ein Minister wird Zeitungsredakteur! Das nächste Mal werde ich gegen die Konservativen stimmen.“ Gemeint ist hier Churchill, dem bekanntlich während des Generalstreiks die Redaktion des Regierungsblattes „British Gazette“ übertragen worden war. In der Tat, ein Minister, der angeblich die Interessen der ganzen „Nation“ vertritt und gleichzeitig Redakteur einer Zeitung wird, die den Kampf gegen die Arbeiterklasse, also gegen die erdrückende Mehrheit dieser Nation führt, ein solcher Minister ist eine Tatsache, die den Staatsbürgern am besten die Augen darüber öffnet, wie sehr die konservative Regierung „über“ den Klassen steht.

Der Stimmungsumschwung im Kleinbürgertum wird bezeugt durch die Nachwahlen sowohl während des Streiks als auch nach demselben. Während des Streiks fanden in Keswick (einem kleinbürgerlichen Marktflecken) Nachwahlen statt. Sie wurden am sechsten Streiktag vorgenommen. Bisher wurden dort die konservativen Kandidaten gewählt, nun aber erhielt der Arbeiterkandidat die erdrückende Mehrheit von 1041 Stimmen gegen 337 konservative und 133 liberale Stimmen. Die zweite Nachwahl fand in Hammersmith, einem Londoner Stadtteil, statt, wo während der letzten Wahlen der Arbeiterkandidat nur gegen 9000 Stimmen erhielt, während der Kandidat der Konservativen mit etwa 12 000 Stimmen einen glatten Sieg davontrug. In der Nachwahl siegte der Arbeiterkandidat mit einer Mehrheit von 3000 Stimmen über die vereinigten Konservativen und Liberalen. Auch die dritte Nachwahl, in Leedwood, endete mit einem Sieg des Arbeiterkandidaten. Die vierte, kürzlich vorgenommene Nachwahl, brachte den Sieg der Arbeiterkandidatin Margarete Bondfield, einem Mitglied des Generalrats. Sie vereinigte auf sich 18 866 Stimmen; der konservative Kan-

didat dagegen erhielt 9839 Stimmen statt der 15 872, die während der letzten Wahl den Konservativen einen überlegenen Sieg gebracht hatten. Der Stimmungsumschwung der Kleinbourgeoisie ist unzweifelhaft. Noch unzweifelhafter ist der Umschwung innerhalb der Arbeiterklasse. Es darf nicht übersehen werden, daß die englischen Arbeiter bis auf den heutigen Tag zum großen Teil unter dem Einfluß der Konservativen und Liberalen stehen. Es wird angenommen, daß etwa im Durchschnitt 40 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in politischer Hinsicht den beiden bürgerlichen Parteien angehören. Während der letzten allgemeinen Parlamentswahlen errechnete man beispielsweise, daß etwa 4 000 000 Arbeiterstimmen wahrscheinlich zu gleichen Teilen auf die Liberalen und die Konservative Partei entfielen. Im einzelnen wurde angenommen, daß in den Kohlenbezirken viele Arbeiter mit den Liberalen sympathisieren. Das ist unter anderem aus der Tatsache ersichtlich, daß die liberalen „Daily News“, die in einer Auflage von etwa 600 bis 800 000 Exemplaren erscheinen, zum größten Teil von den Bergarbeitern gelesen werden, die etwa zwei Dritte! der Gesamtauflage abnehmen. Jetzt fallen diese Arbeiter in Massen von den Liberalen und Konservativen ab und stimmen für die Arbeiterkandidaten.

Wenn das Anwachsen der Arbeitslosenzahl, die bereits ohne die streikenden Grubenarbeiter $1\frac{1}{2}$ Millionen überstiegen hat, wenn die zunehmende Auswanderung (im Mai waren es 93 000 Auswanderungslustige, von denen 34 000 die Einreiseerlaubnis nach den Vereinigten Staaten erhielten) und insbesondere die Verminderung der Anzahl der gelernten Arbeiter, die einen großen Teil der auswandernden Elemente bilden, die Kampffähigkeit des englischen Proletariats zwar schwächen, so fördert anderseits der Streik die schnelle Entfaltung seines Klassenbewußtseins. Es darf nicht vergessen werden, daß nicht weniger als 5 Millionen Menschen am Streik beteiligt waren, daß er eine unerhörte Begeisterung — oder „Idealismus“, wie Brailsford sagt — auslöste, daß er auf diese Weise mittelbar oder unmittelbar die ganze Arbeiterklasse umfaßte, daß er sie zutiefst aufwühlte und also für die revolutionäre Erziehung der Massen von allergrößter Bedeutung war.

Diese Tatsache äußerte sich nicht nur in den Ergebnissen der Nachwahlen, sondern mehr noch in dem Widerstand, den die organisierte Arbeiterklasse in England der opportunistischen Politik des Generalrats entgegensetzte. Wenn der Grubenarbeiterstreik noch fort dauert, der möglicherweise den Sturz der konservativen Regierung herbeiführen wird, so ist das nicht nur der mehr linksgerichteten und revolutionären Führung des Grubenarbeiterverbandes zu verdanken, sondern auch dem mitfühlenden Widerhall, den der Streik auch heute noch in den breiten Schichten des englischen Proletariats findet. Ohne dieses Mitgefühl wären die liquidatorischen Pläne des Generalrats schon seit langem zur Ausführung gekommen.

IV.

Noch einige Worte über die Politik des Generalrats. Alle Mitteilungen besagen, daß der Generalstreik nicht deswegen abgebrochen wurde, weil es mit ihm zu Ende ging oder in Bälde zu Ende gehen mußte, sondern weil politische Erwägungen dafür sprachen. Die Ausdehnung des Streiks schuf einen revolutionären Zustand, der sich nicht mit den kleinbürgerlichen Vor-

stellungen der Führer sowohl des Streikausschusses als auch des Generalrats vereinbaren ließ. Der Abbruch des Streiks war das Ergebnis einer „großen Prellerei“ (great Treachery), wie jetzt von manchen „Linken“ zugegeben wird, das Ergebnis einer mangelnden revolutionären Tapferkeit, eines mangelnden Willens zu Kampf und Sieg. Man kratze einen englischen Reformisten, und sei es auch ein Linker, nur ein wenig, und ein englischer Liberaler oder Konservativer wird zum Vorschein kommen, d. h. der englische Bourgeois, besessen von der Furcht vor der Revolution und der Machteinbuße des englischen Kapitalismus.

Was zum Siege des Streiks fehlte, das waren revolutionäre Führer.

Einerseits offenbarte der Generalstreik revolutionäre Initiative, deren die Arbeiterklasse jedesmal fähig ist, wenn sie in ihrer ganzen Masse in den Kampf hineingezogen wird. Andererseits deckte der Generalstreik die ungeheuren Mängel der englischen Arbeiterbewegung auf. Außer dem Fehlen einer revolutionären Leitung zeigte er, daß die englische Arbeiterbewegung nach wie vor von organisatorischen Unzulänglichkeiten und bedeutenden, bereits aus der Vergangenheit übernommenen zünftlerischen und nationalen Vorurteilen gehemmt wird.

Einerseits werden auf Veranlassung der Arbeiter selbst tätige Vereinigungen geschaffen, die in ihren Händen die Streikleitung, die Lebensmittelbeschaffung für die Arbeiter u. a. m. konzentrieren. Es entstehen „Aktionsausschüsse“, an denen Vertreter der örtlichen Gewerkschaften und Arbeiterkorporationen teilnehmen. Aber diese revolutionäre Initiative bleibt im Embryonalzustand und kann nicht zu einem, das ganze Land umfassenden System werden, weil die Gewerkschaftsbewegung in keinem organisatorischen Zusammenhang mit der politischen und genossenschaftlichen Bewegung steht. Es kam beispielsweise vor, daß die lokalen Arbeitergenossenschaften sich an die Streikausschüsse mit dem Vorschlag wandten, den streikenden Arbeitern eine Beihilfe von 15 Schilling wöchentlich auszahlten, wenn sie vom Streikausschuß die Erlaubnis erhalten, die notwendigsten Lebensmittel zur Versorgung der Arbeiter zu transportieren. Aber die Streikausschüsse, von dem Gedanken der Gleichheit durchdrungen, wollten nicht in bezug auf die Lebensmittelversorgung die Arbeiterklasse besser als die anderen Klassen stellen und lehnten den Vorschlag ab. Als diese Frage an den Zentralen Streikausschuß gelangte, wo sie in Anwesenheit der Genossenschaftsvertreter erörtert wurde, gestattete der letztere den Genossenschaften nur den Transport von Brot und Milch.

Es kamen auch andere Kuriosa vor, die durch die gleiche pseudodemokratische Psychologie bedingt waren. Bekanntlich erteilten die Streikausschüsse die Genehmigung zu Automobilfahrten. Diese Genehmigungen wurden jedoch nur Leuten erteilt, die in unmittelbarer Beziehung zum eigentlichen Streik standen, während beispielsweise der Redakteur des Organs der Labour Party „Daily Herald“ dieses Vorzugs nicht teilhaftig war. Der „Daily Herald“ mußte sein Erscheinen einstellen, weil der Streikausschuß ihn allen anderen Zeitungen gleichgestellt und in die allgemeine Ordnung eingefügt hatte. Die Folge war ein ganz unglaublicher Zustand: die einzige politische Tageszeitung der englischen Arbeiterbewegung konnte während der gesamten Dauer des Generalstreiks nicht erscheinen, da sie

sich der Klassendisziplin unterwarf, während die bürgerlichen Zeitungen in improvisierten Druckereien, wenn auch in sehr beschränktem Maße, wieder erscheinen konnten. Von der „Daily Mail“, die außer ihrer eingeschränkten Londoner Auflage auch noch über ihre Pariser Ausgabe verfügte, wurden täglich etwa 250 000 Exemplare mittels Flugzeugen in England verbreitet, und so hatte dieses Blatt die Möglichkeit, ihren schamlosen Feldzug gegen die Arbeiterklasse fortzusetzen. Während des Generalstreiks war das einzige Blatt zur Verteidigung der Arbeiterinteressen in England der „British Worker“, der gleichzeitig in London und noch vier anderen Industriemittelpunkten Englands in einer täglichen Auflage von 750 000 Exemplaren erschien. Aber die Aufgabe dieser Zeitung, auf der die Verantwortung lag, die Interessen der englischen Arbeiterklasse in einem ungewöhnlich kritischen Moment wahrzunehmen, bestand letzten Endes darin, zu beweisen, daß der Streik keinen politischen Charakter trage, daß die Arbeiter nicht daran dächten, an den Grundlagen der Verfassung zu rütteln, daß sie „redliche“ Bürger ihres Staates und ihres Königs seien u. a. m.

Der gedankenlose Korporationsgeist fuhr fort, den Kampf der englischen Arbeiter zu hemmen, und vertrieb ihn aus dem weiten sozialen und politischen Felde in die Sackgasse gewerkschaftlicher Interessen. Die Streikleitung vermied alles, was den Streik in den Augen des englischen Spießbürgers kompromittieren konnte. Als z. B. die Zentrale der Independent Labour Party sich an den Streikausschuß mit dem Vorschlag wandte, ihm den ganzen Agitationsapparat zur Verfügung zu stellen, der über ganz England verzweigt und in stande ist, täglich mindestens 2400 Versammlungen einzuberufen, schlug der Streikausschuß das Anerbieten ab. Erst am Sonntag, d. h. am 5. Streiktag, stimmte der Streikausschuß dem Vorschlag zu, da er selbst keine Organisation für den Agitationskampf im Lande besaß.

Es ist bekannt, daß die Arbeitergenossenschaften in der englischen Arbeiterbewegung einen ungeheuer großen Platz einnehmen. Sie verfügen über ein außerordentlich großes Kapital. Allein das Hauptlager für Großeinkäufe weist das riesige Kapital von 60 000 000 Pfund Sterling auf. Aber dieses „Hauptlager“ wird von den gleichen Reformisten geleitet, die sich nicht um Sieg oder Niederlage der Arbeiterklasse kümmern, sondern darauf bedacht sind, daß ihre aktive Teilnahme an der Unterstützung des Streiks nicht ihren Kredit in den Banken der City schaden möge.

In welchem Maße wird die Arbeiterklasse die traurigen Erfahrungen des Generalstreiks ausnutzen, um künftig ihrem Kampf einen wirklich organisierten, umfassenden revolutionären Klassencharakter zu verleihen? Der unbezweifelbare revolutionäre Aufschwung der englischen Arbeiterklasse, der durch den Sieg der Arbeiterkandidaten bei den vier Nachwahlen bezeugt wird, kann an der Arbeiterbewegung vorübergehen, ohne tiefe Spuren zu hinterlassen; er kann sogar zu einer Befestigung der gegenwärtigen reformistischen Streikbrecherleitung führen, falls er nicht in eine bestimmte Bahn gelenkt wird. Diese Aufgabe ist allein Sache der englischen Kommunistischen Partei.

Die Niederlage des Generalstreiks weckte das „kritische“ Denken der angeblichen Förderer der englischen Arbeiterbewegung. Die Vertreter des rechten Flügels zeigten offen ihre Schadenfreude und suchten in der Nieder-

lage nach neuen Beweisgründen gegen den Generalstreik. In diesem Sinne äußerte sich bereits Macdonald, ohne den Ausgang des Bergarbeiterstreiks abzuwarten, indem er die Arbeiterklasse hinterrücks mit seinen Artikeln im Glasgower „Forward“ überfiel. In diesem Sinne äußerten sich Clynes, Henderson, Hodges; in diesem Sinne zeigte Thomas einen besonderen Eifer, aber der Widerstand, den er fand, schloß ihm bis zu einer gelegeneren Zeit den Mund. Es ist möglich, daß nach Beendigung des Bergarbeiterstreiks die Gegner des Generalstreiks einen neuen, systematischeren Kampf gegen ihn beginnen werden, um dieses große revolutionäre Kampfmittel in den Augen der Arbeitermassen zu kompromittieren. Es ist aber auch möglich, daß sie — in Anbetracht der durch ihre Artikel und Reden hervorgerufenen Empörung in der Arbeiterschaft — es werden vermeiden wollen, ihre politische Karriere zu schädigen, und daß sie deshalb ihre überreaktionären Ansichten für sich behalten werden.

Was die Kritik von links anbetrifft, die in der Wochenschrift der Independent Labour Party „New Leader“, insbesondere in den kritischen Artikeln Brailsfords, sowie in „Lansburys Wochenschrift“ in den Reden mancher Führer, wie z. B. Wheatleys, zu finden ist, so trägt sie einen kleinlichen Charakter, beschränkt sich auf persönliche Angriffe gegen den einen oder anderen Führer, den einen oder anderen taktischen Zug, ohne die opportunistische Grundlage der Politik des Generalrats und der Labour Party auch nur irgendwie zu streifen. So läßt sich beispielsweise Brailsford darüber aus, ob es angebracht gewesen sei, den Buchdruckerstreik zu proklamieren und den Vorfall in der „Daily Mail“ hervorzurufen. Wheatley und andere linke Abgeordnete der Labour Party zeihen ihre Kollegen der Feigheit, ohne sich indessen darüber Rechenschaft abzulegen, ob sie — in Anbetracht ihrer Hochachtung für Verfassung und Gesetzlichkeit und in Anbetracht des ihnen in Fleisch und Blut übergegangenen Opportunismus — etwa anders gehandelt hätten, wenn sie selbst den Streik geleitet hätten.

Nur die Kommunistische Partei verfügt über die theoretischen und praktischen Voraussetzungen zur Aufdeckung der wirklichen Gründe für die Niederlage der englischen Arbeiterklasse und zur Vorzeichnung des Weges, den der Kampf in Zukunft einschlagen wird. Obwohl viele Beweise zeigen, daß die Massen ihre Sympathien der Kommunistischen Partei Englands zuwenden, die in der letzten Woche 3600 neue Mitglieder aufnahm und deren Wochenschrift „Workers Weekly“ ihre Auflage auf 70 000 Exemplare erhöhte, während die in Wirklichkeit von Kommunisten geleitete Wochenschrift des linken Flügels „Sunday Worker“ 90 000 Exemplare herausbringt, obwohl noch viele andere Tatsachen für den wachsenden Einfluß des Kommunismus sprechen, darf man sich indessen nicht verhehlen, daß der Kommunistischen Partei Englands noch eine ungeheure langwierige Arbeit bevorsteht, um ihren Einfluß auf die Mehrheit des englischen Proletariats auszudehnen.

Sie hat ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden. Es ist allgemein bekannt, unter welcher eigenartigen historischen Bedingungen sich die Arbeiterbewegung in England herausbildete, welche tiefe Spuren der politische und religiöse Kampf der Bourgeoisie hinterlassen hat, wie stark der Eklektizismus ist, in dem religiöse Vorurteile und soziale Bestrebungen ruhig neben-

einander hausen, wie kunstvoll die englische Bourgeoisie die Arbeiterklasse Englands korrumpierte, indem sie ihr dank dem aus Kolonien und Welt-handel fließenden Gewinn eine bevorzugte Stellung im Vergleich zu der Arbeiterklasse der anderen Länder gewährte. Die Anhänglichkeit an sein „Heim“, die Anhänglichkeit an seinen Verband, ein tief eingewurzelter Individualismus neben revolutionären Klassenbestrebungen, spießbürgerliche, von der Bourgeoisie geschickt ausgenutzte Neigungen — das sind die widerspruchsvollen Elemente, aus denen sich die Psychologie des englischen Arbeiters zusammensetzt. Während des Generalstreiks ließ die Regierung, die ihren Soldaten, sogar den Söldnern, wenig traute, nur die Polizei in Aktion treten, da sie auf den sich aus dem Alltag ergebenden Zusammenhang zwischen Polizei und Bevölkerung spekulierte. Mit besonderem Vergnügen betonte die Bourgeoisie, daß während des Generalstreiks Polizisten und Arbeiter zusammen Fußball spielten. Auf diese Weise ergab sich eine eigenartige Verbrüderung nicht der Polizei mit der Arbeiterschaft, sondern der Arbeiterschaft mit der Polizei. Nicht weniger symptomatisch ist die pikante Tatsache, daß die Panzerwagen von Militärkapellen begleitet wurden, die dazu die aus den Musik-Halls populäre Jazz-Bandmusik spielten. Das Drama des erbitterten Klassenkampfes erhielt auf diese Weise den Charakter des Operettenhaften.

Die Niederlage des Streiks mußte diesen ganzen Mischmasch aufrühren; sie mußte das revolutionäre Gefühl wecken und gleichzeitig alle Ueberreste des noch nicht überwundenen Zunftgeistes und Individualismus an die Oberfläche bringen. Die englische kommunistische Presse hat bereits die Anzeichen dafür vermerkt, daß die Arbeiter an der Macht der Gewerkschaftsverbände zu zweifeln beginnen und sich allmählich vom Gewerkschaftszentralismus abwenden. Diese Tendenz zeigt sich besonders bei den Bergarbeitern, die von dem angeblich die Interessen der ganzen Arbeiterschaft vertretenden Generalrat nicht einmal befragt wurden, als dieser den Abbruch des Generalstreiks beschloß. Aber die anarcho-individualistischen Tendenzen werden zweifellos bald überwunden sein, und die englische Arbeiterschaft wird begreifen, daß nicht die zentralistische Leitung, sondern das Fehlen einer wirklich revolutionären Zentralisation ihren Interessen widerspricht. Objektiv gestalten sich die historischen Umstände günstig für die Entwicklung der revolutionären Bewegung. England hat seine Welt-herrschaft eingebüßt, und das englische Proletariat hat aufgehört, die Arbeiteraristokratie der Welt zu sein. Die englische Arbeiterklasse bemerkt im Gegenteil mit Schrecken, daß ihre Lage in vielen Hinsichten schlimmer ist als die Lage der Arbeiterklasse in anderen Ländern. Für die endgültige Verwurzelung dieser Erkenntnis wird das Gesetz über den Achtstundentag von ungeheurer Bedeutung sein. Es kann gesagt werden, daß dieses Gesetz den Wendepunkt in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung bedeuten wird. Zum ersten mal seit dem Vorhandensein der Arbeiterschutzesetzgebung nimmt das englische Parlament ein von ihm selbst zugunsten der Arbeiterschaft durchgeführtes Gesetz zurück. Der liberale Führer im Unterhause, John Simon, der die konservative Regierung und die Interessen der Grubenbesitzer so eifrig in Schutz genommen hatte, betonte in seiner letzten Unterhausrede diesen Umstand. Er kennzeichnete

das Gesetz über den Achtstundentag als „sozialen Rückschritt“ (sozial retrogression). Mit welcher Achtung wird sich der englische Arbeiter von nun an zu dieser „Mutter der Parlamente“ verhalten, die so frech ihre eigenen Maßnahmen mit Füßen tritt?

Wie weit jedoch wird dies alles der konservativen Regierung dazu verhelfen, aus der Sackgasse herauszufinden, in die sie gegenwärtig hineingeraten ist? Die Fortführung des Bergarbeiterstreiks hat die reiche Ernte zunichte gemacht, die die Regierung von der Niederlage des Generalstreiks erhofft hatte. Die Regierung plante, nach der Provozierung des Generalstreiks sich mit aller Macht auf die Arbeiterklasse zu stürzen, die der Regierung genau bekannte organisatorische Zersplitterung der Arbeiterbewegung auszunutzen, sich des Opportunismus und der verräterischen Führer zu bedienen und mit einigen geschickten und entscheidenden Schlägen die englische Arbeiterbewegung für viele Jahre hinaus zu schwächen.

Der Gedanke, daß dem englischen Proletariat eine Lehre erteilt werden müßte, entstand, noch bevor die Konservativen an der Macht waren. Die gewissenlose Agitation im Zusammenhang mit dem gefälschten „Sinowjew-Brief“, der große Sieg während der allgemeinen Wahlen im Jahre 1924, die von dem blindwütigen Feldzug der Hetzpresse unter Führung der „Daily Mail“ in der englischen Bourgeoisie hervorgerufene Panik, alles das schuf dafür die günstigsten Voraussetzungen. Als indessen im Jahre 1925 die alten Verträge zwischen den Bergwerksbesitzern und Grubenarbeitern abgelaufen waren, scheute die Regierung vor der Verwirklichung ihres Planes zurück. Die internationale Lage ließ es damals nicht zu. Die Ereignisse in China, der sich zuspitzende Mossulkonflikt in der Türkei, die unsichere politische Lage auf dem europäischen Festlande, alles das band der englischen Regierung die Hände. Im Jahre 1926 war sie alle diese Sorgen los. In China begann das Verebben der revolutionären Woge und in Peking triumphierte aufs neue der englische Einfluß; der Locarno-Vertrag sicherte England die politische Vorherrschaft auf dem Festlande, und der Mossulkonflikt nahm eine für England günstige Wendung, sobald es verstanden hatte, einerseits den Völkerbund in sein Spiel einzubeziehen und andererseits die Abenteuerneigungen der italienischen und griechischen Regierung auszunutzen. Die englische Regierung konnte jetzt mit aller Kraft über die englische Gewerkschaftsbewegung, über das englische Proletariat herfallen, ohne befürchten zu müssen, daß der innere Kampf ihre äußere Stellung schwächen könnte. Wie bereits erwähnt, ist dieser Plan dank dem Widerstand der Grubenarbeiter und dank der Stimmung der Arbeiterklasse mißlungen. Die Sache ist die, daß die Arbeiter selbst, entgegen aller gegenteiligen Versicherungen der Gewerkschaftsführer, nicht das Gefühl hatten, daß der Generalstreik mit einer Niederlage enden müsse. Trotzdem sowohl die Eisenbahner als auch die Dockarbeiter die schmachliche Kapitulation unterschrieben, blieb die Stimmung der Arbeiter nach wie vor oppositionell. Daß auch auf dem letzten Eisenbahnerkongreß Stimmen zugunsten eines neuen Generalstreiks laut wurden, muß der Regierung zeigen, daß ein Rückfall möglich ist. Die Regierung steht am Scheidewege; sie kann entweder den Grubenarbeitern nachgeben oder den Kampf unter Anwendung immer neuer Druckmittel fortsetzen. Der erste Weg führt zur Kompromittierung der Regierung und zu ihrem Rücktritt;

sie hätte den Kampf nicht aufnehmen dürfen, wenn sie nicht sicher war, ihn zum Endsieg zu führen. Die konservative Regierung hat den zweiten Weg eingeschlagen. Führt denn aber dieser zweite Weg zum Siege? Der Monat August wird ausschlaggebend sein, da in diesem Monat die Kohlenbeschaffung für die industrielle Wintersaison beginnt. Wenn die Grubenarbeiter sich noch diesen einen Monat halten, dann ist es nicht ausgeschlossen, daß die Regierung Baldwin zurücktreten muß. Es darf nicht vergessen werden, daß sie auch heute noch nicht im ganzen Lande die Mehrheit hinter sich hat. Bei den letzten Wahlen erhielt die Konservative Partei $7\frac{1}{2}$ Millionen Stimmen, die Arbeiterpartei $5\frac{1}{2}$ Millionen und die Liberale Partei 3 Millionen Stimmen. Es kann mit Bestimmtheit gesagt werden, daß von den 7 500 000 konservativen Stimmen 1 000 000 in Wirklichkeit auf die Liberalen kommen, in Anbetracht des Wahlabkommens, das die zwei bürgerlichen Parteien in 120 Bezirken getroffen hatten, in denen die Liberalen für die Konservativen stimmten. Man kann also rechnen, daß von den 16 000 000 bei der Hauptwahl abgegebenen Stimmen auf die Konservative Partei eigentlich nur 6 500 000 Stimmen kommen. Nach dem in England herrschenden Wahlsystem kann eine Partei, die sonst in der Minderheit wäre, falls drei Kandidaten zur Wahl stehen und die Partei die relative Stimmenmehrheit hat, die meisten Abgeordneten ins Unterhaus entsenden, was auch bei den letzten Wahlen mit den Konservativen der Fall war. Es genügt jedoch, daß einige Hunderttausende Wähler ins gegnerische Lager hinüberwechseln, damit sich das Kräfteverhältnis auf das Ungünstigste für die Konservative Partei verschiebt. Man kann mit Gewißheit sagen, daß diese Veränderung bereits stattgefunden hat. Falls sich der Streik noch hinauszögert, wird zweifellos eine Agitation für die Auflösung des Parlaments in die Wege geleitet werden.

Nun noch einige Worte über die internationale Bedeutung des englischen Streiks, und vor allem über die Haltung der Arbeiter der anderen Länder während des Streiks. Es muß gesagt werden, daß der Streik die ganze organische, aus der Taktik Amsterdams resultierende Schwäche der internationalen Gewerkschaftsbewegung offenbart hat. Die materielle Unterstützung war gänzlich unzulänglich. Ein organisierter Widerstand gegen die Kohlenausfuhr aus Deutschland nach England ist nicht erfolgt. Vor der Nase der beiden großen Gewerkschaftsverbände in Frankreich wurde die erzreaktionäre „Daily Mail“ gedruckt und in Flugzeugen in Riesenaufgaben nach dem anderen Ufer des Ärmelkanals gebracht. Günstig zeichnete sich dagegen vor ganz Europa das Proletariat der USSR aus. Die uneingeschränkte moralische Unterstützung, die es der englischen Arbeiterklasse zuteil werden ließ, und insbesondere die fühlbare materielle Unterstützung durch die Bergarbeiter der Sowjets und das gesamte Proletariat der Union sind von ungeheurer geschichtlicher Bedeutung. Gleichzeitig ist es auch der Arbeiterklasse der anderen Länder bewußt geworden, welche ungeheure Unterstützung sie in entscheidenden Kampfphasen von den Arbeitern der Union gewärtig sein können.

Andererseits hat dieser Umstand alle reaktionären Kreise, insbesondere die englische Bourgeoisie, in helle Aufregung versetzt. Wir wollen hier nicht von dem anglo-russischen Zwischenfall sprechen, der im Zusammenhang mit diesem Umstand ohne jede gesetzliche Grundlage von der englischen Re-

gierung heraufbeschworen wurde. Das Proletariat der Sowjetunion ist sich dessen vollkommen bewußt, daß es durch ein Eingehen auf den Betrug der englischen Regierung und durch den Verzicht auf die Erfüllung seiner elementarsten Pflichten der Klassensolidarität sich in kürzester Zeit von der internationalen Arbeiterbewegung isoliert hätte, was mit dem Untergang der Sowjetmacht und der lange nachwirkenden Niederlage der internationalen Arbeiterbewegung gleichbedeutend gewesen wäre.

GERHART: DIE SOZIALE KRISE DER STABILISIERUNG DES DEUTSCHEN KAPITALISMUS

I. Die Rationalisierung

Der „Rationalisierungsprozeß“, die Mobilisierung der deutschen Industrie unter der sehr aktiven Führung des Großkapitals für den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt, hat während des letzten Jahres erhebliche Fortschritte gemacht. Die Methoden dieser „Rationalisierung“ sind folgende:

1. Fortschreitende finanzkapitalistische Konzentration;
2. Stilllegung und Vernichtung von Unternehmungen;
3. Verbesserung des technischen Apparates der Industrie;
4. Intensivierung der Arbeit;
5. Senkung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse:
 - a) durch Lohnabbau,
 - b) durch Arbeitslosigkeit;
6. Erfolgreiche Organisation des Kredit- und Finanzierungssystems.

1. Die fortschreitende finanzkapitalistische Konzentration ging während des letzten Jahres in gesteigertem Tempo vor sich. Die deutsche kapitalistische Wirtschaft wird nicht nur in viel größerem Maße als vor dem Kriege beherrscht von Kartellen und Syndikaten, sondern die Methode der monopolistischen Beherrschung durch Trusts tritt immer mehr und mehr in den Vordergrund. Zum Beispiel hat der vor wenigen Monaten gegründete Montantrust bereits systematisch neue wichtige Montanwerke erworben und seine Politik geht zweifellos dahin, die gesamte deutsche Montanindustrie teils durch Niederkämpfung, teils durch Ankauf, teils durch Veranlassung zum Anschluß an den Trust zu kontrollieren. Der Montantrust verfügte bei seiner Gründung über 42½ Prozent der Stahl- und etwa über ein Viertel der Ruhrkohlenproduktion. Er verfügt jetzt bereits über 48 Prozent. Da er schon Verbindungen zu dem mit Hilfe großer staatlicher Mittel gebildeten Oberschlesischen Montantrust und zu Linke-Hoffmann-Lauchhammer aufgenommen hat, rückt der Moment in die Nähe, wo er die Majorität in den Eisen- und Stahlverbänden besitzt. Parallel damit vollzieht sich unter Führung von Krupp eine zweite große Konzentration in der Eisenindustrie. Ähnliche Erscheinungen sind in der Kaliindustrie, in der Chemischen und Farbenindustrie — ein Trust von amerikanischen Dimensionen, wohl der größte in Europa — und auch in der Elektrizitätsindustrie, wenn auch in der letzteren in relativ noch nicht sehr fortgeschrittener Weise.

Dieser Prozeß der Konzentration im nationalen Maßstabe wird ergänzt durch die Konzentration im internationalen Maßstabe, in der die deutsche Bourgeoisie eine sehr aktive, man kann fast sagen, führende Rolle spielt. Eine ganze Reihe von internationalen Vereinbarungen wurden geschlossen

oder es finden Verhandlungen über solche Vereinbarungen statt: Bleche, Draht, Röhren, Walzeisen, Kali, Farben, Zement, Petroleum usw.

2. **Stillegung und Vernichtung von Unternehmen.** Neben der systematischen Stillegung von Unternehmen durch die Trusts, Syndikate und Kartelle (Montan-, Kohlen- und Kaliindustrie) sind nach einer Statistik, die die Zeit vom 1. Januar 1924 bis zum 30. April 1926 erfaßt, 82 163 Neugründungen und 107 278 Auflösungen von Unternehmen vorgenommen worden. Der Ueberschuß der Auflösungen beträgt also 25 000. Um die Bedeutung dieser Ziffer anschaulich zu machen, setzen wir die entsprechenden Ziffern für 1913 hinzu. In diesem Jahre standen 34 036 Gründungen 24 096 Auflösungen von Firmen gegenüber, die Gründung und Auflösung von Unternehmen hielt sich also ungefähr die Wage. Hierzu muß bemerkt werden, daß die Zahl der Auflösungen von Firmen in den Jahren 1924/26 sich nicht auf der Basis der Firmenzahl von 1913, sondern auf einem viel höheren Niveau vollzog. Ebenso, daß der Prozeß der „Reinigung“ noch weiter vor sich geht.

In den oben angeführten Zahlen handelt es sich um selbständige Unternehmen. Eine Statistik über die stillgelegten Betriebe, Gruben usw. der Kartelle, Trusts existiert nicht. In der Kaliindustrie wurden zum Beispiel vom größten Kalikonzern von 240 Gruben nur 87 Gruben in Betrieb gehalten, die mehr produzieren als früher die 240 Gruben.

3. **Der technische Fortschritt.** Er läßt sich zahlenmäßig nicht darstellen. Aber zweifellos hat in der Montanindustrie, im Stein- und Braunkohlenbergbau, in der Elektrizitätsindustrie, überhaupt in den wichtigsten Industriezweigen, eine bedeutende technische Verbesserung des Produktionsapparates stattgefunden. Die wirtschaftliche Tages- und Fachpresse, die Geschäftsberichte, die Darstellungen von Arbeitern aus den verschiedenen Industrien beweisen, daß in ziemlich breitem Umfange neue arbeitssparende Maschinen eingeführt wurden und eingeführt werden. In vielen Industriezweigen wird mit sehr verringerter Belegschaft dieselbe oder sogar eine vergrößerte Produktionsmasse hergestellt. Hierin drückt sich nicht nur der verstärkte Raubbau an der Arbeitskraft, sondern auch die höhere Produktivität der Arbeit infolge der technischen Verbesserungen aus.

4. **Die Intensivierung der Arbeit.** Während der Krise ist es in zahlreichen Fällen den Unternehmern gelungen, die Arbeiter zur Mehrarbeit durch Verlängerung der Arbeitszeit zu zwingen. Aber eine viel bedeutendere Rolle spielt und wird immer mehr spielen die Intensivierung der Arbeit (Stoppuhr, laufendes Band usw.) durch ein ungeheuer verschärftes Antreibersystem. Zum Beispiel ist im Ruhrkohlenbergbau jetzt ein Arbeitssystem eingeführt, wie es nach Aussagen vieler alter Arbeiter in der Geschichte des Ruhrkohlenbergbaus einzigartig dasteht. Wie die Arbeitsleistung gestiegen ist, sei mit folgendem illustriert:

	Arbeitstage	Schichtenleistung kg
Februar 1925	24	901
Februar 1926	24	1068
	Belegschaft	Arbeitstäg. Förderung to
Februar 1925	470 638	350 000
Februar 1926	385 491	335 000
	— 18 %	— 3 %

Einem Rückgang der Förderung um 3 Prozent steht ein Rückgang der Belegschaft um 18 Prozent gegenüber. Der Schichtenförderanteil im Ruhrkohlenbergbau ist um etwa 18 Prozent gestiegen.

Aehnliche Beispiele kann man aus allen Industrien anführen. Im Kali-bergbau ist die Leistungsfähigkeit pro Kopf des Arbeiters um das 2½fache gestiegen. Im Geschäftsbericht der AEG wird mitgeteilt, daß bei einem Auftragsbestand, der um 30 Prozent größer als im Vorjahre ist, die Belegschaft in den meisten Anlagen (im Monatsdurchschnitt um 300) reduziert wurde. In den Fabriken der AEG wird, soweit es sich um Massenfabrikate handelt, die Fließarbeit eingeführt. Die neue Zählerfabrik hat selbst bei den amerikanischen Sachverständigen Bewunderung hervorgerufen, erklärte Geheimrat Deutsch auf der letzten Generalversammlung der AEG. Die „Amerikanisierung“ des Arbeitstempos geht rasch vor sich, ohne Steigerung der Löhne.

5. Senkung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse. Soweit die Arbeiterschaft nach den gültigen Tarifen arbeitet, hat in den letzten Monaten ein systematischer, von den staatlichen Schiedsgerichten geförderter und unterstützter Feldzug zur Senkung der Tariflöhne eingesetzt. Bisher konnte, von relativ geringfügigen Ausnahmen abgesehen, ein Abbau der Tariflöhne in größerem Maßstabe verhindert werden, wenn auch an zahlreichen Stellen die Arbeiterschaft zurückgewichen ist. So meldet zum Beispiel das Arbeitsamt einen durchschnittlichen Rückgang der Tariflöhne im Monat Mai. Aber die Tariflöhne werden zum Teil durch den Druck der Unternehmer auf die Belegschaften durchbrochen. Mit der Drohung von Stilllegungen und Entlassungen erreichen die Unternehmer sehr oft den faktischen Abbau und die faktische Durchbrechung der Tariflöhne.

Betrachtet man die Gesamtlage der Arbeiterklasse unter Berücksichtigung der industriellen Reservearbeitsarmee und der Kurzarbeit (die Intensivierung der Arbeit), dann muß festgestellt werden, daß die soziale Lage der deutschen Arbeiterklasse sich in immer schnellerer Progression verschlechtert. Der Heidelberger Nationalökonom Professor Lederer beurteilt in einem sehr interessanten Artikel: „Die Schere auf dem Arbeitsmarkt“ die Situation für die Arbeiterklasse folgendermaßen:

„Der Lebenshaltungsindex wird offiziell mit zirka 140 angegeben. Nimmt man, sehr optimistisch, die Kaufkraft der gesamten Lohnempfänger, soweit sie in Arbeit stehen, gleich an wie vor dem Kriege (das ist aber zu hoch angesichts der niedrigen Angestelltengehälter), so bedeutet es, daß die Kaufkraft der Lohnsumme infolge Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit heute 40 Prozent unter Vorkriegsniveau steht, trotz erheblich gesteigerter technischer Entwicklung.“

Lederer kommt in seinen Schlußfolgerungen über die Wirkung der Rationalisierung auf die Arbeiterklasse zu folgendem Resultat:

„Eine ganze Arbeitergeneration wurde in England diesem „frühkapitalistischen Rationalisierungsprozeß“ geopfert und es gibt sachverständige Beobachter unserer Volkswirtschaft, welche von dem gegenwärtigen Rationalisierungsprozeß dasselbe befürchten.“

Diese Tendenz zum Senken der Löhne durch reale Senkung, durch Senkung der Kaufkraft, durch die dauernde Massenarbeitslosigkeit ist zweifellos eine steigende.

Die Forderung nach Abbau der Löhne wird praktisch von den Unternehmern durchgeführt und von den bürgerlichen Theoretikern begründet.

Solange Deutschland vom Weltmarkt ausgeschaltet war, solange der Binnenmarkt eine erhöhte Bedeutung für die Industrie hatte, konnte man sich den Luxus relativ „hoher Löhne“ leisten. Die Notwendigkeit, unter erschwerten Bedingungen sich einen progressiven Anteil am Weltmarkt zu erobern, zwingt die deutsche Bourgeoisie, ihre Konkurrenten nicht nur mit verbesserter Technik, sondern vor allem auch mit verringerten Löhnen zu schlagen. Der kluge demokratische, durchaus nicht „scharfmacherische“ Wirtschaftspolitiker Dr. Felix Pinner drückt das folgendermaßen aus:

„Zweifellos war die aufsteigende Bewegung der Löhne im Jahre 1924 und zum Teil auch im Jahre 1925 durchaus berechtigt und kann nicht in demselben Maße, wie die Erhöhung des Preisniveaus, als ein Produkt einer falschen Aufbaupolitik betrachtet werden. Im Gegensatz zu den Warenpreisen, die von vornherein auf einem überhöhten Niveau in die Stabilisierung hineingegangen waren, sind die Löhne auf einer anormal niedrigen Basis in Goldmark umgewandelt worden. Eine allmähliche Emporführung war nicht nur aus sozialen Gründen, sondern auch deshalb erforderlich, weil die Kaufkraft des inneren Marktes bei allzu niedrigen Arbeitslöhnen nicht auf den Stand gebracht werden konnte, der für eine auch nur halbwegs ausreichende Beschäftigung der deutschen Wirtschaft, für die Sicherung jenes Grundstocks an Produktion und Absatz erforderlich war, mit dem auch jedes exportierende Land unbedingt rechnen muß.“

„... Wenn Deutschland wirklich Reparationen zahlen will, so muß es sein Preisniveau und sein Lohnniveau mehr oder weniger unter den entsprechenden Stand derjenigen Länder halten, mit denen es auf dem Weltmarkt im Wettbewerb steht! Die anderen mögen das Dumping schelten. Damit müssen sie sich selbst abfinden!“

Der demokratische Wirtschaftspolitiker charakterisiert mit den obigen Zeilen kurz und treffend den Sinn der deutschen Rationalisierung, die große Linie der Wirtschaftspolitik der deutschen Bourgeoisie und die sozialen Konsequenzen der Lage des deutschen Kapitalismus und der Politik der deutschen Bourgeoisie für die Arbeiterklasse.

Wenn Pinner nur von Reparationen spricht, deretwegen die deutsche Bourgeoisie die Politik „der niedrigeren Preise und niedrigeren Löhne“ als Kampfmittel auf dem Weltmarkt treiben müsse, so tut er dies natürlich nur, um nicht eingestehen zu müssen, daß die ganze Lage des deutschen Kapitalismus eine andere Politik nicht möglich macht. Er versucht sozusagen den Arbeitern die sozialen Konsequenzen der Lage des deutschen Kapitalismus durch „Versailles“ zu erklären. Aber es liegt auf der Hand, daß dies unrichtig ist. Zweifellos zwingen die Reparationen die deutsche Bourgeoisie, den Export zu forcieren. Aber auch ohne Reparationen müßte die deutsche kapitalistische Wirtschaft, für deren Existenz und Entwicklung das Schicksal der Exportindustrien entscheidend ist, einen solchen forcierten Kampf führen. Die Reparationen erschweren nur das schwere Problem und verstärken die gefährlichen sozialen Konsequenzen für die Arbeiterklasse und die übrigen nichtkapitalistischen Schichten.

Die Arbeitslosigkeit. Trotz der günstigen Saison (Bautätigkeit und Landwirtschaft) ist die Arbeitslosigkeit stabil geblieben. Es gibt heute niemand in Deutschland, der nicht auf absehbare Zeit mit dauernder Massenarbeitslosigkeit rechnet. Die Verbesserung der Technik und die Intensivierung der Arbeit, die Ausschaltung und Stilllegung von Betrieben hat Arbeitermassen freigesetzt, die nur bei einer sehr starken Entwicklung der deutschen Quote am Weltmarkt wieder in den Produktionsprozeß eingereicht werden können.

Die ganze Weltmarktlage, die industriellen Rüstungen aller Länder lassen nicht erkennen, woher ein solcher Aufschwung auf dem Weltmarkt kommen soll, so daß auf absehbare Zeit die deutsche Bourgeoisie imstande wäre, in raschem Tempo ihren Absatz zu steigern. Das System der „billigeren Löhne und billigeren Preise“ wird von den anderen industriellen Ländern nicht nur mit Hochschutzzöllen beantwortet (zum Beispiel die amerikanischen Zölle, die kürzlich auf deutsche gedumpte Eisenfabrikate gelegt wurden), sondern die „billigeren Löhne“ werden englische Kampfmaßnahmen, auch immer mehr zum System der Bourgeoisie anderer Länder. (Englischer Bergarbeiterstreik.)

6. Erfolgreiche Organisation des Kredit- und Finanzierungssystems. Es ist der deutschen Bourgeoisie nicht nur gelungen, etwa 4 bis 5 Milliarden ausländische lang- oder kurzfristige Kredite für die unter der katastrophalen Kapitalnot leidende deutsche Industrie zu bekommen, sondern es gelang ihr auch in einem sehr weitgehenden Maße, wieder den inneren Kapitalmarkt herzustellen. Das hat zur Folge, daß sie nicht nur zu billigerem Zinsfuß ausländische Anleihen bekam (was sich praktisch in der ständigen Verringerung des Abstandes zwischen dem deutschen und englisch-amerikanischen Zinsniveau ausdrückt, in der fortgesetzten Senkung des deutschen Diskonts), sondern daß die deutsche Bourgeoisie in steigendem Maße selbst eine vom ausländischen Geld- und Kapitalmarkt unabhängiger aktivere Finanzierungspolitik sowohl im Inlande als auch im Auslande betreiben kann und zu betreiben beginnt.

II. Die Ergebnisse der Rationalisierung

Unter der Führung des Finanzkapitals vollzog und vollzieht sich mit jenen Methoden, die wir oben in kurzen Strichen geschildert haben, dieser „Rationalisierungsprozeß“, diese Mobilisierung der deutschen Industrie zum Kampf um ihre Existenz, zum Kampfe auf dem Weltmarkt. Die Notwendigkeit der Anpassung der deutschen Industrie zwingt zur fortgesetzten Rationalisierung durch technischen Fortschritt und durch Senkung der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen.

Wird so auf der einen Seite durch den technischen Fortschritt, die Zusammenlegung der Betriebe, die Intensivierung der Arbeit die Produktionskapazität der entscheidenden Industriezweige gesteigert, so zwingt auf der anderen Seite der Mangel an genügendem Absatz zur Anpassung der Produktion an die begrenzten Marktverhältnisse. Diese Regulierung führt zur Aufrechterhaltung und Schaffung von Betriebseinschränkungen, systematischer Beschränkung der Produktionsziffern usw. Zum Beispiel beträgt die Einschränkungsziffer im Rohstahlkartell seit Monaten 35 Prozent.

So ergibt sich folgendes widerspruchsvolle Bild: einerseits beträchtliche Steigerung der Leistungsfähigkeit der Industrie und andererseits fortgesetzte Drosselung. Der Ausweg aus diesem Widerspruch, die volle Ausnutzung der gesteigerten Produktionskapazität kann nur von einem Umschwung auf dem Weltmarkt herkommen oder dadurch, daß es der deutschen Industrie gelingt, auf Kosten anderer kapitalistischer Länder sich einen größeren Anteil am Weltmarkt zu erobern.

Diese widerspruchsvolle Lage der deutschen kapitalistischen Wirtschaft hat auch zum Teil bewirkt, daß trotz der Verbilligung der Produktions-

kosten, trotz der schweren Krise im allgemeinen die Inlandspreise stabil geblieben sind. Die Unmöglichkeit der vollen Ausnutzung des Produktionsapparates steht einem Abbau der Preise hindernd im Wege. Da der Profit nur langsam durch eine Erhöhung der Produktionsmasse gesteigert werden kann, wird er hochgehalten durch die Preise der Produkte. Die monopolistische Beherrschung des durch Schutzzölle geschützten Innenmarktes erleichtert den Trusts, Kartellen und Syndikaten diese Preispolitik. Gleichzeitig verschafft sich die Industrie durch diese Preispolitik Waffen für den forcierten Export. (Dumping, Ausbau des technischen Apparates durch die infolge der Schutzzölle garantierten Monopolprofite).

Wir wollen am Beispiel des Ruhrkohlenbergbaues zeigen, daß trotz nicht gesteigerten Absatzes, trotz absolut nicht ausgenützter Kapazität des Ruhrkohlenbergbaues der Rationalisierungsprozeß in Verbindung mit der Politik der Stabilisierung hoher Inlandspreise steigende Profite ermöglicht.

Der Ruhrkohlenbergbau erspart nach einer Berechnung von sachkundiger Seite durch den Abbau der Belegschaft jährlich etwa 70 Millionen Mark für Löhne, Gehälter, soziale Lasten. Dabei betrug der Rückgang der Förderungs-ziffer nur 3 Prozent, die aber infolge ungünstiger Absatzverhältnisse und nicht infolge des Abbaus der Belegschaften entstanden. Die Kohlenpreise wurden während der ganzen Zeit nicht gesenkt.

So ist es der deutschen Bourgeoisie gelungen, ihren Produktionsapparat immer mehr den Notwendigkeiten eines schwierigen Exportkampfes anzupassen, die Intensivierung der Arbeit, die Arbeitslosigkeit ohne größere Widerstände durchzuführen, die Handelsbilanz zu aktivisieren,* das Kredit- und Finanzwesen zu organisieren.

Aber damit steht die deutsche Bourgeoisie vor zwei sehr schweren Problemen: 1. Wie soll die erhöhte Produktionskapazität der rationalisierten deutschen Industrie auf dem Weltmarkt voll ausgenützt werden. Hier stößt die deutsche Bourgeoisie, ohne militärische Machtmittel, ohne Kolonien, an die Schranke des verengerten Weltmarktes und der kapitalistischen Interessen der anderen Länder. Hier wird die „Stabilisierung“ des deutschen Kapitalismus ein weltpolitisches und weltwirtschaftliches Problem.

Das zweite Problem für die deutsche Bourgeoisie ist die soziale Schranke. Wird die deutsche Bourgeoisie die Kraft haben, diesen Prozeß der „Stabilisierung“ mit seinen ungeheuren sozialen Konsequenzen für die Arbeiterklasse und auch für die übrigen nichtkapitalistischen Schichten durchzuführen? Wird sie imstande sein, die soziale Rebellion der Arbeitermassen und der übrigen nichtkapitalistischen Schichten niederzuhalten? Wir wollen uns im folgenden mit den Wirkungen des Stabilisierungsversuches der deutschen Bourgeoisie auf die verschiedenen Klassen und Schichten, auf deren politische Formationen beschäftigen.

III. Die Politik der deutschen Bourgeoisie

Wir haben in kurzen Strichen die Methoden der Rationalisierung des deutschen Kapitalismus beschrieben, mit denen er notwendigerweise den

* So ist es gelungen, die starke passive Handelsbilanz seit 6 Monaten zu aktivisieren. Die eine Zeitlang sehr stark ansteigende Kurve der Aktivität ist freilich in den letzten Monaten wieder stark gefallen. Im März erreichte sie pl. 278, im April pl. 56, im Mai pl. 27 Millionen Mark.

Kampf um seine Existenz, um die Erweiterung seiner Absatzmärkte führt. Die gesamte Wirtschafts-, Handels- und Zollpolitik ist auf dieses Ziel eingestellt; in der Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie widerspiegeln sich die Tendenzen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln diesen Kampf um die Erweiterung der Absatzmärkte mit politischen Mitteln zu fördern.

Direkte und indirekte Subventionierung der Exportindustrie durch die Staatsmaschine, Hochschutzzölle, Dumping, bei gleichzeitigem Anwachsen der Tendenzen zu internationalen Abmachungen schärfster Konkurrenzkampf zur Vergrößerung der faktischen nationalen Quote.

In der Außenpolitik zeigt sich eine verschärfte aggressive, selbstbewußtere Linie der deutschen Bourgeoisie, die sich nicht nur aus der relativen Erstarkung — im Vergleich zu den Jahren 1923/24 — des deutschen Kapitalismus ergibt, sondern auch aus den jetzigen ökonomischen Notwendigkeiten dieses erstarkten Kapitalismus. Das Sachverständigengutachten erleichterte zunächst die Lage des deutschen Kapitalismus, als es das Ende der selbständigen französischen, auf die Zertrümmerung Deutschlands zielenden Reparationspolitik bedeutete und das Einströmen ausländischer, vor allem amerikanischer Kredite begünstigte. Denn diese Kredite waren die Voraussetzung eines großzügigen Stabilisierungsversuches nicht nur der Valuta, sondern überhaupt der ganzen Wirtschaft. Bereits in Locarno stellte die deutsche Bourgeoisie faktisch die Frage der Aenderung der polnischen Grenzen und damit die Revision des Versailler Vertrages. Zweifellos ist auch der deutsch-russische Vertrag, den die deutsche Bourgeoisie gegen den Willen Englands schloß, der Ausdruck der Tendenz der deutschen Außenpolitik, eine selbständigere Politik zu betreiben. Gleichzeitig wächst die von allen, auch den demokratischen Parteien der Bourgeoisie bis hinein in die Sozialdemokratie, betriebene systematische Propaganda und Forderung nach Zuteilung von Kolonien.

Versucht also die deutsche Bourgeoisie mit allen ihr zu Gebote stehenden wirtschaftlichen und politischen Mitteln die weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Schranken zu beseitigen, die der Ueberwindung der permanenten Krise des deutschen Kapitalismus im Wege stehen, so wendet die deutsche Bourgeoisie gleichzeitig die ganze Kraft an zur Ueberwindung der sozialen Schranken.

Es ist der deutschen Bourgeoisie ohne größere soziale Kämpfe gelungen, Millionen Arbeiter aufs Pflaster zu werfen. Es ist ihr gelungen, ohne größere soziale Kämpfe die Amerikanisierung des Arbeitsprozesses bei gleichzeitiger Senkung des Lohnniveaus einzuleiten. Sie hat begonnen, den technischen Apparat zu verbessern, hält die Inlandspreise relativ stabil, wälzt die Steuern zu fast 75 Prozent auf die breiten Massen ab, steigert die Mieten.

Die ökonomischen Notwendigkeiten des Stabilisierungsversuches des deutschen Kapitalismus zwingen die deutsche Bourgeoisie, durch die Abwälzung der Lasten der Stabilisierung auf die breiten Massen die Lebenslage der Massen ständig zu verschlechtern. Aber da beginnen die sozialen Schwierigkeiten. Sie zeigen sich vorläufig noch nicht in großen Abwehrkämpfen (etwa wie in England), aber sie zeigen sich in einer Reihe von Radikalisierungserscheinungen sowohl der Arbeiter als auch breiter klein-

bürgerlicher Massen. Und hier entsteht für die Bourgeoisie die Frage, mit welchen Methoden können auf die Dauer die sozialen Schwierigkeiten des Wiederaufbaus des deutschen Kapitalismus überwunden werden?

Es sind zwei Tendenzen innerhalb der deutschen Bourgeoisie vorhanden, von denen entsprechend der Situation die eine oder die andere stärker hervortritt, sich miteinander kombinieren: die eine Tendenz ist die Neigung zur „Einschränkung der normalen Demokratie“, zur Anwendung außernormaler besonderer politischer „diktatorischer“ Mittel, um diesen Stabilisierungsprozeß mit starker Hand durchführen zu können.

Die andere Tendenz ist die Fortsetzung der Methode, in irgendeiner Form der Arbeitsgemeinschaft, des Bündnisses mit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbürokratie die sozialen Schwierigkeiten des Stabilisierungsprozesses, die auf die Dauer wachsen müssen, zu überwinden.

D a s W a c h s e n d e r a n t i d e m o k r a t i s c h e n d i k t a t o r i s c h e n T e n d e n z e n

Die sozialen Folgen des Stabilisierungsprozesses haben sowohl auf die proletarischen als auch auf kleinbürgerliche Massen in steigendem Maße radikalierend gewirkt. Diese Radikalisierung muß sich um so mehr verstärken, je permanenter die soziale Krise der Stabilisierung des deutschen Kapitalismus wird. Das führt zunächst zur Verengung der Massenbasis der Bourgeoisie und ihrer Parteien. Die Bourgeoisie sieht das Anwachsen der vorläufig noch latenten sozialen Rebellion, die Loslösungstendenzen von den Parteien der Bourgeoisie auch bei breiteren kleinbürgerlichen Massen.

Aeußerte sich dieser Prozeß noch vor einem Jahre vor allem in den Krisen der Massenparteien der Bourgeoisie, so hat er sich bereits unter der Wucht der sozialen Tatsachen während des letzten Jahres zu einer gewissen Abwanderung breiter Massen von den bürgerlichen Parteien entwickelt.

So vollzog sich z. B. bei den Deutschnationalen eine Abwanderung kleinbürgerlicher (und in vorläufig noch geringem Maße) auch kleinbäuerlicher Schichten. Breitere Schichten des städtischen Kleinbürgertums, vor allem die proletarische Rentnerschicht wurde aus den blindesten Anhängern der Deutschnationalen und Faschisten zu erbitterten Gegnern der Deutschnationalen. Es ist auch z. B. zu konstatieren, daß bei allen letzten Wahlen die sogenannte „Wirtschaftspartei“ auf Kosten der Deutschnationalen ihre Stimmenzahl stetig vermehren konnte. In dieser Partei, die natürlich unter der Führung ausgesprochener reaktionärer Politiker steht, versucht ein Teil der von den Deutschnationalen abgewanderten kleinbürgerlichen Schichten selbständig ihre Interessen zu vertreten. Ein weiteres Symptom für die Verengung der Massenbasis der Deutschnationalen sind die Landtagswahlen in Mecklenburg, einer ihrer großagrarischen Hochburgen, in denen sie eklatante Niederlagen erlitten.

Das Zentrum, das über das äußerst wirksame Bindemittel des Katholizismus verfügt, hat nicht nur dauernd die Krise im Leibe, es sind dort auch Abspaltungen zu verzeichnen zu der zwar noch kleinen, aber in der Zukunft vielleicht bedeutungsvollen proletarisch-kleinbürgerlich-katholischen Partei, den Christlich-Sozialen. Uebrigens zeigt sich auch in den Gebieten, wo das Zentrum stark ist, das Entstehen sogenannter mittelständlerischer Gruppen, die auf Kosten des Zentrums ihre Anhänger vermehren, sehr oft

in den sozialen und personellen Fragen in den Gemeinden mit den Kommunisten und nur in katholisch-konfessionellen Dingen mit dem Zentrum stimmen.

Am krassesten zeigt sich die Schwächung des Einflusses der Parteien der Bourgeoisie auf ihre Anhänger im Resultat des Volksentscheids. Etwa fünf Millionen Wähler aller bürgerlichen Parteien haben bei schärfstem politischen, wirtschaftlichen und konfessionellen Terror gegen die stricktesten Parolen ihrer Parteien, bei einer allgemeinen Kampagne über die beabsichtigte allgemeine „Enteignung durch die deutschen Bolschewiki“ für den Volksentscheid gestimmt. (Etwa 1½ Millionen Anhänger des Zentrums, vielleicht 1½—2 Millionen der Demokraten*, und etwa 1½ Millionen Anhänger der schwarzweißbroten Parteien der Bourgeoisie.)

Die Demokraten waren nach 1918 eine Partei nicht nur mit breitem Massenanhang, sondern auch mit starken großbäuerlichen Schichten. Seitdem vollzog sich mit dieser Partei ein ständiger Zersetzungsprozeß. Ein Teil der Massen ging nach links, die großbürgerlichen Schichten wanderten immer mehr nach rechts ab. Vor einem Jahr spaltete sich die sogenannte Nationalliberale Vereinigung (Siemens usw.) ab. Infolge des Volksentscheides geht der Abspaltungsprozeß großbürgerlicher Elemente weiter vor sich. (Schacht usw.) So entwickelt sich die deutsche Partei des Liberalismus, die Demokraten, zu einer immer kleineren, kleinbürgerlichen Partei.

Radikalisierungserscheinungen zeigen sich auch unter den Bauern. Wie sie sich auswirken, dafür ein Beispiel aus Bayern: In Bayern versuchte die Regierung eine reaktionäre Verfassungsänderung durchzuführen. Dieser Versuch scheiterte daran, daß an den für die Aenderung der Verfassung notwendigen Stimmen eine Stimme fehlte. Und zwar war das die Stimme eines Bauernbündlers.

Ueber diese Tatsache schreibt ein bayrischer Volksparteiler in der „Kölnischen Volkszeitung“ folgendes:

„Was schon lange wie ein Alp auf der bayrischen Regierungskoalition liegt, wurde nun dem ganzen bayrischen Volke klar: daß Bayrische Volkspartei und Deutschnationale sich auf den Bauernbund nicht mehr verlassen können, und deshalb eine vorausschauende Innenpolitik nicht mehr möglich ist. Die Fraktion des Bauernbundes leidet unter Hemmungen, die eine Folge der tiefen Spaltung im Bauernbund sind, wo die radikale Richtung einen starken Anhang besitzt.“

Aehnliche Erscheinungen sind auch in anderen Teilen des Reiches zu verzeichnen, wenngleich betont werden muß, daß es dem großagrarischem Landbund und den Deutschnationalen noch am erfolgreichsten gelungen ist, die erbitterten Stimmungen breiter Bauernmassen sehr geschickt aufzufangen und für die großagrarischem Interessen zu mobilisieren.

Außer diesem, die unmittelbaren Anhänger der bürgerlichen Parteien erfassenden Radikalisierungsprozeß wirkt sich natürlich und in erster Linie

* Ein katholischer Pfarrer aus dem Ruhrgebiet, ein Gegner der Fürstenenteignung, schreibt nach dem Volksentscheid in der „Tremonia“, dem Zentrumsblatt in Dortmund:

„Aber die leitenden Persönlichkeiten unserer Oeffentlichkeit, auch die Zentrumspresse, die sich ziemlich eindeutig auf den Rechtsboden (d. h. gegen den Volksentscheid. G.) stellten, mögen sich keine Illusionen machen: es lebt eine furchtbare Erbitterung in unserem guten katholischen Volke bis zu den Kindern in der Schule. (Dieses „gute katholische Volk“ besteht aus den katholischen Arbeitern, Kleinbauern und Kleinbürgern. G.)

die Radikalisierung der ausschlaggebenden Arbeitermassen selbst aus. Es wird den sozialdemokratischen Führern immer schwerer, zu manövrieren, ihre Kompromisse zu schließen. So mußten sie z. B., wenn sie nicht selbst ihre Partei aufs Spiel setzen wollten, wider Willen die von den Kommunisten eingeleitete Volksentscheidskampagne mitmachen.

So steht vor der Bourgeoisie die Gefahr der wachsenden Widerstandskraft und des Widerstandswillens der breiten Arbeitermassen und die Gefahr, daß breite Teile kleinbürgerlicher Massen sich mit den Arbeitern gegen die Bourgeoisie verbünden.

Es ist diese Entwicklung, die gerade in den letzten Monaten die „diktatorischen“ Tendenzen, die Spekulationen und Betrachtungen über die Unbrauchbarkeit des demokratischen Regimes usw. wieder stärker hervortreten läßt. Denn mit „Diktatur“ in den verschiedensten Formen beantwortet ein Teil der Bourgeoisie die Frage, wie es auf die Dauer möglich sein soll, die sozialen Voraussetzungen der Stabilisierung des Kapitalismus zu schaffen und zu erhalten. Denn je erfolgreicher die Bourgeoisie die Rationalisierung durchführt, desto mehr wachsen die bedrohlichen Faktoren der Radikalisierung der Massen, die auf einer bestimmten Höhe die ganze kapitalistische Rationalisierung und damit die Existenz des deutschen Kapitalismus in Frage stellen kann.

Vorläufig zeigen sich diese „diktatorischen“ Tendenzen in dem systematischen Bestreben nach einer völligen Ausschaltung der Sozialdemokratie, nach einem festen Block aller bürgerlichen Parteien*, nach einer Rationalisierung der demokratischen Republik, durch die leichter und energischer alle Widerstände beseitigt werden können und eine stabile Regierung möglich ist: Verstärkung der Macht des Reichspräsidenten, Zweikammersystem, Hinaufsetzung des Wahlalters, Aenderung des Wahlverfahrens, stärkere Ausschaltung der parlamentarischen Verhandlungen usw.

Diese aus der allgemeinen Lage des deutschen Kapitalismus wieder auftauchende „Neigung zur Diktatur“ eines Teiles der Bourgeoisie bekommt aus einer Reihe spezifisch deutscher Momente noch eine spezifische monarchistische Färbung.

* Die „Kölnische Zeitung“ vom 26. Juni schreibt in einer Besprechung über das Resultat des Volksentscheids folgendes:

„ . . . Der Staatswagen muß vorwärts und aufwärts gezogen werden. Das ist jedoch nur möglich, wenn wenigstens die Parteien rechts vom Zentrum, die Deutsche und die Bayerische Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Deutschnationalen mehr und mehr zu einem geschlossenen Block zusammenwachsen, der Stoßkraft genug besäße, um der Politik eine feste und gerade Richtung auf den bürgerlichen Wiederaufbau hin zu geben. Das wäre ein Gegengewicht gegen den Sozialismus, dem sich auch das Zentrum nicht entziehen könnte. Wenn selbst Herr Schlange (Schöningen), ein Deutschnationaler von ganz rechts, in der Presse dazu rät, einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen, und über allzu enge parteipolitische Schranken hinauszuwachsen, um Reich, Staat und Wirtschaft über die Gefahren der Zukunft hinwegzuführen, dann müßten, so sollte man meinen, die Deutschnationalen in ihrer Gesamtheit endlich reif sein, in die Linie gesunder Realpolitik einzuschwenken. Wenn nicht, dann ist nicht abzusehen, was aus den Zuständen in Deutschland, wie sie durch den Volksentscheid gekennzeichnet werden, noch entstehen soll.“

Die monarchistischen Fraktionen der Bourgeoisie, die monarchistischen Verbände bedeuten immer eine starke Garantie der deutschen Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse. Denn die energischsten, brutalsten, die militärischen Kräfte der Bourgeoisie sind zum größten Teil im Lager der Monarchie. Es ist nur selbstverständlich, daß in einer Situation, wo die Bourgeoisie gewaltige Aufgaben gegen die Arbeiterklasse und auch breite kleinbürgerliche Schichten zu erfüllen hat, die Bourgeoisie ganz besonders Rücksichten auf die monarchistische Bewegung nehmen muß. Denn gerade in dem Maße, wie sich die Massenbasis der Bourgeoisie verengert, bekommen die ganz- und halb-militärischen Massenverbände der Bourgeoisie eine ganz besondere Bedeutung. Diese Verbände marschieren aber zum größten Teil unter schwarzweißbroten Fahnen, sie werden durch die monarchistisch-nationalistische Ideologie zusammengehalten. Dazu kommen die Rücksichten auf die entschlossenste und brutalste Massenpartei der Bourgeoisie, die Deutsch-nationalen, in der sich stark monarchistische Fraktionen befinden, ferner die zehntausende Offiziere und Beamten, die Reichswehr, deren monarchistische Einstellung auch einen guten Schutz, einen guten Isolierungsfaktor vor den Arbeitern darstellt.

So ergibt sich, daß nicht nur die allgemeine materielle und ideologische Stärke — wenn auch in absteigender Linie — der monarchistischen Bewegung* immer als Garantie eine gewisse Anziehungskraft auch auf die republikanisch-realistischen Kreise der Bourgeoisie ausübt, die an und für sich scharfe Gegner der monarchistischen Provokation der Arbeiterschaft sind, sondern daß gerade in der jetzigen Phase infolge der wachsenden sozialen Schwierigkeiten zweifellos eine verstärkte Rücksichtnahme auch von der republikanisch-realistisch eingestellten Bourgeoisie auf den monarchistischen Kraftfaktor zu verzeichnen ist. Luthers Flaggenverordnung, scheinbar eine völlig widersinnige Dummheit, die seinen Sturz zur Folge hatte, war der Ausdruck dieser Tendenz, dem monarchistischen Kraftfaktor gewisse Konzessionen zu machen. Und zweifellos drückt sich in der Haltung aller bürgerlichen Parteien zum Volksentscheid, die Radikalisierung der Massen, die Zersetzung der eigenen Parteien verschärfend, derselbe Faktor als die Ursache des faktischen Bündnisses der Bourgeoisie-Republikaner mit den Monarchisten aus.

In welchem Maße die „diktatorischen antidemokratischen“ Tendenzen die beherrschenden für die Politik der gesamten bürgerlichen Klasse werden, hängt natürlich von einer Reihe von Umständen ab. Die Stärke dieser Tendenz schwankt und wechselt natürlich mit der Situation. Aber jedenfalls ist diese Tendenz ein wichtiges Merkmal in der Politik der bürgerlichen Klasse bei der jetzigen Lage in Deutschland.

* Bis 1923/24 rebellierten ein großer Teil des Kleinbürgertums und auch gewisse Schichten von Arbeitern unter dem Banner des Faschismus, der monarchistischen Bewegung. Das war die Zeit des aufsteigenden Einflusses der großkapitalistischen Reaktion auf die breiten Massen. In dieser Masse verläuft die Entwicklung anders. Es ist nicht nur innerhalb der Arbeiterklasse eine Umgruppierung nach links bemerkbar, sondern auch kleinbürgerliche Schichten beginnen sich von der Großbourgeoisie loszulösen und tendieren zum Bündnis mit der Arbeiterklasse.

Die Tendenz zur Fortführung des Bündnisses mit der Sozialdemokratie

Zweifellos haben die außenpolitischen und ökonomischen Notwendigkeiten des deutschen Kapitalismus das Tempo des Konzentrationsprozesses aller bürgerlichen Kräfte sehr beschleunigt. Aeußerlich drückt sich das z. B. darin aus, daß gerade in allen wirtschafts-, finanz- und zollpolitischen Fragen, gleichgültig welche Regierung gerade am Ruder war (Bürgerblock, Luther, Marxregierung) eine breite Einheitsfront* von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen zu verzeichnen war.

Aber trotz dieser in der großen Linie der Wirtschaftspolitik f a k t i s c h e n Einheitsfront aller bürgerlichen Parteien, versucht doch ein Teil der Bourgeoisie und ein Teil der bürgerlichen Parteien die Notwendigkeiten der Stabilisierung des deutschen Kapitalismus im Burgfrieden mit der Arbeiterklasse, d. h. im Bündnis mit der Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie durchzuführen.

Wir haben in der letzten Zeit nicht nur die Aufdeckung der Unterstützung und Finanzierung der militärischen Kampfverbände durch rheinisch-westfälische Großindustrielle gehabt, sondern gleichzeitig auch die Aufdeckung geheimer Verhandlungen maßgebender Gewerkschaftsführer mit Führern des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Also nicht nur die Versuche zur Organisierung der „Diktatur“, sondern auch gleichzeitig die fortgesetzten Versuche der offiziellen Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsbürokratie und Sozialdemokratie.

Diese Tendenz in der Politik der Bourgeoisie basiert nicht nur auf speziellen ökonomischen, konfessionellen und anderen, einer Fraktion der Bourgeoisie eigentümlichen besonderen Interessen (z. B. nichtkartellierte gegen monopolistische Industrie, freier Handel gegen Verbandshandel usw.). Das wäre zweifellos eine falsche, nicht genügende Charakterisierung dieser Tendenz. In dieser Tendenz drückt sich die Furcht der deutschen Bourgeoisie vor der Arbeiterklasse aus, der Versuch, mit den geringsten „politischen Kosten“ die Stabilisierung des deutschen Kapitalismus durchzuführen. So sehr die Opposition der SPD- und Gewerkschaftsführer Manöver sind zur Erlangung eines größeren Einflusses: objektiv verschärft solche Opposition in der heutigen Situation des deutschen Kapitalismus die Radikalisierung breiter Massen, verstärkt die Ablösungstendenz kleinbürgerlicher Massen von der Bourgeoisie, wirkt zersetzend auf die Parteien der Bourgeoisie. Daher der ständige Versuch eines Teils der Bourgeoisie, die Sozialdemokratie offiziell zur Mitverantwortung heranzuziehen oder zumindest ihre offene Opposition zu verhindern und abzustumpfen.

* Daran wird auch dadurch nichts geändert, daß z. B. die Deutschnationalen wegen Locarno in die Opposition übergangen. Die bürgerlichen Massenparteien sind gerade deshalb, weil sich das Band zu ihren Anhängern lockert, gezwungen, durch Manöver des „oppositionellen Urlaubs“ dieses Band wieder fester zu knüpfen. Die Deutschnationalen machten diese Manöver, um ihre Massen zu beruhigen, wie die letzten Tatsachen zeigen, mit relativ wenig Erfolg. Gleichzeitig verwerteten sie das Manöver der Opposition aus innerpolitischen Gründen für außenpolitische Ziele als Druckmittel. Zu derartigen Manövern ist in allen Massenparteien der Bourgeoisie, solange die deutsche Bourgeoisie die Macht im parlamentarischen Rahmen ausübt, immer eine starke Tendenz vorhanden.

Die Repräsentanten dieser Tendenz sind natürlich nicht stabil, die Stärke dieser Tendenz wechselt und verändert sich ebenso wie die „diktatorische Tendenz“ mit der Situation. Parteienmäßig drückt diese Tendenzen vor allem jene bürgerliche Partei aus, deren Anhang sich selbst zum großen Teil aus der proletarischen Klasse rekrutiert (Zentrum). Aber diese Tendenz ist auch heute noch, wenn auch in geringem Maße, sogar in einem Flügel der Volkspartei vorhanden. Für Zentrum und Demokraten ist die Taktik der Verhinderung der offenen sozialdemokratischen Opposition gegen die Politik der Bourgeoisie geradezu eine Existenzfrage ihrer Parteien. So ist z. B. jetzt nach dem Ausgang des Volksentscheids das Zentrum bemüht, die Rebellion seiner Anhänger dadurch zu besänftigen, daß es in der Fürstenabfindungsfrage versucht, ein Kompromiß mit den Sozialdemokraten zu schließen.

Es sind also zwei Tendenzen innerhalb der Bourgeoisie vorhanden, die ihren Einfluß auf die Parteien der Bourgeoisie ausüben, von denen aber heute noch keine stark genug ist, sich voll auszuwirken. So entsteht, trotz der fortschreitenden faktischen Konzentration aller bürgerlichen Kräfte, ein Zustand, bei dem keine stabile Regierung möglich ist, wo die Regierungen zwar faktisch im wesentlichen die Politik der ausschlaggebenden Schichten der Bourgeoisie betreiben, aber parlamentarisch weder feste Grenzen nach rechts noch nach links haben: die sogenannten Regierungen der Mitte.

So entsteht aber auch aus der gesamten ökonomischen Lage in Deutschland ein Zustand anwachsender sozialer und politischer Spannung, der sich sehr leicht durch an und für sich unwesentliche Ereignisse „überraschend entladen kann“. Die Luthersche Flaggenverordnung z. B., die die Regierung eigentlich gegen den Willen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien zum Sturz brachte, war nur eine kleine, im parlamentarischen Rahmen bleibende Episode. Aber die „Plötzlichkeit“ des Flaggenvorstoßes, die starke Erregung, die sie unter den Massen fand, und die die republikanischen bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie zum Teil zu Gefangenen dieser Erregung machte, der Sturz der Regierung — diese Episode zeigt sozusagen in kleiner, in lächerlicher Form, was sich „überraschend“ auch in viel größerem Maßstabe mit ernststen politischen Konsequenzen ereignen kann, und zwar sowohl in bezug auf plötzliche reaktionäre Vorstöße als auch in dem Reagieren breiter Massen durch wirtschaftliche und politische Kämpfe gegen die Bourgeoisie.

IV. Der Umgruppierungsprozeß innerhalb der Arbeiterklasse

Die Tatsache, daß die deutsche Arbeiterklasse bisher der Rationalisierungsaktion der deutschen Bourgeoisie keinen wesentlichen Widerstand leistete, scheint im Widerspruch mit der so oft behaupteten Radikalisierung der deutschen Arbeiter zu stehen. Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, systematischer und zum Teil erfolgreicher Druck auf die Löhne, eine ständige Massenarbeitslosigkeit in der Höhe von fast 2 Millionen, und trotz alledem Winter und Frühjahr hindurch keinerlei Massenkämpfe der Abwehr, keine größere Rebellion der Arbeitslosen.

Es ist also zunächst die Frage nach der Ursache der anscheinenden Passivität der Arbeiterklasse gegenüber den konkreten Angriffen der Unter-

nehmer zu beantworten und dann weiter die Frage, welche Erscheinungen uns trotzdem mit Recht von der fortschreitenden Radikalisierung der deutschen Arbeiterklasse sprechen lassen dürfen.

Als die soziale Krise der Rationalisierung in aller Schärfe zum Ausdruck kam, war in den breitesten Arbeitermassen die Hoffnung vorhanden, die Krise sei vorübergehend, ihr werde ein langer, wirtschaftlicher und damit sozialer Aufstieg folgen. Die Nachteile der Rationalisierung wurden mit der Hoffnung in Kauf genommen, daß der „Amerikanisierung“ des technischen Apparates und des Arbeitsprozesses die „Amerikanisierung“, d. h. eine Steigerung der Löhne folgen werde, daß eine günstigere Konjunktur es der Arbeiterklasse ermöglichen werde, durch erfolgreichen Kampf nicht nur die während der Krise verloren gegangenen Positionen zurückzuerobern, sondern darüber hinaus überhaupt ihre Lebensbedingungen dauernd zu verbessern.

So war auch die ganze Agitation der Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie darauf eingestellt, die Rationalisierungsaktion der deutschen Bourgeoisie mit ihren sozialen Konsequenzen vor den Arbeitern ideologisch zu decken. Systematisch wurde von den Reformisten die „Rationalisierung“ des deutschen Kapitalismus als notwendiger, dem allgemeinen Aufschwung vorangehender „Reinigungsprozeß“ hingestellt.

Bei dem großen Einfluß der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie auf die breiten Arbeitermassen war und ist zum Teil diese ideologische Deckung der Politik der deutschen Bourgeoisie noch sehr wirksam.

Dazu kommen die großen Schwierigkeiten des praktischen Abwehrkampfes, die die Erzeugung und Stärkung solcher Illusionen erleichtern. In einer Zeit der Erstarkung des bürgerlichen Machtapparates, des ungeheuren Konzentrationsprozesses der Industrie, der Massenarbeitslosigkeit, wo jeden Tag tausende Arbeiter entlassen, Betriebe stillgelegt werden, die Unternehmer jeden Anlaß ausnutzen, bei noch maßgebendem Einfluß der Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie auf die Gewerkschaften, sehen noch breite Arbeitermassen keine wirksamen Methoden einer wirklich erfolgreichen Abwehr. Jeder Arbeiter begreift, daß die gewöhnlichen Methoden des gewerkschaftlichen Kampfes in einer solchen Situation versagen müssen, sowohl was eine wirksame Abwehr der Offensive der Unternehmer und eine Besserung der Lebenslage als auch was die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die Verhinderung der Stilllegung der Betriebe betrifft. Es sind die objektiven Schwierigkeiten eines Kampfes, bei noch sehr starkem Einfluß der Sozialdemokraten, die also der Parole der Gewerkschaften „in der Krise kann man nicht kämpfen“, in Kombination mit der nur parlamentarischen Abwehr oder des Versuches der nur parlamentarischen Abwehr von Angriffen auf die Arbeiterklasse, noch einen breiten Wirkungsraum bieten. Diese Faktoren steigern auch zunächst die infolge der Krise einsetzende Stimmung: „man muß mit der Abwehr warten“. Was die Arbeitslosen* betrifft, so werden sie vorläufig, wenn auch natürlich völlig unzureichend, unterstützt.

* Die Bourgeoisie hat es bisher noch nicht gewagt, die Arbeitslosenunterstützung abzuschaffen und zu kürzen. Im Gegenteil, sie hat unter dem Druck der Arbeiter die Frist für die staatliche Unterstützung verlängert. Nimmt man die jetzige Zahl der Erwerbslosen als permanent an — der Arbeitsminister Brauns erklärte vor einigen Tagen im Parlament, daß

Aber in vielen Gebieten ist infolge der allgemeinen elenden Löhne und der Kurzarbeiterlöhne die Spanne zwischen Arbeitslosenunterstützung und Löhnen äußerst gering. (Z. B. in den Braunkohlengebieten Mitteldeutschlands, in den Textilgebieten Sachsens usw.)

Alle diese Umstände haben bewirkt, daß zunächst die Arbeiterklasse der Bourgeoisie keinen Widerstand entgegengesetzt. Aber trotz alledem wäre es eine völlige Verkennung der Tendenzen innerhalb der Arbeiterklasse, von einer Passivität oder gar einer Zersetzung im Lager der Arbeiterklasse zu sprechen. Im Gegenteil. Wohl gibt es gewisse Stimmungen der Niedergeschlagenheit* in den Arbeitermassen, die keinen Ausweg sehen, an jeder Partei und Gewerkschaftsbewegung verzweifeln. Aber gerade unter den ausschlaggebenden Schichten der Arbeiterklasse wächst eine ganz andere Stimmung. Und diese steigert sich in wachsendem Maße, sie ist heute bereits stärker als beim Einsetzen der Krise, da die Arbeitermassen — noch sehr unklar, noch sehr undeutlich — fühlen, daß die soziale Krise mit der ungeheuren Arbeitslosigkeit kein schnell vorübergehender Zustand ist, daß deutsche „Amerikanisierung“ keine „Amerikanisierung“ der Löhne bedeutet.

In den breiten Arbeitermassen wächst die Unzufriedenheit mit den Methoden des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes der Sozialdemokratie, wächst die Stimmung, andere Methoden des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes anzuwenden, wächst die Abneigung gegen irgendeine Form der Arbeitsgemeinschaft und Bündnispolitik mit der Bourgeoisie, wächst das Klassenbewußtsein der deutschen Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft reagiert aktiver auf alle politischen Ereignisse.

Die Wirkungen der Radikalisierung der Arbeitermassen auf die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften

Die Radikalisierung der Arbeitermassen, die Stärkung des Klassenbewußtseins äußert sich sowohl in den Gewerkschaften als auch in der Sozialdemokratie (und — wie wir weiter oben dargestellt haben — auch im Zentrum und bei den Demokraten). Bei einer allgemeinen Tendenz des Anwachsens der Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wächst — noch sehr langsam — der Einfluß der kommunistischen Opposition.

man mit einer Entlastung des Arbeitsmarktes erst vom Jahre 1929 an rechnen könne, wo sich der Geburtenausfall während des Krieges auswirken werde — bei gleichbleibender Höhe der Unterstützung, so ergibt sich eine Jahresausgabe für die Erwerbslosen in Höhe von ca. 1250 Millionen Mark. Das entspricht der Summe, die Deutschland in den Normaljahren als Dawesleistungen zahlen muß. Die bürgerliche Presse beginnt bereits jetzt von allen Seiten die „Unmöglichkeit“ dieser dauernden „Belastung“ durch die Erwerbslosenunterstützung zu diskutieren. Zweifellos werden in nicht sehr ferner Zeit die Versuche der Bourgeoisie einsetzen, diese „ungeheuren Lasten“ auf Kosten der Arbeitslosen zu mildern und zu beseitigen.

* Diese Stimmungen äußern sich sowohl in einem gewissen Anwachsen anarcho-syndikalistischer Strömungen als auch in den Versuchen, auf „individuelle Weise“ die Lage zu verbessern. (Gelber Werkverein, besondere Leistungen bei der Arbeitsleistung mit Stoppuhr, wie überhaupt die Amerikanisierung des Arbeitsprozesses einer kleinen Schicht von Arbeitern eine Reihe von Möglichkeiten bietet, sich auf Kosten der Solidarität mit den übrigen Arbeitern eine individuell bessere Lage zu schaffen).

So haben z. B. bei den Wahlen zum Verbandstag der Metallarbeiter in Berlin die Kommunisten mit etwa 3600 Stimmen Mehrheit gesiegt. Die Entwicklung des Einflusses der Kommunisten im Berliner Metallarbeiterverband ist zahlenmäßig folgende: 1923 siegen die Kommunisten bei einer etwa 50prozentigen Wahlbeteiligung mit 54 000 Stimmen gegen 22 000 Stimmen der Sozialdemokraten. Bei den Wahlen zum Breslauer Gewerkschaftskongreß im Juli 1925 siegen die Sozialdemokraten bei etwa 25prozentiger Wahlbeteiligung mit 7866 Stimmen gegen 6884 der Kommunisten. Jetzt, am 27. Juni 1926, siegen die Kommunisten bei 36prozentiger Wahlbeteiligung mit 13 625 Stimmen gegen 10 145 Stimmen der Sozialdemokraten.

Aber abgesehen von dem langsamen Anwachsen des unmittelbaren kommunistischen Einflusses in den Gewerkschaften, wachsen auch die oppositionellen Stimmungen der noch den Sozialdemokraten folgenden Arbeiter. Es zeigt sich immer häufiger, daß neben der kommunistischen Opposition auch sozialdemokratische oppositionelle Gruppen in den Gewerkschaften entstehen, die sich sehr oft unter Führung untergeordneter linker Gewerkschaftsführer befinden. Eine solche Gruppe im Berliner Metallarbeiterverband machte z. B. den Versuch, sich mit den Kommunisten über die Besetzung des Berliner Metallarbeitervorstandes zu verständigen. Diese Tendenz zur Entstehung linker sozialdemokratischer Gruppen in den Gewerkschaften wird zweifellos in dem Maße zunehmen, als es der Kommunistischen Partei gelingt, durch eine geschickte Taktik systematisch ihren Einfluß in den Gewerkschaften zu vergrößern.

Viel stärker noch als in den Gewerkschaften widerspiegelt sich die Radikalisierung der Arbeitermassen in der SPD selbst. Infolge des Druckes der sozialdemokratischen Arbeiter mußte der sozialdemokratische Parteivorstand nach jahrelangen Manövern den Hinauswurf der Rechten aus der Partei bestätigen. In Hamburg, in Baden, in Berlin, Sachsen, Frankfurt usw. stehen die sozialdemokratischen Arbeiter in mehr oder weniger heftiger Opposition zu der Politik des Parteivorstandes. So wurde z. B. auch durch den Druck der sozialdemokratischen Arbeiter der sozialdemokratische Parteivorstand gezwungen, sich der kommunistischen Aktion für den Volksentscheid anzuschließen. Trotz des schärfsten Kampfes der sozialdemokratischen Instanzen entstanden in der Volksentscheidsbewegung eine ganze Reihe Einheitskomitees von sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern. Das Anwachsen der oppositionellen Stimmungen innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zeigt sich auch immer deutlicher im Reichsbanner, wo die Reichsbannerarbeiter trotz aller Maßnahmen ihrer Leitungen immer öfter mit den Roten Frontkämpfern gemeinsame Aktionen unternehmen usw.

Die wachsende oppositionelle Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Politik ihres Parteivorstandes und gegen die Politik des ADGB ist natürlich noch absolut keine konsequente. Diese oppositionellen Arbeiter sind absolut noch nicht bereit, die kommunistischen Konsequenzen des Klassenkampfes und der Partei zu ziehen. Aber zweifellos erleichtert diese Stimmung die Wirkungsmöglichkeiten der Kommunistischen Partei. Diese Arbeiter sind eher geneigt, auf die Vorschläge und Forderungen der Kommunisten zu hören und sich mit ihnen sachlich auseinanderzusetzen.

Das Wachsen der Radikalisierung der Arbeitermassen spiegelt sich auch ganz deutlich innerhalb der Führerschaft der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie. Einmal in dem Anwachsen zentristischer Stimmungen bei einem Teil der Führerschaft. Eine ganze Reihe von sozialdemokratischen Zeitungen und Führern beginnt, natürlich mit zentristischen Formeln, vom Klassenkampf gegen die Bourgeoisie zu sprechen und zu schreiben. Gleichzeitig wächst aber, man kann mit einer gewissen Parallele zur Entwicklung der Tendenzen der Bourgeoisie sagen, der „scharfmacherische“ Flügel innerhalb der Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie. Und zwar sind es vor allem die unmittelbar mit dem Staatsapparat verknüpften und versippten Führer, die die Repräsentanten dieser Strömung werden. (Die sächsischen Rechten, die Rechten in Baden, in Hamburg usw.) Diese Richtung ist auch bei einem Teil der Gewerkschaftsbürokratie vorhanden. Es sind jene unelastischen Elemente, die ohne taktische Rücksichten auf den Radikalisierungsprozeß der Arbeiter, ohne Verschleierungsmanöver, brutal zusammen mit der Bourgeoisie den kapitalistischen Wiederaufbau durchführen wollen. Diese Elemente, die gewöhnlich in den Landesregierungen irgendwelche Aemter haben, sind infolge des Druckes der Arbeiter, die von ihnen konkrete Preisgabe ihrer Politik verlangen, nicht mehr imstande, zu manövrieren. Das krassste Beispiel in Sachsen: die Arbeiter wollen keine Koalitions politik. Die sächsischen Rechten versuchen, sie trotzdem gegen den Willen der Arbeiter durchzuführen unter Benützung des Staatsapparates und mit Unterstützung der bürgerlichen Parteien.

Es kommt zur Spaltung der Partei, zum Hinauswurf der Rechten.

Die ausschlaggebende Führung der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie versucht zu lavieren zwischen jenen Tendenzen innerhalb der Bourgeoisie, die die völlige Ausschaltung der SPD wollen, und jenen wachsenden Strömungen innerhalb der Arbeiterschaft, die den völligen Bruch mit der Arbeitsgemeinschaft und Bündnispolitik mit der Bourgeoisie und die Anwendung aktiver Kampfmethoden verlangen.

Die Führung der SPD und die Gewerkschaftsbürokratie versucht der Tendenz nach einer Ausschaltung der Sozialdemokratie dadurch entgegenzuarbeiten, daß sie sich bemüht, nicht die Fühlung mit den bürgerlichen Mittelparteien zu verlieren. Sie war z. B. aus diesem Grunde gegen den Volksentscheid, sie versucht daher auch jetzt, über die Fürstenabfindung mit diesen Parteien zu einem Kompromiß zu kommen.* Aber gleichzeitig muß sie, um nicht die Fühlung mit den Arbeitermassen zu verlieren, „linke Manöver“ machen. Trotz aller Gegnerschaft mußte sie sich am Volksentscheid beteiligen. Trotz des völligen Einverständnisses mit der Koalitions politik der rechten sächsischen Sozialdemokraten mußte sie unter dem Druck der Arbeiter den Hinauswurf der Rechten aus der Partei, also jener Leute, die eigentlich die offizielle Politik des Parteivorstandes machten, bestätigen.

So wirken sich die Tendenzen innerhalb der Bourgeoisie und innerhalb der Arbeiterklasse immer stärker auf die Politik der sozialdemokratischen Führer aus, die eine Politik des „Gleichgewichtszustandes“ zu treiben versuchen. Jedes Manöver nach links radikalisiert die Arbeitermassen und

* Zur Zeit der Abfassung dieses Artikels ist das Resultat der Kompromißverhandlungen noch nicht sichtbar. Innerhalb der SPD finden heftige Kämpfe statt.

verstärkt die Strömung innerhalb der Bourgeoisie nach Ausschaltung der Sozialdemokratie. Die Führung sucht das Manöver nach links dann wieder durch eine Schwenkung nach rechts „auszubalancieren“. Aber dies erzeugt wieder eine um so stärkere Opposition der eigenen Anhänger.

Die Perspektiven der Sozialdemokratie

Zweifelloso erlaubt die objektive Lage der Sozialdemokratie noch ein ziemlich weitgehendes Manövrieren. Sie wird auch in der nächsten Entwicklung durch den Zuzug kleinbürgerlicher Schichten, von Arbeiterelementen, die bisher hinter den bürgerlichen Parteien herliefen, noch „stärker“ werden, d. h. eine größere Anzahl von Parlamentsmandaten erhalten. Insofern wird sich dieser Radikalisierungsprozeß in den breiten Massen auch zunächst in einer scheinbaren Stärkung der SPD auswirken.*

Aber gleichzeitig wird die Zersetzung innerhalb der SPD weitere Fortschritte machen. In dem Maße, wie die soziale Krise der Stabilisierung des deutschen Kapitalismus sich immer permanenter auswirken wird, wie es objektiv immer unmöglicher werden wird, sowohl die Politik der Bourgeoisie zu unterstützen als auch gewisse Konzessionen für die Arbeiterschaft herauszuholen, wie die soziale und politische Spannung zwischen den Klassen anwächst, in demselben Maße müssen die „scharfmacherischen Tendenzen“ auch wieder offener, unverhüllter die politische Linie der ausschlaggebenden Führung werden.

Die Politik des Reformismus, die die Sozialdemokratie etwa von 1914 bis 1926 treiben konnte, wird immer unvereinbarer mit den ökonomischen Notwendigkeiten der Stabilisierung, des Wiederaufbaus des deutschen Kapitalismus. Die objektive Lage des deutschen Kapitalismus mit seinen sozialen Konsequenzen unterstützt, verstärkt die Tendenz der Zersetzung und in weiterer Ferne der Sprengung der Sozialdemokratie.

Natürlich vollzieht sich dieser Prozeß nicht von heute auf morgen, er ist nicht gradlinig; aber es zeigt sich bereits heute, daß es der sozialdemokratischen Führung immer schwieriger wird, eine Politik zu treiben, die sowohl vor der Bourgeoisie als auch vor der Arbeiterklasse das Gesicht wahrt.

V. Die Perspektive der Klassenkämpfe

Wenn wir von allen außenpolitischen Faktoren (internationale Verwicklungen, Kriege usw.) absehen, so ergibt also die Stabilisierung des deutschen Kapitalismus folgende Situation:

1. Ständiger Druck auf die Arbeitermassen und die übrigen nichtkapitalistischen Schichten.

2. Schaffung einer objektiven Grundlage für ein Bündnis der Arbeiterklasse mit den kleinbürgerlichen Schichten in Stadt und Land (Hochschutzzoll, Steuerpolitik der Bourgeoisie, wachsende Macht der finanzkapitalistischen Monopole).

Die bereits heute sichtbaren Wirkungen der „Stabilisierung des deutschen Kapitalismus“ sind folgende:

* Unserer Ansicht nach würden bei Reichstagswahlen in nicht allzu ferner Zeit die Sozialdemokraten mindestens 10 bis 20 neue Parlamentsmandate erobern.

1. Radikalisierung, Stärkung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse. Loslösung kleinbürgerlicher Elemente von den Parteien der Bourgeoisie.

2. Beginnende Zersetzung der Massenparteien der Bourgeoisie und auch in einem gewissen Umfange der Sozialdemokratie. Abnehmender Einfluß der Gewerkschaftsbürokratie.

3. Entstehen einer günstigeren Situation für die systematische Eroberung und Beeinflussung breiter Massen durch die revolutionäre Partei.

Wir stehen in Deutschland gewissermaßen am Beginn des gewaltigen Prozesses der Rebellion der proletarischen und nichtkapitalistischen Schichten gegen die sozialen Konsequenzen der Stabilisierung des deutschen Kapitalismus, der — „stabilisiert“ — immer unvereinbarer wird mit der Existenz der arbeitenden Klassen.

Alle von uns aufgezeichneten Merkmale der Radikalisierung der Arbeitermassen und breiter kleinbürgerlicher Schichten signalisieren die Phase, wo breitere Massenkämpfe noch deutlicher als die jetzigen Radikalisierungserscheinungen aufzeigen werden, daß die soziale Schranke der Stabilisierung des deutschen Kapitalismus nur dann beseitigt werden kann, wenn es der deutschen Bourgeoisie gelingt, immer wieder von neuem die Arbeiterklasse zu schlagen; daß sich aber die deutsche Arbeiterklasse mit immer stärkerer Wucht zu immer neuen Kämpfen stellt.

Denn die objektive Lage verstärkt auch die Kampfkraft der Arbeiterklasse, schafft ihr Bundesgenossen in kleinbürgerlichen Schichten, zersetzt die Massenparteien der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie, vernichtet die Illusionen über die Möglichkeit eines Aufstieges der arbeitenden Klasse innerhalb des Kapitalismus, auch in der Form der bürgerlichen Demokratie.

Das Tempo dieser Entwicklung läßt sich nicht voraussagen, aber diese Entwicklung vollzieht sich. Sie schafft alle Voraussetzungen für die Eroberung der Massen durch die Kommunistische Partei. Die Beschleunigung des Tempos dieser Entwicklung wird in sehr weitem Maße von der Politik der Kommunistischen Partei bestimmt werden.

A. MARTYNOW: MICHAEL BAKUNIN UND DIE PROLETARISCHE REVOLUTION

(Zum 50. Todestag Bakunins)

Das Schicksal Bakunins ist mit Marxens Schicksal innig verflochten. Sie lebten beide in der gleichen historischen Epoche, deren wichtigste Meilensteine die Revolution 1848, die Erste Internationale und die Erhebung der Pariser Kommune sind. Beide waren bis ins Innerste hinein revolutionär. Bald nach seiner Uebersiedlung nach Berlin widmete sich Bakunin uneingeschränkt der Revolution. „Ich muß für euch als tot gelten“, schrieb er seinen Schwestern. Gleichzeitig schrieb er an Turgeniew:

„Meine Segel sind gehißt, und ich nähere mich schnell meinem Ziele. Ich weiß nicht, ob ich an einem Riff zerschellen oder, was noch schlimmer wäre, auf eine Sandbank geraten werde. Ich weiß nur, daß ich nicht aufhören werde, solange noch ein Tropfen Blut in mir sein wird.“

Er hat sein Wort gehalten. Bereits in seiner ersten, 1842 verfaßten revolutionären Schrift, in dem Artikel „Die Reaktion in Deutschland“, unter dem Decknamen Jules Elisard erschienen, zeichnete sich Bakunin seinen Weg vor:

„Wir raten den Opportunisten, die Augen vor der Wahrheit zu öffnen und sich von ihrer kläglichen, blinden Weisheit, von ihrer theoretischen Heuchelei und sklavischen Angst freizumachen, die ihre Seele ausdörft und ihre Tatkraft lähmt. Uebereignen wir uns dem ewig wirkenden Geiste, der nur deshalb zerstört und vernichtet, weil er der unbegreifliche und ewig schöpferische Quell alles Lebens ist. Der Geist der Zerstörung ist zugleich der schöpferische Geist.“

Diese letzten Worte könnten als Motto für das ganze Leben Bakunins dienen.

Bakunin war, wie Marx, ein internationaler Revolutionär. Während seines ganzen Aufenthalts im Ausland gab es keine einzige revolutionäre Bewegung oder Erhebung, an der Bakunin nicht teilgenommen hätte. Er kämpfte in den Februartagen 1848 auf den Barrikaden in Paris, er leitete den Aufstand in Dresden, er beteiligte sich an dem Aufstand in Prag, er unterstützte den polnischen Aufstand im Jahre 1863, er nahm teil am Lyoner Aufstand während der Pariser Kommune, er organisierte revolutionäre Aktionen in Italien, Spanien usw.

Marx und Bakunin waren in dem Zeitraum zwischen den vierziger Jahren und dem Ende der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts die hervorragendsten Revolutionäre Europas, aber seit dem ersten Augenblick ihres Zusammentreffens offenbarten sich zwischen ihnen tiefgehende Gegensätze. In der Epoche der Ersten Internationale, die von Marx geleitet wurde und gegen die Bakunin von innenher konspirierte, nahmen diese Gegensätze die Form eines erbitterten Kampfes an, der mit dem Ausschluß Bakunins aus der Marxschen Internationale und mit der Spaltung derselben abschloß.

Wie war der langjährige Kampf zwischen diesen zwei Revolutionären zu erklären? Die Freunde Bakunins erklärten ihn mit der Verschiedenheit ihrer Temperamente. Der Schweizer Anarcho-Syndikalist Brupbacher, der in der Folge zum Kommunismus überging, suchte in eben dieser Verschiedenheit den Grund ihrer Feindschaft.

„Marx“, schreibt er in seinem Buch über Marx und Bakunin, „ist ein abstrakter Typus. Er hat keine Freude, keine Veranlagung zur Sinnlichkeit, zum Spiel der Sinne. . . . Es steckt etwas Mönchisches in diesem Marx, . . . etwas Christlich-Asketisches . . . Die Wirkung von Menschen wie Marx ist die des personifizierten Verstandes. Sie erzeugen eine solche Ueberwucherung des objektiven Erkenntnis-momentes, daß fast jedes Zutrauen in die Wirkung persönlichen Eingreifens schwindet, daß in dem Menschen das Motorische wie gelähmt wird oder sich darauf beschränkt, sprachlich das Geschaute darzustellen. . . Marx sah den ausgeprägten europäischen ökonomischen Menschen, wenn er an sein Erziehungswerk dachte.“ Bei seinen Menschen setzte Marx nur „Selbsterhaltungssinn, Unbeweglichkeit, Energielosigkeit“ voraus.

Dieser Karikatur auf Marx stellte Brupbacher das Idealbild Bakunins gegenüber:

Bakunin war „eine prometheische Natur“ . . . die keine Götter irgendwelcher Art, und wären es Naturgesetze, über sich duldete. . . . Bakunin dachte mit seinem ganzen Organismus. . . . Er sah die Welt mit Augen, Händen und Gedanken auf einmal“ . . . Bakunin gehörte „zu denjenigen Menschen, welche in erster Linie die innere Wirklichkeit des Menschen, sein Sehnen und Wollen erfassen, die einen großen Glauben an die revolutionären Instinkte des Volkes und an seinen Freiheitsdrang besitzen. . . . Nicht nur ist ihnen selbst der Wille mehr als die Wirklichkeit, sondern unwillkürlich . . . veranlassen sie ihre Umgebung, über sich selbst hinauszuwachsen“. „Ins Zentrum seiner Tätigkeit stellte Bakunin . . . den Freiheitsbegriff.“

Es bedarf nicht vieler Worte, um das Tendenziöse dieser zwei Darstellungen zu beweisen. Marx schreibt 1842 in der „Rheinischen Zeitung“ über die preußische Zensurinstruktion:

„Das Gesetz gestattet, daß ich schreiben soll, nur soll ich einen anderen als meinen Stil schreiben. . . . Ihr bewundert die entzückende Mannigfaltigkeit, den unerschöpflichen Reichtum der Natur. Ihr verlangt nicht, daß die Rose duften soll wie das Veilchen, aber das Allerreichste, der Geist, soll nur auf eine Art existieren dürfen? Ich bin humoristisch, aber das Gesetz gebietet, ernsthaft zu schreiben. Ich bin keck, aber das Gesetz befiehlt, daß mein Stil bescheiden sei. Grau in Grau, ist die einzige, die berechtigte Farbe der Freiheit. . . . Die wesentliche Form des Geistes ist Heiterkeit, Licht, und ihr macht den Schatten zu seiner einzigen entsprechenden Erscheinung; nur schwarz gekleidet soll er gehen, und doch gibt es unter den Blumen keine schwarze . . .“

Eine solche Sprache führt Marx. Entspricht sie der Vorstellung von dem angeblich jedem Spiel der Sinne fremden Mönche Marx?! Die Umwälzung, die Marx in der Hegelschen Philosophie hervorgebracht hat, besteht gerade darin, daß er sie vom Himmel auf die Erde herabführte und das Spiel der menschlichen Leidenschaften und Interessen aufdeckte, die den Hegelschen Abstraktionen zugrundeliegen. Kein einziger Volkswirtschaftler, weder vor Marx noch nach ihm, hat es verstanden, den Kategorien: Ware, Wert, Geld soviel Leben einzuflößen, soviel Farbigkeit und dramatischen Inhalt zu verleihen, wie es Marx in seinem „Kapital“ getan hat. Verträgt sich dies mit der Behauptung, Marx sei Asket gewesen?! Marx brachte in der Tat „asketische“ Strenge und Unnachsichtlichkeit auf, aber nicht in bezug auf die menschliche Natur im allgemeinen, sondern gegenüber denjenigen, die mit idealistischen und pseudosozialistischen Phrasen ihre spießbürgerliche Natur

verdeckten. Ebenso „wahr“ ist der Vorwurf, Marx sei ein Philosoph der Passivität und Willenlosigkeit. Hat Marx etwa nicht geschrieben: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu ändern“? Hat er etwa nicht im Jahre 1843 die deutsche „historische Schule“ verhöhnt, die „jeden Schrei des Leibeigenen gegen die Knute für rebellisch erklärt, sobald die Knute eine . . . angestammte, eine historische Knute ist“? Hat er etwa nicht der „historischen Schule“ vorgehalten, daß ihr „die Geschichte, wie der Gott Israels seinem Diener Moses, nur ihr a posteriori zeigt“? War er etwa nicht der Verfasser des „Kommunistischen Manifests“, das in seiner feurigen Sprache wie eine Sturmlocke ertönte?

Ebenso verzerrte Brupbacher, nur nach der entgegengesetzten Seite hin, das Bild Bakunins. Er behauptete, Marx unterscheide sich vor allem von Bakunin dadurch, daß er ein „abstrakter Typus“ und Doktrinär sei. Dagegen schrieb der geniale Bjelinski über seinen Freund, den jungen Bakunin:

„Michael glaubte, daß diejenigen, die er seiner Freundschaft würdigte, außer einer tiefen Natur und Genie auch dieselbe Auffassung über das Wetter und den Geschmack der Buchweizengrütze haben müssen — und dies als *conditio sine qua non!* Wir sehen nun, wie das Leben seinen abstrakten, jedes Lebenssaftes und jeder Wärme entbehrenden Anschauungen Recht gegeben hat.“ (Siehe M. P. Dragomanow, „Die Briefe M. A. Bakunins an A. S. Herzen und N. P. Ogarjow“.)

Eben infolge dieser abstrakten Ansicht über die sozialen Zustände maß Bakunin die westeuropäischen revolutionären Bewegungen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, an denen er in Frankreich, Deutschland, Oesterreich usw. aktiv teilnahm, und die er aus nächster Nähe beobachtete, mit der Elle der russischen Bauernaufstände des 17. und 18. Jahrhunderts. Auch die außerordentliche Unduldsamkeit, die Brupbacher an Marx auszusetzen hat, war Bakunin trotz dessen kindlicher Einfachheit und trotz der Unmittelbarkeit in seinen persönlichen Beziehungen in nicht minderem Grade eigentümlich, aber diese Unduldsamkeit ging nach einer anderen Richtung, als es bei Marx der Fall war. Wenn Marx gegenüber allen Abweichungen von der proletarischen Ideologie unerbittlich war, so wandte Bakunin seinen ganzen Zorn und Haß gegen alles, was nach Deutschtum und Judentum aussah und sich gegen seine „slawische Idee“ richtete. Endlich waren auch die diktatorischen Anwandlungen und der „Autoritarismus“, deren Bakunin und seine Anhänger Marx ziehen, in viel höherem Maße Bakunin eigen, wie das der Organisationstypus der von Bakunin aufgebauten „Alliance“ beweist.

Wer den Grund des langjährigen Kampfes zwischen Marx und Bakunin erfassen will, muß den Ausgangspunkt in der Verschiedenheit nicht ihrer Temperamente, wohl aber ihrer Ideologie suchen.

Marx, aufgewachsen in der Rheinprovinz, an der Grenze zwischen Deutschland und Frankreich, herangebildet in der vorrevolutionären Epoche an deutscher Philosophie, französischem Sozialismus, englischer Nationalökonomie, am Chartismus, war der geistige Vertreter der revolutionären Klasse seiner Zeit, des Proletariats, dessen Wachstum mit dem allgemeinen historischen Fortschritt zusammenhing, dessen Kampf sich gleichzeitig mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Widersprüche entfaltete, dessen Ideologie alles, was es an Fortschrittlichem und Revolutionärem in der früheren menschlichen Ideologie gab, nach Ueberwindung der Beschränktheit derselben, aufgenommen hatte.

Bakunin wuchs in rückständigen Verhältnissen auf und war der geistige Repräsentant einer anderen Klasse. In seiner Jugend, in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts, bewegte sich Bakunin in den Kreisen der fortschrittlichen russischen Intellektuellen, versenkte sich in die Philosophie Fichtes und Hegels, unterwies Bjelinski in der Hegelschen Lehre, aber dieser intellektuelle Kreis bildete eine nur äußerst dünne Schicht der russischen Gesellschaft. Bakunin sog also trotz seiner unmittelbaren Umgebung den Einfluß des rückständigen feudalen Rußland unter Nikolaus I. in sich ein. Die Revolutionsstürme des Jahres 1848 und die revolutionäre Bewegung der sechziger Jahre weckten in diesem Sohne des rückständigen leibeigenen Landes die stärkste Freiheitsliebe, riefen aber auch dementsprechend in ihm Erinnerungen an die russischen Bauernrevolten des 17. und 18. Jahrhunderts wach, die ihm als Vorbilder jeglicher Revolution galten. Bakunin war der Ideologe der Bauernschaft der Epoche der vorkapitalistischen Leibeigenschaft, und durch die Brille dieser Ideologie bewertete er die Ereignisse in Westeuropa. In diesem Sinne hatte er viel Gemeinsames mit dem christlichen Anarchisten Leo Tolstoi, von dem er, angesteckt vom revolutionären Geist Europas, sich dadurch unterschied, daß er nicht die demütige, folgsame Bauernschaft seiner Zeit, sondern die Bauernschaft und Kosakenbevölkerung der Zeiten Pugatschows und Stenka Rasins idealisierte. Als geistiger Anführer der Bauernrevolution bekämpfte Bakunin nicht ausschließlich die bürgerliche Ordnung, sondern — wie das alte freie Kosakenvolk — die „Staatlichkeit“ überhaupt. Er nannte sich selbst einen „Skythen“ und „Barbar“ und bekämpfte als solcher nicht allein die bürgerliche Kultur, sondern die gesamte historische Kultur überhaupt, die seiner Ansicht nach, dem Untergang geweiht ist.

„Die Wissenschaft“, schreibt Bakunin im Jahre 1868, „wird in der nachrevolutionären Zeit sehr nützlich sein. Heute verdirbt sie nur das Volk mit ihrem offiziellen Gift und lenkt es nur von der einzig befreienden Tat, dem Aufstand, ab. Die Leute, die unter den heutigen Verhältnissen und bei den heutigen Zuständen von Volksbildung reden, sind entweder hohle Schwätzer und Träumer, oder — was noch schlimmer ist — Volksbetrüger, Ausbeuter und direkte Widersacher.“

Dementsprechend stellten die Schüler Bakunins, die „ins Volk“ gingen, die Losung auf: „Verbrennt die Bücher!“

Aus derselben Ideologie der vorkapitalistischen Bauernschaft fließt die Hinneigung Bakunins zum Slawentum; denn im Slawentum mit seinem „Mir“ und der Dorfgemeinde hatten sich die meisten Züge der vorkapitalistischen Verhältnisse erhalten. Bakunin hatte mit den Slawophilen und Panslawisten vieles gemeinsam. Aber unter dem Einfluß der freiheitlichen Gedanken Westeuropas stellte Bakunin sein Slawophilentum nicht in den Dienst der Romanows, sondern der Weltrevolution. Er war revolutionärer Slawophile.

Die Weltanschauung Bakunins bildete sich allmählich heraus. Konsequenter Apostel der Anarchie und Zerstörung wurde Bakunin erst Ende der sechziger Jahre unter dem Einfluß der unendlichen Verfolgungen, der ewigen Not, der Verleumdung (Bezeichnung der Spionage), die überall seinen Spuren folgte, und vielleicht auch teilweise aus dem Wunsche heraus, sich für die Erniedrigungen zu rächen, die er bewußt auf sich nahm, als er seine berühmte bußfertige „Beichte“ schrieb, um aus der Peter-Pauls-Festung, aus

den Taten Nikolaus I. herauszukommen und den Kampf fortsetzen zu können.

In den vierziger Jahren, der ersten Zeit seiner revolutionären Tätigkeit, vor dem Gefängnis und der Verbannung, war Bakunin nur revolutionärer Demokrat. Aber kein bürgerlicher Demokrat im westeuropäischen Sinne des Wortes, sondern ein bäuerlicher, volkstümlicher Demokrat, mit allen dazugehörigen Widersprüchen.

Als Bakunin 1842 nach Berlin kam, schrieb er seinen berühmten Aufsatz „Die Reaktion in Deutschland“, diesen flammenden Aufruf zur deutschen Revolution. Gleichzeitig schrieb er einen Artikel für das Blatt *Louis Blancs* „La Réforme“, in dem er die Revolution in Rußland voraussagte. Anlaß zu diesem Artikel war das Verhalten Iwan Golowins. Bakunin und Golowin waren in ihrer Abwesenheit von der russischen Regierung zu einer Strafe verurteilt worden. Golowin berief sich in seinem Protest gegen das Urteil auf seine aristokratische Abstammung und seine aristokratischen Anschauungen. Bakunin, gleichfalls Adliger von Geburt, beeilte sich, diese Methode der Selbstverteidigung von sich zu weisen. In seiner Polemik gegen Golowin bewies Bakunin, daß die an den russischen Adel erlassene Charta eine Fiktion sei, daß der Zar weder Rechte noch Vorrechte achte, und daß er in der Tat wie nach dem Gesetz der absolute Herr über Leben und Ehre seiner Untertanen ohne Ausnahme sei. Weiter heißt es:

„Was mich betrifft, so klage ich nicht; aristokratische Formen und Vorrechte mögen in der Vergangenheit von großer Bedeutung gewesen sein, für die Gegenwart und Zukunft halte ich sie für bedeutungslos. Ich glaube, daß der Genius der Zeiten diese letzten Ueberreste des Mittelalters nicht mehr sehen will. . . Ich glaube, daß es für unglückliche, unterdrückte Länder, wie Rußland und Polen, keine andere Rettung gibt als die Demokratie. . . . Die ganze Zukunft Rußlands liegt im russischen Volke, in dieser so großen und bedeutungsvollen Menschenmasse, die die gleiche Sprache spricht und bald, wie ich überzeugt bin, von dem gleichen Gefühl und der gleichen Leidenschaft beseelt sein wird. . . Vielleicht ist der Augenblick nicht fern, in dem sie sich zu einer großen Revolution zusammenschließen wird.“

In diesem Artikel wie im Aufsatz „Die Reaktion in Deutschland“ ist Bakunin revolutionärer Demokrat. Mehr noch, im Aufsatz „Die Reaktion in Deutschland“ zeigt sich Bakunin als konsequenter Demokrat, der die Opportunisten und Kompromißler verachtet, weil sie nicht verstehen, daß „der Geist der Zerstörung zugleich der schöpferische Geist“ sei. Und dennoch schließt Bakunin seine Auslassungen über die unbeschränkt herrschende russische Despotie in „La Réforme“ folgendermaßen ab:

„Man sagt, Zar Nikolaus trage sich ernsthaft mit dem Gedanken an die Befreiung des Volkes. Gebe Gott, daß es wahr sei: sollte er wirklich die Bauernbefreiung ehrlich und umfassend durchführen, dann wird es ein wahrhaft gutes Werk sein, um das ihm vieles vergeben werden wird.“

Im Munde eines konsequenten revolutionären Demokraten, der vor kurzem die Halbheit der deutschen Liberalen verurteilt hatte, mußten diese Worte seltsam klingen: Nikolaus Palkin* als Volksbefreier! Aber im Munde eines Demokraten, der das Sprachrohr der russischen leibeigenen Bauernschaft werden wollte, klingt dieser Widerspruch recht natürlich; vertrug sich doch im Geiste der russischen hörigen Bauernschaft der Aufstand Pugatschows oder Stenka Rasins recht gut mit dem mystischen Glauben an den Zaren.

* Palkin als Spitzname des Zaren von Palka, d. h. der Stock. (Anm. d. Uebers.)

Ein anderer Widerspruch. In den Februartagen des Jahres 1848 nahm Bakunin an den Barrikadenkämpfen in Paris aktiven Anteil und in der Folge verhehlte er in der an den Zaren gerichteten reumütigen „Beichte“ nicht seine Begeisterung für die Pariser Arbeiter, die die Revolution durchgeführt hatten. Und dennoch konnte Bakunin in den vierziger Jahren nicht den Anschluß an die westeuropäische Arbeiterbewegung finden. Als er in Zürich auf den proletarischen Revolutionär Wilhelm Weitling stieß, versuchte dieser vergebens, Bakunin zu seinem Glauben zu bekehren. In Paris schloß sich Bakunin an den Anarchisten Proudhon enger als an den Kommunisten Weitling an. Aus Anlaß der Vorträge über „Lohnarbeit und Kapital“, die Marx in der Brüsseler Sektion des Bundes der Kommunisten hielt, schrieb Bakunin an Annenkow:

„Marx treibt dieselbe eitle Wirtschaft wie früher: er verdirbt die Arbeiter, indem er aus ihnen Raisonneure macht; der gleiche theoretische Wahnsinn, die gleiche unbefriedigte, mit sich selbst unzufriedene Eigenliebe!“

Gleichzeitig schreibt er aus demselben Anlaß an Herwegh:

„Mit einem Wort, Lüge und Dummheit, Dummheit und Lüge! Es ist unmöglich, in ihrer Gesellschaft frei aufzuatmen. Ich halte mich von ihnen fern und habe auf das Entschiedenste erklärt, daß ich nicht in den Kommunistenbund der Handwerker gehen und nichts mit ihnen gemein haben will.“

Trotzdem Bakunin selbst an der revolutionären Bewegung der Pariser Arbeiter teilgenommen hatte, soweit sie sich in der Form von Barrikadenkämpfen äußerte, fühlte er sich in diesem Kreise einsam. In der Folge schrieb er in seiner „Beichte“ über seinen Pariser Aufenthalt im Jahre 1848:

„Nirgends habe ich mich dermaßen vereinsamt, entfremdet und desorientiert gefühlt, wie in Paris.“

Es besteht kein Anlaß zu der Annahme, Bakunin habe in diesem Punkte in der „Beichte“ gelogen.

Da Bakunin nicht fähig war, an den Klassenkampf, der in Europa zwischen Proletariat und Bourgeoisie tobte, Anschluß zu finden, wandte er in den vierziger Jahren seine Aufmerksamkeit dem Osten zu, wobei er von der nationalen Befreiung der slavischen Völker träumte. Als im Jahre 1848 die polnischen Emigranten in Paris ihr dem polnischen Aufstand 1831 gewidmetes Jahresfest abhielten, nahm Bakunin mit Freuden an der Festlichkeit teil. Seine beim Festessen gehaltene Rede, in der er ausführte, es gäbe ein zweifaches Rußland, ein offizielles und ein aus dem Volke erwachsendes, schloß er mit folgenden Worten:

„Meine Herren, ich biete Ihnen ein Bündnis an im Namen dieser neuen Gesellschaft, dieser wirklichen russischen Nation!“

Es ist symbolisch, daß an demselben Tage, an dem Bakunin in Paris die Losung der nationalen Befreiung in den Vordergrund rückte, Marx aus dem gleichen Anlaß — dem Jahrestag des polnischen Aufstandes — in London eine Rede hielt, in der er eine neue Perspektive, die Perspektive der proletarischen Revolution entrollte.

„Das alte Polen“ — sagt er — „ist untergegangen und die Revolutionäre wollen gar nicht, daß es wieder hergestellt wird. Das alte Deutschland und das alte Frankreich und das alte Oesterreich sind untergegangen. Aber der Verlust der alten Gesellschaft ist kein Verlust für diejenigen, die in dieser Gesellschaft nichts zu verlieren haben. Der Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie wird das Vorspiel sein für die Befreiung aller Völker.“*

* Aus dem Russischen rückübersetzt.

Während der Revolution 1848 interessierte Bakunin sich mehr für die Freiheitsbewegung der slavischen Völker als für den Freiheitskampf des westeuropäischen Proletariats; dieser Umstand bewog ihn, nach Prag zur Slavischen Konferenz zu fahren. Auf dieser Konferenz formulierte Bakunin die Grundlagen der „Slavischen Föderation“.

„Die Prinzipien“, schrieb er, „die diese Grundlagen ausmachen, sind: die Gleichheit aller und die brüderliche Liebe. Unter dem Himmel des freien Slaventums gibt es keinen Unfreien, weder in Wirklichkeit noch nach dem Gesetz. Die Hörigkeit (leibeigene Abhängigkeit) in allen ihren Erscheinungsformen wird für immer aufgehoben. Alle Slaven sind in gleichem Maße frei und in gleichem Maße Brüder. Es gibt zwischen ihnen keinerlei Ungleichheit, außer der von der Natur geschaffenen. Es gibt keinerlei Stände (Kasten). Wo noch die Aristokratie, der bevorrechtete Adel, herrscht, da muß sie, wenn sie slavisch sein will, künftig ihre Vorzüge und Vorrechte im Reichtum ihrer Liebe und in der Größe ihrer Opfer suchen. Die Aristokratie der Gelehrten und Künstler — die älteste Schwester in der Volksfamilie — muß in der Volksmasse aufgehen, um aus ihr neues Leben zu schöpfen und um sie dem von der Zeit zusammengetragenen Wissen zuzuführen.“

Was für einen Charakter sollte eigentlich nach der Meinung Bakunins die slavische republikanische Föderation tragen? Daß es sich dabei nicht um die proletarische Republik handelte, ist ganz klar. Es wäre lächerlich gewesen, in den rückständigen slavischen Ländern der vierziger Jahre an eine proletarische Republik zu denken, und Bakunin dachte gewiß nicht daran. Aber als Bakunin seine sentimentalen, romantischen Thesen über die „Slavische Föderation“ aufstellte, Thesen, die den Adel aufriefen, aus Selbstaufopferung freiwillig im Volke aufzugehen, hatte Bakunin auch nicht die bürgerlich-demokratische Republik im Auge. Dieses Ideal war dem Ideologen der hörigen Bauernschaft fremd.

„Ich glaube nicht an Verfassungen und Gesetze“, schrieb er im August 1848 an Herwegh: „Die beste Verfassung würde mich nicht befriedigen. Wir brauchen etwas anderes: Sturm und Leben und eine neue, von Gesetzen freie und deshalb wahrhaft freie Welt.“

In diesen Worten zeigte sich das Anarchistische bereits mit Bestimmtheit an. Aber dieser Anarchismus des Bakunin der vierziger Jahre war dem negativen Verhalten der Slavophilen gegenüber der Staatlichkeit recht nahe verwandt. Er entsprang der Idealisierung der vorkapitalistischen bäuerlichen Lebensweise und soweit war die Kehrseite dieses Anarchismus der Glaube an eine starke volksfreundliche Macht. Bei der während der Prager Konferenz vorgetragenen Schilderung des künftigen slavischen republikanischen Staates, sagte Bakunin, daß es in diesem slavischen Staate kein Parlament geben werde, sondern eine Diktatur zur Hebung und Aufklärung der Volksmassen, eine unumschränkte, aber dem Geiste nach freiheitliche Diktatur, mit Preßfreiheit für freiheitliche Bücher, aber ohne absolute Preßfreiheit.

„Der Unterschied zwischen einer solchen Diktatur und der Monarchie wird darin bestehen, daß die Diktatur ihrer ganzen Zielsetzung nach bestrebt sein wird, ihr Bestehen baldigst unnötig zu machen, da sie nur die Freiheit, Selbständigkeit und das allmähliche Mündigwerden der Völker im Auge haben wird. Die monarchistische Gewalt dagegen ist bestrebt, sich einen ewigen Bestand zu sichern. Aus eben diesem Grunde muß die Monarchie ihre Untertanen in unveränderlicher Unmündigkeit erhalten.“

Wenn Marx die Perspektive der revolutionären Diktatur aufrollte, dachte er an die Diktatur der Arbeiterklasse zur wirtschaftlichen Umgestaltung der

Gesellschaft und zur Niederringung des Widerstandes der Bourgeoisie. Wenn aber Bakunin von der slavischen föderativen Republik sprach, träumte er vom romantischen Ideal eines Bauernreiches mit dem volksfreundlichen Diktator an der Spitze, der das „allmähliche Mündigwerden“ des Volkes fördern würde, und mit der Anarchie, der vollkommenen Negation der Gesetze und des geschriebenen Rechts, als Grundlage.

Das, was Bakunin im Jahre 1848 erstrebte, war der unbegründete Traum eines revolutionären Slavophilen und Bauernfreundes. Erstens war damals den Führern der slavischen Bewegung der Gedanke des Panslavismus fremd — sie wollten nichts von einer allslavischen Föderation hören —; zweitens waren sie von einem Bruche mit der Monarchie sehr weit entfernt. In Zusammenhang damit spielten sie, statt die slavische Revolution in Gang zu bringen, in Wirklichkeit die Rolle von Agenten der europäischen Konterrevolution. Die österreichischen Slaven bereiteten die Zertrümmerung der ungarischen Revolution vor, indem sie unter der Führung von Jellachich den Aufstand in Wien unterdrückten. Die russischen Truppen unter Anführung von Paskewitsch führten die gegenrevolutionäre Bewegung zum Ziel, indem sie im Juli 1849 Wien besetzten.

Bakunin verstand nicht, daß in den vierziger Jahren den Hebel der Revolution nur das westeuropäische Proletariat bilden konnte, keineswegs jedoch das Slaventum, das durchweg, mit Ausnahme von Polen, noch den tiefen Schlaf in den Armen der Reaktion schlief; dieser Umstand war der Grund des ersten Zerwürfnisses zwischen Marx und Bakunin. In Beantwortung des von Bakunin geschriebenen „Aufrufs an die Slaven“ schrieb die „Neue Rheinische Zeitung“:

„Man hat es durch schmerzliche Erfahrung gelernt, daß die „europäische Völker-
verbrüderung“ nicht durch bloße Phrasen und fromme Wünsche zustande kommt, sondern nur durch gründliche Revolutionen und blutige Kämpfe; daß es sich nicht um eine Verbrüderung aller europäischen Völker unter einer republikanischen Fahne, sondern um die Allianz der revolutionären Völker gegen die konterrevolutionären handelt, eine Allianz, die nicht auf dem Papier, sondern nur auf dem Schlachtfeld zustande kommt. . . . Wenn der revolutionäre Panslavismus . . . , wo es sich um die phantastisch-slavische Nationalität handelt, die Revolution ganz aus dem Spiele läßt, dann wissen wir auch, was wir zu tun haben. Dann Kampf, „unerbittlicher Kampf auf Leben und Tod“ mit dem revolutionsverräterischen Slaventum. Vernichtungskampf und rücksichtslosen Terrorismus — nicht im Interesse Deutschlands, sondern im Interesse der Revolution!“

Es muß gesagt werden, daß die „schmerzliche Erfahrung“ in betreffs des konterrevolutionären Verhaltens der Slaven auch Bakunin einen Augenblick lang die Augen öffnete. Unter dem Einfluß dieser Erfahrung kam er zu dem Schluß, daß die slavische Revolution nicht im Kampfe gegen den „verfaulten Westen“, sondern nur im Bunde mit der westeuropäischen Demokratie, insbesondere der ungarischen und deutschen, siegen könne. Das bewog ihn, nach Deutschland zu reisen, wo er am Dresdener Aufstand aktiv teilnahm. Indessen konnte Bakunin nicht den Haß gegen das Germanentum in seinem Innersten auslöschen, der während des deutsch-französischen Krieges besonders hell aufflammte. Dieser letztere Umstand jedoch stand bereits im Zusammenhang mit seinem Kampf gegen Marx und die Erste Internationale.

Die Ideologie Bakunins nahm erst Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre eine ausgeprägte Form an. Nach Gefängnis und Verbannung wieder im Auslande, sagte Bakunin zu Marx nach der Unterdrückung des polnischen Aufstandes, den er tätig unterstützt hatte, er werde von nun an nur noch in der sozialistischen Bewegung tätig sein. Statt dessen tritt er der bürgerlich-demokratischen pazifistischen „Liga für Frieden und Freiheit“ bei, in der Absicht, sie zum Zusammenarbeiten mit der Internationale zu veranlassen. Als ihm dies nicht gelang, trat er aus der Liga aus und gründete seine „Alliance der sozialen Revolutionäre“. Darauf trat er in die Internationale ein, nachdem er sich verpflichtet hatte, seine „Alliance“ aufzulösen; er verwandelte sie jedoch in Wirklichkeit in eine geheime Organisation, die von innen heraus gegen die Internationale konspirierte.

Seit eben diesem Augenblick, seit der Gründung der Alliance, beginnt er, als internationaler Apostel der Anarchie aufzutreten. Elemente dieses Anarchismus wies er indessen, wie wir gesehen haben, bereits in den vierziger Jahren auf. Mehr noch, gerade im Lichte seiner Tätigkeit in den vierziger Jahren lassen sich die wahren Quellen seines Anarchismus — der Zusammenhang dieses Anarchismus mit der Idealisierung der vorkapitalistischen bäuerlichen Traditionen und mit dem Slavophilentum — am besten erkennen.

In dieser Epoche bestand das Neue an ihm, nur darin, daß er seine anarchistischen Anschauungen bis zu ihrem logischen Schlußpunkt fortführte und seinen Anarchismus den Bedingungen der westeuropäischen Arbeiterbewegung anpaßte, ihn sozusagen internationalisierte, wodurch er also zum Begründer des internationalen revolutionären Anarchosyndikalismus wurde. Wir wollen hier nicht näher auf die Darstellung der anarchistischen Ansichten Bakunins eingehen, wie er sie in seinem Werk „Staatlichkeit und Anarchie“ und in anderen Werken, Briefen und Reden jener Zeit formulierte. Wir wollen bloß seine ausgeprägtesten Ansichten und seine Taktik in der Zeit der Ersten Internationale streifen.

Wie stellte sich der Bakunin dieser Epoche die Revolution vor? Diese Frage findet ihre Beantwortung in seinem „Programm der revolutionären Organisation der internationalen Brüder“:

„Wir verstehen unter der Revolution die Entfesselung alles dessen, was heute „böse Leidenschaften“ genannt wird, die Zerstörung alles dessen, was in unserer Sprache die „gesellschaftliche Ordnung“ heißt. Wir fürchten die Anarchie nicht, wir rufen sie herbei, in der Ueberzeugung, daß aus dieser Anarchie, d. h. aus dem von seinen Ketten befreiten Volksleben Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit erwachsen wird.“

Das wichtigste, unmittelbare Ziel der Revolution erblickte Bakunin in der Zerstörung des Staates, denn:

„Wer Staat sagt, sagt: Herrschaft, und wer Herrschaft sagt, sagt: Ausbeutung.“

Wer wird diese soziale Revolution in Rußland durchführen? Diese Frage wird in einem seiner im Jahre 1869 geschriebenen Flugblätter beantwortet:

„Während der düsteren Uebergangszeit, da das gesamte Arbeiter- und Bauernvolk, erdrückt von der Last des Staates, schläft, setzen die Räuber in den Wäldern ihren verzweifelten Kampf fort. . . . Der Räuber ist in Rußland der wirkliche und einzige Revolutionär, der Revolutionär ohne Phrasen, ohne Bücherrhetorik, der volkstümlich-soziale, nicht aber ständisch und staatlich eingestellte Revolutionär. . . . Wer ihm (dem Räuberwesen) keine Sympathie entgegenbringt, der kann auch nicht mit dem russischen Volksleben sympathisieren.“

In diesen Worten Bakunins finden wir einen Widerhall der Volkssagen von den Bandenräubern, die als Beschützer der Armen auftraten. In Uebereinstimmung mit dieser Vorstellung von dem Räuber, der, dem staatlichen Gemeinwesen abtrünnig, als Träger der Revolution auftritt, hielt Bakunin die deklassierten Intellektuellen und das Lumpenproletariat für die besten revolutionären Elemente Westeuropas. Im Jahre 1872 schrieb er an einen Spanier:

„Italien und Spanien sind möglicherweise die revolutionärsten Länder. Italien hat das, was anderen Ländern fehlt: eine feurige, energische Jugend ohne gesellschaftliche Position, ohne Aussichten auf Karriere, ohne Ausweg (sans carrière, sans issue), die sich rückhaltslos in den Strom des revolutionären Sozialismus stürzt.“

In seinem Buche „Staatlichkeit und Anarchie“ schreibt er:

„In Italien überwiegt jenes Lumpenproletariat, von dem die Herren Marx und Engels und mit ihnen die gesamte Schule der deutschen Sozialdemokratie mit tiefster Verachtung sprechen, und dies völlig ohne Grund, denn in ihm und nur in ihm lebt der ganze Geist und die ganze Kraft der sozialen Revolution.“

Obwohl Bakunin mit Marx darin übereinstimmte, daß die „wirtschaftliche Befreiung unser großes Ziel“ sei, und obwohl er Marx seine Dankbarkeit dafür aussprach, daß er ihm diese Wahrheit aufgezeigt habe, bestritt er im Gegensatz zu Marx, daß der Weg zu diesem Ziele in der Eroberung der politischen Gewalt durch das Proletariat und in der Errichtung der proletarischen Diktatur zu finden sei. Nach Bakunins Meinung muß die soziale Revolution, oder, wie er sagte, die „soziale Liquidation“, unmittelbar zur Zerstörung des Staates führen, d. h. zu einem Ergebnis, das für Marx nur die Krönung einer langen Periode proletarischer Diktatur war. Dieses bakunistische Programm bedeutete in Wirklichkeit die Entwaffnung des Proletariats in dem Augenblick, wo es nach der siegreichen Revolution gezwungen ist, gegen die unvermeidlichen Versuche einer konterrevolutionären Restauration einen erbitterten Kampf zu führen. Aus dem gleichen Grundsatz ergab sich die Verneinung jeglichen politischen Kampfes und jeglicher politischen Organisation der Arbeiterklasse. Die einzigen von Bakunin anerkannten Kampfmethoden waren Streiks und Revolten. Bakunin sagte:

„Jede Revolte, sei sie noch so mißlungen, ist immer von Nutzen.“

Mehr noch, Bakunin glaubte, es sei immer möglich, im Volke eine Revolte hervorzurufen, wenn nur einige Dutzend „zu allem bereite Revolutionäre“, die „den Deubel im Leibe“ haben, die Sache in Angriff nehmen. Er schrieb beispielsweise Anfang der siebziger Jahre, das russische Volk sei in einer dermaßen verzweifelten Lage, daß jedes beliebige Dorf ohne Schwierigkeit in Aufruhr versetzt werden könnte. Das Volk sei immer zur Revolution bereit, weil die Volksmassen, da sie sehr wenig oder gar kein Eigentum hätten, noch unverdorben seien. Was sollte nun die Internationale tun, solange es ihr noch nicht gelungen war, überall das Netz der „zu allem bereiten Revolutionäre“ auszuwerfen, solange es ihr noch nicht gelungen war, die große Revolte hervorzurufen, die zur „sozialen Liquidation“ führen sollte? Darauf antwortet Bakunin folgendes:

„Die Internationale entsagt in Uebereinstimmung mit ihren Satzungen jeder nationalen und lokalen Politik und verleiht der proletarischen Agitation in allen Ländern einen rein wirtschaftlichen Charakter; ihr Ziel ist Verminderung der Arbeitszeit und Steigerung der Arbeitslöhne, ihr Mittel — Zusammenschluß der Arbeitermassen und Bildung von Fonds zur Gegenwehr.“

Auf diese Weise anerkannte Bakunin nur entweder den beruflich-wirtschaftlichen Kampf — oder die Revolte. Alle anderen Formen des Klassenkampfes verneinte er. Wie ersichtlich, sind in seinen Anschauungen bereits alle Elemente des nachmaligen Anarchosyndikalismus enthalten, der nur noch von dem Zusatz der Idealisierung des Räuberwesens gereinigt werden mußte.

Bakunin lebte der einen Hoffnung — auf die große, alles zerstörende Revolte der besitzarmen Bauernschaft. Als nach dem Siege Deutschlands über Frankreich und der Niederlage der Pariser Kommune die Hoffnung auf die mehr oder minder nahe große Revolte in Bakunin erlosch, verfiel er, der die Bedeutung der politischen Arbeiterorganisation verneinte, naturgemäß dem größten Pessimismus und zog sich von jeglicher sozialer Tätigkeit zurück. Bereits im Jahre 1874 schrieb er an seinen Schüler Guillaume:

„Die Zeiten des revolutionären Kampfes sind vorbei, Europa ist in eine Epoche der Reaktion eingetreten, deren Ende die heutige Generation wohl nicht mehr erleben wird.“

Er ratet ihm deswegen, seinem (Bakunins) Beispiel zu folgen, „sich mit der Bourgeoisie auszusöhnen“, und sich wieder um einen Posten im Unterrichtsministerium zu bewerben. Ein Jahr später schreibt er an seinen Freund, dem Geographen Elisée Reclus:

„Ich stimme Dir darin bei, daß die Zeiten der Revolution nicht infolge der furchtbaren Katastrophen vorbei sind, deren Zeugen wir waren, und auch nicht infolge der schrecklichen Niederlagen, als deren mehr oder minder schuldige Opfer wir uns erwiesen haben, sondern aus dem Grunde, weil in den Massen gar keine revolutionären Gedanken, Hoffnungen und Leidenschaften lebendig sind, wie ich zu meiner großen Verzweiflung festgestellt habe und täglich aufs neue feststellen muß. Wenn aber diese fehlen, dann kann man es anstellen, wie man will, es kommt nichts dabei heraus. Ich beuge mich vor der heldenhaften Geduld und Standhaftigkeit der Jurabevölkerung und der Belgier, diesen letzten Mohikanern der verblichenen Internationale. . . . Was jedoch mich anbetrifft, mein Teurer, so bin ich zu alt und krank geworden und — muß ich es Dir noch sagen? — in vielen Hinsichten zu sehr enttäuscht, als daß ich den Wunsch und die Kraft fühlen sollte, an dieser Sache teilzunehmen. Ich habe dem Kampfe endgültig entsagt und werde den Rest meiner Tage in Betrachtung, aber nicht in untätiger, sondern im Gegenteil in geistig sehr tätiger Betrachtung verbringen.“

Die Verneinung des politischen Kampfes und der politischen Organisation der Arbeiterklasse zur Eroberung der politischen Gewalt war der erste tiefe Grund für das Zerwürfnis zwischen Marx und Bakunin innerhalb der Internationale. Ein zweiter Grund war das ungleiche Maß, daß er bei der Bewertung des deutschen Volkes (und der Juden) einerseits und der slavischen und romanischen Völker andererseits anwandte. Infolge der verhältnismäßig weiten Verbreitung kleinbürgerlicher Traditionen in der Arbeiterklasse Frankreichs und Belgiens und kleinbürgerlicher Elemente in der Arbeiterklasse der romanischen Schweiz, infolge der großen Anzahl von lumpenproletarischen Elementen in Italien und Spanien fand Bakunins anarchistische Propaganda in den romanischen Ländern einen verhältnismäßig starken Widerhall. Deswegen liebte er die romanischen Nationen, wie er auch die wirtschaftlich rückständigen slavischen Völker liebte. Die Deutschen aber haßte er, da er sie für die Hauptträger der Idee der „Staatlichkeit“ und für die Würger des „freiheitsliebenden Slaventums“ hielt, und in Nachfolge der Slavophilen der Meinung war, die russische Staatlichkeit

sei dem Organismus des russischen Volkes künstlich von den Deutschen aufgepfropft worden. Er haßte nicht nur die herrschenden Klassen Deutschlands. Er mochte in fast gleichem Maße auch die deutschen Arbeiter nicht eben aus dem Grunde, weil sie eine wirtschaftlich sich festigende, organisationsfähige und der Theorie zugängliche Arbeiterklasse darstellten, denn alles dies war für den Ideologen des Lumpenproletariats und der elementarbäuerlichen Revolte ein negativer Zug und ein Zeugnis für die Anhänglichkeit der deutschen Arbeiter an der „Idee der Staatlichkeit“. Marx war nach seiner Ansicht mit demselben Oel wie Bismarck gesalbt. Marx, sagt er, sei ein autoritärer und staatlich eingestellter Sozialist, weil er die kennzeichnenden Züge der Deutschen und Juden und ihre Verehrung für die Staatlichkeit in sich vereinige. In seinem Kampf gegen den „staatlichen“ und „autoritären“ Sozialismus der Deutschen verstieg sich Bakunin zu der Behauptung, ihre sozialdemokratische, kommunistische Ordnung werde für die Masse die Kaserne und Sklaverei bedeuten und für die „durch die kolossalen Ausmaße der internationalen Spekulationen und nationalen Banken herbeigelockten Juden ein weites Feld für gewinnreiche Spitzbüherei“ darstellen. Eine Behauptung, würdig eines völkischen Antisemiten!

Den höchsten Grad erreichte Bakunins Deutschenhaß während des deutsch-französischen Krieges. In seinem Buche über das „Knutogermanische Kaiserreich“ sagte er, wenn es Frankreich nicht gelingen sollte, auf dem Wege der sozialen Revolution und der Bildung eines Bundes der Kommunen seine Unabhängigkeit zu retten, dann werde das Deutsche Knutenreich die europäische Freiheit begraben und eine Aera des ewigen Krieges eröffnen, wenn die „niederen“ Rassen die lateinischen und slavischen — nicht freiwillig das deutsche Joch auf sich nehmen würden.

So schrieb Bakunin über Deutschland, in dem er nur den Bismarckschen Geist spürte und die Konsolidierung der Arbeiterklasse übersah, während Marx zur gleichen Zeit voraussagte, daß der Schwerpunkt des Kampfes der Arbeiterklasse und zugleich auch die revolutionäre Hegemonie in kurzem sich von Frankreich nach dem geeinten Deutschland verschieben würden.

Wir sehen, daß die Gegensätze zwischen Marx und Bakunin während der Ersten Internationale sehr weitgehend waren. Indessen wurde der von Marx gegen Bakunin geführte Vernichtungskrieg, der mit dem Ausschluß Bakunins aus der Internationale endete, nicht unmittelbar durch diese theoretischen Gegensätze hervorgerufen, sondern dadurch, daß Bakunin im Schoße der Internationale eine geheime Fraktion organisiert hatte, mit der er die Internationale unterminieren und von innen heraus in die Luft sprengen wollte.

Bakunin war in bezug auf seine Kampfmittel nicht sehr wählerisch. Dies ergab sich daraus, daß er als Anarchist und Abseitiger, als „freier Kosake“, sich nicht durch irgendwelche Normen an seine Umgebung gebunden ansah; es ergab sich zum Teil auch aus seiner aristokratischen Erziehung: seine Unzuverlässigkeit in Geldangelegenheiten, bei einer absoluten Uneigennützigkeit, führte bereits in seiner Jugendzeit zu Konflikten mit seinen Freunden Bjelinski, Ogarjow, Turgeniew u. a., wobei Bjelinski richtig bemerkte, daß dieser Leichtsin in bezug auf Geldverpflichtungen für den Junker Bakunin kennzeichnend sei.

Seine revolutionäre Ethik formulierte Bakunin im Jahre 1870 in einem Briefe an seinen alten Freund:

„Meine Angelegenheit scheint sich im Einvernehmen mit Boj (Netschajew, A. M. und Co.) zu regeln. Ich habe offen die Bedingungen angegeben, unter denen ich mich der Sache vollkommen widmen kann. Ich überwand die falsche Scham und sagte alles Notwendige. . . . Wir dürfen uns nicht von Hilflosigkeit und Geldnot unterkriegen lassen und uns zur Machtlosigkeit verdammen. . . . Sonst wäre es besser, abzudanken und ins Kloster zu gehen. . . . Wer kein Kind oder kein blondhaariger Idealist ist, der muß sich aller Mittel bedienen, die zum Ziele führen.“

Wir wollen dem Revolutionär Bakunin keinen Vorwurf daraus machen, daß er es mit dem Grundsatz hielt: Das Ziel heiligt die Mittel. Auch vom Standpunkt des revolutionären Marxismus kann gesagt werden: Das Wohl der Revolution ist oberstes Gesetz. Aber die Marxisten sind mit der Arbeiterklasse verbunden und müssen bei der Wahl ihrer Kampfmittel damit rechnen, wie das Proletariat sich diesen Mitteln gegenüber verhalten wird: ob es ihnen Verständnis entgegenbringt, ob es sie bejahen wird. Mit wem aber war Bakunin verbunden? Wer konnte der Anwendung seines Prinzips, daß das Ziel die Mittel heilige, Schranken setzen? Nur ein kleines Häuflein von Berufsrevolutionären. Hat doch Bakunin geschrieben:

„Für die internationale Organisation in ganz Europa genügen hundert Revolutionäre, die miteinander stark und eng verbunden sind.“

Deshalb konnte Bakunin auch in der Tat die Anwendung machiavellistischer Kampfmethoden sehr weit treiben, und er wandte sie nicht nur gegen offene Klassenfeinde an, sondern auch gegen die Marxsche Internationale, der er freiwillig beigetreten war. In einem vom 28. Oktober 1865 datierten Brief an Herzen erörterte Bakunin die Taktik, deren er sich in der Internationale bedienen wolle, und den Grund, weshalb er Marx verschone und dessen Anhänger angreife.

„Weshalb ich ihn (Marx) schonte und gar lobte, indem ich ihn einen Riesen nannte“, — schreibt er, „Aus zwei Gründen: der erste Grund ist die Gerechtigkeit. . . . Er hat zweifellos uns alle überholt. Er war einer der ersten, fast der hauptsächlichste Begründer der Internationale. Und dies ist nach meiner Ansicht ein großes Verdienst. . . . Es kann sein, und es wird wohl so kommen, daß ich in Bälde den Kampf mit ihm aufnehmen werde. . . . aus Anlaß seines staatlichen Kommunismus. . . . Nun, wir werden da aufs Ganze gehen. . . . Aber alles zu seiner Zeit, noch ist diese Zeit nicht gekommen. . . . Der zweite Grund: . . . ich schonte seiner und pries sein Talent, von taktischen Erwägungen, von einer persönlichen Politik ausgehend. Du bist gelehrter als ich und wirst wohl besser als ich wissen, wer als erster gesagt hat: „Divide et impera!“ (Teile und herrsche! A. M.) Wollte ich heute den offenen Kampf gegen Marx aufnehmen, dann wären drei Viertel der Internationale gegen mich. . . . Beginne ich aber den Kampf mit einem Angriff auf seinen Troß, dann habe ich die Mehrheit auf meiner Seite.“

Von diesen taktischen Erwägungen ausgehend, organisierte Bakunin, statt den Kampf gegen die Leitung der Ersten Internationale offen aufzunehmen, im Schoße der Internationale selbst seine geheime Fraktion, seine „Alliance der Sozialen Demokratie“ oder, wie sie anders hieß, den „Bund der internationalen Brüder“.

Sehr kennzeichnend war der Organisationstypus der Bakuninschen „Alliance“. In diesem Typus offenbarte sich der innere Widerspruch, der Bakunin bereits zu allem Anfang seiner revolutionären Tätigkeit innewohnte und in seiner Idealisierung der aufrührerischen Bauernschaft im leibeigenen Rußland wurzelte. Bekanntlich bestand die größte Anklage, die Bakunin

gegen Marx und dessen Leitung in der Internationale erhob, darin, daß Marx „Autoritarist“ und extremer Zentralist, also typischer „Staatlichkeitsanhänger“ sei. Was für ein Antlitz aber trug das eigene Schoßkind Bakunins, sein „Bund der internationalen Brüder“, seine „Alliance“? In seiner Anklageschrift gegen Bakunin charakterisierte Marx dessen Organisation folgendermaßen:

„Das Zentralkomitee, das sich die konstituierende und gesetzgeberische Macht der ganzen Alliance aneignete, ernannte sich selbst. Die Exekutivdelegation des Zentralkomitees — die Genfer Sektion — war nicht vom Zentralkomitee gewählt, sondern ernannte sich selbst. Das zentrale Exekutivbüro dieser Sektion wurde nicht gewählt, sondern wurde ihr von einer Gruppe von Personen aufgedrängt, die ihre Vollmachten dem Bürger Bakunin übergeben hatten . . . Die nationalen Komitees . . . hatten dahin zu streben, die Alliance in jedem Lande so zu organisieren . . ., daß sie auf dem Kongreß durch die Mitglieder dieses Zentralkomitees oder durch absolut seiner Richtung treue Leute vertreten sein sollte, damit das Zentralkomitee zu jeder Zeit . . . die ganze Organisation in seiner mächtigen Hand halten kann . . .“

„Und diese Instruktionen“, ruft Marx mit Recht empört aus, „sind nicht von einem bonapartistischen Minister oder Präfekten am Vorabend der Wahlen herausgegeben worden, sondern von dem Feind des Zentralismus, dem großen Anarchisten . . . dem Barde der freien Föderationen der autonomen Guppen . . . von Michael Bakunin!“ (Siehe „L'Alliance de la démocratie socialiste et L'Association internationale des travailleurs. Rapports et documents.“)

Wir sehen, daß in der von Bakunin geschaffenen Alliance „die Anarchie von unten mit dem Despotismus von oben“ in Zusammenhang stand, wie Marx zutreffend sagte.

Marx war Zentralist, Anhänger einer starken Organisation mit eiserner Disziplin, und tatsächlicher Führer der ganzen Internationale. Aber sein Zentralismus war demokratisch, die Einheit in der Internationale wurde dadurch gewährleistet, daß Marx in dem Maße der allmählichen Assimilierung der verschiedenartigen Elemente innerhalb der Internationale immer entschiedener jegliche Abweichungen von den Beschlüssen der Internationale und jeglichen Disziplinbruch bekämpfte. Und die tatsächlich fast alleinige Macht Marxens in der Internationale fußte nur auf der von ihm innerhalb der Organisation erworbenen geistigen Autorität; den Statuten nach bekleidete er in der Internationale die bescheidene Stellung eines Sekretärs der deutschen Sektion; er hatte die Präsidentschaft im Zentralkomitee der Internationale abgelehnt. Die Bakuninsche „Alliance“ dagegen war auf Grundlage der statutenmäßig festgelegten persönlichen Diktatur aufgebaut. Wenn man die Marxsche Charakteristik der Bakuninschen „Alliance“ liest, gedenkt man auch des Organisationsplanes der Föderativen Slavischen Republik, den Bakunin bereits im Jahre 1848 auf dem Prager Kongreß entworfen hatte. In dieser Republik wurden doch ebenfalls die „Anarchie von unten“, das Fehlen gesetzgeberischer Normen, mit der „Diktatur von oben“, einem gleichsam bäuerlichen aufgeklärten Absolutismus, unter einen Hut gebracht.

*

War Marx historisch im Recht, als er den Kampf gegen Bakunin bis zu dessen Ausschluß aus der Internationale fortführte, worauf nach kurzer Zeit die Liquidation der Internationale selbst erfolgte? Marx schrieb bereits im Jahre 1856 in einem Briefe an Engels:

„Die ganze Sache in Deutschland wird abhängen von der Möglichkeit, die proletarische Revolution durch eine Art zweiter Auflage des Bauernkriegs zu unterstützen. Dann wird die Sache vorzüglich.“

So waren nun scheinbar die Rollen Marxens und Bakunins in der Ersten Internationale richtig verteilt. Marx erstrebte die proletarische Revolution, Bakunin wollte eine zweite Auflage der Bauernkriege, die große Revolte der Bauern und des „verelendeten Proletariats“. Warum wollte und konnte Marx sich nicht mit Bakunin verständigen? Diese Frage kann nur im Lichte der neuesten Geschichte erschöpfend beantwortet werden, im Lichte der Oktoberrevolution und der Dritten Internationale, die das Erbe der Marx'schen Ersten Internationale verwaltet und weiterentwickelt.

Bakunin war der geistige Repräsentant der Bauernschaft aus der Zeit der von Pugatschow und Rasin angeführten russischen Bauernkriege. Aber zur Zeit der Ersten Internationale, kurz nach der „Befreiung“ der russischen Bauern, konnte es in Rußland keinen Bauernkrieg geben. Der Bauernkrieg in Rußland entspann sich erst 1905 unter dem Einfluß der revolutionären Bewegung des Proletariats und erreichte seinen Höhepunkt während der Oktoberrevolution. Das Bakuninsche Aufrührertum konnte deshalb nicht in der russischen Bauernschaft, sondern in dem Kreise der russischen volkstümmlerisch orientierten Intellektuellen und in gewissen Schichten des westeuropäischen Lumpenproletariats, der deklassierten Intellektuellen, der Arbeiter in Kleinbetrieben und der von kleinbürgerlichen Traditionen durchdrungenen Arbeiter festen Fuß fassen. Vor Marx stand unmittelbar nicht Bakunin als Anführer einer nicht vorhandenen Bauernrevolte, sondern als Propagandist des Anarchismus, als Verbreiter der anarchistischen Taktik in den romanischen Sektionen der Internationale, und zudem noch als ein Mensch, der unter der Flagge des revolutionären Slavophilentums systematisch die damals fortgeschrittenste und vielversprechendste deutsche Arbeiterbewegung in Verruf brachte. Wenn man in Betracht zieht, daß das Proletariat zur Zeit der Ersten Internationale zum erstenmal begonnen hatte, sich im internationalen Maßstab als Klasse herauszubilden, die den Einfluß der kleinbürgerlichen Umwelt abstreift; wenn man bedenkt, daß das westeuropäische Proletariat damals noch die ersten Schritte in dieser Richtung tat, dann wird es verständlich, daß die anarchistische Propaganda Bakunins damals eine große Gefahr für das Proletariat darstellte. Diese Gefahr erreichte ihren höchsten Grad nach der Niederlage der Pariser Kommune und drohte die ganze Arbeiterbewegung im Elementaren des kleinbürgerlichen Anarchismus zu ertränken, wodurch die ganze ungeheure Arbeit, die Marx in der Ersten Internationale geleistet hatte, vollständig zunichte gemacht worden wäre. Das bewies späterhin die Blütezeit des Anarchismus in den siebziger Jahren, der in einigen Ländern die bis heute erhaltene Form des Anarchosyndikalismus annahm, während er in anderen Ländern in individuellen Terror ausartete; diese Abart des Anarchismus fand sogar in Deutschland und Oesterreich Eingang und machte noch der Zweiten Internationale im Anfang beständige Schwierigkeiten. Alles dies erklärt und rechtfertigt es, daß Marx Bakunin den Vernichtungskrieg erklärte.

In unserer Zeit der proletarischen Revolutionen, insbesondere während der Oktoberrevolution und der ersten stürmischen revolutionären Jahre der Dritten Internationale, ging hinsichtlich der Praxis in dem wechselsei-

tigen Verhältnis zwischen Kommunismus und Anarchismus im Vergleich zu der Epoche der Ersten Internationale eine große Veränderung vor sich, weil die geschichtliche Situation sich radikal geändert hatte.

Rußland, das zu der Zeit von Marx und Engels der Hort der Reaktion gewesen war, wurde jetzt zum Hort der Revolution, und in diesem Lande wurde der Bauernkrieg, der Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts nur ein Traum Bakunins und der Bakunisten gewesen war, zur Wirklichkeit und zu einer Tatsache von weltgeschichtlicher Bedeutung. Auf diese Weise wurde es möglich, die proletarische Revolution durch eine „in ihrer Art zweite Auflage des Bauernkrieges“ zu unterstützen. Noch viel wichtiger als die Entstehung der revolutionären Bauernbewegung war es, daß das Proletariat im Vergleich zur Epoche der Ersten Internationale kolossal zugenommen hatte, und zwar sowohl zahlenmäßig wie hinsichtlich des Klassenbewußtseins und der Organisiertheit, und das in einem solchen Maße, daß es sogar im bäuerlichen, agrarischen Rußland die elementar sich auswirkende Bauernrevolution in seine Hand bekommen und seinem Einfluß unterstellen und im Westen die anarchosyndikalistisch gerichteten Arbeiter in die kommunistische Bewegung hineinziehen konnte. Wenn also in der Epoche der Ersten Internationale der Anarchismus die junge Arbeiterbewegung zu überrennen drohte, so konnte heute umgekehrt das erstarkte Proletariat die Anarchisten und die bäuerlich aufrührerische Naturkraft in den Dienst der kommunistischen Revolution stellen.

Zur gleichen Zeit begann eine Gefahr von einer anderen Seite her dem Proletariat zu drohen. Bereits vor dem Weltkrieg unterlag die Sozialdemokratie unter dem Einfluß der fünfzigjährigen Stabilisierung des Kapitalismus und dank der Entwicklung einer Arbeiteraristokratie allmählich einer bürgerlichen Umwandlung. Als infolge des Weltkrieges die Arbeiter anfangen, sich rasch zu revolutionieren, kam es zu einer tiefgehenden Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse, nun aber nicht mehr auf der Linie zwischen Sozialisten und Anarchisten, wie sie während der Zeit der Ersten und Zweiten Internationale bestand, sondern auf der neuen Linie — zwischen den Anhängern der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats und den Anhängern einer Verständigung mit der Bourgeoisie und einer Kapitulation vor ihr; mit anderen Worten: auf der Linie zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten.

Unter diesen Umständen kann mit Gewißheit gesagt werden, daß Marx, wenn er und sein Widersacher die ersten Jahre der Existenz der Dritten Internationale miterlebt hätten, seine wuchtigsten Schläge nicht gegen Bakunin, sondern gegen die Sozialdemokraten geführt hätte, die sich aus Tradition, aber fälschlicherweise, „Marxisten“ nennen. Bakunin aber und die Bakunisten würden den Bestand der Dritten Internationale nicht bedroht haben.

Bakunin sprach bereits im Jahre 1871 in seiner Broschüre „Die miserable revolutionäre Vereinigung der sozialen Demokratie“ von der „schädlichen Arbeiteraristokratie“. Als Bakunin gegen diese Arbeiteraristokratie zu Felde zog, schoß er am Ziel vorbei. Eine wirkliche Arbeiteraristokratie in irgendwie bemerkenswertem Maßstab gab es in jener Zeit auf dem europäischen Festlande nicht; sie existierte damals nur in England. Bakunin stellte denjenigen, die er die „Arbeiteraristokratie“ nannte, die Schicht der „unge-

lernten“ Arbeiter, der „Schwerarbeiter“, der „Gelegenheitsarbeiter“ und das Lumpenproletariat gegenüber. Er rechnete zur „Arbeiteraristokratie“ alle qualifizierten Arbeiter, alle Arbeiter mit ständigem Wohnsitz, den ganzen gesundesten und fortschrittlichsten Teil der Arbeiterklasse, der damals in der Arbeiterbewegung eine Rolle spielte, und er warf ihm vor, von bürgerlichen Vorurteilen angesteckt und von selbstzufriedener Schwatzsucht besessen zu sein. Deshalb hatte das Gezeter Bakunins gegen die „Arbeiteraristokratie“ eine ausgesprochen reaktionäre Bedeutung. In unserer imperialistischen Zeit ist das Bild ein anderes geworden: überall in Europa ist eine wirkliche Arbeiteraristokratie groß und stark geworden und ist zum Mittler des bürgerlichen Einflusses auf die Arbeiterklasse geworden. Auf diese Weise ergab sich die Möglichkeit einer Einheitsfront von Kommunisten und revolutionären Anarchisten im Kampfe gegen die verräterische Politik der Arbeiteraristokratie, einer Einheitsfront, die dazu beitragen mußte, den Anarchisten die richtige, marxistisch-leninistische Auffassung vom Wesen der „Arbeiteraristokratie“ beizubringen.

Bakunin schrieb in seinem Buch „Das knuto-germanische Kaiserreich“ über das allgemeine Wahlrecht:

„Ich gestehe offen, daß ich die pedantische Verehrung des allgemeinen Wahlrechts von seiten unserer radikalen Bourgeois und bürgerlichen Republikaner durchaus nicht teile . . . Solange das allgemeine Wahlrecht in einer Gesellschaft existieren wird, in der das Volk, die Arbeitermassen, in wirtschaftlicher Hinsicht der besitzenden Minderheit der Grundeigentümer und Kapitalisten untertan sind, wie unabhängig und frei diese Massen auch in politischer Hinsicht sein mögen oder, richtiger gesagt, zu sein scheinen, — solange kann dieses Recht nur schattenhafte, antidemokratische, den Bedürfnissen, Neigungen und wirklichen Wünschen der Bevölkerung durchaus widersprechende Wahlen ergeben“.

Dieser Satz ist im allgemeinen richtig. Aber insofern Bakunin diese Kritik an dem allgemeinen Wahlrecht gegen Marx und die damaligen Marxisten richtete und aus dieser Kritik die Notwendigkeit herleitete, auf den Kampf um das Wahlrecht und auf den politischen Kampf überhaupt zu verzichten, insofern schoß er am Ziel vorbei, indem er zum Teil den Reaktionären in die Hände spielte. Marx entlarvte besser als Bakunin die parlamentarischen Illusionen, aber er wußte gleichzeitig, daß das allgemeine Wahlrecht zu revolutionären Zwecken ausgenutzt werden kann. Marx bewertet beispielsweise die Wahlen zur Konstituante im Jahre 1848 folgendermaßen:

„Am 4. Mai trat die aus den direkten allgemeinen Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung zusammen. Das allgemeine Wahlrecht besaß nicht die magische Kraft, welche ihm die Republikaner alten Schlages zugetraut hatten . . . Statt ihres eingebildeten Volkes brachten die Wahlen das wirkliche Volk ans Tageslicht, d. h. Repräsentanten der verschiedenen Klassen, worin es zerfällt . . . Aber wenn das allgemeine Wahlrecht nicht die wundertätige Wünschelrute war, wofür republikanische Biedermänner es angesehen hatten, besaß es das ungleich höhere Verdienst, den Klassenkampf zu entfesseln, die verschiedenen Mittelschichten der kleinbürgerlichen Gesellschaft ihre Illusionen und Enttäuschungen rasch durchleben zu lassen, sämtliche Fraktionen der exploitierenden Klasse in einem Wurf auf die Staatshöhe zu schleudern und ihnen so die trügerische Maske abzureißen, während die Monarchie mit ihrem Zensus nur bestimmte Fraktionen der Bourgeoisie sich kompromittieren und die andern hinter den Kulissen im Versteck ließ und sie mit dem Heiligenschein einer gemeinsamen Opposition umgab.“

Als Bakunin den Marxisten Ueberschätzung des allgemeinen Wahlrechts vorwarf, schoß er zum Teil am Ziel vorbei und nahm zum anderen Teil den

Reaktionären eine Arbeit ab. Deshalb griff Marx in dieser Frage Bakunin völlig berechtigt mit aller Kraft an. Als sich aber die Situation änderte, als die Sozialdemokratie sich in Wirklichkeit als durch und durch von parlamentarischen Illusionen und parlamentarischem Kretinismus verseucht erwies, während die revolutionären kommunistischen Arbeiter mit der Waffe in der Hand für die Errichtung der proletarischen Diktatur kämpften, entstanden die Bedingungen für die Einheitsfront zwischen den Kommunisten, den Anhängern des revolutionären Parlamentarismus, und den prinzipiellen Parlamentsgegnern, sobald die letzteren bereit waren, sich auf den Boden der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats zu stellen. Die Einheitsfront aber mußte unter diesen Umständen dazu beitragen, daß die Parlamentsgegner in kurzer Zeit ihre anarchosyndikalistischen Vorurteile fallen ließen.

Als Bakunin gegen den „staatlichen“ Kommunismus Marxs kämpfte, indem er ihn der Anbetung des Staates anklagte und ihm das Programm der unmittelbaren Zerstörung des Staates entgegenhielt, schoß er zu einem Teil am Ziel vorbei und predigte zum anderen Teil eine reaktionäre Idee. Marx hatte schon lange vor Bakunin auf Grund der Erfahrungen aus der Revolution 1848 behauptet, daß die Aufgabe des siegreichen Proletariats nicht nur darin bestehen werde, die Staatsgewalt zu erobern, sondern auch darin, den ganzen alten Staatsapparat zu zerstören und entsprechend den Interessen der proletarischen Diktatur neu aufzubauen. Er hat auch in der Kritik des Gorthaschen Programms gesagt, daß die Uebergangszeit der Diktatur des Proletariats von einem allmählichen Absterben des Staates gekrönt sein werde. Aber zum Unterschied von Bakunin begriff er, daß die völlige Vernichtung des Staates im Moment des Sieges der sozialen Revolution der Entwaffnung und dem Selbstmord des Proletariats gleichkäme. Deshalb mußte Marx in diesem Punkt gegen Bakunin ohne Erbarmen ankämpfen. Als sich aber die historischen Umstände veränderten, als einerseits die Sozialdemokraten in der Tat die bestehende bürgerliche Republik zu idealisieren begannen, so wie sie ist, mit ihrer Reichswehr, ihrer Polizei, ihren Instrumenten zur Unterdrückung und Hintergehung des Volkes, als andererseits die Kommunisten in Rußland durch die Tat bewiesen, daß sie nach Eroberung der Macht den ganzen alten bürgerlich-staatlichen Apparat vernichten, ergab sich die Basis für eine Einheitsfront zwischen den Kommunisten und den revolutionären Anarchisten, und diese Einheitsfront machte es allmählich den Anarchisten leicht, zu begreifen, daß es notwendig ist, gleichzeitig mit der Zerstörung des alten bürgerlichen Staatsapparat einen neuen proletarischen Apparat zu schaffen, wenn ein Zusammenbrechen unter den Schlägen der Konterrevolution vermieden werden soll. Dies verstehen heißt: aufhören, Anarchist zu sein.

Bakunin, der Revolten und elementare Bewegungen als alleinseligmachende Form des Kampfes ansah und diese Form der marxistischen Taktik entgegenhielt, schoß zu einem Teil am Ziel vorbei und predigte zum anderen Teil eine reaktionäre Idee. Kein anderer als Marx bewies, daß die „Waffe der Kritik“ zur „Waffe“ werden müsse, und daß die Kommunisten „die Kunst, Aufstände zu organisieren“, lernen müßten. Aber obwohl Marx den Aufstand als die entscheidende Form des Kampfes ansah, begriff er — im Gegensatz zu Bakunin —, daß die Vorbereitung dieses Aufstandes und

sein Erfolg die politische Aufklärung der Massen und die politische Organisation der Arbeiterklasse erforderlich machen. Deshalb mußten die Marxisten auch in diesem Punkt die Bakunisten bekämpfen. Als aber die Sozialdemokraten, die sich noch heute fälschlicherweise „Marxisten“ nennen (wie etwa Herr Kautsky), und die schon vor dem Kriege damit begannen, jegliche Formen der elementaren Bewegung und jegliche Offensivtaktik zu verneinen, als diese nach dem Kriege dahin gelangt waren, die von Arbeiterblut triefenden Hände des Herrn Noske freundschaftlich zu drücken, während die Kommunisten mit der Waffe in der Hand gegen eine Welt von Feinden kämpften, da war auf dieser Grundlage die Zeit für eine Einheitsfront zwischen Kommunisten und revolutionären Anarchisten gekommen.

Die im Vergleich zur Epoche der Ersten Internationale neue historische Situation erzeugte die Spaltung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten und schuf die Bedingungen für die Annäherung der revolutionären Anarchisten an die Kommunisten; sie milderte den Kampf zwischen ihnen und rief eine gewisse Ueberschätzung der historischen Rolle Bakunins von seiten der revolutionären Marxisten und Leninisten hervor. Schon vor dem Kriege versuchte der linke Sozialdemokrat und nachmalige Kommunist Franz Mehring unter dem Einfluß des Niederganges der deutschen Sozialdemokratie, Bakunin zu rehabilitieren, wobei er jedoch die Angelegenheit, soweit die Marx'sche Zeit in Betracht kam, nach der anderen Seite hin übertrieb. Auch in der zeitgenössischen russischen marxistisch-leninistischen Literatur werden die Persönlichkeit und das Wirken Bakunins nicht so beleuchtet, wie es bei den deutschen Sozialdemokraten zur Tradition geworden war.

Dieser Umstand ist recht bedeutsam. Er ist der Reflex der Tatsache, daß die Kommunisten, die nach wie vor den Anarchismus prinzipiell ablehnen, in der Zeit des unmittelbaren revolutionären Angriffs des Proletariats auf den Kapitalismus in bezug auf die revolutionären Anarchosyndikalisten, Parlamentsgegner, Aufrührer, Ideologen der revolutionären armen Bauern und in bezug auf allerhand „Ultralinke“ ihre Taktik änderten. Wir wissen, daß die Bolschewisten mit Lenin an der Spitze während des Oktoberumsturzes, um das Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft und die Diktatur des Proletariats zu sichern, in ihrem Agrarprogramm der Bauernideologie große Zugeständnisse machten und sich der linken Sozialrevolutionäre zur Gewinnung der Bauernmassen bedienten. Wir wissen auch, daß die Kommunistische Internationale während der Zeit des Sturms und Dranges, während der Zeit der ersten zwei Kongresse, gleichzeitig mit dem unerbittlichen Kampf gegen die verräterische internationale Sozialdemokratie es sich zum Ziel setzte, die proletarischen anarcho-syndikalistischen Elemente an sich zu ziehen und zu assimilieren, und daß sie — unbeschadet der Kritik am prinzipiellen Antiparlamentarismus, dem sie den revolutionären Parlamentarismus entgegensetzten, — geduldig, ohne ihren Ausschluß herbeizuführen, wartete, bis diese anarcho-syndikalistischen Elemente ihre Vorurteile fallen lassen würden. Wir wissen, wie Lenin am Vorabend des 2. Kongresses der Komintern vorsichtig, „väterlich“ die ultralinken Strömungen in der Komintern kritisierte, indem er sie eine „Kinderkrankheit“ nannte. Wir wissen, wie er „väterlich“ die abweichenden Meinungen der „linken Kommunisten“ zur Zeit des

Brester Friedens kritisierte, indem er diese Abweichungen eine „linke Kinderei“ nannte. Diese Taktik war unter den damaligen Umständen durchaus erfolgreich. Die revolutionären anarchosyndikalistischen Elemente im Westen und die ultralinken Elemente in der Allrussischen Kommunistischen Partei haben sich zur Zeit des Ansturmes des Proletariats und des Bürgerkrieges schnell assimiliert und dem Leninismus angepaßt. Wo sind z. B. in England die Gegner des Eintritts in die Labour-Party und die Gegner der Teilnahme an den Parlamentswahlen geblieben? Wie lange verharteten die linken Kommunisten in der Opposition? Und was war das Schicksal der ihren „Kinderkrankheiten“ treugebliebenen KAP-Leute in Deutschland? Sie, die anfangs die stärksten Parteioorganisationen hinter sich hatten, verwandelten sich bald nach der Spaltung in eine bedeutungslose gegenrevolutionäre Sekte. Aeußerst symptomatisch für jene Zeit ist es auch, daß der Schweizer Anarchosyndikalist Brupbacher, der als Mitglied der Schweizer Sozialdemokratie in seinem Buche „Marx und Bakunin“ uneingeschränkt die Partei Bakunins ergriffen und allen von Guillaume und anderen Anarchisten gegen Marx erhobenen Anklagen Glauben geschenkt hatte, nach der Oktoberrevolution vor dem Leninismus die Waffen streckte und in die Kommunistische Partei eintrat.

So verhielt sich die Sache in den ersten Jahren der Komintern, in ihrer Sturm- und Drangperiode. In den letzten Jahren hat sich die politische Lage wiederum in einem gewissen Maße geändert, und in Zusammenhang damit hat neben den rechten Strömungen die ultralinke Opposition aufs neue ihr Haupt erhoben. Wohl ist diese Opposition ihrem Programm nach nicht mehr anarchistisch, sondern segelt unter der Flagge des Leninismus, aber auch sie betrachtet den Schutz der armen Bauern und der nichtqualifizierten Arbeiter sowie den Schutz der Idee der Gleichheit und des allgemeinen Ausgleichs als ihr Monopol, wie die Bakunisten und allerhand ultralinke kleinbürgerliche Sozialisten früher diesen Schutz als ihr Monopol ansahen. Und es ist recht kennzeichnend, daß diese Ultralinken allüberall im Bunde mit den Ultrarechten auftreten, wie im Jahre 1910 in Rußland die Anhänger des Dumaboykotts im Bunde mit den Liquidatoren auftraten.

Heute, wo das Entwicklungstempo der Weltrevolution sich verlangsamt hat, wo der sozialistische Aufbau in der USSR für seine Fortführung ungeheure Energie und Hartnäckigkeit zur Ueberwindung aller möglichen Hindernisse erfordert, wo es der größten Wachsamkeit zur Verhinderung einer Spaltung zwischen dem Proletariat und der grundlegenden Schicht der minderbemittelten Bauernschaft bedarf, wo die Kommunisten im Westen vor der Aufgabe stehen, nicht unmittelbar die kapitalistische Ordnung zu stürzen, sondern ihre Kräfte allmählich zu sammeln und im zähen Kampfe die breiten Massen für den Angriff zu gewinnen, wo die geschickte Durchführung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitermassen auf der Tagesordnung steht — heute erheben sich bald hier, bald dort, sowohl in den Reihen der RKP als auch innerhalb der westeuropäischen Sektionen der Komintern, Stimmen der Ungeduld, geboren aus Pessimismus und Unglauben, heute entstehen bald hier, bald dort „linke“ oder ultralinke oppositionelle Strömungen, die es versuchen, sich zu Fraktionen zusammenzuschließen und im internationalen Maßstab zu vereinigen, die sogar versuchen, wie in der guten alten Zeit die Bakunisten, innerhalb der Inter-

nationale eine geheime Fraktion zu bilden. Diese Gruppen vereinigen in sich linke Phraseologie mit liquidatorischer Praxis. Der Zweifel an den schwierigen, aber allein möglichen Methoden zum Aufbau des Sozialismus in der Sowjetrepublik, der Zweifel an den schwierigen, aber allein möglichen Methoden zur Vorbereitung der sozialen Revolution in den kapitalistischen Ländern erzeugt Versuche, die Schwierigkeiten mit einer linken Phrase abzutun. Vor der Dritten Internationale erhebt sich, wie seinerzeit vor der Ersten Internationale, die Gefahr einer Spaltung und eines Aufbruchs gegen die marxistische, nun leninistische Leitung.

Heute befindet sich diese ultralinke Opposition nicht im Prozeß der Auflösung, wie vor kurzem während der Sturm- und Drangperiode. Heute nimmt sie im Gegenteil zu und erhebt ihr Haupt, genährt von den objektiven Bedingungen einer Teilstabilisierung des Kapitalismus. Während der Sturm- und Drangperiode entwickelten sich sogar gewisse Anarchosyndikalisten zu Leninisten. Heute dagegen geraten sogar manche ausgesprochene Leninisten in der Praxis auf die schiefe Ebene des „linken“ Antileninismus. Unter diesen Umständen muß mit der „linken“ Opposition nicht mehr „väterlich“, sondern sehr entschieden gekämpft werden.

Die Spaltungsgefahr darf indessen nicht übertrieben werden. Die Geschichte wiederholt sich nicht. Erstens hat die heutige Teilstabilisierung des Kapitalismus sehr wenig mit der langjährigen und dauerhaften Stabilisierung gemein, die im Westen nach der Niederlage der Pariser Kommune eingetreten war; die Atempause in den Revolutionskämpfen ist allem Anschein nach sehr kurz befristet. Zweitens ist die Dritte Internationale unvergleichbar stärker als die Erste und hat in dem immer stärker werdenden proletarischen Sowjetstaate eine große Stütze. Aus diesem Grunde sind die heutigen Ultralinken der Komintern auch nicht entfernt so gefährlich, wie es Bakunin und die Bakunisten hinsichtlich der Ersten Internationale gewesen sind.

A. BERNARD:
DIE PERSPEKTIVEN DER ENTWICKLUNG
DES FASCHISMUS IN FRANKREICH

Gibt es in Frankreich eine ernsthafte faschistische Gefahr, und welches sind die Perspektiven ihrer Entwicklung — diese Frage ist von großer Bedeutung für die Einschätzung der ganzen weiteren Entwicklung der Krise des französischen Imperialismus.

Allgemein betrachtet, d. h., wenn wir die Klassenstruktur und ihre Entwicklung in Frankreich einerseits und die Merkmale des Faschismus, wie wir ihn aus anderen Ländern kennen, andererseits in Rechnung setzen, müssen wir sagen, daß in Frankreich in der gegenwärtigen Epoche außerordentlich große Möglichkeiten für die Entwicklung einer starken faschistischen Bewegung bestehen. Wie die bisherige geschichtliche Erfahrung uns gezeigt hat, ist der Faschismus diejenige Taktik der großen Bourgeoisie, die ihr erlaubt, zu einer gewissen Lösung der Krise des Kleinbürgertums zu gelangen. In den kapitalistisch hoch entwickelten Ländern, wo das städtische Kleinbürgertum einen großen Umfang angenommen hat, hat der imperialistische Krieg die Wirkung gehabt, daß die früheren Beziehungen des Kleinbürgertums zur herrschenden Klasse gelockert oder von Grund aus verändert wurden und das Kleinbürgertum selber in den Zustand einer chronischen Krise eingetreten ist. In einer Reihe von Ländern bestand die ernste Gefahr für die herrschende Klasse, daß das unzufriedene Kleinbürgertum sich mit der sozialistischen und später kommunistischen Bewegung verband. Eine dauerhaftere Lösung des dadurch entstehenden Problems hat bisher tatsächlich nur der Faschismus gebracht. Durch ihn gelang es der großen Bourgeoisie, einen Teil des städtischen Kleinbürgertums als Stoßtrupp zu organisieren, der für die Interessen der großen Bourgeoisie kämpft, die alten kleinbürgerlichen Parteigruppierungen zersplitterte und der herrschenden Klasse bei der Niederwerfung der Aufstandsversuche des Proletariats behilflich war.

In Frankreich, dem klassischen Land des modernen Kleinbürgertums, mußte diese Frage früher oder später auf die Tagesordnung kommen. Die Zersetzung des Kleinbürgertums und sein Uebergang in eine oppositionelle Stellung ist jedoch in Frankreich nicht unmittelbar nach dem Kriege gekommen, sondern hat sich erst in den letzten Jahren, und zwar sehr langsam entwickelt. Bei der zahlenmäßigen Stärke des städtischen Kleinbürgertums in Frankreich mußte aber dieser Zersetzungsprozeß Folgen haben, die gefährlicher für die herrschende Klasse waren als in den anderen europäischen Ländern. Tatsächlich ist die gegenwärtige Periode der Krise des französischen Imperialismus in erster Linie hervorgerufen durch die ökonomischen und politischen Folgeerscheinungen der Zersetzung des Kleinbürgertums.

Die Gefährlichkeit der Lage ist der französischen Bourgeoisie zum ersten Mal richtig bewußt geworden im Herbst des Jahres 1924. In dieser Zeit zeigte sich zum ersten Mal deutlich die Tendenz breiter Schichten des Kleinbürgertums, auf der Suche nach einem Ausweg aus ihrer immer schwieriger werdenden Lage nach links abzuwandern. Die französische Bourgeoisie sah ernsthaft die Gefahr vor sich, daß diese unzufriedenen kleinbürgerlichen Massen den Anschluß an die revolutionäre Arbeiterpartei suchten und fanden. In diesem Augenblick zeigten sich die ersten Manifestationen einer faschistischen Bewegung. In diesem Augenblick: gab die Kommunistische Partei Frankreichs die Losung aus: „Der Faschismus ist da! Jene Losung, die selbst bei vielen „guten Kennern“ Frankreichs Kopfschütteln hervorgerufen hat.

Tatsächlich fängt zu dieser Zeit die eigentliche Entwicklung der faschistischen Bewegung Frankreichs an. Zur Begründung der seinerzeit ausgegebenen Losung gab die Kommunistische Partei im November 1924 folgende Definition der Bedingungen und der Perspektiven der Entwicklung des Faschismus in Frankreich:

In allen eigentlich faschistischen Bewegungen, die wir bisher in der Geschichte gesehen haben, können wir drei Grundfaktoren unterscheiden: 1. das Bedürfnis der großen Bourgeoisie, zu verhindern, daß das unzufriedene Kleinbürgertum sich zur Arbeiterklasse hin orientiert, und das Bedürfnis, neue Formen zur Niederdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung zu finden; 2. das Vorhandensein einer Gruppe von kleinbürgerlichen Elementen (aus dem entschiedenen, kampfwilligen Teil des Kleinbürgertums: Offiziere, Staatsbeamte, kleine Eigentümer und dergleichen), die bereit sind, die Kaders, die Kampftrupps der faschistischen Organisationen zu bilden; 3. die Bereitschaft kleinbürgerlicher Massen, eine Verbesserung ihrer Lage auf der Linie von Reformen in ihrem Klasseninteresse und im Kampfe gegen das Proletariat zu suchen.

Der erste dieser drei Faktoren war im Jahre 1924 in Frankreich unbedingt gegeben. Die große Bourgeoisie war durch die Parlamentswahlen vom 11. Mai 1924 gewarnt worden: sie sah, daß das Kleinbürgertum, das Jahrzehnte hindurch treu hinter ihrer imperialistischen Politik gestanden hatte, sich von ihr abwandte und sich den linken Parteien und ihrem „radikalen“ Programm zuwandte. Sie sah zugleich voraus, daß über kurz oder lang im Zusammenhang mit der unvermeidlichen Wirtschaftskrise große Zusammenstöße mit der Arbeiterklasse unvermeidlich sein würden, Zusammenstöße, in denen neue, radikalere Kampfmethoden angewandt werden müßten.

Der zweite Faktor trat ebenfalls deutlich in Erscheinung. Eine Reihe von Kampforganisationen, zusammengesetzt aus eben jenen kriegerisch gestimmten und bewußt konterrevolutionären Elementen des Kleinbürgertums, schossen wie Pilze aus der Erde.

Es begann der Kampf dieser Elemente um den Einfluß auf die kleinbürgerlichen Massen. Die ganze weitere Entwicklung, sagte damals die KPF, hängt davon ab, ob es diesen faschistischen Kampftrupps, die von der großen Bourgeoisie unterstützt wurden, gelingen würde, kleinbürgerliche Massen an sich zu ziehen und gegen das Proletariat in Bewegung zu setzen.

So steht die Frage im großen und ganzen auch heute noch. Das Bedürfnis der großen Bourgeoisie, sich für den Großkampf gegen das Proletariat vorzubereiten, ist nur gewachsen: die Zersetzung des Kleinbürgertums hat weitere Fortschritte gemacht; die Annäherung breiter Schichten des verzweifelten Kleinbürgertums an das Proletariat hat sich verstärkt; die Wirtschaftskrise mit der bevorstehenden Massenarbeitslosigkeit, der Notwendigkeit für die Bourgeoisie, die Löhne zu drücken und die Arbeitszeit zu verlängern, ist in greifbare Nähe gerückt. Andererseits haben die eigentlich faschistischen Organisationen, die Kaders, sich befestigt. Im Kampf um die kleinbürgerlichen Massen jedoch ist der Faschismus nicht wesentlich vorwärts gekommen.

Wir haben bisher zwei große Kampagnen des Faschismus um die Gewinnung des Kleinbürgertums gesehen. Die erste folgte auf die große Jaurès-Demonstration im November 1924. Nachdem der Versuch der Linksblock-Regierung, die Sympathien der Pariser Arbeiterschaft dadurch zu erwerben, daß sie die Leiche Jaurès ins Pantheon, zu den übrigen „Helden der Nation“ überführte, kläglich gescheitert war; nachdem diese Manifestation zu einer Machtkundgebung der Kommunisten geworden war, denen es gelang, 200 000 Pariser Arbeiter zur Gegendemonstration zu mobilisieren, während an der offiziellen Demonstration nur einige Tausend biedere Spießbürger teilnahmen; nachdem schließlich die Demonstration gezeigt hatte, daß die mit den Kommunisten gehenden Arbeiter eine seit Jahrzehnten in Frankreich nicht gesehene revolutionäre Kampf Stimmung zeigten — nach alledem setzte eine selbst in der französischen Presse ungewöhnliche Riesenkampagne ein, deren Führung in den Händen der faschistischen Organisationen lag.

Die zweite große Kampagne der faschistischen Organisationen folgte kurze Zeit nach der großen Streikaktion der Kommunistischen Partei gegen den Krieg; in der ersten Novemberhälfte 1925 entfalteten die verschiedenen faschistischen Organisationen in Paris und in den wichtigsten Städten der Provinz eine ungewohnte Tätigkeit: große Meetings, Fahnenübergaben, Paraden unter freiem Himmel im Herzen von Paris folgten eine nach der anderen.

Diese beiden großen Kampagnen, auf die die Kommunistische Partei natürlich mit entsprechenden Gegenkampagnen antwortete, hatten das Gemeinsame, daß sie von der Schwäche der Politik des Linksblockes ausgingen; die Hauptlosung der Kampagnen war: die Linksblockregierung mit ihrer schwächlichen Politik bereitet der Revolution den Weg vor. Herriot-Kerenski läßt die Kommunisten ihre Massen auf der Straße exerzieren. Herriot-Kerenski erlaubt den Kommunisten, daß sie unseren in Marokko kämpfenden Truppen den Dolch in den Rücken stoßen. Die beiden Kampagnen unterscheiden sich jedoch sehr wesentlich durch die Rolle, die die Aktivität der Kommunistischen Partei in ihnen spielte; die Jaurès-Demonstration war eine Kundgebung der Macht der Kommunistischen Partei. Der Bürger zitterte: er sah schon die revolutionären Arbeiterbataillone siegreich durch die Straßen von Paris ziehen. Die faschistische Agitation operierte mit diesen Argumenten. Jeden Tag veröffentlichten die Zeitungen neue gefälschte Dokumente, die die Organisation des bewaffneten Aufstandes für den und den Tag bestimmt voraussagten. Schließlich sollten die Kommunisten den allgemeinen bewaffneten Aufstand für den 24. Dezember, den

Weihnachtstag angesetzt haben. Die Ruhe des Weihnachtsfestes war bedroht. Die Kampagne war so gut aufgezo- gen, daß selbst die Regierung auf die Losungen der Faschisten reagieren mußte. Die Soldaten der Garnison von Paris und Versailles erhielten keinen Weihnachtsurlaub. Es wurden scharfe Patronen ausgegeben und den Offizieren versiegelte Briefe mit Ge- heimorders für besondere Fälle ausgehändigt. Diese großzügige Kampagne hat tatsächlich gewisse Früchte gezeitigt, wie der Ausfall der Gemein- de- wahlen im Frühjahr 1925 gezeigt hat.

Die Kampagne im Herbst 1925 hat einen anderen Charakter. Sie machte sich die Schwächen der Kommunistischen Partei in dieser Periode zunutze; infolge gewisser taktischer Fehler, vor allem in der Anwendung der Einheits- fronttaktik, hat es die Kommunistische Partei nicht verstanden, die Führung in der immer stärker anwachsenden Bewegung des unzufriedenen Klein- bürger- tums zu übernehmen. Die steigende Inflation, die Finanzkrise und die Kriege in Marokko und Syrien hatten im Laufe des Sommers 1925 immer breitere Massen des städtischen und ländlichen Kleinbürger- tums in Opposi- tion gegen die Regierung getrieben. Eine Zeitlang fand diese Opposition ihren Ausdruck in der Politik der Sozialistischen Partei, die ihre Haltung im Linksblock änderte und zum Kernstück ihres Aktionsprogramms die Forde- rungen: Besteuerung des Kapitals, Friede in Marokko und Räumung von Syrien machte. Als jedoch die Sozialistische Partei nichts unternahm, um dies Programm, das wirklich die Stimmung der breitesten kleinbürgerlichen Massen zum Ausdruck brachte, durchzuführen, zeigten sich immer mehr Anzeichen, daß das Kleinbürger- tum nach einem neuen Führer suchte. „In den Massen wächst immer mehr das Bedürfnis nach neuen Methoden und neuen Regierungsformen“, schrieb damals eine sozialistische Provinzzeitung. In dieser Lage wäre es Aufgabe der Kommunistischen Partei gewesen, die Führung der Bewegung des Kleinbürger- tums, in engstem Kontakt mit den Arbeitermassen, an sich zu reißen. Die Kommunistische Partei hätte die Aufgabe gehabt, für das Programm, das bei den Sozialdemokraten auf dem Papier stehen blieb, eine Massenaktion zu entfesseln, in der die ganze Ar- beiterklasse in geschlossener Einheitsfront aufgetreten wäre und so das Kleinbürger- tum mit sich gerissen hätte. Als die Kommunistische Partei unter dem Einfluß ultralinken Tendenzen, wie wir heute wissen, das nicht tat, als die unzufriedenen kleinbürgerlichen Massen vergebens nach jemand suchten, der ihnen „die neuen Methoden, die neuen Regierungsformen“ hätte geben können, sah der Faschismus seine Stunde gekommen: er bot sich als der Führer zu neuen Methoden und zu neuen Regierungsformen an, er verstärkte seine Kaders, er demonstrierte auf den Straßen, er ging hinaus aufs Land, um so die Führung der kleinbürgerlichen Massen zu gewinnen.

Nachdem wir so die allgemeinen Bedingungen der Entwicklung des Faschismus in Frankreich betrachtet haben und dabei feststellen mußten, daß die wichtigsten Voraussetzungen für eine faschistische Politik durchaus gegeben sind, müssen wir jetzt untersuchen, welches die besonderen Be- dingungen für die Entwicklung des Faschismus sind und welche Momente diese Entwicklung aufhalten.

Was zunächst auffällt, ist die starke Zersplitterung jener Organisationen, die als eigentlich faschistische angesprochen werden können. Während in

Italien von vornherein die „Fasci“ und der „Popolo d' Italia“ das Zentrum der faschistischen Bewegung bildeten, demgegenüber die Gruppen um D'Annunzio nur eine unbedeutende Rolle spielten, sehen wir in Frankreich nicht weniger als fünf große Organisationen um die Führung in der Bewegung der Patrioten kämpfen.

Eine der ältesten solcher Organisationen sind die „Camelots du Roi“, die wichtigste Organisation der Royalisten, mit Leon Daudet und Charles Maurras an ihrer Spitze. Ihre Zeitung ist die „Action française“. Als im Herbst 1924 nach der Jaurès-Demonstration die große faschistische Kampagne einsetzte, gründete diese Gruppe spezielle Organisationen, um ihre Anhänger in festerer Form zu erfassen. Große Plakate, die die Revolution als unmittelbar bevorstehend ankündigten, forderten zum Eintritt in die „Association“ der Action Française auf. Diese Vereinigung hatte ein royalistisches Programm. Um ihren Einfluß auch auf weitere Kreise auszudehnen, veröffentlichte dieselbe Gruppe ein anderes Plakat, in dem sie zum Eintritt in eine ebenfalls neugegründete „Ligue de l'Action française“ aufforderte. Dies Plakat hatte ungefähr folgenden Inhalt: „Es gilt jetzt, alle guten Patrioten im Kampf gegen die bolschewistische Gefahr zu erfassen. Die besondere politische oder religiöse Ueberzeugung darf kein Hinderungsgrund sein. Darum haben wir für alle, die mit uns einig sind im Kampf gegen den Bolschewismus, aber unsere royalistische Ueberzeugung nicht teilen, eine besondere Organisation gegründet, in der ein Bekenntnis im royalistischen Gedanken nicht gefordert wird. Patrioten, wenn ihr Royalisten seid, tretet in die Association ein, wenn Ihr es nicht seid, tretet in die Ligue de l'Action française ein“. Es scheint, daß die Anstrengungen dieser Gruppe keinen besonders großen Erfolg gehabt haben. Sie ist noch zu sehr als royalistisch gestempelt, und es ist immerhin ein beschränkter Kreis von kleinbürgerlichen Elementen, der royalistisch gestimmt ist. Immerhin stehen eine Reihe von einflußreichen Industriellen hinter dieser Gruppe. Der Textilfabrikant Thery aus Lille, der im Dezember 1925 beim Schmuggel von deutschen Militärgewehren aus Belgien nach Frankreich ergriffen wurde, gehört der Gruppe Action française an. Ihr Einfluß ist außerdem stark unter den adligen Elementen des Offizierkorps, die vor allem in der Marine die Mehrheit bilden.

An zweiter Stelle steht die Landesföderation der Katholiken mit dem General Castelnau an der Spitze. Ihre Zeitung ist das sehr weit verbreitete „Echo de Paris“. Der Einfluß dieser Gruppe erstreckt sich vor allem auf das städtische katholische Kleinbürgertum und die mittleren Bauern in den westlichen, nordwestlichen und östlichen Randprovinzen. Außerdem gehören zahlreiche Offiziere des stehenden Landheeres dieser Gruppierung an. In ihrer Agitation stützt sich diese Gruppe vor allem auf die Stimmung dieser katholischen Elemente gegen das Freimaurertum und gegen den Antiklerikalismus der radikal-sozialistischen Partei (Herriot). 1924 hat die Landesföderation der Katholiken eine große Kampagne in Elsaß-Lothringen entfaltet, die gegen die Laienschule und die Anwendung der Reichsgesetze über Aufhebung der Klöster, Beseitigung des Religionsunterrichtes, der Kruzifixe usw. aus den Schulen in Elsaß-Lothringen und gegen die Abschaffung des französischen Gesandtschaftspostens beim Vatikan gerichtet war. Die Regierung Herriot war genötigt, dieser Kampagne nachzugeben, indem sie

die Aufhebung des Gesandtschaftspostens nicht durchführte. Während dieser ersten großen Kampagne veranstaltete die Föderation eine Reihe von sehr stark besuchten Meetings und Demonstrationen in der katholischen Bretagne. Zu allen derartigen Veranstaltungen der Föderation führt die Geistlichkeit ihre Schäflein in geschlossenen Gruppen aus den entlegensten Dörfern herbei.

Zu den ebenfalls bereits seit längerer Zeit bestehenden reaktionären Gruppierungen, die heute ein ausgesprochen faschistisches Programm haben, und sich selbst faschistisch nennen, gehört die Gruppe „Liberté“. An ihrer Spitze steht der Abgeordnete Taitinger, der Journalist Camille Aymard und der Fabrikant Brousse, der Gründer des Syndikats der Kleinen Rentner. Die Zeitung „Liberté“, die die größte Auflage aller in Frankreich erscheinenden Abendzeitungen hat, widmet sich ganz besonders dem Kampfe gegen Herriot und der Propagierung des Faschismus, „an die französischen Verhältnisse angepaßt“. Während der großen Kampagne 1924 gründete diese Gruppe die Organisation der „patriotischen Jugend“, in der vor allem die städtische kleinbürgerliche Jugend, Schüler und Studenten, organisiert ist. In letzter Zeit wurden häufig Versuche unternommen, diese Gruppe zu verschmelzen mit der am stärksten eigentlich faschistischen Organisation der „Faisciau“, über die später noch zu sprechen ist. Bis jetzt sind noch alle diese Versuche gescheitert.

Während der Kampagne von 1924 neugegründet wurde die Liga der nationalen Republikaner mit dem ehemaligen Kriegsminister General Maginot und dem Exsozialisten Millerand an der Spitze. Diese Liga, die sich der starken Unterstützung großer kapitalistischer Organisationen erfreut, gründete die sehr großzügig aufgemachte Tageszeitung „l'Avenir“, die im vorigen Jahre „zum Zwecke der Vereinheitlichung der Kräfte“ mit der Zeitung „l'Eclair“ verschmolzen wurde. Zum Unterschied von allen anderen faschistischen Gruppierungen steht diese Liga auf dem Boden des Parlamentarismus. Sie wendet sich an jene kleinbürgerlichen Elemente, die zwar für den energischen Kampf gegen die bolschewistischen Gefahren sind, aber nicht auf die alten traditionellen Formen der parlamentarischen Demokratie verzichten wollen. Im Jahre 1924 schien es eine Zeitlang, als ob diese Gruppierung die Führung der faschistischen Bewegung in Frankreich übernehmen würde. Millerand wurde als der französische Mussolini bezeichnet. Diese Annahme hat sich jedoch nicht bestätigt. Der Einfluß der Liga der nationalen Republikaner ist nicht wesentlich gewachsen. Die Ursache ist vor allem in der schnell fortschreitenden Kompromittierung der parlamentarischen Regierungsformen und in der Hilflosigkeit des Linksblockes zu suchen.

Die vielleicht größte Bedeutung unter all diesen Organisationen kommt der zuletzt gegründeten Gruppierung zu, die sich um die Zeitung „Le nouveau Siècle“ schart. An ihrer Spitze steht das ehemalige Mitglied der Gruppe der Action française, Georges Vallois. Ihm zur Seite steht der Exanarchist und ehemalige Sekretär des französischen Gewerkschaftsverbandes Pierre Dumas. Programm und Aktion dieser Gruppe entsprechen am meisten den besonderen Bedingungen der Entwicklung der faschistischen Bewegung in Frankreich. Wie der italienische Faschismus, so stützt sich diese Bewegung des „Nouveau Siècle“ in erster Linie auf die nationalgesinnten Kriegsteil-

nehmer. Die „Generation, die den Krieg gemacht und gewonnen hat“, wird bewußt gegenübergestellt der schlaffen, verspießerten und korrumpierten Vorkriegsgeneration und der zuchtlosen Jugend der Nachkriegszeit. Die Rettung des Landes kann nur erwartet werden von dem Bündnis der alten Kriegsteilnehmer mit den Producteurs, den „Schaffenden“, worunter die „ehrlichen Unternehmer“ verstanden werden. Diese „ehrlichen Unternehmer“ werden gegenübergestellt der Plutokratie und den Spekulanten. Ein ganzes Netz von Organisationen und ein ganzes System taktischer Maßnahmen soll den Sieg des „Faisciau“, der Kriegsteilnehmer und der Schaffenden über die verfaulte parlamentarische Demokratie und die Plutokratie garantieren. Der Kern der Organisation sind die „Legionen“, die „Blauen Hemden“ (eine Parallele zu den Schwarzen Hemden Mussolinis). Diese Organisation, die offiziell auf einem riesigen Meeting in Paris am 11. November 1925 gegründet wurde, ist straff militärisch gegliedert. Bei der Aufnahme in sie findet eine starke Auslese statt. Ihr zur Seite stehen die „Korporationen“, faschistische gewerkschaftliche Organisationen, in denen „alle Schaffenden einer Industriebranche“, d. h. Arbeiter, technisches Personal und Unternehmer, zusammengefaßt sind. Diese Korporationen sind genau nach dem Vorbild der italienischen faschistischen Gewerkschaften gegründet. Es bestehen bereits folgende Verbände: Landwirtschaft, Transport, Finanz, Baugewerbe, Kinematographie, Buchgewerbe, Versicherungswesen, Bijouterie. Diese Auswahl zeigt sehr deutlich, auf welche Elemente die Bewegung sich stützt oder zu stützen versucht. Es sind dieselben Produktionszweige, in denen die faschistische Bewegung in Italien am ersten Fuß gefaßt hat. Die Korporationen besitzen eine eigene Zeitung „Die neue Wirtschaft“.

Als drittes Glied in der Kette der Organisationen folgt die „Faschistische Jugend“. Es ist diejenige Organisation, die, wie wir schon sagten, in Verhandlungen zur Verschmelzung mit der patriotischen Jugend der „Liberté“ eingetreten ist. Die „Faschistische Jugend“ ist ebenfalls militärisch organisiert und aufs engste organisatorisch verbunden mit den Legionen. Schließlich gibt es noch die „Faisceau civique“, eine Organisation von nicht militärischem Charakter, in die alle mit der Bewegung sympathisierenden, aber nicht zum militärischen oder wirtschaftlichen Kampf geeigneten Elemente (vor allem auch Frauen), aufgenommen werden. Man kann sagen, daß die ideologische Führung der faschistischen Bewegung augenblicklich in den Händen dieser Gruppe ist. Ihre Demonstrationen gaben den Auftakt zu der zweiten großen Kampagne, die im November 1925 einsetzte und — wenn auch in abgeschwächter Form — noch andauert. Von großer Bedeutung für die Entwicklung des Einflusses dieser Gruppe in den ländlichen Bezirken und Nord- und Südwestfrankreich war eine Erklärung, die Georges Vallois auf einem Meeting in der katholischen Bretagne, in St. Brieuç, abgab und in der er sagte: „nur die Kirche hat bisher die Gerechtigkeit in der Organisation der Arbeit durchsetzen können, Die Gesundung des Wirtschaftslebens kann nur im Bündnis mit der Kirche durchgeführt werden.“

Diese auffällige Zersplitterung der Organisationen, die sich als faschistische bezeichnen und den Kampf gegen die bolschewistische Gefahr zur Hauptaufgabe gestellt haben, hat ihre Ursache in einer Reihe von Umständen, die aus der politischen Klassenstruktur hervorgehen. Wenn die ver-

schiedenen Ligen, Assoziationen usw. sich gegenseitig beschuldigen, die Sache des Patriotismus zu verraten, wenn ihre Anhänger sogar Ueberfälle auf Versammlungen ihrer „Bruder“-Organisationen ausführen usw., so äußern sich darin die zahlreichen Widersprüche, die durch die radikale Umgruppierung der wirtschaftlichen und sozialen Kräfte des modernen Frankreich geboren worden sind.

Die Groß-Bourgeoisie ist nicht einheitlich. In ihrem Schoße kämpft das junge, durch die Verschmelzung des alten Bank- mit dem neuen Industriekapital entstandene Finanzkapital mit gewissen Gruppen der verarbeitenden Industrie und der Geschäftsbanken, die versuchen, sich der Diktatur des Finanzkapitals noch zu entziehen. Diese beiden Gruppen verfolgen gegenüber der Arbeiterschaft und dem Bauerntum eine verschiedene Taktik und nehmen infolgedessen eine verschiedene Stellung gegenüber den parlamentarischen Methoden und in bezug auf Konzessionen oder Gewaltpolitik gegenüber der Arbeiterklasse ein.

Die demokratischen Traditionen im Lande sind noch außerordentlich stark. Das Versagen des parlamentarischen Regimes zur Lösung der großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Gegenwart kompromittiert das parlamentarische System zwar mit jedem Tage mehr. Bis zur Anerkennung der Notwendigkeit diktatorischer Maßnahmen durch breite Massen des Kleinbürgertums ist jedoch noch ein weiter Weg. Dieser Tatsache hat sich die faschistische Agitation dadurch angepaßt, daß sie die Losung ausgab: „Unsere Vorfahren kämpften in der großen Revolution gegen die Diktatur von oben, kämpfen wir jetzt gegen die Diktatur von unten!“

Das Kleinbürgertum besaß in Frankreich seit langer Zeit gut entwickelte und fest verwurzelte eigene Parteien. Das unterscheidet Frankreich besonders von Italien, wo es niemals starke politische Organisationen der Klein-Bourgeoisie gegeben hat. Zwar entzieht die Zersetzung des Kleinbürgertums in Frankreich diesen Parteien von Tag zu Tag mehr die ökonomische und soziale Grundlage. Ihre Traditionen sind jedoch noch stark genug, um dem Faschismus einen gewissen Widerstand entgegenzusetzen zu können.

Aehnliches trifft für das Bauerntum zu. Der französische Bauer ist verhältnismäßig gut organisiert in einer Reihe von teils wirtschaftlichen, teils politischen Organisationen. Diese sind zwar in großen Verbänden unter Führung reaktionären Elemente zusammengefaßt, aber diese Zusammenfassung ist nur eine lose. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise löst sich die Bauernschaft von der herrschenden Klasse los und wendet sich gegenwärtig vorwiegend den linken politischen Gruppierungen zu. Der Faschismus hat keine rechten Argumente, um in der gegenwärtigen Lage an den Bauern heranzukommen. Er versucht es auf dem Umwege über die religiösen Interessen. Daher der starke katholische Einschlag einer Reihe von faschistischen Organisationen Frankreichs.

Einer der wichtigsten Faktoren der ideologischen Erschütterung des städtischen und ländlichen Kleinbürgertums war der imperialistische Krieg und sind die beiden augenblicklich geführten Kolonialkriege. Wer heute Einfluß auf das ärmere städtische Kleinbürgertum und vor allem die Bauernschaft gewinnen will, muß eine klare Stellung gegen den Krieg haben. Das kann die faschistische Bewegung natürlich nicht.

Schließlich spielt auch der Einfluß Amerikas und Englands auf die politische Lage in Frankreich eine wesentliche Rolle in bezug auf die Entwicklungsmöglichkeiten des Faschismus. Das städtische und ländliche Kleinbürgertum ist ausgesprochen anti-amerikanisch eingestellt und fordert die Annullierung der Auslandsschulden. Die faschistische Agitation muß dem Rechnung tragen. Ihre Agitation gegen die Plutokratie schließt ebenfalls die amerikanische Plutokratie ein.

Alle diese Umstände hemmen die Entwicklung der faschistischen Bewegung unter den Massen des Kleinbürgertums und machen es sehr unwahrscheinlich, daß der Faschismus in Frankreich zu einer führenden Bewegung wird oder gar die Macht erobert.

Bisher konnte man auch beobachten, daß die Groß-Bourgeoisie niemals Bereitschaft gezeigt hat, den Faschismus als Regierungsform in Frankreich zu unterstützen. Sie hat sich bisher der verschiedenen faschistischen Schattierungen gleichzeitig bedient, um ihr Werk der systematischen Zerstörung des Einflusses der alten politischen Parteien durchzuführen. In dieser Beziehung hat die Kampagne der „Liberté“, des „Avenir“, des „Echo de Paris“ bereits ihre Früchte getragen. Der Block der kleinbürgerlichen Parteien ist zerstört, der rechte Flügel des Linksblocks geht zur rechten Opposition über. Die Regierung B r i a n d, die sich auf die rechten Elemente des Linksblocks und den linken Flügel der rechten Opposition stützt, ist eine Uebergangsregierung. Wenn aber die Groß-Bourgeoisie den Moment für gekommen hält, die Regierung ganz in ihre Hände zu nehmen, wird sie es ohne die faschistischen Organisationen tun, indem sie sich nur wie seinerzeit in Deutschland nach 1923 auf Ausnahme Gesetze stützt. Die faschistischen Organisationen werden dann zurückgehen auf ihren ursprünglichen Kern, die ausgesprochenen Kampforganisationen, die von der reaktionären Regierung geduldet und in entsprechender Weise bei der Niederschlagung des Widerstandes der Arbeiterklasse verwendet werden.

Ob es dahin überhaupt kommt, d. h. ob es der Groß-Bourgeoisie gelingt, den Widerstand des Kleinbürgertums zu zerbrechen und eine reaktionäre Regierung zu bilden, hängt zum großen Teil davon ab, ob es die Kommunistische Partei versteht, mit Hilfe der Einheitsfronttaktik die Führung der Massen des unzufriedenen Kleinbürgertums an sich zu reißen. Die besonderen Umstände, die die Entwicklung des Faschismus als Massenbewegung in Frankreich hemmen, geben gleichzeitig zahlreiche Ansatzpunkte für eine erfolgreiche Politik der Schaffung eines großen antifaschistischen Blockes unter Führung der revolutionären Partei des Proletariats.

JOSEPH SCHLAFFER:
LEHREN UND ERGEBNISSE DES VOLKS-
ENTSCHEIDSKAMPFES IN DEUTSCHLAND

Allgemeines

Der 20. Juni, der Tag der Abstimmung zum Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung der ehemaligen deutschen Fürstenthümer, beendete in Deutschland eine Phase des Kampfes mit einer in der achtjährigen Geschichte der deutschen Republik bisher nie dagewesenen Massenmobilisierung der entscheidenden politischen Bevölkerungsschichten. Zum ersten Male ist es der über 6 Monate lang geführten, zähen, zielbewußten Anwendung der Einheitsfronttaktik durch die KPD gelungen, in der Fürstenabfindungsfrage nicht nur die parteilosen proletarischen Massen, die sozialdemokratischen und die christlichen Arbeiter in die Bewegung hineinzuziehen, auch große Teile des deutschen Kleinbürgertums gerieten in diesem Kampfe unter proletarische Führung und kündigten der monarchistisch-großkapitalistischen Bourgeoisie die sonst treue Gefolgschaft auf. Schon bei dem den Volksentscheid fordernden Volksbegehren, das vom 4. bis 17. März stattfand, wobei sich 12,5 Millionen Wahlberechtigte für den von der KPD, der SPD und dem Kuczynski-Ausschuß an den Deutschen Reichstag eingereichten Gesetzesantrag in die amtlich ausgelegten Listen einzeichneten, wurde dieser Loslösungsprozeß des Kleinbürgertums, des Mittelstandes und der Kleinbauernschaft von der bisherigen großkapitalistischen Führung deutlich sichtbar. Was dieser Prozeß im Fortgang der ganzen Entwicklung und unter Einwirkung der Wirtschaftskrise, der rücksichtslosen Anwendung bestimmter Methoden, sie zu überwinden, für die Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft bedeutet, das wurde der herrschenden Bourgeoisie erst so recht klar beim Volksbegehren. Erst hier kam der deutschen Bourgeoisie als Klasse die volle politische Bedeutung dieser von der KPD eingeleiteten und geführten Volksbewegung klar zum Bewußtsein. Wohl gab es auch schon während der Kampagne um das Volksbegehren eine heftige Gegenagitation, amtliche Sabotage bei der Auflegung der Listen durch die in Frage kommenden Verwaltungsorgane, Terror durch Stahlhelmlaute und Faschisten; aber zu einer geschlossenen, planmäßig und einheitlich geleiteten Gegenbewegung kam es nicht. Durch die imposante Volksbewegung für das Volksbegehren auf die ihr drohende Gefahr aufmerksam geworden, setzte die Bourgeoisie beim Volksentscheid ihren gesamten Machtapparat zur Gegenoffensive in Bewegung. Der durch und durch monarchistische Verwaltungsapparat hatte sich als unfähig zur „Abwehr der Begehrlichkeit der Massen“ erwiesen, eine einheitliche politische und organisatorische Leitung wurde geschaffen. Sämtliche bürgerliche Parteien, mit Ausnahme der Demokraten, alle bürgerlichen Vereine, hinunter bis zum letzten Kegel- und Skatklub, wurden zusammengefaßt und einer Führung unterstellt. Die Bourgeoisie übernahm die „Rettung des geheiligten Privateigentums“ höchst-

persönlich. Eine wahre Flut von Plakaten, Flugblättern, Broschüren und sonstigen Pamphleten ergoß sich über die deutsche Bevölkerung. Zeitungsnachrichten zufolge sollen die Kosten des Abwehrkampfes 22 Millionen Mark betragen. Brutaler Terror, wirtschaftlicher Boykott, gesellschaftliche Aechtung, Einschüchterung, konfessioneller Zwang, Drohungen aller Art einerseits, Phrasen auf die glorreiche Vergangenheit und Tradition Deutschlands anderseits, schließlich, im letzten Augenblick vor der Wahl, demagogische Versprechungen über Neuregelung der Rentenversorgung und der Aufwertungsbestimmungen durch die Deutschnationale Partei, sollten das Kleinbürgertum und den Mittelstand von der Wahlurne fernhalten. So entstand unter Aufbietung aller Kräfte auf beiden Seiten eine Volksbewegung, die an Heftigkeit, Tiefe und Umfang alles bisher Dagewesene in Deutschland in den Schatten stellt.

Die Situation beim Volksentscheid

Den Kampf um den Volksentscheid begünstigten eine Reihe objektiver Umstände. Eine Wirtschaftskrise von ungeheurem Ausmaße durchtobte sämtliche Industriezweige. Alle Anstrengungen, sie zu überwinden, vermehrten nur die Schwierigkeiten und verschärften die Situation. Bei den Versuchen, die Wirtschaftskrise zu überwinden, in ihrem Bestreben, die Verhältnisse zu sanieren, war und ist die deutsche Großbourgeoisie gezwungen, nicht nur rücksichtslos gegen die Arbeiterklasse vorzugehen, sondern auch bestimmte Maßnahmen gegen gewisse Schichten der eigenen Klasse durchzuführen, die diese immer mehr in Gegensatz zur herrschenden Großbourgeoisie bringen. Ständig steigende Erwerbslosenziffern, wachsende Verelendung der Arbeiterklasse, Proletarisierung breiter Schichten des Mittelstandes und des Kleinbürgertums sind die unmittelbaren Folgen des von der Bourgeoisie mit rücksichtsloser Brutalität durchgeführten Rationalisierungsprogramms. 4,5 Millionen Erwerbslose und Kurzarbeiter sind die Opfer der Rationalisierung in Deutschland. Am 10. Juni wurden in Berlin bereits 246 700 Erwerbslose gezählt, genau 4 Wochen später schon 273 260, wovon nur 205 958 Erwerbslosenunterstützung bezogen. Am 17. Juli betrug die Zahl der Erwerbslosen schon 276 917, innerhalb 7 Tagen also ein Mehr von 3657, wobei die Zahl der Unterstützungsberechtigten sich kaum um 1000 erhöhte.

Betriebsstillegungen in geradezu erschreckendem Umfange, Einschränkungen, Herabsetzung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit im allgemeinen gingen und gehen damit Hand in Hand. Abbau der Erwerbslosenfürsorge, die gesamten Soziallasten tragen bei zur Radikalisierung breiter Volksteile. Die Bourgeoisie versteht es ausgezeichnet, die Unkosten der Wirtschaftskrise auf die Schultern der breiten Massen abzuwälzen. Besonders verheerend treffen ihre Maßnahmen das Kleinbürgertum. Was durch die Inflation nicht völlig enteignet wurde, wird jetzt zugrunde gerichtet durch die Rationalisierung. Nach der Stabilisierung der Mark und bei Einsetzen der sogenannten Rationalisierungsperiode waren 3000 Bankrotte von in der Hauptsache kleinen Geschäftsleuten und Gewerbetreibenden wöchentlich, ohne Berücksichtigung der dazugehörigen Geschäftsaufsichten, das Normale in Deutschland geworden. Der Gegensatz zur Politik der herrschenden Großbourgeoisie kommt darum diesen breiten, vom Eigen-

tum immer mehr entblößten Kleinbürgermassen allmählich immer schärfer zum Bewußtsein, und sie entgleiten mit der fortdauernden Verschlechterung ihrer sozialen Lage langsam der großkapitalistischen Führung. War es auch noch nicht eine bewußte Kampfstellung, die diese Kleinbürgermassen zur Zeit des Volksentscheids einnahmen und jetzt einzunehmen beginnen, so ist es doch ein Zeichen der bereits bestehenden und mit Riesenschritten weiter fortschreitenden Klassenscheidung. Bei bestimmten Anlässen — der Kampf um die entschädigungslose Enteignung der ehemaligen deutschen Fürstenhäuser war ein solcher — tritt eben dieser vorhandene Interessengegensatz ganz offen zutage. So wurden u. a. beim Volksentscheid die Demokraten gezwungen, ihrem kleinbürgerlichen Anhang die Abstimmung freizugeben. Ähnlich erging es dem Bayrischen Bauernbund, der unter dem Druck der Kleinbauernmassen die Wahl freigab. In eine besonders kritische Lage kam die katholische Zentrumsparlei. Trotz schärfster Anweisung der Zentralinstanzen dieser Partei und eines besonderen bischöflichen Erlasses eines „Hirtenbriefes an alle Gläubigen“, befolgten die Anhänger des Zentrums, insbesondere die christlichen Arbeiter, deren Parole nicht.

In der Demokratischen Partei, im Bayrischen Bauernbund sowie in der Zentrumsparlei entstand infolge des Kampfes um den Volksentscheid eine schwere Krise. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht trat aus der Demokratischen Partei aus mit der Begründung: „Das Enteignungsgesetz gefährde die Stabilisierung der Mark“. Christliche Arbeiter traten offen für den Volksentscheid ein. Am 2. Juni traten die Vertreter der Christlich-sozialen Reichspartei in Köln an das Einheitskomitee für Fürstenteignung heran, um über ein gemeinsames Vorgehen zu verhandeln und in das Einheitskomitee einzutreten. Der Christlich-soziale Vitus Heller aus Würzburg, ein Pfarrer, trat offen dem Kuczynski-Ausschuß bei und schrieb in seiner Zeitung „Das Neue Volk“ in der heftigsten Weise gegen die unverschämten Forderungen der ehemaligen Fürsten. Das Reichsbanner „Schwarz-rot-gold“ mußte unter dem Druck seiner Mitgliedermassen einen Aufruf für die entschädigungslose Enteignung herausgeben. In dem Aufruf heißt es:

„Wer der Abstimmung fernbleibt, ist ein Gegner der Verfassung, ein Feind der Republik, er unterstützt den Terror der 'Schwarz-weiß-roten' und bekennt sich als Gegner des allgemeinen und geheimen Wahlrechts.“

Da im Reichsbanner neben Sozialdemokraten auch die Demokraten und das Zentrum vertreten sind, entstand eine sehr kritische Lage. Nur unter dem schärfsten Druck der Mitgliedermassen konnte die Bundesleitung des Reichsbanners unter Führung Hörsings einen solchen Aufruf erlassen.

Auch die deutschen Mietervereinigungen, die Aufwertungsvereine erklärten sich in Aufrufen und Resolutionen für die Fürstenteignung. Eine kritische Situation für die Bourgeoisie, wie wir sie seit langem in Deutschland nicht mehr erlebt haben. Die kleinbürgerlichen Wähler der Deutschnationalen, Teile des Mittelstandes protestierten gegen die Haltung ihrer Parteiinstanzen. Gegen den Grafen Westarp wurden Drohbrieve geschrieben. Eine heillose Verwirrung, Zersetzungerscheinungen in allen bürgerlichen Parteien traten zutage. Um diesen Auflösungs- bzw. Loslösungsprozeß einzudämmen, die mit einem Male allen sichtbar werdenden Gegensätze zu vertuschen, die Führung

wenigstens teilweise zu behalten bzw. zurückzugewinnen, setzte die deutsche Bourgeoisie unter Führung der ausgesprochenen Monarchisten mit einer heftigen organisierten Gegenbewegung ein.

Einheitskomitees und die Sozialdemokratie im Volksentscheid

Zur Herstellung der nationalen und internationalen Gewerkschaftseinheit und um die aus den Gewerkschaften geflüchteten Massen wieder in diese zurückzuführen, entstanden — insbesondere nach Erscheinen des Offenen Briefes an die Kommunistische Partei Deutschlands und propagiert und organisiert von den Kommunisten — in den Betrieben Werbeausschüsse und Einheitskomitees.

Die Partei stellte bei fortschreitender Verelendung der Arbeitermassen infolge der Offensive des Kapitalismus diesen Ausschüssen und Komitees die Aufgabe, die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf und zur Abwehr des kapitalistischen Feldzuges auf die Taschen des werktätigen Volkes zu organisieren. Bei der Zurückführung der Arbeiter in die Gewerkschaften leisteten die Ausschüsse auch ungeheuer wichtige Arbeit, doch in der Frage des Abwehrkampfes kam man zunächst über schwache Ansätze nicht hinaus. Durch die von der KPD eingeleitete und geführte Kampagne in der Fürstenabfindungsfrage wurden diese Betriebskomitees und Werbeausschüsse zum Ausgangspunkt bei der Bildung von örtlichen Einheitskomitees zur Durchführung des Volksentscheids. Die Sozialdemokratie bekämpfte von Anbeginn an mit der bei ihr üblichen Rabulistik und Demagogie sowohl die Werbeausschüsse wie die späteren Einheitskomitees. Am 4. Dezember 1925 erklärte das Polbüro des ZK der KPD in der offiziellen Erläuterung zu dem Briefe, der die Sozialdemokratische Partei einlud, an der Durchführung des Volksbegehrens mitzuwirken, daß

„der Erfolg des Volksentscheids davon abhängt, daß die Arbeiter, die werktätigen Massen überhaupt in eine gemeinsame Front gegen die monarchistischen Parteien gebracht werden.“

Nach Ablehnung durch die Sozialdemokratische Partei, die im „Vorwärts“ den von der KPD verlangten Volksentscheid lächerlich zu machen versuchte, forderte die „Rote Fahne“ am 6. Dezember 1925 die sozialdemokratischen Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften auf, überall zum gemeinsamen Kampf Stellung zu nehmen und zur gemeinsamen Bildung von Einheitskomitees zu schreiten. Schon bis Mitte Januar gelang es, den Druck der SPD-Arbeiter so zu verstärken, daß der Parteivorstand am 16. Januar 1926 seine Haltung ändern und am 21. Januar 1926 über den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund die Verhandlungen mit der KPD aufnehmen mußte.

Schon in dieser Zeit entstanden die ersten Einheitskomitees (Solingen am 14. Januar 1926, Wiesdorf-Leverkusen am 15. Januar 1926), allerdings zunächst als Abwehr eines nationalistischen Rummels, der von den monarchistischen Parteien und Organisationen aus Anlaß der Zurückziehung der Besatzungstruppen der Entente vorbereitet wurde.

In Solingen bildeten KPD, SPD und ADGB, Reichsbanner und RFB ein Einheitskomitee und erließen am 16. Januar 1926 einen Aufruf, in dem die Verhinderung der Fürstenentschädigung gefordert und zur Bildung von ebensolchen Komitees an allen Orten aufgefördert wurde.

Nach den Verhandlungen der Zentralinstanzen der KPD und SPD bildeten sich im ganzen Reiche zahlreiche Einheitskomitees mit offizieller Teilnahme von SPD- und Gewerkschaftsorganisationen. Jedoch setzte die SPD gegen diese sich anbahnende Einheitsbewegung sofort mit einer wüsten Hetzkampagne ein.

In den größten Städten gelang es größtenteils, die SPD-Arbeiter aus den Einheitskomitees fernzuhalten, während in den Kleinstädten und auf dem flachen Lande die Einheitsbewegung rasch anschwell.

Der Bezirksvorstand der SPD Halle verpflichtete am 25. Januar 1926 die Ortsgruppen, „unbekümmert um vorherige Abmachungen von jeder gemeinsamen Aktion mit der KPD Abstand zu nehmen“. Die „linken“ sächsischen Bezirke der SPD waren noch eifriger in der Ablehnung der Einheitsfront. Der „Vorwärts“ schrieb am 30. Januar:

„Unsere Genossen, die sich daran beteiligen, mögen es ganz gut meinen, doch muß ihnen gesagt werden, daß sie dabei auf dem besten Wege sind, eine große Dummheit zu begehen, mit der sie sich selbst bei den Drahtziehern der KPD nur lächerlich machen.“

Weiter heißt es in einem von unserem Jenaer Parteiorgan veröffentlichten Rundschreiben des Thüringer SPD-Bezirksvorstandes an sämtliche Ortsgruppen:

„Trotz dringender Warnung und unter Hinweis auf die statutarischen Folgen hat ein Ortsverein in der letzten Zeit wiederum ein gemeinsames Komitee mit den Kommunisten gebildet, einen gemeinsamen Aufruf mit ihnen erlassen und eine gemeinsame Demonstration mit ihnen durchgeführt.

Wir wollen einmal klar und deutlich reden. Für die Zukunft werden alle derartigen Vorgänge als parteischädigende Handlungen betrachtet und auf Grund des § 28 des Parteistatuts gegen die in Frage kommenden Genossen die notwendigen Maßnahmen ergriffen. (§ 28 bestimmt Ausschluß. D. V.) Diese Haltung des Bezirksvorstandes bedarf ja keiner näheren Begründung, nachdem alle Versuche, auf dem Wege der Belehrungen diesen Außenseitern zu zeigen, daß sie Kirchturmspolitik treiben, fehlgeschlagen sind. . . .“

Derartige Maßnahmen der SPD-Leitungen blieben aber vielerorts fruchtlos. Im ganzen Reiche bildeten sich Einheitskomitees. Ein Bericht der Bezirksleitung des Ruhrgebiets meldete das Bestehen von 65 Einheitskomitees. Erzgebirge-Vogtland meldete 38, bei 12 von diesen war die SPD beteiligt. Ostsachsen meldete 17 mit Beteiligung von SPD und ADGB, Ostpreußen meldete 15. Der Bericht des Bezirkes Nordbayern gibt die Zahl der Einheitskomitees nicht an, er erwähnt jedoch die Arbeit von einigen. Es heißt da:

„Ein wirklich gut arbeitendes Komitee besteht in Würzburg. Dort ist neben der Partei und einigen sympathisierenden Organisationen auch die christlich-soziale Reichspartei unter Führung von Vitus Heller im Einheitskomitee. Dieses Komitee leistet nicht nur eine systematische Arbeit in Würzburg, sondern auch in der ganzen Umgebung.“

Die daran anschließend einsetzende Pressekampagne durch den Parteivorstand gegen die Einheitsbewegung wurde ziemlich scharf geführt, und es gelang der SPD bis auf wenige Ausnahmen, ihre Mitglieder wieder aus den Einheitskomitees herauszuziehen.

Die Einheitskomitees wurden in dieser Zeit gezwungen, den Massendruck zu steigern. Sie organisierten die Stellungnahme der Betriebe und Gewerkschaften und versuchten soviel wie möglich proletarische und mittelständlerische Sport- und Kulturorganisationen heranzuziehen.

Der Erfolg der Betriebsarbeit war wesentlich geringer. In Betrieben, die von einer Mehrheit der SPD-Funktionäre beherrscht wurden, waren Entschlüsse für die Einheitsfront nicht durchzudrücken, zum großen Teil nicht einmal Belegschaftsversammlungen durchzusetzen. Die Betriebszellen arbeiteten im Durchschnitt noch viel zu schwach und vermochten die Passivität der Belegschaften nur in seltenen Fällen zu überwinden. In jener Zeit der rapid zunehmenden Erwerbslosigkeit wirkte die Furcht vor der Entlassung lähmend und schlug bis in alle Organisationen hinein, teilweise sogar auch in unsere Betriebszellen.

Die Folge war, daß sich bedauerlicherweise das Schwergewicht der Einheitsbewegung auf die Arbeiter in den Straßenzellen verschob und von der Eroberung der verschiedensten Vereine aus versucht wurde, einzelne Sozialdemokraten zu gewinnen und die allgemeine Stimmung für die Einheitsfront zu steigern und bis zur Erreichung organisatorischer Bindungen zu festigen.

Es gelang immerhin, den Gegenstoß der SPD bis Ende Februar soweit abzufangen, daß er keinen vollständigen Erfolg hatte.

Aufrufe von Einheitskomitees erschienen, die die Unterschriften von zehn bis zwanzig und mehr Organisationen trugen, ausgenommen SPD, ADGB und Reichsbanner. Auf die SPD-Arbeiterschaft wirkte diese Massenbeteiligung günstig und steigerte ihren zunächst keineswegs starken Widerstand gegen die Haltung der sozialdemokratischen Führer.

Ende Februar gelang es, den Rückgang aufzuhalten und die Bewegung von neuem zu steigern. Die sich häufenden Sabotagefälle und Sabotageversuche der konterrevolutionären Bürokratie gegen das Volksbegehren, Putschenthüllungen, Drohungen mit dem Staatsstreich, Ueberfälle der Faschisten auf Arbeiter und Sympathisierende waren hierbei das beste Antriebsmittel. In dieser zweiten Welle war den sozialdemokratischen Arbeitern und Funktionären der SPD bereits völlig klar und bewußt, daß sie mit dem Eintritt in die Einheitskomitees gegen den Willen ihrer Führer handelten. Teilweise versuchten sie zwar, noch immer ihre Beteiligung an diesen vor ihren Führern zu verbergen, teilweise schoben sie die Mitgliedschaft in anderen Organisationen vor. (Z. B. erklärten sie, durch Mehrheitsbeschluß eines Sport- oder Kulturvereines delegiert zu sein.) Wo sie trotz der breit und scharf geführten Pressekampagne der sozialdemokratischen Parteibürokratie in den Einheitskomitees blieben, geschah es zumeist aus folgenden lokalen Ursachen:

1. Enge persönliche Verbundenheit im Ort.
2. Allgemeine Schwäche der Arbeiterbewegung in den meisten Orten des flachen Landes, die zur Zusammenfassung der Kräfte drängte.
3. Beteiligung linker Zentrumsarbeiter oder sonstiger kleinbürgerlicher Organisationen am Einheitskomitee, was die sozialdemokratischen Arbeiter gewissermaßen beschämte.
4. Oertliche organisatorische Ueberlegenheit der KPD, besonders in den Gewerkschaftsorganisationen.

Auch in dieser zweiten Welle ist noch fast nirgends ein Bestreben der in den Einheitskomitees vertretenen Sozialdemokraten festzustellen, sich für ihr Verhalten gegen die offizielle Parteiparole irgendwie Deckung innerhalb der

Mitgliedschaft zu verschaffen. Mit Beginn der Kampagne für den Volksentscheid nahm auch die Bewegung für die Einheitskomitees einen neuen Aufschwung. Die Bewegung wurde in der SPD teilweise so stark, daß sich die SPD-Führungen genötigt sahen, ihr mit den verzweifeltsten Maßnahmen entgegenzutreten.

Nur unter dem gewaltigen Druck der Massen und aus Angst, ihren letzten Einfluß auf diese zu verlieren, gelang es, die Sozialdemokratie in der Fürstfrage bis zuletzt bei der Stange zu halten. Mehr als einmal versuchte der Parteivorstand, aus der Front auszubrechen und sich der kommunistischen Umklammerung zu entziehen. Kein Mittel wurde unversucht gelassen, die Fessel zu lockern. Nur dadurch, daß die in ihrem innersten Wesen auf Gedeih und Verderb mit der Bourgeoisie verbundenen sozialdemokratischen Führer von Anfang an unter ständig wachsendem Massendruck gehalten wurden, war es möglich, sie in die Front der Fürstengegner zu zwingen und sie dort festzuhalten. Dem gleichen Druck ist es schließlich auch zuzuschreiben, daß die Reichstagsfraktion der SPD nicht dem Kompromißgesetzensvorschlag der bürgerlichen Parteien zustimmte. Wenn der Erfolg beim Volksbegehren nicht noch größer war, so ist dies die alleinige Schuld der sozialdemokratischen Bürokratie, deren Angst vor der Massenmobilisierung und Revolution sie auch in der Fürstfindungsfrage zum direkten und indirekten Verbündeten der Monarchisten machte.

Auf den Ausgang des Volksentscheids ist eine Einwirkung der Einheitskomitees nicht vollkommen klar festzustellen. Unter fünf Wahlkreisen, die das relativ beste Ergebnis hatten, sind zwei, in denen die Einheitskomiteebewegung relativ stark war, und zwei, in denen überhaupt kein Einheitskomitee bestand. Andererseits gab es in den zehn Wahlkreisen mit den schlechtesten Ergebnissen so gut wie keine Einheitskomitees.

Die Gegenaktion der Fürstenparteien und der Hindenburg-Brief

Der Kampf um die siegreiche Beendigung des Volksbegehrens hatte der monarchistischen Ideologie lebensgefährliche Wunden geschlagen. Die monarchistische Reaktion erkannte voll die Gefahr, die der Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft drohte, wenn die Bewegung beim Volksentscheid noch an Ausdehnung gewinnt. Entsprechend den proletarischen Einheitskomitees bildete auch sie zunächst einen zentralen Arbeitsausschuß gegen den Volksentscheid.

In diesem Arbeitsausschuß waren Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Deutschvölkische Freiheitspartei, Wirtschaftspartei, alle vaterländischen Organisationen, Reichslandbund, Stahlhelm, Jung-Tannenbergbund, Deutsche Industriellenvereinigungen und eine ganze Reihe anderer bürgerlicher Verbände und Vereine vertreten.

Am 30. Mai konnte die „Rote Fahne“ das bis ins kleinste vorbereitete und ziemlich umfangreiche Programm dieses Arbeitsausschusses der Volksentscheidsgegner veröffentlichen. Dieser Arbeitsausschuß stand unter deutschnationaler Führung und war außerdem über den exkaiserlichen Bevollmächtigten von Berg mit dem Exkaiser in Holland direkt in Verbindung. Die Deutschnationalen allein hatten bis Anfang Juni 35 verschiedene Flugblätter und Broschüren herausgegeben. Um diese Zeit setzte eine geradezu infernalische Hetze und Lügenpropaganda gegen den Volksentscheid ein.

Lumpen, Verbrecher, Schufte, Diebe, Räuber wurden alle jene genannt, die für entschädigungslose Enteignung eintraten. Dabei sind dies nur wenige Stilblüten aus dem duftenden Bukett, mit dem der Kampf gegen den Volksentscheid geführt wurde. „Moskauer Schwindel“, „Bolschewistische Mache“, „Schutz des Privateigentums vor dem anstürmenden Bolschewismus“, „Zweite Revolution“, das waren die „stärksten Argumente“, die die Fürstenparteien gegen die Enteignung vorbrachten. Der ideologische Bankrott der deutschen Bourgeoisie ist noch bei keiner Gelegenheit so offen zutage getreten, wie bei diesem Kampfe um den Volksentscheid. In dem Hirtenbriefe der katholischen Bischöfe heißt es:

„Wer zum Volksentscheid geht, verletzt die obersten Gebote Gottes, verletzt die Grundsätze des natürlichen und christlichen Sittengesetzes, verletzt die obersten Gesetze eines Rechtsstaates, er versündigt sich an den Existenzgrundlagen unseres Volkes, er zerstört die christliche Familie, vernichtet den Gewerbe- und den Mittelstand, bringt die Beamten um ihre wohlverwobenen Rechte und verjagt den Bauern von Haus und Hof, da er den Eckstein unseres ganzen Volkes, das Privateigentum, aufhebt.“

In ähnlicher Weise äußerten sich die evangelischen Würdenträger, jedoch ist dieser Aufruf der katholischen Bischöfe klassisch und birgt schon sämtliche späteren Argumente der Enteignungsgegner in sich. Um diesen Hirtenbrief gruppiert sich die ganze Gegenagitation der Fürstenparteien. Von allen Kirchenkanzeln wurde dieser Erlaß verlesen und bei der Beschränktheit der Provinz- und Dorfpfaffen natürlich von diesen noch entsprechend kommentiert. Jede Partei, herunter bis zum Jungfrauenverein, marschierte mit einem Aufruf in Reih und Glied. Zu diesem „ideologischen“ Kampfe kommt der dazugehörige Terror. In einem deutschnationalen Aufruf heißt es:

„Die bürgerlichen Parteien werden am Tage der Wahl eine scharfe Kontrolle darüber ausüben, wer zur Abstimmung geht und sie werden sich diejenigen Abstimmungsberechtigten merken, von denen sie vermuten, daß sie Opfer des Schwindels der Hausagitation geworden sind. Die sich durch Abgabe ihrer Stimme außerhalb unserer Reihen stellen, die wollen wir kennen lernen.“

Dadurch, daß eine ganze Reihe Parteien und Organisationen Wahlenthaltung proklamierten und ausübten, war in Wirklichkeit die Wahl keine geheime mehr. Den kleinen Gewerbetreibenden und Geschäftsleuten wurde mit Entziehung des Kredits gedroht, den Bauern desgleichen vom Landjunker, den Arbeitern mit Entlassung. Der Terror hielt große Teile der Bevölkerung, die an sich für die Fürstenenteignung waren, von der Wahl fern, er war so ungeheuer, daß sich der preußische Innenminister Severing mit einer Polizeiverordnung an die Öffentlichkeit wenden mußte. Bürgermeister, Amtsvorsteher, Bezirksvorstände sabotierten selbst die Wahlhandlung unter dem Beifall der monarchistischen Presse ganz offen. Der Bezirksamtmann Dr. Dehler von Koburg ließ eine Anweisung zum Volksentscheid an die Gemeinden ergehen, in der es wörtlich heißt: „Gegnerische Plakate sind möglichst zu entfernen oder zu überkleben.“

Hinzu kommen die organisierten Ueberfälle der Stahlhelmer und Faschisten. So hat in Ammenhof bei Halle eine direkte Straßenschlacht stattgefunden. Schwere Kämpfe, wobei es auf beiden Seiten eine ganze Anzahl Schwer- und Leichtverletzter gab, so in Köln, Hamborn, Magdeburg, Hanenburg, Leipzig, Frankfurt a. O., Wittenberge, Eberswalde, Fürstenwalde und so weiter. Als Krönung des Gebäudes kam dann der sehr wohl im voraus einkalkulierte Hindenburg-Brief.

Der Hindenburg-Brief

Der Brief des Reichspräsidenten Hindenburg hat weit über den Volksentscheid hinaus politische Bedeutung, obwohl seine unmittelbare Wirkung nicht die von den Inszenierern erhoffte war. In der Bekämpfung des Volksentscheides gehörte der Hindenburg-Brief gewissermaßen zum Programm der gesamten monarchistischen Reaktion und war wie alles übrige planmäßig vorbereitet.

Einerseits blieb der Hindenburg-Brief, den die Reaktion an allen Anschlagssäulen Deutschlands wenige Tage vor dem Wahltag anschlagen ließ, und in ihrer Presse in allen Farben variierte, nicht ohne Eindruck auf einen großen Teil des Kleinbürgertums und beeinflusste sicher die abgegebene Stimmenzahl, andererseits trug er aber infolge der bereits zugespitzten Klassengegensätze nur zur Klärung der Verhältnisse bei. Der Brief Hindenburgs bekommt erst sein volles Gewicht, wenn man ihn in eine Reihe stellt mit den Diktaturbestrebungen und Vorbereitungen des Generals Seeckt, der Verbindung Geßlers mit der Schwarzen Reichswehr, den Putschenthüllungen der Schwerindustrie, dem Flaggenerlaß, den Angriffen auf die Verfassung, der Heraufsetzung des Wahlalters, Schaffung eines neuen Herrenhauses usw. Die bereits durchgeführte wirtschaftliche Rationalisierung soll ihre politische Sicherung finden. Die Schwerindustrie, d. h. die führende monarchistische Großbourgeoisie, weiß ganz genau, daß sie mit der fortschreitenden Rationalisierung über immer breitere Volksschichten unsagbares Elend verhängen muß, das schließlich die Rebellion dieser Schichten im Gefolge hat. Schon Streiks und große Wirtschaftskämpfe können das Werk der Rationalisierung stören. Das will sie verhindern. Außerdem hat sie es noch nicht aufgegeben, sich wiederum den Platz an der Sonne, d. h. den Weltmarkt, zurückzuerobern. Ihrer konservativen Ideologie entsprechend, glaubt sie das nur unter einem Diktator oder Imperator zu können, und in diesem Zusammenhang ist der Hindenburg-Brief ein Signal zur Sammlung für die gesamte monarchistische Reaktion. Wie weit die Dinge in Deutschland in dieser Beziehung bereits gediehen sind, sagt uns die deutschnationale „Deutsche Zeitung“ vom 11. Juni 1926 unter dem Titel „Souveränität“ des Pöbels“:

„ . . . daß sich die Parlamente mehr und mehr zu Sammelbecken von staatlich organisiertem politischen Piratentum übelster Art entwickeln.“

Die Erfahrung hat gelehrt, „daß die Kanaille nur die Peitsche bändigt und daß der herrgewordene Sklave das Messen mit eigenem Maßstab nur als Schwäche empfindet. Dem Empfinden des deutschen Volkes hätte es entsprochen, wenn man am Donnerstagabend die deutschen „Volksvertreter“ mit sanftem Druck vom Schauplatz ihres Treibens entfernt hätte, d. h. das vielverspottete und noch mehr gefürchtete Wort von einem Leutnant und zehn Mann zur Tat geworden wäre. Der Stärkere behält das Feld der Zukunft. Putsche und Hochverrat sind nicht gleich zu setzen mit der Notwehr von Männern, die nicht gewillt sind, sich noch einmal wehrlos vom roten Gassenpöbel verraten und meuchlings niederknüppeln zu lassen.“

Nach dem Leutnant und den zehn Mann wird gerufen, der diese Schwatzbude, genannt Reichstag, zum Teufel jagt und die offene Diktatur Hindenburgs proklamiert.

Statt angesichts dieser unverhüllten Drohungen mit dem Staatsstreich die einheitliche Abwehr der Arbeiterklasse zusammen mit der KPD vorzubereiten und zu organisieren, wird diese aufs unflätigste von der Sozialdemokra-

tischen Partei bekämpft und die Gefahr selbst und die Schärfe der Gegensätze durch die Sozialdemokratische Partei den Arbeitern verschwiegen.

Der sozialdemokratische „Vorwärts“ stellt den Brief Hindenburgs als eine „Privatsache des Reichspräsidenten“ hin und spricht „von einem alten Mann, der durch den Intriganten von Löbell, einem früheren königlich preußischen Minister, verführt und mißbraucht worden wäre“.

Ja, der „Vorwärts“ hielt an dieser Definition des Briefes noch fest, als Hindenburg in der Presse bereits erklären ließ, daß er die „Veröffentlichung des Briefes durch von Löbell und seine Plakatierung voll und ganz billige“. Der Sinn des Briefes selbst widerlegt den „Vorwärts“ schlagend und zeigt blitzartig auf, um was es in Deutschland geht. Hindenburg schreibt:

„Was die von Ihnen (von Loebell. D. V.) berührten, im weiteren Verlauf der Dinge von mir persönlich zu treffenden Entscheidungen anlangt, so muß ich mir — wie es die Verfassung vorsieht — meine Entschliebung vorbehalten, bis das Ergebnis des Volksentscheides und das sich hierauf gründende Ausführungsgesetz vorliegt und die Frage der Vollziehung dieser Gesetze an mich herantritt. . . . Daß ich, der ich mein Leben im Dienste der Könige von Preußen und der deutschen Kaiser verbracht habe, dieses Volksbegehren als ein großes Unrecht und als einen bedauerlichen Mangel an Traditionsgefühl und als groben Undank empfinde, brauche ich Ihnen nicht näher auszuführen. Ich sehe in ihm unter diesem Gesichtspunkt einen sehr bedenklichen Vorstoß gegen das Gefüge des Rechtsstaates, dessen tiefstes Fundament die Achtung vor dem Gesetz und dem gesetzlich anerkannten Eigentum ist. Es verstößt gegen die Grundlagen der Moral und des Rechts. Würde dieses Volksbegehren Annahme finden, so würde einer der Grundpfeiler, auf dem der Rechtsstaat beruht, beseitigt und ein Weg eröffnet, der auf abschüssigen Bahnen haltlos bergab führt. Ich sehe hierin eine große Gefahr, die gerade in unserer Lage, in der die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und ideellen Kräfte für unsere Selbstbehauptung am notwendigsten ist, und in einem Zeitpunkt, wo wir eben erst die ersten Schritte auf dem Wege zu neuer wirtschaftlicher Geltung getan haben, unsere Stellung in der Welt schädigt.“

Als Antwort auf diesen Brief des Reichspräsidenten von Hindenburg schreibt sein Wahlmacher, von Löbell, im „Deutschen Spiegel“ folgendes:

„Wer gegen den Volksentscheid kämpft, wer sich für den Reichspräsidenten in diesem Kampf einsetzt, der kämpft nicht für die Fürsten — man kann es gar nicht anders mehr ausdrücken —, der kämpft für die moralischen und rechtlichen Grundlagen des deutschen Staates, der weiß, daß der Reichspräsident sich niemals dazu hergeben wird, den Rechtsstaat zu zerstören und den Staat der politischen Willkür der kommunistischen und sozialdemokratischen Führer und der Demokraten, die diese Tendenzen unterstützen, zu überlassen.“

Der bei den Putschenthüllungen durch die preußische Regierung entlarvte Herr von Sodenstern hat nach einem Besuch beim Reichspräsidenten von Hindenburg in bezug auf den Brief folgende Meldung der Presse übergeben. Die „Deutsche Zeitung“, das Organ der Deutschnationalen, schreibt darüber:

„Nach einer uns soeben aus New York zugegangenen Privatmeldung hat sich eine Gruppe der dortigen Bankiers für den Fall, daß der Volksentscheid zur Annahme gelangen sollte, für die Sperrung der Kredite in Deutschland ausgesprochen. Wie man hört, sollen die Bankiers bereits mit englischen Bankiers in Fühlung treten und dort der gleichen Auffassung begegnet sein.“

Sodenstern schreibt dann als Kommentar zu dieser Meldung in der „Deutschen Zeitung“ noch folgendes:

„Arbeiterentlassungen und Betriebseinstellung würden die Folge sein. Arbeiter und Angestellte könnten sich bei den Herren Sozis und Kommunisten bedanken, wenn sie plötzlich auf die Straße geworfen und brotlos gemacht würden. Daß das mit dem Ausbruch innerer Unruhen gleichbedeutend ist, braucht hier nicht mehr erörtert zu werden.“

Was Herr von Hindenburg in seinem Briefe entsprechend seiner Stellung als Reichspräsident noch etwas zu umschreiben gezwungen ist, das sprechen die Herren von Löbell und Sodenstern offen aus. Hindenburg hätte den Volksentscheid niemals durchgeführt. Die monarchistische Diktatur wird hier offen angekündigt. Und das ist es, was der „Vorwärts“ den sozialdemokratischen Arbeitern verschweigt, weil er sie sonst auf die ungeheure Gefahr aufmerksam machen müßte, in der die ganze Arbeiterklasse durch die monarchistischen Restaurationsbestrebungen der Reaktion schwebt. Der Hindenburg-Brief ist nicht, wie der „Vorwärts“ schreibt, „ein bedauerlicher Irrtum des alten Herrn“. Hindenburg war und ist nicht der Verführte und das Werkzeug von Löbell, wie der sozialdemokratische „Vorwärts“ den Arbeitern weiszumachen beliebte. Im Gegenteil, im „Berliner Tageblatt“ vom 17. wurde geschrieben, daß „Herr von Hindenburg an Herrn von Löbell herangetreten sei und ihn ersucht habe, den Kampf gegen den Volksentscheid aufzunehmen“.

Der Brief Hindenburgs ist keineswegs die Entgleisung eines schwachen verführten Greises, wie es die Sozialdemokraten und andere Republikaner darzustellen versuchen. Hindenburgs Brief ist vielmehr der Ausdruck dafür, daß der legale Staatsapparat der bürgerlichen Republik die Führung für die Durchführung der Staatsstreichpläne der Großbourgeoisie und Monarchisten übernommen hat. Der republikanische Reichspräsident und die ebenso republikanische Regierung schleudern mit dem Hindenburg-Brief der Arbeiterklasse und den verarmten Mittelschichten den Fehdehandschuh vor die Füße. Der Brief Hindenburgs ist Alarm und Sammelruf für alle Geldsackgläubigen. Schon beginnen im Lager der Sozialdemokraten und Demokraten die Stimmen laut zu werden, die sich offen für die Fürstenknechte erklären. Altbekannte Töne, die wir von 1918/19/20 und 1923 her kennen, die den Zerfall des Reiches, der bolschewistischen Flut und andere erschreckliche Dinge an die Wand malten, erheben die schwarzweißbroten genau so wie die schwarzrotgoldenen Ordnungsmänner in bester Uebereinstimmung.

Die Schwarzweißbroten sind Fürstenknechte aus Prinzip. Die Schwarzrotgoldenen sind Fürstenknechte aus Prinzipienlosigkeit. Beide eint das gemeinsame Interesse der Unantastbarkeit der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und an der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems. Beim Volksentscheid gerieten diese Herrschaften allerdings in Widerspruch zu ihren Anhängern.

Noch selten haben die bürgerlichen Parteien ihrer Klassenherrschaft das republikanische Mäntelchen so brutal vom Leibe gerissen, wie es wegen des Volksentscheids Hindenburg, der republikanische Reichspräsident, und seine Hintermänner mit ihren fortgesetzten offenen Staatsstreichdrohungen tun.

Das Zahlenergebnis und seine Lehren

Durch den ungeheuren ideologischen und organisatorischen Terror, den die Bourgeoisie auf alle Bevölkerungsschichten ausübte, glaubte sie die bei dem Volksbegehren aufgebrachte Stimmenzahl von 12,5 Millionen beim Volksentscheid unter diese Zahl herabdrücken zu können. Dagegen wurden

am 20. Juni insgesamt 14,5 Millionen „Ja“-Stimmen für die Enteignung aufgebracht. Der Erfolg muß um so höher bewertet werden, weil der Hauptteil der Agitation, Propaganda und Organisation von der KPD fast ganz allein getragen wurde.

Die abgegebenen 14,5 Millionen „Ja“-Stimmen beim Volksentscheid verteilen sich schätzungsweise auf die einzelnen Parteien wie folgt:

KPD	zirka 2,5—3	Millionen
SPD	zirka 7 —8	Millionen
Demokraten	zirka 1 —1,25	Millionen
Zentrum	zirka 1 —1,50	Millionen
Rechtsparteien	zirka 1,5—2	Millionen

Von den etwa 18 Millionen wahlberechtigten Proletariern, bzw. den etwa 15 Millionen wahlberechtigten deutschen Industriearbeitern, haben einige Millionen nicht für die Enteignung der deutschen Fürsten gestimmt. Darunter fallen wahrscheinlich die etwa 2 Millionen Landarbeiter, die unter dem Terror der Großagrarien, Landräte und Militärverbändler auch physisch von der Wahl ferngehalten wurden. Da unter den 14,4 Millionen „Ja“-Stimmen mindestens 2, wahrscheinlicher mehr als 3 Millionen Nichtproletarier sind, haben etwa 4 Millionen Industriearbeiter bzw. 6—7 Millionen Proletarier im allgemeinen nicht für die Enteignung gestimmt.

Die vier Wahlkreise, in denen eine Mehrheit der „Ja“-Stimmen vorhanden ist (Berlin, Potsdam II, Hamburg und Leipzig), sind vor allem großstädtische Wahlkreise. Die ihnen in der Tabelle unmittelbar folgenden Wahlkreise mit den prozentual meisten „Ja“-Stimmen umfassen zum größten Teil industrielle oder großstädtische Gebiete. Auffällig ist, daß das Ruhrgebiet (Wahlkreis Düsseldorf-Ost) mit den Prozentzahlen der „Ja“-Stimmen erst an elfter Stelle hinter Magdeburg und Südhannover folgt. Das wird einerseits auf den großen Einfluß des Zentrums und andererseits auf die noch immer große Schwäche der KPD im Ruhrgebiet zurückzuführen sein. Halle-Merseburg folgt mit 39,4 Prozent gar erst an 15. Stelle hinter Hessen-Darmstadt und Hessen-Nassau. Die „Ja“-Stimmen in diesem Bezirke machen nur 116 Prozent der SPD- und KPD-Stimmen bei den Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 aus, während Berlin 160 Prozent, Köln-Aachen sogar 209 Prozent aufbrachten.

In Oberschlesien, obwohl Industriegebiet, betragen die Ja-Stimmen 24,4 Prozent aller Stimmberechtigten. Das ist sicherlich auf die große Stärke des Zentrums in diesem Bezirk zurückzuführen.

Die (prozentual) wenigsten Stimmen brachten die Agrarbezirke auf: Pommern, Oberbayern, Ostpreußen, Koblenz, Trier und Niederbayern. Hier fehlt Mecklenburg, das mit 34 Prozent hinter Köln rangiert und wo die Landtagswahlen erst vor kurzem einen Sieg der Weimarer Parteien brachten.

Von Interesse ist das Verhältnis im monarchistischen Bayern, wo sich die KPD im halblegalen Zustand befindet und unter ganz besonderem Terror zu leiden hat. Die Ja-Stimmen machen dort nur 12,5 Prozent aller Wahlberechtigten aus.

Im Chemnitzer Bezirk betragen die Ja-Stimmen nur 93,7 Prozent der Eintragungen zum Volksbegehren. Das ist wahrscheinlich auf die Lage in Sachsen zurückzuführen: während die sächsischen Demokraten, die die Mehrzahl ihrer Anhänger in diesem Bezirke haben, sich zum Volksbegehren

loyal verhielten, führten sie gegen den Volksentscheid eine große Kampagne durch. Dabei wurden sie stillschweigend von den 23, den „alten Sozialdemokraten“, unterstützt. Hinzu kommt, daß sich die Spaltung der sächsischen SPD gerade in der Zwischenzeit vom Volksbegehren zum Volksentscheid vollzog.

In Groß-Berlin, das sich auf die Wahlbezirke Berlin, Potsdam I und Potsdam II verteilt, wurden 1 759 376 Ja-Stimmen abgegeben, d. s. die Stimmen von 57,8 Prozent aller Wahlberechtigten.

Die Rechtsparteien haben am wenigsten in denjenigen Bezirken verloren, wo sie bei der letzten Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 stärker waren als der Weimarer Block plus Kommunisten. Dagegen hatten sie in solchen Wahlkreisen, in denen sie bereits bei der letzten Reichstagswahl wesentlich schwächer waren als Linksblock plus KPD, teilweise stärkere Verluste, zum Teil müssen 5—30 Prozent ihrer Wähler mit Ja gestimmt haben, wahrscheinlich vereinzelt noch mehr.

Das Zentrum hat in den fünf hauptsächlich katholischen Wahlkreisen in Westdeutschland $\frac{3}{4}$ bis 1 Million seiner Anhänger als Ja-Wähler beim Volksentscheid gestellt. Dort erhielten KPD, USP und SPD bei der letzten Reichstagswahl 1,366 Millionen Stimmen; beim Volksbegehren trugen sich 1,851 Millionen ein, beim Volksentscheid stimmten 2,273 Millionen dort mit Ja. Trotz der von allen katholischen Kanzeln verbreiteten Bischofs-erklärung gaben doch allein in den fünf katholischen Bezirken in Westdeutschland noch weitere 400 000 Katholiken ihre Stimme für das Enteignungsgesetz ab.

Am Tage nach der Wahl setzte eine eifrige Kommentierung des Wahlergebnisses durch die bürgerliche und sozialdemokratische Presse ein. Die wahre Stellung der SPD-Führerschaft zum Volksentscheid kommt sofort am Tage nach der Wahl in folgendem Zitat aus dem „Vorwärts“ zum Ausdruck:

„Zweifellos ist, daß die Parole der entschädigungslosen Enteignung der Fürsten auf einen Teil der Wähler abschreckend gewirkt hat. Wäre es möglich gewesen, dem Volke einen einzigen Gesetzentwurf zu unterbreiten, der den Fürsten eine gewisse mäßige Abfindung beließ, so hätten die Gegner gegen ihn überhaupt keine Waffen gehabt, und der volle Sieg wäre wahrscheinlich gewesen“.

So bereitete der sozialdemokratische Parteivorstand schon am Tage nach der Wahl seinen neuen Umfall und seine Zustimmung zum Fürstenkompromißgesetz im Reichstag vor. Um den Preis einiger Ministersitze wären sie sofort bereit gewesen, auf den von ihnen sonst soviel gepriesenen Volkswillen zu pfeifen. Daß es anders kam, ist nicht die Schuld der sozialdemokratischen Führerschaft, sondern es ist einerseits dem bestehenden, von der Kommunistischen Partei organisierten Massendruck zu verdanken, andererseits dem Umstande, daß die Pläne der Bourgeoisie in anderer Richtung gehen:

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schrieb am Tage nach der Abstimmung:

„Die geistige Führung des Kampfes lag bei der Kommunistischen Partei, will sagen, in Moskau. Es sollte eine Generalprobe für spätere Entscheidungen in Deutschland sein. Die Sozialdemokratie, innerlich immer mehr zerrissen und von dem radikalen Flügel der Unabhängigen terrorisiert, widerstand aus Furcht vor den Massen dem Druck von links nicht. Gegen den Willen der Führer stürzte sie sich in die Arme der Kommunisten, deren wahres Verhältnis zu ihr im Laufe des Wahlkampfes in

Presse und Versammlungen sehr drastisch zum Ausdruck kam. Daher auch die deutlich fühlende Angst der Sozialdemokratie vor einem zu großen Erfolg der Abstimmung. Sie hätte mit einem Sieg nichts anzufangen gewußt.“

Eine treffendere Charakteristik der Sozialdemokratie über ihre Haltung im Kampfe um den Volksentscheid wären selbst wir Kommunisten nicht imstande zu geben. Aehnliche, ebenfalls sehr treffende Bemerkungen macht die demokratische „Vossische Zeitung“:

„Gewünscht haben einen positiven Ausgang des Volksentscheids höchstens die Kommunisten. Schon den Sozialdemokraten war es — wenn sie es auch öffentlich weder werden zugeben wollen noch zugestehen können — mehr um die Demonstration als um einen sachlichen Erfolg zu tun, der von vornherein nicht zu erreichen war. . . . Der kommunistische Ursprung des Volksbegehrens war noch nicht vergessen. Der Antrag auf entschädigungslose Enteignung der früheren Fürsten durch Volksentscheid war eine kommunistische Demonstration, der sich die Sozialdemokraten später angeschlossen haben, weil sie fürchten, sonst ihre Massen an die Kommunisten zu verlieren.“

Das „Berliner Tageblatt“ plauderte noch mehr aus:

„Daß der Volksentscheid für entschädigungslose Enteignung nach den jetzigen Verfassungsbestimmungen aussichtslos war, daß die Sozialdemokratie einen Fehler beging, als sie, die die entschädigungslose Enteignung ursprünglich nicht wollte, dem kommunistischen Antrag sich anschloß, war unzweifelhaft und wurde auch von den meisten sozialdemokratischen Führern selbst zugegeben.“

Die Betrachtungen des Wahlergebnisses selbst durch die bürgerliche Presse zeigte ohne Ausnahme tiefsten Pessimismus.

Die deutschnationale „Deutsche Zeitung“ schrieb:

„Aber auch rein zahlenmäßig betrachtet, gibt der Ausgang des Sonntags den anständigen Deutschen keinen Anlaß zur Freude. Von rund 39 Millionen Stimmberechtigten haben 14½ Millionen mit Ja gestimmt; das ist zwar weit weniger als die Hälfte aller Stimmberechtigten, aber doch etwa 2 Millionen mehr, als beim Volksbegehren auf die Beine gebracht werden konnten. Bedenkt man weiter, daß es ja niemals gelingt, sämtliche Stimmberechtigten an die Urne zu bringen, so erscheint der Erfolg noch größer. Ueberall in der deutschen Republik haben die Ja-Stimmen gegenüber den beim Volksbegehren abgegebenen zugenommen, mit einer einzigen Ausnahme. Am schlimmsten sieht es, wie voraussehen, im Wasserkopf Berlin aus, in dessen inneren Stadtteilen rund zwei Drittel, während in Groß-Berlin über die Hälfte aller Berechtigten mit Ja gestimmt haben. Berlin ist und bleibt der Hort des Moskowitertums auf deutschem Boden. Wir betonen mit aller Schärfe: „Was sich am Sonntag ereignete, ist für die Rechtsparteien kein Sieg, war nur die Abwehr eines Angriffes. Es gilt, auf der Hut zu sein und den Gegenschlag vorzubereiten.“

Die deutschnationale „Kreuzzeitung“ schrieb:

„Und trotzdem haben wir so wenig Grund, von einem durchschlagenden Erfolg zu reden wie die Linke. Der Einbruch in die bürgerlichen Wählermassen ist den Marxisten dank der Haltung der Demokraten in noch stärkerem Maße als beim Volksbegehren gelungen. Die revolutionäre Flut ist wieder auf über 36 Prozent gestiegen. An dieser Tatsache vorüberzugehen, weil der sozialistisch-kommunistische Vorstoß nicht zum Ziel gelangt ist, hieße Vogel-Strauß-Politik treiben.“

Die volksparteiliche „Tägliche Rundschau“, das Organ des Reichsaußenministers Stresemann, stellte fest:

„Aber wir sind uns auch klar, daß wir deshalb noch lange nicht den Sieg unser nennen können.“

Diese Pressezeitung zeigen alle das befreiende Aufatmen nach der Beseitigung einer drohenden schweren Gefahr. Sie drücken keineswegs Jubelstimmung aus. Die bürgerlichen Parteien haben immer noch die größten Befürchtungen, da die Kampagne in das gesamte bürgerliche Lager große Löcher gerissen hat. Sie waren denn auch bemüht, so schnell wie möglich

und in aller Stille das Gesetz zur Fürstenabfindung im Reichstage durchzubringen. Man ließ alle Minen springen, um die Sozialdemokratie zur Zustimmung zu diesem Kompromißgesetz zu bringen, um sie vor allem dadurch aus der Umklammerung durch die Kommunisten zu befreien, und um sie den „Staatsnotwendigkeiten“ wieder nahe zu bringen.

Aber trotz des heftigen Druckes der Demokraten und des Zentrums, trotz aller Versprechungen auf eine eventuelle Große Koalition, trotz aller Warnungen vor einem „Ruck nach rechts“, der die Konsequenz der sozialdemokratischen Ablehnung des Kompromisses in der Fürstenabfindungsfrage sein müßte, trotz des starken Druckes der sozialdemokratischen Minister in der Preußenregierung und der Kreise um Hermann Müller, Hilferding beschloß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nach langem Kuhhandel mit 78 gegen 36 Stimmen die Ablehnung des Kompromisses.

Dieser Beschluß wurde unter dem Druck der sozialdemokratischen Organisationen, der allgemeinen Stimmung in den Massen und der Furcht vor der Kommunistischen Partei gefaßt. Er bedeutet eine glatte Niederlage der ausschlaggebenden Parteiführung und der Sozialdemokratie und zeigt deutlich den Grad der Radikalisierung der sozialdemokratischen Arbeitermassen und den ideologischen Einfluß der KPD auf diese an. Er ist der beste Beweis dafür, daß die KPD die Volksbewegung von Anfang an entfacht, geleitet und geführt hat.

Politische Lehren und Schlußfolgerungen

Die Bewegung für den Volksentscheid hat in Deutschland ungeheure Massen politisiert und in Bewegung gebracht, denn die Agitation und Propaganda wurde in das letzte Bauernhaus getragen. Wenn auch die Sozialdemokratie ängstlich eine klare Fragestellung vermieden hat, so wurde dies von der Kommunistischen Partei in schonungsloser Weise besorgt. Von der KPD wurde der Kampf für den Volksentscheid in Verbindung bzw. in innigem Zusammenhang mit allen außer- und innerpolitischen schwebenden Fragen geführt und so ein mächtiges Stück Aufklärungsarbeit geleistet. Nackt und ohne jede Schminke wurden die Ziele der Konterrevolution aufgedeckt und der einzige Ausweg, die Revolution und die revolutionäre Machtergreifung durch die Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten werktätigen Bauernschaft aufgezeigt. Die Sozialdemokratische Partei behauptete allerdings, daß gerade wegen dieser prinzipiellen Agitation „der volle Sieg beim Volksentscheid nicht erreicht wurde, weil dadurch große Teile der Bevölkerung abgestoßen“ wurden. Wenn trotz aller prinzipiellen Parolen und Agitation der Kommunisten sich nahezu 15 Millionen Stimmberechtigte für die Enteignungssparole aussprechen, so ist der Erfolg nur umso höher einzuschätzen. Als politische Hauptereignisse des Volksentscheides muß man registrieren:

1. die Arbeitermassen und große Schichten des Kleinbürgertums wurden in zwei großen Wahlkampagnen aufgerüttelt und stark politisiert.

2. Beim Volksentscheid kam der in den sozialdemokratischen Arbeitermassen vor sich gehende ideologische Umwälzungsprozeß klar zum Ausdruck. Große Teile davon befanden sich in offener Rebellion gegen die von der Parteibürokratie betriebene Koalitionspolitik und zwangen den Parteivorstand, gegen die Fürsten Stellung zu nehmen.

3. Der gleiche Prozeß macht sich in den Gewerkschaften bemerkbar. Durch die Kampagne für die Fürstenenteignung hat die Kommunistische Partei den um sie gelegten Sanitärskordon durchbrochen und wieder großes Vertrauen der arbeitenden Bevölkerungsschichten zurückgewonnen.

4. Die entscheidenden Schichten des Kleinbürgertums lösten sich von den Rechtsparteien und vom Zentrum und der demokratischen Führung los, gingen zur Arbeiterschaft über und gerieten damit unter proletarische Führung.

5. Kleinere Teile der Mittelschichten begannen sich mit dem Kommunismus auszusöhnen, andere Teile finden sich mit ihm ab.

6. Die Hälfte der demokratischen Anhänger, wahrscheinlich sogar zwei Drittel, stimmte für das Enteignungsgesetz. Vermutlich sind ein Teil der Nein-Stimmen Demokraten, die aus Protest gegen die Sabotage des Reichstages in der Abfindungsfrage zur Wahl gegangen sind und mit nein oder mit ungültigen Zetteln abgestimmt haben. Der Volksentscheid brachte die Zersetzung in die Demokratische Partei. (Austritt des Reichsbankpräsidenten Schacht!)

7. Im Zentrum zeigt sich die schwere Krise: über ein Drittel der Zentrums-wähler haben mit Ja gestimmt.

8. Durch die Kampagne wurde die monarchistische Idee außerordentlich kompromittiert. Die Rechtspresse stellt zum Teil fest, daß die deutschen Fürsten „durch die Gosse geschleift“ worden seien. Andererseits hat der republikanische Gedanke eine Verstärkung erfahren.

9. Die Machtfrage wurde im breitesten Maße aufgerollt, besonders ersichtlich beim Sturz des Reichskanzlers Luther und vor allen Dingen durch den Hindenburgbrief. Es wurde breit über die Beschränktheit der demokratischen Mittel diskutiert. Bei den sozialdemokratischen Arbeitern zeigt sich die starke Tendenz, ihre demokratischen und pazifistischen Illusionen zu verlieren.

10. Die 15 Millionen abgegebener Stimmen bedeuten eine glatte Niederlage der Reichsregierung, ein Mißtrauensvotum gegen den Reichstag und den Reichspräsidenten.

Sind diese 15 Millionen rein mechanisch betrachtet, auch nicht die Hälfte aller Wahlberechtigten, so sind sie doch weitaus über die Hälfte aller derer, die aktiv am politischen Leben teilnehmen und die sich faktisch bis jetzt an Wahlen überhaupt beteiligten.

Realpolitisch gesehen, bedeuten die 14,4 Millionen Stimmen für die Enteignung tatsächlich einen Bruch der bürgerlichen Verfassung und eine tatsächliche Bedrohung des Privateigentums.

Die links-sozialdemokratische „Frankfurter Volksstimme“ schreibt darüber:

„Die den Kampf beherrschende Parole: Für oder gegen das Privateigentum hat dem Kampf ein prinzipiell sozialistisches Gepräge gegeben. Diese besonders von den Fürstenparteien gestellte Parole dürfte in Verbindung mit dem brutalen Terror, der gegen die Anhänger der Fürstenenteignung angewandt wurde, die Zahl der urteilslosen Mitläufer auf ein Mindestmaß herabgedrückt haben.“

Die weitere Entwicklung

Nach dem Volksentscheid hatte die Regierung ganz sicher mit der sozialdemokratischen Zustimmung zum Kompromißgesetz im Reichstag gerechnet.

Zentrum und Demokraten hatten „Versprechungen“ abgegeben, daß für den Fall, daß trotz der sozialdemokratischen Zustimmung das Gesetz an den Deutschnationalen scheitern sollte, der Reichstag aufgelöst und der Wahlkampf gegen rechts für die große Koalition geführt werden würde. Dieses Versprechen war natürlich ein durchsichtiges Manöver; da die Deutschnationalen zwar gegen das Gesetz gestimmt, aber durch die Abkommandierung einiger Abgeordneten trotzdem seine Annahme herbeigeführt hätten. Denn alle bürgerlichen Parteien und vor allem die Deutschnationalen fürchteten eine Reichstagsauflösung im Zeichen der Fürstenabfindung.

Zentrum und Demokraten wollten unbedingt die Annahme des Gesetzes mit Hilfe der Sozialdemokraten. Damit hätten sie den Sozialdemokraten nicht nur den Trumpf der Fürstenenteignungsfrage aus der Hand geschlagen, sondern sie hätten auch gleichzeitig ein Mittel für eine gewisse Beruhigung ihrer empörten Anhänger gehabt.

Nach dem Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die die Niederlage des Kompromißgesetzes besiegelte, zog die Regierung das Gesetz zurück und arrangierte mit Hindenburg die Vertagung des Reichstages ohne Regierungskrise und ohne Auflösung des Reichstages. Die Regierung erhielt von Hindenburg einen Brief, in dem er sie auffordert, im Amt zu bleiben. Die Regierung blieb im Amte mit der Erklärung, daß sie den Reichstag nicht auflösen könne, da das Gesetz sowohl von rechts als auch von links abgelehnt werde. Und so wurde der Reichstag nach Erledigung der Zollfrage bis zum Oktober vertagt.

Die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat einen Sturm von Angriffen, besonders vom Zentrum und den Demokraten gegen die Sozialdemokraten entfacht. Die republikanische Presse ist voll über den „Verrat der Sozialdemokratie“ an der Republik, über den gefährlichen Rückfall in eine verantwortungslose Politik, über die gefährliche Tatsache, daß die sozialdemokratische Politik immer mehr in das Schlepptau der Kommunisten gerät. Nicht nur das Zentrum, sondern auch die Demokraten deuten an, daß die Entwicklung der sozialdemokratischen Politik unvermeidlich einen Block aller bürgerlichen Parteien zur Folge haben müsse.

Zweifellos sind die Bürgerblocktendenzen durch den Schritt der Sozialdemokratischen Partei nicht nur im Zentrum, sondern auch bei den Demokraten gewachsen. Zum Ausdruck kam dies bereits bei der Abschließung des Zollkompromisses anläßlich des deutsch-schwedischen Vertrages zwischen allen bürgerlichen Parteien.

Wie aus dem „Vorwärts“ ersichtlich ist, sind die führenden Kreise der Sozialdemokratie über die Wirkungen und die Tatsache der Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ziemlich bestürzt und kleinlaut. Sie mußten gegen ihren Willen unter dem Druck der Arbeiter diesen Schritt tun. Sie fürchteten die wachsenden Tendenzen des Bürgerblocks, sie fürchteten auch für die Preußische Regierung. Andererseits sehen sie die Gefahr für die sozialdemokratischen Organisationen und die immer größeren Schwierigkeiten für eine „kluge“ Bündnispolitik mit den bürgerlichen Mittelparteien.

Die Deutschnationalen benützen den Konflikt zwischen den Mittelparteien und der Sozialdemokratie, um die Notwendigkeit einer rein bürgerlichen Regierung zu propagieren. Sie erklären die Notwendigkeit und die Möglichkeit einer Verständigung aller bürgerlichen Parteien über alle Fragen.

Zweifellos werden von den sozialdemokratischen Führern bis zum Herbst Versuche gemacht, doch noch zu einem Kompromiß in der Fürstenabfindung zu kommen. Demgegenüber muß die Kommunistische Partei ihre ganze Kraft aufbieten, die Massen weiterhin zu mobilisieren, und so die Sozialdemokratische Partei unter ständigem Druck zu halten. Die Pläne der deutschen Bourgeoisie bleiben die alten. Sie wird weiterhin mit allen Mitteln versuchen, ihr Ziel zu erreichen. Durch den Bankrott, den der demokratische Gedanke in dieser Volksbewegung erlitten hat, wird es der KPD leichter sein, die ausschlaggebenden Schichten des deutschen Proletariats um die Fahne des revolutionären Klassenkampfes zu sammeln.

Beim Volksentscheid wurde die gesamte deutsche Bevölkerung in zwei sich bereits scharf von einander abhebende Lager gespalten. Die Bewegung in dieser Richtung zu steigern, den Prozeß zu beschleunigen, dazu bereitet die KPD für den Herbst, beim Zusammentritt des Reichstages, den „Kongreß der Werktätigen“ vor. Die Lage in Deutschland spitzt sich weiterhin mit rasender Geschwindigkeit zu. Die KPD muß daher alles tun, die Massen für die Kämpfe vorzubereiten, denen es mit gesetzmäßiger Entwicklung entgegengeht.

Moskau, den 2. Juli 1926

V. STERN: DIE TSCHECHISCHE BOURGEOISIE AM SCHEIDEWEGE

Die Tschechoslowakei spielt in der kapitalistischen Weltpolitik alles andere als eine führende und bedeutende Rolle. Dennoch wäre es falsch, die Rolle der Tschechoslowakei in dem gewaltigen Ringen zwischen Weltproletariat und Kapitalismus zu unterschätzen. Schon der Unterschied, daß die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei von allen kommunistischen Parteien in kapitalistischen Staaten, im Verhältnis zur Bevölkerungsanzahl, die weitaus größte, von der KP der SU abgesehen, die zweitgrößte kommunistische Partei der Welt ist, zeigt, daß es ganz falsch wäre, die Bedeutung der Tschechoslowakei für die proletarische Weltrevolution nur nach der verschwindenden Bedeutungslosigkeit dieses Staates im imperialistischen Wettkampf der Mächte zu beurteilen. Die Tschechoslowakei bildet einen der besonders schwachen Punkte in der kapitalistischen Weltfront, und darin liegt ihre strategische Wichtigkeit vom Standpunkt der proletarischen Revolution. Gewiß ist die Bedeutung Deutschlands, Frankreichs, Englands und mancher anderer Staaten, als möglicher Ausgangspunkt einer neuen Etappe der proletarischen Revolution und als entscheidender Kampfabschnitt derselben, viel größer, aber auch bei einer revolutionären Zuspitzung in einem dieser Länder würde die gleichzeitige Lage in der Tschechoslowakei eine sehr wichtige Rolle spielen. Man konnte dies sehr gut im Herbst des Jahres 1923 beobachten, wo im Falle eines revolutionären Aufstandes in Deutschland die tschechische Regierung vor die Entscheidung gestellt worden wäre, ob sie es wagen könne, mit bewaffneter Macht der deutschen Bourgeoisie zu Hilfe zu kommen. Aus diesem Grunde verdient die Entwicklung des Klassenkampfes auch in diesem kleinen, sonst so bedeutungslosen Lande, die volle Aufmerksamkeit des Weltproletariats, insbesondere jetzt, wo in der Tschechoslowakei eine neue Belebung und Verschärfung der sozialen Kämpfe deutlich zu beobachten ist.

In der Tschechoslowakei, die sich als einen besonders „demokratischen“ Staat bezeichnet, regierten bis jetzt nur rein tschechische Regierungen mit einem oder dem anderen slowakischen Renegaten als Parademinister, der sich „Tschechoslowake“ nennen und dem slowakischen Volke die eigene Nationalität aberkennen mußte. Um dies ohne allzu offene Demaskierung der sogenannten „Demokratie“ erreichen zu können, mußte die tschechische Bourgeoisie viel unbedingter die Hilfsbereitschaft und Koalitionsfreudigkeit der tschechischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten in Anspruch nehmen. Diese beiden reformistischen Parteien waren, von der Gründung der Republik angefangen, bis vor wenigen Monaten ununterbrochen in der Regierung und glaubten ihre Verrätereien an den Interessen der Arbeiter dadurch rechtfertigen zu können, daß sie erklärten, eine Sprengung der Koalition würde die Bildung einer tschechischen Regierung unmöglich machen und dadurch zum Zusammenbruch der „Naše Republika“ („Unsere

Republik“) und zum Verlust der durch den Krieg errungenen staatlichen Selbständigkeit und nationalen Freiheit des tschechischen Volkes führen. Da die Tschechen die Segnungen einer nationalen Unterdrückung in der alten Habsburgermonarchie genossen hatten, so wußten die tschechischen Reformisten, daß dieses Argument eine Zeitlang nicht ganz ohne Wirkung bleiben würde. Aber die Enttäuschung der arbeitenden Massen konnte auf die Dauer nicht durch nationale Phrasen beschwichtigt werden. Die Massen strömten der Kommunistischen Internationale so stark zu, daß es scheinen konnte, die tschechische Sozialdemokratie sei schon für immer gänzlich zusammengebrochen. Die vorübergehende Stabilisierung des Kapitalismus jedoch ermöglichte der Sozialdemokratie auch in der Tschechoslowakei, einen Teil ihrer Verluste wieder hereinzubringen. Aber der Kommunistischen Partei auch nur halbwegs gleichzukommen gelang ihr nicht, umsoweniger, als es nur die Kommunistische Partei verstand, Arbeiter aller Nationen in eine einheitliche Partei zusammenzuschmieden, während sich die sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Nationen in der Tschechoslowakei ebenso national bekämpften, wie ihre Bourgeoisien.

Wie in der ganzen kapitalistischen Welt, zeigt sich seit einiger Zeit auch in der Tschechoslowakei besonders deutlich, daß die Stabilisierung des Kapitalismus nur eine relative, vorübergehende ist. Wohl konnte die Valuta schon einige Jahre lang stabil gehalten werden. Wohl folgte der furchtbaren Wirtschaftskrise, die nach der Stabilisierung der Valuta einsetzte und dazu führte, daß es in dem kleinen Staate 500 000—600 000 Arbeitslose gab, eine gewisse Konjunktur, in der die Arbeitslosenzahl auf 40 000—50 000 sank. Wohl scheint das Budget des Staates ausgeglichen zu sein. Wohl ist auch die Handelsbilanz im großen und ganzen aktiv. Aber alle diese „Erfolge“ der Stabilisierungsversuche der Bourgeoisie werden mit ungeheuren Opfern der Arbeiter, Angestellten, Staatsbeamten, Kleingewerbetreibenden und kleinen Bauern erkauft, deren Lage eine im wahrsten Sinne des Wortes unerträgliche geworden ist, während dennoch eine wirkliche „Gesundung“ der Wirtschaft und der Finanzen der tschechoslowakischen Republik nicht herbeigeführt werden konnte. Die Bourgeoisie sieht sich heute genötigt, den Arbeitern neue Lasten aufzuerlegen, um sich noch eine Zeitlang über Wasser zu halten; es ist selbstverständlich, daß das jetzt, wo die Lebenshaltung der Massen schon so tief herabgedrückt ist, nicht mehr so leicht geht wie früher. In der Tschechoslowakei zeigt sich das für die ganze kapitalistische Welt typische Bild. Die Bourgeoisie geht offensiv vor. Sie ist gezwungen, zu versuchen, den Arbeitenden neue Lasten aufzuwälzen. Aber der Widerstand der Massen ist ein weitaus größerer als früher. Er ist oft so groß, daß die Abwehr einer Gegenoffensive gegen den Kapitalismus gleichkommt.

In der Tschechoslowakei ist dies klar zu sehen. Die Wirtschaftslage verschlechtert sich von Tag zu Tag. In einigen Industrien herrscht bereits eine katastrophale Lage, so seit längerer Zeit z. B. im Bergbau. Seit mehreren Wochen herrscht eine schwere Krise in der Textilindustrie, ferner in der Metallindustrie und in der Glasindustrie. Das sind die wichtigsten Industrien der Tschechoslowakei. Dazu kommt eine ziemlich schwere Agrarkrise, die die zahlreichen Kleinbauern sehr hart trifft. Die Handelsbilanz, die im letzten Halbjahr aktiv war, verschlechtert sich und war im vergangenen Monat passiv. Im Vergleich zum Vorjahre ist die Ausfuhr in der ersten

Hälfte dieses Jahres um eine Milliarde Kc zurückgegangen. Das Gleichgewicht des Budgets ist ein plumper Schwindel und verhüllt nur schlecht die Tatsache, daß in Wirklichkeit ein Milliardendefizit vorhanden ist. Die Schuldenlast hat 30 Milliarden erreicht und erfordert jährlich 2 Milliarden allein zur Verzinsung. Dazu kommt, daß noch niemand weiß, wie hoch die Summe sein wird, die die Tschechoslowakei für ihre „Befreiung“ und für die aus dem alten Oesterreich übernommenen Werte wird zahlen müssen. Man spricht ebenfalls von 30 Milliarden. Würde diese Schuld tatsächlich amortisiert werden müssen, so würde das den finanziellen Zusammenbruch zur Folge haben, denn schon die bloßen Zinsen dieser Summe wären eine buchstäblich untragbare Last.

Die Bourgeoisie weiß sich aus dieser Lage keinen anderen Ausweg als neue Raubzüge gegen die Arbeitenden. Zunächst versuchte sie die rücksichtsloseste Eintreibung rückständiger Steuern bei den Bauern und Kleingewerbetreibenden, bei den Arbeitern durch Erpressung „freiwilliger“ Abzüge vom Lohn, wodurch gleichzeitig die Einführung des gesetzlichen Steuerabzugs vom Lohn vorbereitet werden sollte. Gleichzeitig wurden den Besitzenden Millionen und Millionen von Steuerkronen nachgelassen. Die Banken erhielten ein Milliarden Geschenk auf Kosten der Sparer. Die Staatsangestellten wurden massenhaft entlassen und die übrigbleibenden um die versprochene Verbesserung ihrer Lage betrogen. Nur die Bezüge der höheren Beamten werden verbessert und das nötige Geld dazu wird durch neue indirekte Steuern (Kaffee, Zucker) aufgebracht. Die niederen Beamten bekommen nichts, aber ihre Dienstordnung und die Vorrückungsverhältnisse werden verschlechtert. Hingegen werden die Leistungen des Staates zur Bezahlung der Geistlichen um mehr als 50 Millionen Kronen erhöht. Die Bahntarife wurden weiter um mehr als 30 Prozent erhöht, auch die Posttarife werden gesteigert. Eine Reihe indirekter Steuern wurden beschlossen, die die Teuerung erhöhen müssen, und dazu kommt noch die Einführung von Agrarzöllen in der sechsfachen Höhe der Vorkriegszeit. Die politische Begleitmusik bildeten verschärfte Verfolgungen der revolutionären Arbeiterbewegung und ihrer Presse, gesteigerte Unterdrückung der nationalen Minderheiten und eine Stärkung der Macht der Klerikalen in Schule, Justiz und auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Aber all dies stieß, wie vorstehend erwähnt, auf den ernststen Widerstand der Massen, deren Elend schon zu groß ist, als daß sie eine weitere Verschlechterung ruhig hinnehmen könnten. Von dem Massenelend in der Tschechoslowakei macht man sich im Auslande nur selten eine richtige Vorstellung. Der allergrößte Teil der Arbeiter verdient kaum das steuerfreie Existenzminimum von 140 tschechischen Kronen (8 Rubel) in der Woche, und dieses Minimum ist ungefähr ein Drittel dessen, was selbst in dem kaiserlichen Oesterreich vor dem Krieg als steuerfreies Existenzminimum anerkannt wurde. „Löhne“ von 100, von 80, von 70 und sogar 60 tschechischen Kronen in der Woche sind keine Seltenheit. Davon gehen Abzüge für Sozialversicherung und dergleichen ab. Viele Arbeiter stehen in Kurzarbeit. Entsetzlich ist das Los der Arbeitslosen. Sie bekommen jetzt die Folgen des sogenannten Genter Systems zu spüren, gegen dessen Einführung die Kommunisten allein Stellung genommen hatten, während die Sozialdemokraten seine Durchsetzung ermöglichten. Nach diesem System be-

kommt der Arbeitslose nur soviel vom Staate, wie ihm die Gewerkschaft außerdem gibt. Infolgedessen sind die Arbeitslosenunterstützungen noch viel niedriger als früher, weil die Gewerkschaften außerstande sind, das zu leisten, was der Staat zu leisten verpflichtet wäre, und dennoch werden die Gewerkschaften ihrer Kampfmittel beraubt, weil das Bestreben, den Staatszuschuß nicht noch niedriger werden zu lassen, sie zwingt, ihre finanzielle Kraft zugunsten der Arbeitslosen stärker in Anspruch zu nehmen. Der Staat schämt sich auch nicht, den Gewerkschaften den Teil des Betrages der Unterstützungen, den er zu zahlen verpflichtet ist, monatelang, ja jahrelang schuldig zu bleiben. Trotz der steigenden Arbeitslosigkeit suchen aber Staat, Gemeinde und Privatunternehmen das Achtstundentagsgesetz durch sogenannte „Ueberstunden“ nach allen Regeln der Kunst zu umgehen. Diese furchtbare wirtschaftliche Lage wird selbstverständlich nicht gerade erträglicher dadurch, daß der Arbeiter auch politisch und überhaupt in jeder Hinsicht den brutalen Druck des kapitalistischen Klassenstaates zu spüren bekommt. Dazu kommt die wachsende Unzufriedenheit der Kleingewerbetreibenden, Staats- und Privatangestellten und der großen Bauernmassen, die unter dem Steuerdruck, der Teuerungspolitik und den Folgen der Agrarkrise leiden.

Es ist kein Wunder, wenn unter solchen Verhältnissen der Widerstand der arbeitenden Massen gegen die Offensive der Kapitalisten und Großgrundbesitzer immer schärfere Formen annimmt. Das zeigt sich vor allem in der Erstarkung der Kommunistischen Partei und in dem Erfolg ihrer Kampfaktionen. Schon die Wirkung des Berichtes der Rußlanddelegation war dafür bezeichnend. Obwohl die sozialdemokratische Parteiführung und Presse den brutalsten und rücksichtslosesten Kampf gegen die Arbeiterdelegation führte, die sozialdemokratischen Delegierten aufs schmutzigste verleumdete und aus der Partei ausschloß, die Berichtsversammlungen zu sabotieren versuchte, war der Erfolg ein ganz außerordentlicher. In der ganzen Tschechoslowakei wurden massenhaft besuchte Versammlungen abgehalten, und der beste Beweis für das große Interesse der Arbeiter ist der Umstand, daß noch jetzt, nach $\frac{3}{4}$ Jahren, Versammlungen mit Berichten der Delegierten abgehalten werden müssen. Die Berichterstattung aus Rußland und die sozialdemokratische Hetze dagegen führte z. B. in dem sozialdemokratischen Stützpunkt Neudeck (Karlsbader Kreis) zu einem Umschwung des Kräfteverhältnisses und in Ostböhmen zum Uebertritt einer ganzen Ortsgruppe. Ein anschauliches Bild von der Stimmung der Massen bot die Wahl im letzten Herbst. Die Partei, die vor kurzem eine sehr schwere Krise hinter sich hatte und noch unmittelbar vor der Wahl von ihren Gegnern bereits totgesagt und für „zusammengebrochen“ erklärt wurde, erreichte bei den Wahlen fast eine Million Stimmen. Und seitdem sind Größe und Einfluß der Partei im ununterbrochenen Aufsteigen, wie eine ganze Reihe wichtiger Wahlen beweisen. Die Partei beginnt auch in den Kreisen, die bisher unbestrittene sozialdemokratische Hochburgen waren, ganz gründlich festen Fuß zu fassen, so im Karlsbader und Pilsener Kreis. In dem wichtigsten Ostrauer Industriegebiet, das früher auch ein starker Stützpunkt der tschechischen Sozialdemokraten gewesen war, haben die Kommunisten die Sozialdemokratie nicht nur eingeholt, sondern vielleicht schon überholt. Drei Umstände sind es vor allem, denen die Partei diese Erstarkung verdankt. Erstens dem

wirtschaftlichen Niedergang des Kapitalismus, zweitens der zunehmenden Ermutigung der Massen durch den kommunistischen Wahlsieg und drittens, aber keineswegs zuletzt, der gesteigerten Kampftätigkeit und Bolschewisierung der Partei. Selbst diejenigen Genossen, die nach dem 5. Weltkongreß gewarnt hatten vor einem zu raschen Tempo der Bolschewisierung und vor einer entschlosseneren Kampftaktik, weil sie meinten, die Arbeiter in der Tschechoslowakei seien noch nicht reif dafür und die Partei werde ihren Massencharakter verlieren, geben heute zu, daß die Erfahrung sie eines Besseren belehrt hat. Man kann die letzten großen Aktionen der Partei in gewissem Sinne als Fortsetzung der Teuerungsaktion ansehen, die vor mehr als einem Jahre durch die Bubnikkrise eine jähe Unterbrechung erfuhr. Zum ersten mal gelang es der Partei, breiteste Massen bis weit ins Lager der Reformisten hinein in die von ihr geführte Bewegung mit hineinzuziehen und die Verbindung mit diesen Massen durch die Bildung von Einheitsausschüssen, gemeinsamen Aktionskomitees und durch Belebung und Ausgestaltung der Betriebsrätebewegung auch organisatorisch zu verankern. Das gelang schon in hohem Maße bei der Aktion gegen die Steuerabzüge vom Lohn, die alle früheren Aktionen der Partei an Wucht und Breite übertraf. Die Regierung hatte die Sache sehr schlaue eingefädelt. Nach den entsprechenden Packerleien mit den reformistischen Führern wurde eine raffinierte Komödie aufgeführt. Die Regierung erklärte, sie werde den Arbeitern, die sich ein Jahr lang Abzüge zum Zwecke der Abzahlung der Steuerrückstände „freiwillig“ gefallen lassen, den dann noch übrig bleibenden Rest des Rückstandes „schenken“, und die reformistischen Führer posaunten dies als einen großen Erfolg ihrer Intervention bei der Regierung aus und rieten den Arbeitern, rasch zuzustimmen. Die Kommunisten machten aber einen Strich durch diese schöne Rechnung und brachten die Massen so stark in Bewegung, daß dieselben reformistischen Führer gezwungen wurden, so zu tun, als ob sie den Kampf gegen die Steuerabzüge unterstützen wollten; die Regierung wurde zu Konzessionen gezwungen, um ausschließlich mit Hilfe der Reformisten einen Teil ihres Raubes doch hereinzubekommen. Der politische Hauptzweck der Regierung, den Widerstand der Arbeiter gegen die geplante gesetzliche Lohnabzugssteuer von vornherein zu brechen, wurde durch diese Aktion vereitelt. Der Verlauf dieser Aktion wurde aber noch überboten durch die Aktion gegen die Einführung von Agrarzöllen, die mit dem Kampf gegen die anderen Raubpläne der Regierung und gegen die geplante „Steuerreform“ verbunden und mit einer Kampagne zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter gleichzeitig geführt wurde. Alle diese Aktionen wurden auf Grundlage der Einheitsfronttaktik geführt, und es gelang vorübergehend, die deutschen sozialdemokratischen Führer zu einer gewissen Teilnahme zu zwingen und dadurch in Gegensatz zu den tschechischen Sozialdemokraten und auch zu ihrer eigenen prinzipiellen Ablehnung der Einheitsfront zu bringen. Die Bewegung nahm Formen an, die man in der Tschechoslowakei seit den Tagen des Dezemberstreiks nicht gesehen hatte. In der ganzen Republik kam es gegen den Willen der reformistischen Führer zu gemeinsamen Kundgebungen, die manchmal, vor allem in Prag zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei führten, und in vielen wichtigen Industrieorten von Demonstrationstreiks begleitet waren. Die Regierung wurde nervös und griff zu Massenverhaftungen und zum Terror, durch den

ein in Prag verhafteter Arbeiter zum Selbstmord getrieben wurde. Aber all das trug nur dazu bei, die Bewegung zu steigern.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Erregung der Massen und die Erstarkung des Einflusses der Kommunisten wirken sich schon seit vielen Monaten auch in schweren politischen Krisen der Regierung und des Staates aus. Der Druck der Massen störte das friedliche Zusammenarbeiten der Reformisten und der Bourgeoisie in der Koalition. Das führte schon vor einem Jahr zur vorzeitigen Auflösung des Parlaments. Die Neuwahlen vergrößerten die Schwierigkeiten der tschechischen Bourgeoisie. Die Koalition der tschechischen bürgerlichen Parteien blieb in der Minderheit, und nur durch Einbeziehung der letzten kleinen tschechischen bürgerlichen Partei, die nur, weil sie als oppositionell in die Wahlen ging, etwas gewonnen hatte, konnte eine Mehrheit von wenigen Stimmen für eine neue, noch immer rein tschechische Koalition zusammengeschustert werden; übrigens entsprach diese Mehrheit keinesfalls der Mehrheit der Wähler. Die tschechische Bourgeoisie war sich darüber klar, daß diese Mehrheit nicht auf die Dauer tragfähig sei, und begann Versuche, mit der Bourgeoisie der unterdrückten Nationen, mit den slowakischen Klerikalen oder mit den deutschen bürgerlichen Parteien zu einer neuen Regierungskombination zu gelangen. Das erwies sich aber als sehr schwierig, obwohl diese Parteien bereit waren, alle nationalen Interessen preiszugeben; nicht zuletzt hat dabei die Furcht vor einem Zustrom der Verratenen ins Lager der Kommunisten mitgewirkt, die den beginnenden nationalen Verrat schonungslos enthüllten. So kam es, daß die Koalition in die Brüche ging, ehe eine neue Regierungsmehrheit da war. Die tschechischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten wußten sich vor dem kommunistischen Massendruck keinen anderen Rat mehr, als den Uebergang zur Taktik einer Scheinopposition, nachdem sie noch kurz vorher versucht hatten, alle Schuld für das Elend der Massen auf die Tatsache zu schieben, daß die Kommunisten nicht auch in die Regierung gehen (!). Die Kommunistische Partei verstand es, die neue, durch den Zerfall der Koalition, durch die Scheinopposition der tschechischen Reformisten und die Bildung einer Beamtenregierung, ohne feste parlamentarische Mehrheit, geschaffene Lage sehr geschickt zur wirksamen Verstärkung der Einheitsfrontkampagne auszunützen und die reformistischen Führer gleichzeitig vorwärtszupeitschen und zu entlarven.

In eine besonders blamable Lage kamen dabei die Nationalsozialisten. Sie lehnten eine Aufforderung der Kommunistischen Partei, einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung zum Zwecke der Verhinderung der Zölle zu unterschreiben, mit der Erklärung ab, sie hätten ein besseres Mittel die Regierung zu stürzen, nämlich die Zurückziehung ihres Vertreters in der Beamtenregierung, des bekannten Außenministers Benesch, der als „unentbehrlich“ von der allgemeinen Verabschiedung der Koalitionsminister verschont geblieben war. Seine Demission war von der Zentrale beschlossen worden, er aber lehnte es ab, zu demissionieren. Zum Dank für diesen Disziplinbruch erhielt er noch ein Vertrauensvotum seiner Parteizentrale.

Der Plan der tschechischen Bourgeoisie ging unmittelbar dahin, die wichtigsten und dringendsten gesetzlichen Maßnahmen gegen die Arbeitenden mit Hilfe der bürgerlichen Parteien aller Nationen zu erledigen und dann zu sehen, wie man weiter kommt und zur Bildung einer festen Regierung

gelangen kann. Die Reformisten sollten nicht mit der „Verantwortung“ für die Durchführung der arbeiterfeindlichen Gesetze belastet sein, und zugleich sollte ein Uebergangszustand für die Schaffung einer neuen Regierungsmehrheit durch Heranziehung der Bourgeoisie, eventuell auch der Sozialdemokraten der Minderheitsnationen, geschaffen werden. Der erste Teil dieses Programms ist nun durchgeführt, aber das hat zu einer mächtigen Aufwühlung der Massen, zu einer Stärkung des Einflusses der Kommunistischen Partei und zu Konflikten sogar innerhalb der einzelnen bürgerlichen Parteien geführt.

Die deutschbürgerlichen Parteien, die noch vor kurzem verlangt hatten, daß man die Regierung wegen der Sprachenverordnungen und wegen der Entlassungen deutscher Beamten unter Anklage stelle, gingen mit der tschechischen Bourgeoisie durch dick und dünn, obwohl von den tschechischen nationalistischen Regierungsmaßnahmen auch nicht das geringste zurückgenommen wurde. Die deutschen Agrarier und Klerikalen stimmten nicht nur für die Zölle, für die Erhöhung der Pfaffengehälter aus Staatsmitteln, sondern auch für neue Steuern und für die Beamten Gesetze der Regierung. Diese deutschen Helden verteidigten die tschechische Regierung gegen Mißtrauensvoten der Parlamentsopposition, sie machten jede Vergewaltigung dieser Opposition mit Methoden mit, über die sie sich vor kurzem selbst noch bitter beklagt hatten, und stimmten für die Auslieferung von oppositionellen Abgeordneten an die Gerichte. Es war ersichtlich, daß sie sich schon als Regierungsparteien fühlen und daß sie bereit sind, unter Preisgabe sämtlicher auch der bescheidensten Forderungen in bezug auf die nationalen Minderheiten, in die Regierung zu gehen. Genau das gleiche Bild zeigten die slowakischen Klerikalen (die Partei Hlinkas). Ihr Verhalten stößt einen großen Teil der Anhängerschaft dieser Parteien von ihnen ab, vor allem die Schichten, die nur durch nationale Schlagworte in der Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien gehalten werden. Die deutsche Bourgeoisie war zwar schlau genug, zwei kleine bürgerliche Parteien, die deutschen Nationalsozialisten (die faschistischen Hitlerleute) und die Deutschnationalen (die chauvinistische Partei der deutschen Industrie- und Finanzkapitalisten) in der Opposition zu lassen, um die durch den nationalen Verrat abgestoßenen Massen für die Bourgeoisiepolitik zu retten. Auch die deutsche Sozialdemokratie trat in der Rolle der „schärfsten Opposition“ auf, um zu verhindern, daß die Massen unter kommunistischen Einfluß geraten. Ungeachtet dieser „Schärfe“ leuchtet es jedermann ein, daß nur die Kommunisten den Kampf entschlossen, bis zu den letzten Konsequenzen, führen wollen und daß nur sie den einzigen möglichen Weg zeigen: den Zusammenschluß aller Ausgebeuteten und Unterdrückten ohne Unterschied der Nation. In der deutschen klerikalen Partei der Christlichsozialen besteht gleichfalls eine Opposition, insbesondere ist es der Arbeiterflügel, der Stellung nimmt gegen die Politik der Führung.

Noch viel schärfer sind die Gegensätze in den tschechischen bürgerlichen Parteien. In der tschechischen klerikalen Volkspartei ist es zu einer offenen Auflehnung der „Arbeiterführer“ gekommen, deren Vertreter; der Abgeordnete Curik, in seinem Blatte „Budoncnost“ gegen die Bewilligung der Agrarzölle Stellung nahm. Der Kampf zwischen dem rechten Flügel der tschechischen Bourgeoisie unter der Führung Kramarschs und dem „linken“ Flügel,

repräsentiert vor allem durch die Namen Masaryk und Benesch, hat sich verschärft. In der tschechischen Bourgeoisie machen sich je nach der politischen Lage, bald schwächer, bald wieder stärker, aber immer deutlicher, ausgesprochen faschistische Tendenzen geltend.

Diese faschistischen Tendenzen traten klar schon in dem Augenblick hervor, als die alte Koalitionsregierung in die Brüche ging und die Möglichkeit einer „demokratischen“ Lösung sehr gering schien. Die Organisation der eigentlichen Faschisten in der Tschechoslowakei ist zwar sehr klein und ihr Anhang belanglos, aber der Chef des Generalstabs, der bekannte General Gajda, sympathisierte offen mit ihnen, und in fast allen tschechischen bürgerlichen Parteien und sogar in der tschechischen Sozialistischen Partei gibt es einen faschistischen Flügel, der vor allem in der Partei der tschechischen Industrie- und Finanzbourgeoisie, in der Nationaldemokratischen Partei besonders stark ist. Kramarsch und seine Unterführer ließen immer häufiger ihren Spruch „Wenn es nicht mit der Demokratie geht, dann muß es ohne sie gehen“ ertönen. Plötzlich trat sogar ein Führer der Nationalsozialisten, der Abgeordnete Stribrny, der noch kurz vorher Kriegsminister gewesen war, offen für die Anwendung faschistischer Methoden ein. Das stieß allerdings unter der Mitgliedschaft dieser Partei, in erster Linie unter der Jugend, die für die Einheitsfront mit den Kommunisten ist, auf so lebhaften Widerstand, daß Stribrny den Rückzug antreten mußte und der „demokratische“ Kľofac die Oberhand in der Partei gewann.

Je mehr sich die Möglichkeit eines Zusammengehens mit der deutschen Bourgeoisie und den slowakischen Klerikalen zeigte, desto mehr flaute dieser erste faschistische Vorstoß ab. Auch die Erfolge der kommunistischen Aktionen mahnten die tschechische Bourgeoisie zur Vorsicht, und während des großen Sokoltages am 6. Juli, der wegen der Konzentrierung der Mitglieder dieser nationalistischen Massenwehrorganisation in Prag für einen faschistischen Putsch vielleicht hätte in Frage kommen können, dachte niemand mehr ernstlich an eine solche Möglichkeit, denn die Zollaktion hatte gerade damals ihren Höhepunkt erreicht. Der Masarykflügel ging jetzt sogar soweit, den General Gajda auf Zwangsurlaub zu schicken und seine Entlassung vorzubereiten.

Aber in der allerletzten Zeit traten die faschistischen Bestrebungen neuerlich hervor. Die nationaldemokratische Presse wird immer deutlicher. Sogar das Blatt der tschechischen Agrarier, der „Venkov“, bringt Artikel, in denen bei aller Anerkennung, daß in der Tschechoslowakei die Dinge anders lägen als in anderen Ländern, an der Hand eines Vergleiches zwischen Italien und Frankreich die großen Vorzüge der Diktatur gegenüber der Demokratie aufgezählt werden. Der rechte Flügel der Bourgeoisie nimmt energisch für Gajda Stellung, der vor kurzem in einer Versammlung faschistischer Legionäre das Wort ergriffen hatte. Das ist kein Zufall, sondern eine Folge der Tatsache, daß die tschechische Bourgeoisie durch die letzten Abstimmungen im Parlament nur eine kurze Frist gewonnen hat, nach der alle Schwierigkeiten erneut und verschärft wieder in Erscheinung treten müssen. Die Abstimmung über das Budget ist fällig und die Frage einer festen Regierungsmehrheit immer noch ungelöst. Die tschechischen Reformisten möchten ja gerne, nachdem die peinlichsten Gesetze mit bürgerlicher Mehrheit angenommen sind, wieder in die Regierung zurück, aber es ist

fraglich, ob ihnen dies Infolge der Stimmung der Arbeiter möglich sein wird. Die Bildung einer festen Regierungsmehrheit mit Deutschen und Slowaken ist auch nicht so leicht, obwohl diese bereit sind, sich auf das allerbilligste, allenfalls auch gegen bloße Ministerposten zu verkaufen. Wollte man Neuwahlen, so müßten sie spätestens im Herbst erfolgen, weil im nächsten Jahre die Präsidentenwahl (übrigens auch eine sehr harte Nuß für die tschechische Bourgeoisie) fällig ist und ein halbes Jahr vorher keine Parlamentsauflösung nach der Verfassung erfolgen darf. Die tschechische Bourgeoisie muß also mit der Möglichkeit von Komplikationen rechnen, und damit, daß es schließlich ganz ausgeschlossen sein könnte, eine „demokratische“ Lösung zu finden, und daß es dann eben „ohne Demokratie“ gehen müßte. Gewiß, die tschechische Bourgeoisie wird alles tun, um, solange es nur möglich ist, den Schein der Demokratie zu wahren. In der Tschechoslowakei sind faschistische Experimente für die Bourgeoisie das Gefährlichste, was sie unternehmen kann. Die demokratische Tradition ist sehr stark. Das Proletariat ist in der Tschechoslowakei trotz der furchtbaren gewerkschaftlichen und nationalen Zersplitterung eine große Macht. Die Bauern der Slowakei sind in hohem Maße, die Bauern von Karpathorußland fast alle Anhänger des Kommunismus. Die Tschechen bilden nur die Hälfte der Bevölkerung, und die unterdrückten Nationen wohnen in ziemlich geschlossenen Siedlungsgebieten und, mit Ausnahme der Slowaken, neben Staaten gleicher Nation. Von den Soldaten hat ein sehr hoher Prozentsatz kommunistisch gewählt. Ein faschistischer Putsch kann unter diesen Umständen für die tschechische Bourgeoisie sehr verhängnisvoll enden. Auf der andern Seite kann aber doch eine Lage eintreten, wo die tschechische Bourgeoisie keine andere Wahl hat. Sie hat auch die Möglichkeit, die Diktatur nach dem Muster Pilsudskis unter dem Zeichen Masaryks als eine scheinbare Abwehrmaßnahme gegen den Faschismus „von rechts und links“ einzuführen und sich dabei auf die Hilfe aller sozialdemokratischen Führer zu verlassen, und zwar unter der Parole: „Der tschechische Staat, die nationale Freiheit, das Ergebnis der tschechischen nationalen Revolution sind in Gefahr“. In der Sokolorganisation und anderen nationalen Organisationen hat die tschechische Bourgeoisie eine für solche Aufgaben ziemlich zuverlässige disziplinierte Kampftruppe zur Verfügung. Die faschistische Gefahr darf also nicht unterschätzt werden, so wenig man sie auch überschätzen soll.

Zusammenfassend läßt sich nach alledem sagen: Man kann in der Tschechoslowakei noch nicht von einer unmittelbar revolutionären Situation sprechen. Die kapitalistische Wirtschaft des Landes und sein politisches System besitzen noch immer eine relativ hohe Festigkeit. Es ist der Bourgeoisie neuerlich sogar gelungen, neue Lasten den Arbeitenden aufzuerlegen, um die eigene Lage zu festigen. Aber das ist nur gegen den scharfen Widerstand und um den Preis der gesteigerten Revolutionierung der Massen sowie der Verschärfung der Schwierigkeiten im eigenen Lager erreicht worden und kann nichts an der Tatsache des wirtschaftlichen Niederganges ändern. Die Bourgeoisie versteht es, auch in politischen Lagen, die wie die gegenwärtige in der Tschechoslowakei fast aussichtslos zu sein scheinen, einen Ausweg für einige Zeit zu finden. Aber, da sie nicht imstande ist, den wirtschaftlichen Krankheitsprozeß zu beseitigen, so wird sie auf die Dauer auch die weitere Verschärfung der politischen Krisen und des Klassenkampfes nicht verhindern

können. Auf wirtschaftlichem Gebiete muß sie bereits mit untauglichen Mitteln arbeiten. Ihre Zollpolitik wird durch die Gegenmaßnahmen der anderen Staaten wirkungslos gemacht. Die neuen Zölle der Tschechoslowakei haben schon zu Gegenmaßnahmen Ungarns und anderer Staaten geführt. Neue indirekte Steuern, Tarifierhöhungen und auch die Zölle erhöhen die Teuerung und verschärfen dadurch die Wirtschaftskrise nicht nur durch die Unterbindung der Konkurrenzfähigkeit nach außen, sondern auch durch Senkung der inneren Kaufkraft, die in der Zeit der allgemeinen Zollabspernung immer größere Bedeutung gewinnt. Das wird in der Tschechoslowakei durch die Politik der Nichtanerkennung Rußlands und der Unterstützung der russischen und ukrainischen weißgardistischen Emigranten, an Stelle engster Beziehungen zu Sowjetrußland, noch verschlimmert. Auch in der Tschechoslowakei geht man jetzt, wie in Deutschland, zur „Rationalisierung“ über. Das Ergebnis ist das gleiche. Die Erfolge der Tschechoslowakei im Außenhandel werden durch die ähnlichen Maßnahmen der anderen Staaten in Frage gestellt, im Innern ergibt sich wieder verringerte Kaufkraft und gesteigertes Elend der breiten Massen. Bleibt noch, wie für so viele andere Staaten, auch für die Tschechoslowakei, das letzte Rettungsmittel: Hilfe von außen. Aber da zeigt sich kraß die Wichtigkeit der Berücksichtigung der Lage in der ganzen kapitalistischen Welt für eine richtige Beurteilung der Lage in irgendeinem Lande. Krisen und Schwierigkeiten, die an sich nicht sehr bedeutungsvoll wären, werden einschneidender in einer Zeit, in der auch andere europäische Länder von einer ähnlichen Krise erfaßt sind. Aber jetzt mehrt sich die Zahl der Länder, die Hilfe brauchen, ganz unheimlich. Neben Polen auch Belgien, Italien, unter anderem selbst das „siegreiche“ Frankreich. Es ist klar, daß diese Hilfsbedürftigkeit die Rettung der älteren Stipendiaten gefährdet. Von entscheidender Bedeutung ist dabei auch die Rückwirkung der Klassenkämpfe eines Landes auf die anderen.

Das alles muß berücksichtigt werden, wenn man die Lage in der Tschechoslowakei richtig einschätzen will. Die augenblickliche „Stille“, die in der Tschechoslowakei nach den letzten bewegten Tagen eingetreten ist, wird nur ganz vorübergehender Natur sein. Schon im Herbste darf man neue und größere Schwierigkeiten der tschechischen Bourgeoisie erwarten. Sehr bezeichnend für die Lage ist, daß die getreue Trabantin der Bourgeoisie, die tschechische Sozialdemokratie, trotz des Uebergangs zur Scheinopposition an Einfluß verliert, während sonst eine solche Aenderung der Taktik der Sozialdemokratie anderer Länder meist sehr genützt hat. Das kommt auch daher, weil unsere Partei es sehr gut versteht, die Sozialdemokratie vor die Entscheidung zu stellen, ob sie auch die positive Konsequenz aus ihrer „oppositionellen“ Haltung, die Unterstützung der KampfEinheitsfront des Proletariats ziehen will oder nicht. Und ganz ähnlich geht es auch der deutschen Sozialdemokratie, die sich seit jeher „oppositionell“ gebärdet.

Die Lage ist also für die gesteigerte Weiterführung des Kampfes in der Tschechoslowakei günstig, und wir dürfen damit rechnen, daß während der zu erwartenden Verschärfung des Klassenkampfes im Weltmaßstab, die Lage auf dem kleinen Frontabschnitt in der Tschechoslowakei für uns kein Minus, sondern ein Plus bedeuten wird.

J. DURET:
DER RICHTUNGSKAMPF IN DER
FRANZÖSISCHEN SOZIALISTISCHEN
PARTEI

(Nouvelle Revue Socialiste Nr. 2, 3, 4)

Die Krise, die Frankreich zur Zeit durchmacht, die es wirtschaftlich und sozial aus dem Gleichgewicht gebracht hat, mußte sich auch im Schoße der Sozialistischen Partei widerspiegeln.

In ihrer Zusammensetzung aus einander widerstrebenden sozialen Elementen, zeigt sie uns im Kleinen die Zerfallstendenzen, die in der ganzen französischen bürgerlichen Gesellschaft hervortreten.

Zu Ende ist die große Freundschaft, vorüber die Herrschaft der Eintracht; die sich widerstrebenden Tendenzen treten deutlich hervor und man steht am Vorabend scharfer Richtungskämpfe.

Der Zentralstreitpunkt ist die Frage der Teilnahme an der Regierung.

Das linksgerichtete Bürgertum, das zur Zeit an der Macht ist, fühlt seine Unfähigkeit, die großen Probleme, die das Leben stellt, sei es auch nur teilweise, zu lösen. Es fürchtet sich, allein die Verantwortung der Macht zu tragen, allein die Diskreditierung auf sich zu nehmen, die ein Versagen der Regierung mit sich bringt. Es hat sich darum zu wiederholten Malen an die Sozialisten gewandt und ihnen die Mitarbeit in der Regierung vorgeschlagen.

Annehmen oder nicht annehmen, wenn ja, unter welchen Bedingungen — das ist der Streitpunkt, um den sich die verschiedenen Richtungen in der französischen Sozialistischen Partei kristallisieren.

Die Krise ist bereits so zugespitzt, daß das Organ der Radikalen, die „Ere Nouvelle“, in einem „Die sozialistische Krise“ betitelten Artikel die Spaltung der Partei prophezeihen zu können glaubt, von der ein Teil „zur Demokratie“ gehen werde, ein anderer zu den Kommunisten. (Ausgabe vom 15. April 1926.)

Die verschiedenen Richtungen haben das Bedürfnis gefühlt, Organe zu schaffen, um ihre Anhänger um sich zu gruppieren und so etwas wie eine Theorie herauszuarbeiten. So erklärt sich das Erscheinen der „Nouvelle Revue Socialiste“, das Organ der „Linken“ und der „Vie Socialiste“, das Organ der Rechten.

Die hauptsächlichsten Mitarbeiter der „Nouvelle Revue Socialiste“ sind: Longuet, Frossard, Paul Faure, Bracke; die der „Vie Socialiste“: Renaudel, Paul Boncourt, Grumbach u. a.

Das von Léon Blum geführte Zentrum besitzt vorläufig keine eigene Zeitschrift und arbeitet an der „Nouvelle Revue Socialiste“ mit.

Mit dieser letzteren wollen wir uns in diesem Artikel besonders beschäftigen.

Der Stab der „Nouvelle Revue Socialiste“ setzt sich teilweise aus ehemaligen „Rekonstrukteuren“ zusammen. (Die „Rekonstrukteure“ in der Sozialistischen Partei der Nachkriegszeit erstrebten bekanntlich die Rekonstruktion einer neuen Internationale auf der Grundlage der III. Internationale und der besten Elemente der II. Internationale. Bei der Spaltung trat ein Teil der Rekonstrukteure in die Kommunistische Partei ein, während ein anderer Teil mit Longuet und Paul Faure in der Sozialistischen Partei verblieb.) Unter den Mitarbeitern finden wir etwa zehn Namen ehemaliger Kommunisten, die mit Frossard zusammen die Partei verlassen haben (V. Meric, Pioch, Verfeuil, Morizet, Frossard). Der Redakteur ist jener famose Auclair, der sich gelegentlich seines Austritts aus der Kommunistischen Partei durch seine gegen Sowjetrußland gerichteten Verleumdungen hervorgetan hat.

Was ihren politischen Inhalt anbelangt, so ist die „Nouvelle Revue Socialiste“ voll von Angriffen gegen Sowjetrußland und den internationalen Kommunismus. Bezeichnend sind die folgenden Artikel: Bernard Shaw, „Die III. Internationale hat Rußland mehr geschadet

als Rasputin"; Dan, „Das bolschewistische Experiment in Rußland und der internationale Sozialismus"; Rosenfeld, „Der kommunistische Kongreß von Moskau" usw.

Die französischen Kommunisten werden mit besonderer Heftigkeit angegriffen, was aber besonders hervorgehoben zu werden verdient, das ist die Haltung der „Nouvelle Revue" gegenüber der Gruppe Monatte, Rosmer, Louzon und der „Révolution Proletarienne". Während man gegen die Kommunisten mit aller Schärfe zu Felde zieht, hat man für die Gruppe der „Révolution Proletarienne" nur Schmeicheleien und Freundlichkeiten.

Nehmen wir z. B. den Bericht, den Longuet in Nr. 3 der „Nouvelle Revue" erstattet; wir lesen da Sätze wie folgt: „Rosmer schildert mit viel Geist . . . er weist sehr klug darauf hin . . . Robert Louzon führt seinen Beweis weiter . . . Pierre Monatte veröffentlicht einen wirkungsvollen Artikel . . . Robert Louzon legt auszeichnet dar . . . usw. usw.

Das ist keine Kritik, das ist eine Liebeserklärung.

Die Haltung der „Nouvelle Revue Socialiste" zeigt allen deutlich die objektive Rolle, die in Frankreich die Gruppe der „Révolution Proletarienne" spielt.

Trotz der Beleidigungen, die die „Nouvelle Revue" gegen die kommunistische Bewegung schleudert, ist sie doch zu dem Eingeständnis gezwungen, daß die verschiedenen Krisen in der Führung, die die kommunistischen Parteien durchmachen, ihren Einfluß auf die Massen in keiner Weise beeinträchtigen.

Ein Zitat, das wir einem Artikel von Longuet in Nr. 3 der „Nouvelle Revue" entnehmen, möge als Illustration dienen:

„Die Erfahrung der kürzlichen Erschütterungen hat gezeigt, daß sie nicht tief gingen, ihre Wirkung nur auf die Spitze ausübten, aber kaum in die Tiefe der Massen eindringen, auf die der Bolschewismus seinen Einfluß bewahrt hat. Gestützt auf die große Tageszeitung von Jaurès, die ihnen durch eine paradoxe Verkettung von Umständen in die Hände gefallen ist, und die sie zum zynischen Instrument ihrer Demagogie gemacht haben, sind die kommunistischen Führer dazu übergegangen, nach diesen Spaltungen ihre Wählerschaft bei der Fahne zu halten, trotz des ständigen „Abwürgens ihrer Eliten", die „Sinowjews Säge" in ihren Reihen bewirkte. Ihrer sichersten Führer beraubt, leistete diese Wählermasse den Männern des Kreml deshalb nicht weniger treue Gefolgschaft und war bereit, ihre Stimmen den unwahrscheinlichsten Kandidaten zu geben, die die leitenden Männer ihr präsentierten. Das konnte man bei den französischen Wahlen im Jahre 1924 beobachten und im geringeren Maße 1925, das wird sich in überraschender Weise bei den Wahlen in Deutschland und in der Tschechoslowakei wiederholen."

Im allgemeinen ist die Haltung der Gruppe der „Nouvelle Revue Socialiste" gegenüber der Kommunistischen Partei sehr sonderbar. Frossard wie Longuet behaupteten, sie seien Anhänger des Wiederaufbaus der politischen Einheit, ohne jedoch klar auszudrücken, was das heißen soll; sie erklären auch Anhänger der Einheitsfront zu sein, aber unter der Bedingung, daß die Kommunisten sie „ehrlich durchführen". Wir werden sogleich sehen, welchen Wert diese Versicherung hat und wie sie aufzufassen ist.

In Nr. 4 der „Nouvelle Revue Socialiste" lesen wir einen Artikel von Tony Sender, M. d. R., über die Einheitsfront für die Enteignung der deutschen Fürsten. Die Verfasserin greift die Kommunisten heftig an, die „in der Einheitsfront nur ein Mittel sahen zur Entlarvung der Sozialdemokratie", und sie schließt:

„Zweifellos wird dieser gemeinsame Kampf nicht ohne Erfolg bleiben. Es ist klar, die Ergebnisse werden nicht die sein, die sich die Kommunisten versprechen, d. h. der Beweis, daß ihre Partei die beste Partei der Arbeiterklasse sei. Aber bei dem unbestreitbaren Klassenkampfcharakter der Sozialdemokratie wird sich dem Proletariat eine andere Frage aufdrängen — ob die Existenz einer proletarischen Partei neben der Sozialdemokratischen Partei gerechtfertigt ist."

Jeder Kommentar erscheint überflüssig. Indessen wird all diesen Fragen in der „Nouvelle Revue Socialiste" verhältnismäßig wenig Platz gewidmet; im Vordergrund steht die Frage der Teilnahme an der Regierung.

Die Sozialistische Partei ist in zwei große Lager gespalten — die rechte Minorität ist für die Teilnahme an der Regierung, die „linke" Mehrheit ist gegen die Teilnahme.

Indessen sind diese beiden großen Tendenzen alles andere als homogen, man findet hier noch eine Unmenge von Schattierungen. Die Argumente der Anhänger der Teilnahme sind folgende:

„Wir stehen vor der Gefahr eines faschistischen Staatsstreiches. Die Sozialistische Partei muß die Verantwortung mit übernehmen; sie muß mit den Radikalen in der Regierung mitarbeiten, um die Welle der Reaktion zu brechen. Also müssen wir in ein radikales Kabinett eintreten, selbst wenn man uns nur einige Plätze anbietet; denn das

Land würde es nicht verstehen, wenn angesichts der reaktionären Gefahr unsere Mitarbeit an der Frage der Sitze scheitern würde. Selbst in der Minorität werden die Sozialisten die Regierung zu beeinflussen wissen.“

Um das Programm der Gegner der Teilnahme klar zu machen, werden wir die Reden von Paul Faure und Léon Blum analysieren; der erstgenannte ist ein Vertreter der „Linken“, der letztere vertritt das Zentrum. Ihre Reden sind in den Nr. 3 und 4 der „Nouvelle Revue Socialiste“ erschienen.

Paul Faure sucht in seiner Rede die Allüren eines unbeugsamen prinzipientreuen Revolutionärs anzunehmen. Persönlich sei er sogar gegen die Bildung einer rein sozialistischen Regierung, die sich auf eine „linke“ (Radikale und Sozialisten) parlamentarische Mehrheit stützen würde, denn auch dies würde ein Kompromiß bedeuten, einerseits mit den linken bürgerlichen Mitgliedern der Mehrheit, andererseits mit den bestehenden demokratischen Institutionen. Trotzdem würde er ein Kompromiß akzeptieren. Er würde eine sozialistische Regierung oder eine in ihrer Mehrheit sozialistische Regierung, in der der sozialistische Partei die Führung zufiele, nicht ablehnen, damit man nicht sagen könne, die Sozialisten taugten nur zur Kritik, sie seien aber unfähig zur praktischen Arbeit.

Paul Faure sieht genügend klar, um zu verstehen, daß in der gegenwärtigen Zeit jede Regierung nur ein Spielball in den Händen der großen Banken ist. Wir erinnern daran, daß die großen Banken große Mengen kurzfristiger Bons in ihren Händen halten, und es genügt, daß die Bank, die mit der Regierung unzufrieden ist, die Rückzahlung der Bons fordert, um diese an die Wand zu drücken — Bankrott oder Inflation — und die Regierung kapituliert.

Man müßte also einen Kampf gegen die Banken führen, sie schließen, sie vielleicht nationalisieren; doch die Banken sind durch tausend Fäden mit der Industrie verbunden, mit dem Handel, mit dem internationalen Kapitalismus. Wenn man die Banken angreift, müßte man den Kampf gegen die gesamte Bourgeoisie aufnehmen. Das wäre aber gleichbedeutend mit einer Revolution, meint Paul Faure; man sei sich indessen darüber einig, daß die historischen Bedingungen für eine Revolution in Frankreich nicht gegeben sind. Falls man mit den Radikalen zusammenarbeitet, wird man gezwungen sein, sich der Bevormundung der Banken zu unterwerfen, die Abenteuer in Marokko und Syrien fortzusetzen. Das alles werde nur dazu führen, die Partei zu diskreditieren; den Nutzen davon werden nur die Kommunisten haben.

Schlußfolgerung: Keine Teilnahme an der Regierung, aber — Unterstützung eines aus Radikalen und aus „den weniger Schlechten unter den Republikanern“ gebildeten Ministeriums.

Die ideologische Schwäche dieser Anschauungen springt in die Augen. Die Sozialisten wollen also nicht mit den Radikalen in die Regierung gehen, weil sie ein Spielball der großen Banken zu werden fürchten, die durch ihre Erpressungsmanöver einer aus Radikalen und Sozialisten bestehenden Regierung ihre Politik diktieren würden; aber wäre denn eine rein radikale Regierung von den Banken unabhängiger, wäre sie nicht ebenfalls deren Spielball? Dennoch bietet Paul Faure einer solchen Regierung die Unterstützung der sozialistischen Stimmen an, mit anderen Worten, er verspricht die sozialistische Unterstützung der Politik der Großbanken. So ist die ganze Ideologie von Paul Faure nichts als Schwäche und Passivität: Sich nicht kompromittieren, vor den Massen diskreditieren; nichtsdestoweniger eine Politik des Verrats und der Unterstützung — das ist das Programm der „Sozialistischen Linken“.

Wir zitieren einige besonders charakteristische Teile aus den Reden von Paul Faure: „Ich stehe auf dem Standpunkt . . . wir sollten an die Uebernahme der Regierung nur denken, um die kapitalistische Herrschaft zu zertrümmern und eine sozialistische Ordnung aufzurichten . . .“

„. . . . Ausübung der Macht unter der kapitalistischen Herrschaft mit einer rein sozialistischen Regierung, das ist schon Arbeitsgemeinschaft. Man arbeitet mit einer Mehrheit, die nicht sozialistisch ist, man arbeitet mit einer bürgerlichen Verwaltung, man übernimmt die bürgerlichen Gesetze.“

Paul Faure akzeptiert jedoch eine in ihrer Mehrheit sozialistische Regierung, er erläutert: „Wenn wir in dieser Weise Konzessionen machen, so, weil wir es satt sind, immer wieder zu hören . . . , die Sozialisten können nur kritisieren, sie können nur Gesetzentwürfe einbringen, aber sie übernehmen keine Regierungsverantwortung. Wir antworten: Wir drücken uns nicht, und wir sind bereit, unseren Teil Verantwortung auf uns zu nehmen, aber nicht in einer gemischten Regierung, die ein wahres Mosaik von Parteien darstellt. Wir sind bereit, eine sozialistische Regierung zu bilden oder eine Regierung,

in der der sozialistische Einfluß überwiegt, mit sozialistischem Programm und sozialistischer Mehrheit, damit wir vor die Kammer hintreten können mit unserm wahren Gesicht, mit unserer vollen und ganzen Verantwortung . . .“

Uebrigens hebt Paul Faure hervor, daß die Radikalen niemals auch nur daran gedacht haben, einen solchen Vorschlag zu machen: „Eine Regierung, in der die Radikalen in irgendeiner Weise im Schlepptau der Sozialisten wären — ich muß sagen, daß wir uns mit einer solchen Möglichkeit noch niemals beschäftigt haben“, hätte Malvy erklärt.

Wenn die Sozialisten auf ein gemeinsames Programm eingingen, so würde die Verantwortung für die kolonialen Abenteuer auf sie zurückfallen: „Und die Kolonialprobleme . . . was soll mit Marokko geschehen, mit Syrien, mit Algier, wo von seiten der Arbeiter Protest erhoben wird gegen die Praktiken des M. Violette, den man als Mann der Linken dorthin entsandt hat?“

„Würde es euch gefallen, wenn uns in der Kammer von den kolonialen Abgeordneten, von den allerkolonialsten (darunter versteht Paul Faure diejenigen, die am meisten von der Ausbeutung und den verschiedenen kolonialen Unternehmungen profitieren) gesagt würde, daß sie noch nie eine Regierung gehabt hätten, die ihre Sache besser vertrat als Varenne in Indochina (Varenne war noch ein einflußreicher Sozialist. J. D.)?“

Paul Faure geht dann zur Betrachtung der Rolle der Banken über und schließt folgendermaßen:

„Sobald man die Hand auf die Banken legt, ist man durch die Logik der Tatsachen gezwungen, allen andern verbündeten kapitalistischen Kräften den Krieg anzusagen. Die Banken sind international, aber sie sind auch mit dem ganzen französischen Kapitalismus verbündet und versippt, mit allen großen Magnaten des Handels. Es wäre also nötig, alles das zu zertrümmern, tatsächlich revolutionäre Maßnahmen zu treffen: die Verstaatlichung des Außenhandels durchzuführen, die Bergwerke, die Hüttenindustrie, die großen Textilfabriken zu nationalisieren, die Landwirtschaft in Stand zu setzen, genügend Getreide zu produzieren, um zu verhindern, daß die Bevölkerung durch die Steigerung der Preise und den Mangel an Produkten ausgehungert wird, und um ökonomische Unruhen und den Stillstand der Arbeit zu verhindern. Das wäre der Bankrott der Politik, das hieße die soziale Revolution.“

„Aber ihr sagt doch, daß der Zeitpunkt, die historischen, psychologischen, wirtschaftlichen, sozialen Bedingungen für die Heraufbeschwörung einer revolutionären Krise nicht günstig sind. Ich frage mich, ob ihr bedacht, ob ihr überlegt habt, daß gerade der Weg, den ihr beschreiten würdet, zu nichts anderem führen kann als zur Verpflichtung zu revolutionärem Vorgehen.“

Und Paul Faure schließt: „Die Koalition ist vollständig unmöglich. Sagen wir den Radikalen offen, wir können nicht in einem Ministerium mit ihnen zusammenarbeiten, das hat sich gezeigt; aber wir betrachten sie als Republikaner, die den anderen vorzuziehen sind, wenn sie die sozialistische Mitarbeit brauchen, um die Majorität zu haben. Parlamentarisch würde nichts möglich sein und ihr hättet mit euern eigenen Händen die Bankrotterklärung des Parlaments unterzeichnet.“

Eine sozialistische Regierung würde nicht berufen werden, eine Politik der Unterstützung könnte nicht länger geübt werden. Es bliebe nichts weiter als die Reaktion, der ihr Tür und Tor geöffnet hättet. Kommt diese, so möge zum mindesten die Verantwortung dafür auf andere fallen. Was die Arbeiterklasse anbelangt, so hätten wir ihren Elan zerstört und ihren Glauben gebrochen“

„In welcher Lage befände sich der Sozialismus nach schrecklichen und wirklichen Enttäuschungen? Ich will gewisse Gefahren nicht übertreiben. Aber über euren Häuptern schwebt etwas wie ein Symbol (Paul Faure zeigt mit dem Finger auf eine Laterne, die das Zeichen des Hammers und der Sichel trägt*.“ Anders ausgedrückt, das bedeutet in klaren Worten: Seid nicht zu anspruchsvoll, wartet ein wenig, ehe ihr Minister werdet, sonst — hütet euch vor dem Kommunismus!

Die Fragestellung Blums, in dem in Nr. 3 der „Nouvelle Revue“ erschienenen Artikel, ist „weniger revolutionär“ und weicht ein wenig von der Faures ab.

Nach Blum muß man unterscheiden zwischen der Machtergreifung, die ein revolutionärer Akt ist und der Einführung des Sozialismus vorausgeht, und der Ausübung der Macht, die aus einer parlamentarischen Kombination herrührt und die nur innerhalb des bürgerlichen Regimes möglich ist. Eine Verwechslung dieser beiden Begriffe ist sehr

* Der Saal, in dem der sozialistische Kongreß stattfand, hat mehrere Male für kommunistische Kongresse gedient und ist mit dem Wappen der Sowjets geschmückt.

gefährlich, denn sie kann in den Massen eine Unzufriedenheit hervorrufen, als Folge davon, daß die Massen von der Ausübung der Macht Resultate erwarten, die nur durch die Machtergreifung erlangt werden können.

Man kann im Parlament eine erdrückende Mehrheit besitzen, ohne die Macht zu ergreifen, wenn die historischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen für eine Machtergreifung im Lande noch nicht gegeben sind. Die sozialistische Partei muß mit Nachdruck erklären, daß sie niemals so unehrlich handeln werde, die Ausübung der Macht auszunützen, um die herrschende Ordnung zu erschüttern oder anti-konstitutionelle Handlungen zu begehen. Aus der Gesetzlichkeit hervorgegangen, werde sie sich stets innerhalb der Gesetzlichkeit halten.

Aber trotzdem müssen die Sozialisten allein oder in der Majorität in der Regierung sein; eine Koalition mit den Radikalen ist ganz besonders gefährlich, weil sich diese letzteren den Sozialisten zu sehr nähern und sich auf die gleichen Schichten stützen wie diese. Eine Koalition mit den radikal entgegengesetzten Parteien wäre weniger gefährlich, weil da wenigstens keine Verwechslungsgefahr bestände.

Im übrigen sei es schwer, sich auf ein Programm zu einigen; da ist die Frage von Marokko und Syrien, dann der bevorstehende revolutionäre Kampf gegen den Senat — werden die Radikalen da mitkämpfen?

Endlich der Haupteinwurf Blums gegen die Anhänger der Teilnahme: Wenn wir den Versuch zur Zusammenarbeit machen und uns dann nicht einigen können, so wird das die guten Beziehungen zerstören, die zwischen Sozialisten und Radikalen bestehen, und wenn eine Ehe zustande kommt, bei der die Sozialisten dominieren, so wird das eine Zersetzung bei den Radikalen hervorrufen.

Also, keine Koalition. Wir müssen die republikanischen Regierungen unterstützen, um nicht Frankreich der Reaktion auszuliefern.

Wir führen einige charakteristische Zitate an zum Beweis des soeben Gesagten:

„ . . . Die größte der Schwierigkeiten liegt in einer möglichen Verwechslung zwischen der Eroberung der Macht und dem, was ich die Ausübung der Macht nenne . . . Die Eroberung der Macht ist die totale Ergreifung der politischen Macht, mögliches Präludium und notwendige Vorbedingung einer Umwandlung der Eigentumsordnung, d. h. der Revolution. . . .“

Der Eroberung der Macht stelle ich gegenüber, was ich die Ausübung der Macht in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nenne, dem kein revolutionärer Charakter zukommt, die der Ausfluß eines parlamentarischen Aktes ist. . . .“

Hier wurde gesagt: wenn wir die Macht ausüben, tun wir dies unter Bedingungen, die ganz verschieden sind von jenen, unter denen die anderen Parteien sie ausüben. Wenn wir auf parlamentarischem Wege die Macht erlangt haben, dürfen wir uns diese durch die Institutionen, die uns dazu verholfen haben, nicht wieder entreißen lassen. Wir müßten in solchen Fällen den Staatsstreich wagen. Es wurde auch gesagt: wenn wir an die Macht berufen worden seien, müßten wir sie mit diktatorischer Heftigkeit ausüben, ohne uns irgendwie um konstitutionelle Regeln zu kümmern. . . . Ich bin kein Legalist hinsichtlich der Eroberung der Macht, aber ich erkläre kategorisch, daß ich es hinsichtlich der Ausübung der Macht bin. Ich bin der Meinung, daß, wenn wir auf parlamentarischem Wege, innerhalb des Rahmens der bestehenden Verfassung, berufen würden, die Macht auszuüben, wir sie legal ausüben müssen, loyal, ohne das Gaunerstückchen zu verüben, unsere Anwesenheit in der Regierung dazu auszunützen, die Ausübung der Macht in die Ergreifung der Macht umzuwandeln; eine Umwandlung, die obendrein unmöglich wäre, da sie nur das Ergebnis eines Zusammentreffens sozialer Vorbedingungen ist, die nicht vorhanden sein würden und die durch den einfachen Besitz der Macht nicht geschaffen werden können“

Blum spricht dann von der Gefahr einer Verwechslung im Falle einer Regierungskoalition und erklärt, die Gefahr sei weniger ernst „in dem, was ich eine negative Beteiligung nennen möchte . . . deshalb verurteile ich die Kriegskoalition nicht . . . weil ihr Ziel ein negatives Ziel ist, ein Ziel der Verteidigung gegen den Feind, auf das sich wirklich alle Welt vorübergehend einigen kann ohne Verwirrung der Geister . . .“

Die Teilnahme schließt ebenfalls ein Minimum an Gefahren ein, wenn sie mit Parteien eingegangen wird, die am anderen Ende der politischen Skala stehen . . .“

Blum spricht von der Zersetzung, die eine Koalition bei den Radikalen wie bei den Sozialisten herbeiführen würde, und erklärt: „Wenn es eine Koalition auf der Basis sozialistischer Anschauungen wäre, so sucht nur eure Mehrheit, ihr würdet die Wirkung einer so zu verstehenden Koalition auf den gemäßigten Flügel der radikalen Partei

spüren. Ist es aber eine Koalition auf der Basis radikaler Anschauungen, wo werdet ihr da in der eigenen Partei eine Mehrheit haben? Spaltung, Disziplinbruch, das wäre das Resultat der Koalition der einen oder anderen Art.“

In Blums Schlußwort endlich finden wir folgende Perle: „... Sehen Sie, in der parlamentarischen Politik, im Tageskampfe, ist die Partei häufig genug gezwungen, schroff aufzutreten.“

Das ist eine Aufrichtigkeit, die faktisch entwapfnet. Man muß jedoch im Auge behalten, daß Blum nicht zu der Gruppe der „Nouvelle Revue Socialiste“ gehört, er spiegelt die Tendenz der Parteimitte wieder und er ist der Hauptführer der Sozialistischen Partei.

Die Leute der „Nouvelle Revue“ führen eine viel „revolutionärere“ Sprache, sie spielen die Unentwegten, die Reinen — darin sind sie gefährlich.

Die ausgesprochenen Rechten, die Renaudel, Boncourt, werden sich früher oder später vom Ministerialismus verlocken lassen, und so werden sie sich diskreditieren und allen Einfluß auf die Massen verlieren. Aber der Gruppe der „Nouvelle Revue“ kommt die Rolle zu, die unaufhaltsame Entwicklung der Arbeitermassen zur Kommunistischen Partei hin zu verzögern. Sie halten die Arbeiterbataillone auf, die sich von der Partei loslösen, indem sie die Illusion erwecken, daß die Dinge nicht allzu schlimm stehen, daß man das alte Haus noch einmal renovieren, die Sozialistische Partei vor der Verbürgerlichung retten könne, daß eines Tages — wer kann es wissen? — die politische Einheit des Proletariats unter Einbeziehung der Kommunisten wieder hergestellt werden könne.

Die Gruppe der „Nouvelle Revue Socialiste“ ist gefährlich, weil man dort neben Leuten, wie Paul Faure, Longuet und Bracke, demagogische, skrupellose kommunistische Renegaten antrifft, wie Frossard, Méric und Auclair.

Das Erscheinen der „Nouvelle Revue Socialiste“ zeigt unbestreitbar, daß sich in Frankreich eine revolutionäre Situation entwickelt, aber die „Nouvelle Revue Socialiste“ ist eine Waffe zur Bekämpfung der Revolution.

Ein Geständnis wird uns in dem Artikel von Bracke gemacht, der in Nr. 4 der „Revue“ erschienen ist, worin er die reformistische CGT dafür lobt, daß sie den Arbeitern gesagt hat: „Was wir brauchen, ist die Stabilisierung, sie wird weder ohne Anstrengung kommen noch ohne Opfer und auch nicht ohne Schmerzen, die die Arbeiterklasse tapfer auf sich nehmen muß.“ So ist es also klar, daß sich die „Nouvelle Revue“ mit denen solidarisiert, die dem Proletariat raten, die Last der Stabilisierung auf seine eigenen Schultern zu nehmen; wie diese, will sie die in den letzten Zügen liegende Bourgeoisie vor dem Bankrott retten — lieber Massenelend als Revolution!

In Nr. 2 der „Nouvelle Revue Socialiste“ findet sich bei Bracke die folgende bezeichnende Phrase: „Der sozialistische Entwurf, wie alle andern im Namen der Partei gemachten Vorschläge, stehen der bürgerlichen Gesellschaft zur Verfügung, damit sie zeigen kann, ob sie es versteht, sich ihrer zu bedienen.“

Die „Nouvelle Revue Socialiste“ steht ebenfalls der bürgerlichen Gesellschaft zur Verfügung und sie wird sich ihrer ganz bestimmt bedienen.

Z. L E D E R : „CAHIERS DU BOLCHEVISME“ *

Die Zeitschriften-Literatur der Bruderparteien des Westens ist für die gesamte Komintern von besonderem Interesse; denn, wie die „Cahiers du Bolchevisme“ ganz richtig als ihre Losung betonen, ohne revolutionäre Theorie gibt es keine revolutionäre Bewegung und ebenso wenig kann die Partei ihre Rolle als Avantgarde spielen, wenn sie nicht von einer überlegenen Theorie begeistert wird. (Lenin.) Und wie die Leitung der Massen seitens der Partei ohne Tageszeitungen undenkbar ist, so ist auch die Leitung der Partei ohne theoretische Zeitschrift undenkbar.

In welchem Maße erfüllen die „Cahiers du Bolchevisme“ ihre Aufgabe und wie haben sie sie insbesondere in der letzten Zeit erfüllt? Wir werden bemüht sein, diese Frage zu beantworten, ohne uns frei von Fehlern zu dünken, die unausbleiblich sind, wenn man gezwungen ist, aus der Ferne zu urteilen.

Die Zeitschrift enthält allgemeine politische Aufsätze und Rubriken: Das internationale Leben, das Parteileben, eine Lenin-Ecke, in der USSR, aus der Tätigkeit der Komintern, einen Diskussionsteil, Kritik und Bibliographie. In der Nr. 43 (11. März beginnend) erscheint eine neue Rubrik — über das Gewerkschaftsleben; am 8. Mai erschien anlässlich des bevorstehenden Parteikongresses eine Sondernummer, die Organisationsfragen behandelte; mit der Nr. 50 vom 31. Mai beginnend wird die Zeitschrift einer Reorganisation unterzogen, über die wir weiter unten sprechen werden.

Indem wir uns zunächst mit der Zeitschrift, wie sie im Laufe der ersten fünf Monate dieses Jahres herausgegeben wurde, beschäftigen, müssen wir darauf hinweisen, daß sie in dieser Periode noch in bedeutendem Maße das Suchen und vielleicht auch das Irren der Parteileitung selbst wiederspiegelte. Etwas kraß berührt das Fehlen eines Leitartikels, in dem die Partei ihre Stellungnahme gegenüber den wichtigsten Ereignissen der Parteipolitik, sowohl der inneren wie der internationalen, darlegt. Die Aufsätze, die im allgemeinen wie im internationalen Teile erschienen sind, hatten niemals oder fast niemals einen solchen Charakter, und die Behandlung aller derzeitigen Ereignisse auf den verschiedenen, die Partei interessierenden Lebensgebieten, trugen eher den Charakter von literarischen Arbeiten als von hinweisenden Direktiven für eine Kampfpartei. Im internationalen Teile erschienen neben den Aufsätzen, die die allgemeinen Probleme der internationalen Politik beleuchteten, nur allzu selten auch Aufsätze, die die auswärtige Politik des französischen Imperialismus behandelten; als Muster ähnlicher Aufsätze ist der Artikel „Ueber den Krieg in Syrien“ (Nr. 43) anzuführen. Einen besonders umfangreichen Platz nehmen in der Zeitschrift die Rubriken: Das Parteileben und der Diskussionsteil ein, und mit diesen müssen wir uns ein wenig eingehender beschäftigen.

Bezüglich des in der Rubrik „Parteileben“ veröffentlichten Stoffes muß bemerkt werden, daß dieser des öfteren in allzu roher Form erschien, in der die Veröffentlichung desselben kaum zweckmäßig und angebracht war. In einzelnen Fällen ist es nicht ganz zweckmäßig, dem Klassenfeinde unsere Schwächen preiszugeben; in anderen Fällen konnte das veröffentlichte Material nur einen engen Kreis von Parteifunktionären interessieren, diesen konnte aber ähnliches Material auch auf andere Weise zugänglich gemacht werden.

Der Diskussionsteil spiegelte in der uns interessierenden Periode ziemlich deutlich „Die Kinderkrankheiten“ in der Entwicklung der Partei wieder. Die „Revolte“ der Rechten, mit Anhängern Souvarines an der Spitze, die Schwierigkeiten der Anwendung des Systems der Betriebszellen als Grundlage für den Parteaufbau, Fragen der Anwendung der Einheitsfronttaktik — all das und vieles andere spiegelt sich im Diskussionsabschnitt wieder, wobei naturgemäß Wiederholungen unvermeidlich sind, sowohl seitens derjenigen, die die Linie der Führung kritisieren, wie derjenigen, die sie verteidigen. Und dennoch erscheinen trotz der mit dieser Literatur verknüpften Mißlichkeiten die Vorteile einer Anwendung der Methode der öffentlichen Diskussion der Unstimmigkeiten in der gegebenen Situation als unbestreitbar. Ohne eine solche Diskussion hätte die Partei, besonders im Hinblick auf die den französischen Arbeiter eigenen Züge, zweifelsohne mehr

* Das theoretische Organ der KPF. 2. Jahrgang, 1. Januar bis 1. Juli 1926, Nr. 34—52.

verloren, als sie bei der Diskussion der Meinungsverschiedenheiten eingebüßt hat. Doch es nähert sich der Kongreß, und der Diskussionsteil verschwindet aus den Spalten der Zeitschrift mit dem 31. Mai.

Die dem Gewerkschaftsleben gewidmete Rubrik erschien, wie schon erwähnt, erst in Nr. 44; ihr Charakter konnte sich kaum ausprägen, als die allgemeine Reorganisation der Zeitschrift einsetzte. Vom 31. Mai an finden wir dort lediglich einen allgemeinen Teil, „Das soziale Leben“, und in ihm Mitteilungen sowohl über das Gewerkschafts- wie über das Genossenschaftsleben. Auch in diesem Teile bleibt es den französischen Genossen offenbar noch vorbehalten, Form und Charakter der Behandlung der laufenden Ereignisse auf dem einen oder anderen Gebiet unseres Kampfes weiter auszuarbeiten. Bezüglich des Inhaltes dieser Ereignisse bemerken wir, daß die Frühjahrsmonate einen wesentlichen Anstieg der Streikwelle gebracht haben; im Mai führte dieser Anstieg zu einer Aussperrung von 30 000 Arbeitern der Automobilfabriken Reynaud in Paris, und zum 1. April zu einem allgemeinen Streik von 100 000 Metallarbeitern während eines halben Arbeitstages. Bedauerlicherweise legte der Autor der diese Ereignisse behandelnden Rubrik keineswegs den Charakter der Entwicklung derselben dar.

Die Rubrik „Kritik und Bibliographie“ hat unter den Lesern der „Cahiers du Bolchevisme“ eine Kritik bezüglich ihres Inhaltes und im Zusammenhange damit auch Vorschläge über eine Ausschaltung dieser Rubrik bewirkt. Unseres Erachtens kann ein theoretisches Parteiorgan einer ähnlichen Rubrik nicht gut entraten, und zwar in einem noch bedeutend weiteren Rahmen, als wir ihn hier bis jetzt gefunden haben; die Frage der Qualifikation dieser Kritiken und Rezensionen ist natürlich eine Frage für sich und wichtig genug, um die größte Aufmerksamkeit in Anspruch zu nehmen.

Bis zum 31. Mai erschienen die „Cahiers du Bolchevisme“ wöchentlich in einem Umfange von 3—4 Druckbogen. Wir schließen uns der Meinung jener Leser der Zeitschrift an, die sich auf den Standpunkt stellen, daß ein solcher Umfang für das durchschnittliche Parteimitglied, aus dessen Mitte die Leser für das Parteiorgan gewonnen werden, zu groß ist. Seit dem 31. Mai ist die Partei zum Typus einer 14 tägigen Zeitschrift in einem Umfange von 3—7 Druckbogen übergegangen. Wie man sieht, geht auch in dieser Frage das Irren und Suchen weiter.

Worin besteht die von uns erwähnte, seit dem 31. Mai vollzogene Reorganisation der Zeitschrift. Gemäß den Versprechungen des neuen Redakteurs Paul Marion (an Stelle Henri Treints) sollte die Zeitschrift ein „Organ werden, das für den ganzen Partei-funktionärkörper, sowohl kraft seiner allgemeinen Informationen als auch für die Zwecke der theoretischen Erziehung und für die Bedürfnisse der Propaganda und der täglichen Agitation unentbehrlich sein würde“. Gemäß dem gleichen Programm wird eine gründliche Behandlung der Fragen der internationalen Politik durch einen Stab ständiger Mitarbeiter garantiert, ferner werden neue Rubriken geschaffen, über das politische und Parlamentsleben Frankreichs, über die Oekonomie Frankreichs und der Welt, über Geschichte und Theorie.

Nach den bisher erschienenen drei Nummern, die in unserem Besitz sind, ist es ziemlich schwer, zu urteilen, wieweit es der Redaktion gelungen ist und gelingen wird, ihre Versprechungen zu erfüllen, um so mehr, als die Nummer vom 30. Juni infolge des Lyoner Kongresses stark beschnitten erschienen ist, sowohl bezüglich des Umfanges wie des Inhaltes. Wir hegen einige Zweifel bezüglich der Aufnahme der Rubrik „Geschichte und Doktrin“ in das neue Programm, und zwar insofern, als diese den Charakter der Zeitschrift stark verändern könnte und andererseits die diesbezüglichen Lücken in der französischen Literatur unseres Erachtens durch Herausgabe entsprechender Broschüren ausgefüllt werden könnten. Unverständlich ist auch das Verschwinden der Rubrik: „In der USSR“. Im übrigen scheint die „Reorganisation“ in den Inhalt des Journals eine gewisse Belebung hineinzutragen. Vollkommen deplaziert erscheint uns dagegen die Konzession, die von einigen Parteimitgliedern bezüglich der Farbe des Umschlages der Zeitschrift gemacht wurde: da sie sich offenbar genierten bei der Mahlzeit im Restaurant die roten „Cahiers“ hervorzuholen, bestanden diese guten Leuten auf der Herausgabe des Journals in einem Umschlage, der die Philister weniger zu reizen geeignet ist. Das Ergebnis ist, daß die „Cahiers“ gegenwärtig den gelben „Revue“ irgend eines anderen Verlages vollkommen ähnlich sehen. Wir sind nicht der Meinung, daß die Taktik der Einheitsfront uns nötigen darf, uns in einem Bouillon-Restaurant dem Erstbesten anzupassen, und stehen auf dem Standpunkt, daß für die kommunistische Zeitschrift eines Landes, in dem die Partei legal ist, die rote Farbe für alle Fälle dort die entsprechende ist.

AL. BADULESKU: EIN BLATT „GESCHICHTE“ DER REVOLUTIONÄREN BEWEGUNG*

Im Jahre 1925 erschien in der Staatsdruckerei der Stadt Kischineff ein Buch, 180 Seiten stark. Der Verfasser ist der „Generalinspektor der Staatssicherheits-Polizei für Bessarabien“ — Z. Husarescu, und das Buch trägt den Titel: „Die subsersive Bewegung in Bessarabien“. Schon im kurzen Vorwort dieses Buches streift der Verfasser selbst den Inhalt und das Ziel des „Werkes“: „Das vorliegende Werk betrifft im allgemeinen die Aktion der subsersiven Organisationen, die seit 1918 bis heute Bessarabien aufwühlen, wie auch die Aktivität der Organe der Staatssicherheitspolizei gegen die anarchischen Elemente, die die Umwandlung der Regierungsform und die Niederwerfung der sozialen Ordnung auf dem Wege der Gewalt und des Terrors erstreben.“ „Ich habe das Werk für notwendig gehalten“ — sagt der Polizeiinspektor — „möge es in den Händen derjenigen, die sich der Sache zu widmen wünschen, als ein Leitfaden dienen.“

Das Buch ist also dem russischen Buch von A. I. Spiridowitsch über die revolutionäre Bewegung Rußlands von 1886 bis 1918 ähnlich. Da aber das erstgenannte Buch nach dem Kriege verfaßt worden ist, d. h. während der Epoche der Sozialen Revolution in einem Lande, über dem in den letzten 10 Jahren das Gespenst der ersten proletarischen Revolution schwebte, ist das Buch der rumänischen Siguranza etwas anders, etwas „praktischer“ als das Buch der ehemaligen zaristischen Ochranka. Husarescu bezweckt nicht nur, dem Polizeispitzel zu helfen, den „Umstürzlern“ auf die Spur zu kommen. Er verfolgt allerdings auch „höhere“, politische Ziele. Im Schlußsatze der letzten Seite heißt es: „Wir glauben den fremden Charakter der sozialistisch-kommunistischen Bewegung in Rumänien genügend bewiesen zu haben und insbesondere das Vorhandensein von Aufwiegelungen von Seiten der russischen Sowjetregierung gegen das rumänische Volk und den rumänischen Staat . . .“ Es ist also klar: Mittel, den „inneren Feind“ loszuwerden, findet man schon, aber gegen die Sowjetregierung, die dem Raub Bessarabiens nicht zustimmen will, muß man für die „öffentliche Meinung“ ein Buch mit „Dokumenten“ haben.

Im Buche sind wenig Dokumente vorhanden. Der Herr Polizeiinspektor hatte es für notwendig gehalten, die Dokumente zu bearbeiten, d. h. zu fälschen, denn der Hauptzweck ist nicht die genaue Unterrichtung, sondern die Hetze: Hetze gegen Kommunisten und gegen Sowjetrußland.

Aus dem ganzen Buche geht eins klar hervor, nämlich: daß die Bevölkerung Bessarabiens, die Arbeiter und Bauern in erster Reihe, und auch die Kleinbourgeoisie Bessarabiens, insbesondere die kleinbürgerliche Jugend, ununterbrochen einen heroischen Kampf gegen die rumänische Bourgeoisie, die diese Provinz besetzt hat, führt. Und daß diese Opfer durch die Hände der Siguranza, die vom Verfasser des Buches geleitet wird, gefallen sind, wird vom Polizeiinspektor selbst zugegeben, denn er gibt folgende Definition der Sicherheitspolizei: „Durch ihre Notwendigkeit und Bedeutung kann sie mit der Existenz des Staates selbst identifiziert werden.“ Davon ausgehend, sind alle Verbrechen der Siguranza nicht nur zu verzeihen, sondern sie ist in vollem Umfange zu entlohnen — was wahrscheinlich der geheime, wirkliche Zweck des Buches war!

In der Einführung des Buches und im ersten Kapitel will der Herr Inspektor nationalistiche Philosophie und hohe Politik betreiben. Das alles ist für die Rechtfertigung der Bestialitäten der Polizei notwendig. Für die rumänische Siguranza ist „das Werk des Befreiungskrieges noch nicht zu Ende . . . Der politischen Vereinigung muß die seelische Vereinigung des rumänischen Volkes folgen“. „Für diese seelische Purifikation, für diese Nivellierung des Strebens“ sind die Polizisten berufen, die — nach der Behauptung des Verfassers — „eine Generation der Opfer“ bilden. Es ist nicht über-

*) Z. Husarescu: Die subsersive Bewegung in Bessarabien. Kischineff, Staatsdruckerei, 180 S.

flüssig, hier daran zu erinnern, daß die Zahl der Opfer des bessarabischen Volkes, die die Siguranza forderte, die Höhe von 15 000 erreicht.

Nach der Auffassung des Herrn Polizeiinspektors ist die geschichtliche Aufgabe der Siguranza, „das Werk der nationalen Vervollständigung zu beenden“, trotzdem das schon der rumänischen Bourgeoisie im imperialistischen Kriege gegen 800 000 Opfer gekostet hat. Man könnte glauben, daß der Polizeiinspektor offen sagt, was die Herren in der Regierung verschweigen: die imperialistischen Anwendungen der rumänischen Bourgeoisie nach den Moldowanern aus der Ukraine, nach den Banatern aus Jugoslawien, nach den Rumänen aus dem Timokthal, aus Mazedonien oder . . . aus Amerika. Das ist aber nicht der Fall. Der Polizeiinspektor ist gerade so schweigsam wie ein Diplomat. Er denkt nicht an solche imperialistischen Anwendungen. Für ihn kann nur dann das nationale Werk vervollständigt werden, wenn „für die Nivellierung des seelischen Strebens“ seitens der Siguranza „Opfer“ gebracht werden. Also, der Inspektor teilt sich selbst und seiner ganzen Bande von Spitzeln, die wahren Henker der ganzen arbeitenden Bevölkerung Rumäniens, eine ganz schöne Rolle zu. Die Leser unserer Zeitschrift hatten Gelegenheit, aus der Rezension der Broschüre „Aus den Folterkammern Rumäniens“ zu erfahren, wie die rumänische Siguranza die „Nivellierung des seelischen Strebens“ praktisch durchführt.

Die Eitelkeit des Polizeiinspektors, sich als Politiker zu zeigen, führte eigentlich zur Bloßstellung der rumänischen Bourgeoisie. Im Absatz über „die inneren Ursachen der subsersiven Bewegung“ heißt es: „Solange sie unter dem Zarismus lebten, wußten die Bauern Bessarabiens nicht, was jenseits des Prut's, d. h. in Alt-Rumänien, vor sich geht, und deshalb waren sie der nationalen Vereinigung gegenüber feindlich gestimmt.“ Die Tatsache ist anders: die Bauern Bessarabiens wollten deshalb diese Vereinigung nicht, weil sie zuviel über Alt-Rumänien wußten: sie wußten, daß in Alt-Rumänien der Bauernaufstand im Jahre 1907 mit der Dicken Bertha niedergeschlagen wurde und über 11 000 Bauern „für immer Boden bekommen haben“, d. h. lebendig begraben wurden. Die Bauern Bessarabiens haben während des Krieges die „Zustände“ in Rumänien kennen gelernt und gleich nach der Besetzung die Brutalität der rumänischen Offiziere am eigenen Leibe gespürt. Als noch andere Gründe der Unzufriedenheit der bessarabischen Bevölkerung werden folgende bezeichnet: „Die Bauern verstanden unter Autonomie — die ihnen die russische Revolution gegeben hat — eine für sie günstige Lage“ und deshalb stellt sich die Siguranza das Ziel, diese „subsersive Idee“ der Autonomie aus den Köpfen der Bauern herauszuschlagen. Ferner muß der Inspektor feststellen, daß „das Volk mit den Folgen des Krieges unzufrieden ist“ oder „daß die russische Revolution den Bauern überzeugt hat, daß der Boden der Großgrundbesitzer gänzlich enteignet und unentgeltlich verteilt werden muß“, dem durch die Agrarreform nicht zugestimmt werden konnte. Hier wird der Polizeiinspektor Fachmann in der Agrarfrage. Das Gesetz, d. h. die Agrarreform mußte eingehalten werden, was „Uebergang zur Legalität“ genannt wird, welcher Uebergang „eine der schmerzlichsten Operationen gewesen ist“. Ich glaube, man kann dem Polizeiinspektor Glauben schenken und noch hinzufügen: die schmerzlichste Operation bestand in der buchstäblichen Ausrottung der Bauernschaft, die noch heute sowohl in Bessarabien als auch in ganz Rumänien fortgesetzt wird. Das Buch ist aber mit den Ursachen der Unzufriedenheit des bessarabischen Volkes noch nicht fertig: wegen der Steuern hervorgerufene Unzufriedenheit, unbeschränkte Spekulation, Korruption, Entwertung der Valuta, Verfolgung der Genossenschaften und der Nationalminderheiten usw.

Um dem Leser zu erklären, „was Bolschewismus ist“, gibt der Verfasser im zweiten Absatz eine kurze geschichtliche Uebersicht der ganzen revolutionären Bewegung Rußlands und geht dann zum „Bolschewismus in der Praxis“ über: „Der Bolschewismus in seiner mystischen slavischen Mentalität ist eine utopische Konzeption, die die soziale Wirklichkeit und die elementarsten Gesetze des Lebens der Natur und der menschlichen Seele gänzlich ignoriert . . . Die Bolschewiki wollen die Abschaffung des Eigentums, der Familie . . ., Vernichtung der Religion . . . und nehmen sogar keine Rücksicht auf die geistige Differenzierung der Menschen . . ., wollen keine Genies anerkennen . . ., die Intelligenz wurde zum Tode verurteilt usw.“ Diese Definition des Bolschewismus ist für die Polizeispitzel bestimmt, die mit einem kommunistischen Gefangenen grausamer umzugehen haben als mit jedem gewöhnlichen Verbrecher.

Hier macht der Polizeiinspektor Schluß mit der Theorie und beginnt mit den „Grausamkeiten des Bolschewismus in Bessarabien“. In diesem Kapitel ist — wenn auch etwas gefälscht — das Blatt der Geschichte der revolutionären, der kommunistischen

Bewegung in Rumänien resp. in Bessarabien enthalten. Der Verfasser beschreibt die kommunistischen illegalen Organisationen aus Kischineff, Ticina, Cetata-Alba, Orhei und anderen Städten. Ueberall sind leitende Organe da, Straßenzellen, später Betriebszellen, Dorfgruppen, Zellen in der Armee, in den Schulen usw. Ueberall werden Flugblätter und sogar Zeitungen illegal hergestellt und durch Kuriere in der ganzen Provinz verteilt. Tausende und aber Tausende von Arbeitern, Bauern und Schülern, gehören den „subversiven“ Organisationen an, bilden Kampftruppen, und mit Enthusiasmus, Ergebenheit, Opfergeist bleiben sie dem Ideal treu. Alles dies schafft böses Blut bei dem Polizeiinspektor und seinen Herrschaften, die überall die Hand der Sowjetregierung sehen. Alle bestialischsten Elemente in der Polizei wurden in Bessarabien konzentriert und die systematische Jagd nach Kommunisten und mit ihnen Sympathisierenden begann. Ein Prozeß folgte dem anderen, und die Gefängnisse füllten sich zumeist mit Jugendlichen. Trotzdem ist der Polizeiinspektor unzufrieden, denn „das Ziel der der neuen Lage angepaßten subversiven Organisation blieb dasselbe“. Nicht weniger schmerzte die Tatsache, daß die Kommunisten sich an die damals in Bessarabien vorhandene französische Armee durch Flugblätter wandten und sogar Erfolg erzielten.

Ferner verfolgte der Polizeiinspektor die Aenderung der Taktik der bessarabischen Genossen, die begriffen haben, daß die erste Revolutionswelle vorbei ist, die Periode der Reaktion eine längere sein wird, und daß neue Arbeitsmethoden angewendet werden müssen: die militärische Arbeit — steht im Buche — wurde von der politischen abgetrennt.

Eine ganze Reihe konspirativer Maßnahmen wurden getroffen, man begann mit legaler Arbeit unter den Massen in den Gewerkschafts- und anderen Massenorganisationen. Diese neue Taktik erschwerte zuerst die „Arbeit“ des Polizeiinspektors, dann aber fand er bald das richtige Mittel: Gewerkschaften, Bildungsvereine, Sportvereine, alle wurden als „subversive kommunistische Organisationen“ erklärt und die Verhaftungen wurden fortgesetzt. So wurden auch diese Organisationen bald in die Illegalität getrieben. „Die Arbeit der bessarabischen Organisation wurde durch die Verhaftung paralysiert, wodurch es zu einer kräftigen Reorganisation kam. . . . Die Kuriere werden von den erfahrensten, erprobtesten und bewährtesten Elementen ausgewählt. . . . Ein Mann entstellt sich zu einer Frau, eine Frau wird lebend in einen Sarg gelegt . . . um dem Polizeiagenten zu entgehen“ — das alles erzählt der Verfasser des Buches und verschweigt die Tatsache, mit welchen Torturmitteln solche Aussagen erzwungen worden sind.

In den letzten Seiten des Buches wird „das Verhältnis der subversiven Bewegung Bessarabiens“ zur „sozialistischen Bewegung Alt-Rumäniens“ skizziert. Hier sieht man, daß sich der Polizeiinspektor bemüht hat, die Arbeiterbewegung zu „studieren“, oder war es die Hand irgend eines „Ueberläufers“, die ihm geholfen hat? Für den Polizeiinspektor ist der Sozialismus in Rumänien „kein natürliches Produkt der sozialen Lage, sondern ein exotisches Unkraut, das von außen hereingebracht und von fremden Elementen oder den Flüchtlingen aus Rußland in Rumänien gepflanzt wurde“. Trotzdem aber gab es schon eine sozialistische Bewegung — sagt er selbst — in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Von den ersten russischen Emigranten erwähnte er nur Gerea, Gebrüder Arkadetzki, Tschénbarow, Russell, dann Trotzki und Koslenko — ein Potemkinist. Die Biographie Rakowskis wird ausführlicher dargelegt. Zimmerwald, 1. Mai 1917 (die Befreiung Rakowskis durch die russischen Soldaten), das „rumänische revolutionäre Bataillon“, die „Lupta“ aus Odessa usw. werden nicht vergessen. Ebenso wird der Ideenkampf innerhalb der sozialistischen Partei, der Kampf für den Anschluß an die III. Internationale, die erste Delegation der rumänischen sozialistischen Partei nach Rußland, (September 1920), der verhaftete Kongreß im Mai 1921, der Generalstreik 1920 usw. nicht verschwiegen. Auf diesem Gebiet will der Polizeiinspektor vollkommen unparteiisch scheinen und schreibt: „Die Reaktion (d. h. der Widerstand gegen den Anschluß an die KI — A. B.) wurde hervorgerufen seitens der sozialdemokratischen Elemente der Bukowina und Siebenbürgens, die im Geiste des Westens gebildet wurden und die ganz anders die Anwendung der Prinzipien Karl Marx' verstanden haben!“ Eine glänzende Empfehlung für die sozialdemokratischen Lakaien der Siguranza.

Zum Schluß noch eins, was für die Geschichte der revolutionären Bewegung Rumäniens sehr wichtig ist. Im Jahre 1920 sollte ein allgemeiner Gewerkschaftskongreß abgehalten werden. Seitens der „radikalen“ bessarabischen Gewerkschaften wurde folgendes Schreiben an den Kongreß gerichtet: „Werte Genossen! Wir schlagen Ihnen vor, dem Kongreß

nachstehende Erklärung, die die Zwecke und Prinzipien der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung Bessarabiens enthalten, zu verlesen. Sie bildet einen Teil der allgemeinen revolutionären Bewegung und ist eng verbunden mit der bessarabischen Organisation der russischen bolschewistischen Partei. . . . Die Frage, ob das zukünftige Bessarabien Sowjetrußland oder Sowjetrumänien gehören wird, bildet für uns eine prinzipielle Frage, und wir glauben, daß nur der Arbeiter- und Bauernrätekongreß Bessarabiens die Antwort geben kann. Indem wir mit der Besetzung Bessarabiens durch die rumänischen Imperialisten nicht einverstanden sind, erheben wir unsere Proteststimme und erklären unsere Arbeiterbewegung als einen Teil der Bewegung Rußlands und der Ukraine, während die Gewerkschaften Bessarabiens in Verbindung und unter der Leitung des Zentralausschusses der Gewerkschaften mit dem Sitz in Charkow stehen. Aus diesem Grunde können wir, die Gewerkschaften Bessarabiens, nicht in den Verband der Arbeitergewerkschaften Rumäniens eintreten. . . .“

Es ist möglich, daß der Polizeiinspektor dieses Dokument ein wenig gefälscht hat, denn er sieht hier im obigen Dokument den „russischen Nationalismus“, denn, schreibt er, „wären sie aufrichtige Kommunisten gewesen, so wäre es ihnen gleichgültig, wem Bessarabien angehört, wenn nur die Prinzipien siegen“. Armer Polizeiinspektor, welche Sorgen er hat!!!

J. F. HORRABIN

GRUNDRISS DER WIRTSCHAFTSGEOGRAPHIE

Aus dem Englischen übersetzt von
K. A. WITTFOGEL

Aus dem Vorwort: Der proletarische Student, der in das Wesen des Imperialismus eindringen will, stößt oft auf Schwierigkeiten, die dem Mangel an geographischer Kenntnis entspringen. Dieser Mangel läßt sich nicht beheben durch das Studium eines Lehrbuches der Wirtschaftsgeographie im üblichen Sinne, das dem Leser die Aneignung einer größeren Anzahl mehr oder minder systematisch gruppierter Einzelkenntnisse vermittelt. Was nützt, ist eine Übersicht über Erdkunde „in ihrem Verhältnis zu Geschichte und Wirtschaft“, die „aus der großen Masse des geographischen Materials“ diejenigen Tatsachen auswählt, die vom Standpunkt der Arbeiterklasse von größerer Bedeutung sind als andere.

Die Aufgabe, einen solchen Überblick zu geben, hat der Verfasser des vorliegenden Werkchens in der vortrefflichsten Weise gelöst. Von dem Buche, das aus Vorträgen in Arbeiterkursen entstand und dessen erste Ausgabe Ende 1923 erschien, sind bereits mehrere englische Auflagen vergriffen; es sind auch von ihm zwei russische Übersetzungen erschienen. Es zeichnet sich aus durch eine vollständige Beherrschung des Stoffes und durch eine meisterhaft klare, übersichtliche und präzise Darstellung.

208 Seiten

44 Karten

Preis broschiert 2.50 Mark, Leinen gebunden 3.50 Mark

VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK

Wien VIII

Berlin SW 48

W i r e m p f e h l e n

JOHN PEPPER
DER GENERALSTREIK
und der
GENERALVERRAT
in
ENGLAND

2. Auflage

Der große englische Generalstreik im Mai 1926 — der erste große Generalstreik in einem hochindustriellen Lande — bedeutet zweifellos einen hervorragenden Markstein in der Geschichte der Weltrevolution. Das Studium dieses Generalstreikes ist für jeden Genossen äußerst wichtig, denn das Studium der Zusammenhänge zwischen Politik und Oekonomie an Hand der Erfahrungen des britischen Generalstreiks wird einerseits die Lehren von Marx und Lenin restlos bestätigen, andererseits neue interessante konkrete Aufschlüsse geben. Die mannigfaltigen Möglichkeiten der kapitalistischen Staatsgewalt und die „Selbsthilfe“ der Bourgeoisie gegen den Generalstreik werden sicher mit vielen neuen Einzelheiten die leninistische Staatstheorie illustrieren. — In den vier Monaten dieses Riesenkampfes hat die britische Arbeiterschaft mehr gelernt als in den drei Jahrzehnten der friedlichen reformistischen Entwicklung. Die Ursachen, der Verlauf und die Lehren des großen Kampfes will diese Broschüre den deutschen Arbeitern vermitteln.
108 Seiten Preis 60 Pfennig

Verlag Carl Hoym Nachfolger
Hamburg Louis Cahnbley Berlin

Ist der Aufbau des Sozialismus
in e i n e m Lande möglich?

Die Antwort geben
Lenins letzte Ausführungen über
die Kooperation

Lesen Sie sie nach in

**Lenin über das
Genossenschaftswesen**

104 Seiten
Preis 1.— Mark
Organisationspreis 0.70 Mark
Erhältlich in jeder Arbeiterbuchhandlung
oder direkt beim unterzeichneten
Verlag

Allgemeiner Genossenschafts - Verlag
Berlin N 54 G. m. b. H. Linienstr. 87